

ZUKUNFT GESTALTEN WIR.

**Solidarisch. Gerecht.
Gemeinsam für Bayern.**

Geschäftsbericht 2017 - 2021

Impressum

Herausgeber

DGB-Bezirk Bayern
Neumarkter Straße 22
81673 München
Homepage: bayern.dgb.de
Facebook: facebook.com/DGBBayern
Twitter: twitter.com/dgbbayern
Instagram: instagram.com/dgbbayern

Verantwortlich

Dr. Verena Di Pasquale, Kommissarische Vorsitzende DGB Bayern

Redaktion

Herbert Hartinger, Robert Günthner, Dr. Verena Di Pasquale
Mit Dank für die Zuarbeit aus den Abteilungen und Regionen

Redaktionelle Mitarbeit

Nadine Merkl

Gestaltung

Fa-Ro Marketing, München

Druck

Weber Offset, München

Berichtszeitraum

Oktober 2017 bis September 2021

München, Dezember 2021

ZUKUNFT GESTALTEN WIR.

**Solidarisch. Gerecht.
Gemeinsam für Bayern.**

Geschäftsbericht 2017 – 2021

Inhaltsverzeichnis

In memoriam	4
Matthias Jena	4
Fritz Schösser	5
Jakob Deffner	6
1. Politische Rahmenbedingungen und gewerkschaftliches Handeln	9
1.1 Corona-Pandemie und Auswirkungen	10
1.2 Zukunftsdialog	20
1.3 Landespolitik	25
1.4 Transformation	30
1.5 Wahlen	32
1.6 Kontakte zu Kirchen, Verbänden und Bündnispartnern	36
2. Politikfelder des DGB Bayern	45
2.1 Wirtschaftspolitik	46
2.2 Sozialpolitik	52
2.3 Arbeitsmarktpolitik	64
2.4 Bildung, Ausbildung und Qualifikation	70
2.5 Öffentlicher Dienst und Beamter*innen-Politik	80
2.6 Europapolitik, grenzüberschreitende Gewerkschaftsarbeit, Internationales	85
2.7 Engagement für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus	93
2.8 Jugend	98
2.9 Frauen- und Gleichstellungspolitik	105
2.10 Senior*innenpolitik	113
2.11 Medienpolitik	114
3. Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und Aktivitäten	119
3.1 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	120
3.2 Kampagnen, Kundgebungen und Aktionen	126

4. DGB Bayern intern 139

4.1	Bezirksvorstand	140
4.2	Geschäftsführender Bezirksvorstand und Abteilungen der Bezirksverwaltung	144
4.3	DGB-Kreis- und Stadtverbände	147
4.4	Organisation	153
4.5	Personal	155
4.6	Haushalt und Finanzen	157
4.7	Gewerkschaftliche Einrichtungen	159

5. DGB-Regionen 167

5.1	Region Mittelfranken	168
5.2	Region München	173
5.3	Region Niederbayern	179
5.4	Region Oberbayern	185
5.5	Region Oberfranken	191
5.6	Region Oberpfalz	196
5.7	Region Schwaben	201
5.8	Region Unterfranken	206

Zum Gedenken 212

6. Anhang 215

6.1	Außenvertretungen des DGB Bayern	216
6.2	Auszüge aus den Tagesordnungen der DGB-Bezirksvorstandssitzungen	223

In memoriam

Matthias Jena (1961–2021)

Im Dezember 2020 erklärte Matthias Jena, dass er bei der kommenden Bezirkskonferenz Ende Januar 2022 aus gesundheitlichen Gründen nicht für eine weitere, vierte Amtszeit als Vorsitzender des DGB Bayern zur Verfügung steht. Im Mai 2021 hatte sich sein Gesundheitszustand so verschlechtert, dass er von seinem Amt als bayerischer DGB-Chef zurücktrat. Im Juni 2021 ist Matthias – nicht unerwartet, aber dennoch völlig überraschend – verstorben. Er wurde nur 60 Jahre alt.

Er blieb somit fast bis zum Ende seines Lebens in Verantwortung. Genau dieses Verantwortungsbewusstsein zeichnete ihn in seiner gesamten Zeit als Vorsitzender aus: engagiert, keinem Termin und keiner Anfrage ausweichend, immer erreichbar.

Matthias Jena hatte keinen typischen Weg zum Vorsitzenden des DGB Bayern. Er kam aus der evangelischen Jugendarbeit und verband Zeit seines Lebens kirchliches mit politischem und gewerkschaftlichem Engagement. Damit konnte er Brücken schlagen. Exemplarisch zeigte sich dies bei der kirchlichen Interessenvertretung und der gewerkschaftlichen Kritik am sogenannten „Dritten Weg“. Er nutzte seine Kontakte in beide Richtungen für Gespräche, damit miteinander und nicht übereinander geredet wird. Das war seine Arbeitsweise in vielen Bereichen, alle an einen Tisch holen, reden, wann immer es sein muss, streiten, um beste Lösungen ringen. Matthias Jena hatte einen klaren Kompass: Sozial, solidarisch, gerecht sollte die Welt sein. Er hat dazu einen wichtigen Teil beigetragen.

In seine Amtszeit fielen u.a. die Auswirkungen der weltweiten Fluchtbewegung, als 2015 hunderttausende Geflüchtete nach Deutschland kamen. Er positionierte sich und den DGB Bayern politisch klar für die Geflüchteten und deren berechtigte Asyl-Anliegen. Gleichzeitig stand er gegen jeglichen Versuch von Rechtsextremen, aus der Flucht politisches Ka-



Matthias Jena
2010–2021, Vorsitzender des DGB Bayern
Foto: Kerstin Groh

pital zu schlagen. Oft redete er zu den gewerkschaftlichen Forderungen von Gleichheit und Solidarität und gegen Ausgrenzung und Hass. Auch bei diesem Thema dachte und handelte er praktisch. Die Beschäftigten des DGB Bayern in München konnten ihre Arbeitszeit nutzen, um am Hauptbahnhof den Geflüchteten zu helfen. Das war ein Markenkern von Matthias Jena: die Welt immer ein klein wenig besser zu machen, ohne dabei die großen Linien aus den Augen zu verlieren.

Er stand immer deutlich und klar gegen jede Form von Rassismus, Ausgrenzung und Antisemitismus – und für grenzenlose Solidarität, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – „Geschwisterlichkeit“ – wie Matthias Jena wohl gesagt hätte. Denn auch das war ihm ein Anliegen: Gleichberechtigung. Er hat sie nicht nur im Rahmen seiner Möglichkeiten beim DGB Bayern praktiziert, sondern auch persönlich.

Matthias Jena ist viel zu früh verstorben, mitten aus dem Leben gerissen, aus seinem Leben als Gewerkschafter, Familienvater, Ehemann, Christ und aus vielen anderen Facetten mehr. Der DGB Bayern dankt ihm viel.

Fritz Schösser (1947–2019)

Viele von uns traf es wie ein Schlag, als wir erfahren mussten: Fritz Schösser ist gestorben. So plötzlich, so überraschend ist Fritz im Mai 2019 von uns gegangen.

Fritz Schösser war 20 Jahre Vorsitzender des DGB Bayern. Noch viel länger war er in verschiedensten Funktionen hauptamtlich im und für den DGB aktiv. Er war im allerbesten Sinn ein Funktionär, ein Beauftragter, der den DGB Bayern vertreten und stark geprägt hat, der immer mit Ideen und Anregungen um die Ecke kam. Er schien nur so zu sprudeln vor Impulsen und Leidenschaft für die Sache.

Fritz Schösser hatte ein klares Bild von der Gesellschaft und des Verhältnisses von Kapital und Arbeit. Er hatte Visionen für die Zukunft, Vorstellungen über gute Arbeit und ein besseres Leben, lange bevor diese Begriffe modern wurden. Bei ihm verbanden sich ein wacher Geist mit Herz und Humor. Er war Gewerkschafter durch und durch, überzeugt und überzeugend, deutlich wenn es sein musste und kompromissbereit, wenn es darum ging, Ziele zu erreichen.

Fritz Schösser war ein feuriger Redner. Er war über die Maßen engagiert und der bayerische Bezirksleiter der IG Metall Jacky Horn brachte es auf den Punkt: „Seine allerstärkste Eigenschaft ist für mich: Er war wirklich immer da, wenn man ihn brauchte.“ Das galt nicht nur bei gewerkschaftspolitischen Anlässen, sondern auch, wenn er jemandem konkret helfen konnte. Daher war sein Engagement in der Sozialpolitik nie abstrakt, sondern stets konkret. Den abhängig Beschäftigten praktisch helfen, ihre Situation politisch verbessern, dabei mitwirken, Ungerechtigkeiten abzubauen – all das war sein Antrieb. Er wusste dies aus historischen Erfahrungen und praktischen Erlebnissen: Erst die Einheitsgewerkschaft ermöglicht ein geschlossenes und zielgerichtetes Handeln zur Durchsetzung von Interessen.



Fritz Schösser
1982–1990, Stellvertretender Vorsitzender des DGB Bayern
1990–2010, Vorsitzender des DGB Bayern
Foto: AOK Bayern

Diese Einheit war ihm zentrales Anliegen. Es war ihm wichtig, den DGB Bayern zusammenzuhalten. Er schuf immer wieder Gelegenheiten zum Austausch und zur Verständigung. Der frühere Landesvorsitzende von ver.di Bayern Sepp Falbisoner drückte es bei der Trauerfeier so aus: „Wir kamen als Vertreter der Einzelgewerkschaften hin und gingen als DGB-Funktionäre wieder zurück.“

Mit Fritz Schösser hat der DGB Bayern einen großen Vorsitzenden, einen engagierten Gewerkschafter und einen über die Grenzen des DGB Bayern hinaus geachteten politischen Gestalter verloren. Die große Zahl von Teilnehmer*innen bei der Trauerfeier für Fritz im Juli 2019 zeigte das überdeutlich. Der DGB Bayern wird sich immer an Fritz Schösser erinnern.

Jakob „Jakl“ Deffner (1929–2020)

Am 26. Oktober 2020 ist der ehemalige Vorsitzende des DGB Bayern Jakob Deffner gestorben, den vermutlich die meisten als „Jakl“ Deffner kannten. Sein Leben stand ganz im Zeichen des großen Engagements für Gewerkschaften, soziale Gerechtigkeit, Solidarität und die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Wenn man wie Jakl Deffner aus einer Bergarbeiterfamilie stammt, konnte es wahrscheinlich gar nicht anders sein, als sich früh in der Gewerkschaft zu engagieren. Jakl hat seine Herkunft nie vergessen – und auch nicht, wie die Arbeiterinnen und Arbeiter damals leben mussten, um zu überleben. Für ihn war es deshalb selbstverständlich, im Jahr 1946 in die damalige ÖTV einzutreten.

In einem Flugblatt fanden wir unter der Überschrift „Wer ist Jakob Deffner?“ treffend: „... Jakob Deffner ist Sozialdemokrat und Gewerkschafter – und das von Haus aus.“ Abschließend wurde formuliert: „Wer Jakob Deffner kennt, weiß: Arbeitnehmerinteressen und soziale Belange sind bei ihm in guten Händen.“ Nicht nur diese Themen waren bei ihm in den besten Händen.

Als wir vor wenigen Jahren im Münchener Gewerkschaftshaus in der Schwanthalerstraße die Ausstellung „Freundliche Grüße und Shalom“ über den Austausch zwischen dem DGB Bayern und der israelischen Gewerkschaft Histadrut eröffneten, war Jakl Deffner selbstverständlich anwesend; das ließ er sich nicht nehmen. Der Austausch zwischen bayrischen und israelischen Kolleginnen und Kollegen war eine seiner Herzensangelegenheiten.



Jakob Deffner
1971–1978, Stellvertretender Vorsitzender des DGB Bayern
1978–1990, Vorsitzender des DGB Bayern
Foto: Archiv der Arbeiterbewegung

Bereits 1971, damals noch als stellvertretender Landesvorsitzender, führte er eine Delegation des DGB Bayern zu einer Studienreise nach Israel. 1978 folgte das Partnerschaftsabkommen zwischen dem DGB Bayern und der Histadrut Beer Sheva. Dieses Abkommen lebt bis heute. Darin steht prominent: „Ziel ist es, die Distanz zwischen Deutschland und Israel zu überwinden, die durch die furchtbaren Verbrechen des Dritten Reichs verursacht wurde.“

Wahrscheinlich konnte auch dieses Engagement gegen alte und neue Nazis und deren Ideologien nicht anders sein, wenn man wie Jakl Deffner aus Penzberg stammt. Dort haben die Nazis noch am 28. April 1945 in der sogenannten „Penzberger Mordnacht“ 16 Menschen – überwiegend Mitglieder von SPD und KPD – ermordet.

Der DGB Bayern hat mit Jakl Deffner einen großartigen Kollegen verloren.



Foto: Werner Bachmeier

1.

Politische Rahmen- bedingungen und gewerk- schaftliches Handeln

1.1 Corona- Pandemie und Auswirkungen

Seit März 2020 prägt die Corona-Pandemie Gesellschaft, Politik, Ökonomie sowie die Gewerkschaften und deren Arbeit. Bei COVID-19 handelt es sich um eine gefährliche Krankheit, an der allein in Deutschland bislang mehr als 100.000 Menschen gestorben sind. Die Corona-Krise beeinflusst nahezu alle Lebensbereiche. Sie stellt auch die Gewerkschaften vor extreme Herausforderungen, die mit vorherigen Krisen in Wirtschaft und Gesellschaft nicht zu vergleichen sind.

Im privaten Bereich mussten die Menschen massive Einschränkungen in ihrem Leben hinnehmen. Viele Beschäftigte waren auf Kurzarbeitergeld angewiesen. Für ganze Bereiche der Wirtschaft und die dort Beschäftigten gab es lange Lockdowns. Internationale Lieferketten brachen zusammen, was zu Stillständen in der Produktion führte. Durch die Schließung von Schulen und Einrichtungen der Kinderbetreuung waren Familien herausgefordert, gleichzeitig Arbeit und Familie zu bewältigen. Parallel dazu arbeiteten viele Beschäftigte am Rand oder schon weit über der Belastungsgrenze, ob in Altenheimen, Krankenhäusern und in der Pflege, im Einzelhandel oder im öffentlichen Dienst.

Die Folgen der Corona-Krise werden noch lange nachwirken – nicht nur in Bezug auf die immensen und zurecht eingesetzten Finanzmittel, sondern auch, weil sich strukturelle Defizite gezeigt haben, die aus gewerkschaftlicher Sicht dringend behoben werden müssen.

Trotz der gewerkschaftlichen Erfolge bei der Erhöhung und Verlängerung des Kurzarbeitergeldes haben viele Kolleg*innen existentielle Sorgen. Mit Be-



Solidarisch in der Krise: Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften konnten viele Verbesserungen für die Beschäftigten durchsetzen. Foto: Michael Aichner

ginn der Pandemie wurden die Möglichkeiten von Homeoffice bzw. mobilem Arbeiten ausgeweitet. Dies hat Betriebs- und Personalräte gefordert, zügig Vereinbarungen für diese Arbeitsformen durchzusetzen. Mit Blick auf die völlig überlasteten Gesundheits- und Gewerbeaufsichtsämter sind alle Nachteile eines „schlanken Staates“ deutlich zu Tage getreten.

Homeschooling sowie die Betreuung kleiner Kinder haben Familien über die Maßen belastet und häufig dafür gesorgt, alte Rollenmuster der Geschlechter wieder auferstehen zu lassen. Selbstverständlich führten Homeschooling und Lockdown die soziale Kluft vor Augen. Es ist ein Unterschied, ob eine Familie viel Zeit in beengten Wohnverhältnissen verbringen muss oder in einem großzügigen Haus mit Garten lebt. All das zeigt: Es reicht nicht aus, eine Rückkehr zu der Normalität vor der Corona-Pandemie zu fordern. Die Situation vor Corona war mit vielen sozialen Schieflagen und Defiziten behaftet. Der Handlungsbedarf ist durch die Auswirkungen von Corona nochmals deutlicher geworden: Wir brauchen Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft.

Eine Auswertung der Dialogplattform im DGB-Zukunftsdialog (März bis Juli 2020) zeigt, dass die Teilnehmenden eine zunehmende Kluft zwischen Armut

und Reichtum sehen, die sich durch die Pandemie noch vergrößert hat. Es lässt sich in der Wahrnehmung der Beteiligten am DGB-Zukunftsdialog auf den Nenner bringen: „Hier im Lande geht die Spaltung weiter.“

Gewerkschaften handeln

Während der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, wie wichtig Betriebs- und Personalräte sind. Sie haben schnell betriebliche Regelungen zum Schutz der Beschäftigten, Vereinbarungen zu Homeoffice sowie Regelungen zur Betreuung der Kinder zuhause durchgesetzt. Sichtbar wurde zudem, dass die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes besonders in den Branchen gelungen ist, in denen Betriebsräte und Gewerkschaften stark vertreten sind.

Daneben ist es dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften gelungen,

- in der Corona-Krise finanzielle Einbußen der Beschäftigten abzufedern. So wurde der Zugang zur Kurzarbeit vereinfacht, die Leistungen ausgeweitet und das Kurzarbeitergeld auf bis zu 80 bzw. 87 Prozent erhöht.
- dass in der Fleischwirtschaft Leiharbeit und Werkverträge verboten wurden und damit die skandalöse Praxis der Fleischindustrie beendet wurde. Über das Gesetz wurde auch eine Verankerung der verbindlichen Mindestbesichtigungsquoten für die Arbeitsschutzbehörden der Länder eingeführt.
- dass Beschäftigte in der Pandemie steuerlich entlastet wurden. So gelang es, Aufstockungen des Kurzarbeitergeldes durch die Arbeitgeber steuerfrei zu stellen oder eine Homeoffice-Pauschale durchzusetzen.
- die Verlängerung der COVID-19-Arbeitszeitverordnung zu verhindern.
- dass zur Unterstützung des Ausbildungsmarkts in der Corona-Krise das Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ mit einem Umfang von 500 Millionen Euro umgesetzt wurde.

Corona in Bayern

In den letzten beiden Jahren des Berichtszeitraums hat sich die Politik der Bayerischen Staatsregierung zum großen Teil mit der Bekämpfung der Pandemie beschäftigt. Dabei hat sich gezeigt, dass sich Ministerpräsident Markus Söder klar und deutlich von Corona-Leugner*innen, Querdenker*innen und Verschwörungs-Erzähler*innen abgrenzt hat. Allerdings bleibt ebenfalls festzuhalten, dass der stellvertretende Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger die irrationalen Argumente der Impfgegner*innen und Corona-Leugner*innen mit seiner Haltung zum Thema Impfen befeuert hat. Wer sagt, es gebe eine vermeintliche „Jagd auf Ungeimpfte“ oder äußert, er tue nicht das, was „das politische Establishment“ von ihm verlange, muss sich über Applaus von diesen Gruppierungen nicht wundern.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie zeigten sich sowohl im industriellen wie auch im Dienstleistungsbereich. So kam es in Bayern etwa in der Automobilbranche zu Produktionsstopps aufgrund von unterbrochenen Lieferketten. Das führte zu Konjunkturdellen und Kurzarbeit bei den Beschäftigten. Stark betroffen von den Lockdowns waren darüber hinaus das Hotel- und Gaststättengewerbe, Kulturschaffende sowie Teile des Einzelhandels.



Beschäftigte, die unter den Schutz von Tarifverträgen fallen, sind auch in Krisenzeiten klar im Vorteil.

Der DGB Bayern und seine Gewerkschaften haben im Frühsommer 2020 ein „Konjunkturpaket Bayern“ gefordert, um den Krisenauswirkungen frühzeitig entgegenwirken zu können. Gleichzeitig haben sie Forderungen zur Stabilisierung der Konjunktur und zur Dämpfung der Auswirkungen der Pandemie auf Beschäftigte entwickelt und in Gesprächen mit der Staatsregierung und der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) eingebracht. Monate später trafen sich die Sozialpartner zu einem Runden Tisch mit dem Ministerpräsidenten (vgl. Kapitel 1.3).

Diese trilateralen Gespräche werden fortgeführt, wenn auch langsam und mit großem zeitlichem Abstand. Es bleibt abzuwarten, ob sich daraus eine über die Pandemie hinausgehende Gesprächskultur zwischen Staatsregierung, der Wirtschaft und den Gewerkschaften entwickeln kann.

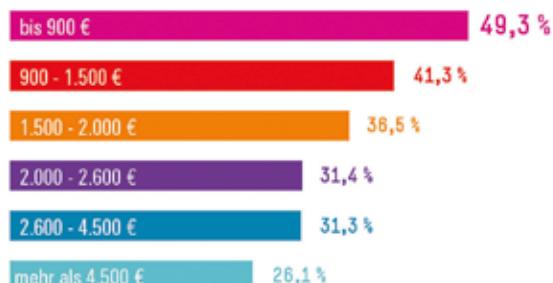
Der DGB Bayern hat sich mehrmals mit den Impfungen gegen Corona beschäftigt und u.a. in der DGB-Bezirksvorstandssitzung am 18. Mai 2021 eine einheitliche Position gefasst. Aufgrund der damals vorherrschenden Impfstoffknappheit haben die Gewerkschaften in Bayern eine Aufhebung der Priorisierung bei Impfungen in Betrieben abgelehnt (vgl. Kapitel 2.2). Zwischenzeitlich gibt es diesen Mangel an Impfstoffen nicht mehr. Der DGB Bayern hat daher im Juli 2021 zusammen mit der vbw in einem „Appell der Sozialpartner“ dazu aufgerufen, sich impfen zu lassen.

Im Herbst 2021 hat sich die Situation mit der Corona-Pandemie vor allem in Bayern dramatisch zugespitzt. Im Freistaat gab es Landkreise mit einer 7-Tage-Inzidenz von weit über 1.000 Infizierten pro 100.000 Einwohnern, gerade in Südostoberbayern haben sich Hotspots mit extrem hohen Infektionsraten herauskristallisiert.

Die Intensivstationen der Krankenhäuser in diesen Gebieten waren voll mit Corona-Infizierten ausgelastet, Patient*innen wurden in andere Kliniken ausgeflogen, Ärzt*innen haben sich auf die Triage vorbereitet.

Krise trifft Niedrigverdiener stärker

So viele Haushalte haben Einbußen durch die Coronakrise in der Einkommensgruppe ...



monatliches Haushaltsnettoeinkommen; Befragung von 5184 Erwerbspersonen im Juni 2020; Quelle: WSI 2020 Hans-Böckler-Stiftung

Personen, die bereits vor der Krise ein niedriges Einkommen hatten, mussten besonders häufig Einkommenseinbußen hinnehmen. Grafik: Hans-Böckler-Stiftung

Es gibt eine enge Verbindung zwischen der hohen Zahl der Corona-Infizierten und der niedrigen Impfquote. In Teilen Südbayerns beträgt die Impfquote noch nicht einmal 60 Prozent. Und es zeigt sich, dass die Prognosen von Epidemiolog*innen und Virolog*innen über die Entwicklung der Corona-Pandemie im Herbst 2021 nicht beachtet wurden.

Politisch gesehen waren die Diskussionen um Lockerungen oder gar einen „Freedom-Day“ realitätsfremd. Die Bayerische Staatsregierung, die über Monate eine stringente Anti-Corona-Politik betrieben hat, hat sich auf den Herbst und die drastische Zunahme der Pandemie nicht vorbereitet. Die Impfzentren wurden abgebaut oder verkleinert, kostenlose Tests abgeschafft, die Booster-Impfungen zu zögerlich durchgeführt.

Auch die mangelnde Auseinandersetzung mit Impfgegner*innen und der sogenannten Querdenken-Bewegung spielt hier mit hinein. Diese wurden nicht konsequent in die Schranken verwiesen.

Der DGB Bayern hat sich im Herbst 2021 aufgrund der Entwicklungen noch einmal zu Corona positioniert, insbesondere zu 3G (geimpft, genesen, getestet) im Betrieb. Für den DGB Bayern und seine Mitgliedsgewerkschaften ist von zentraler Bedeutung, dass Be-

beschäftigte am Arbeitsplatz bestmöglich geschützt werden. Der DGB hat daher den Beschäftigten empfohlen, ihren Impfstatus freiwillig offenzulegen und seinen Appell erneuert, sich impfen zu lassen.

Gleichzeitig hat der DGB Bayern klar gemacht, dass die erhobenen Daten zu Corona geschützt werden müssen und nicht für andere Zwecke weiterverwendet werden dürfen.

Zur datenschutzrechtlichen Diskussion war der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz Prof. Dr. Thomas Petri im November 2021 im DGB-Bezirksvorstand zu Gast.

Ende November 2021 hat der Bayerische Landtag verschärft Vorgaben zur Bekämpfung der Corona-Pandemie beschlossen. Diese sehen unter anderem vor, de facto einen Lockdown für Ungeimpfte zu verhängen und spezielle Maßnahmen bis hin zu einem generellen Lockdown in Hotspot-Regionen mit einer 7-Tage-Inzidenz über 1.000 zu erlassen. Ob diese bis Mitte Dezember 2021 befristeten Maßnahmen geeignet sind, um die 4. Corona-Welle zu brechen, wird sich noch zeigen.

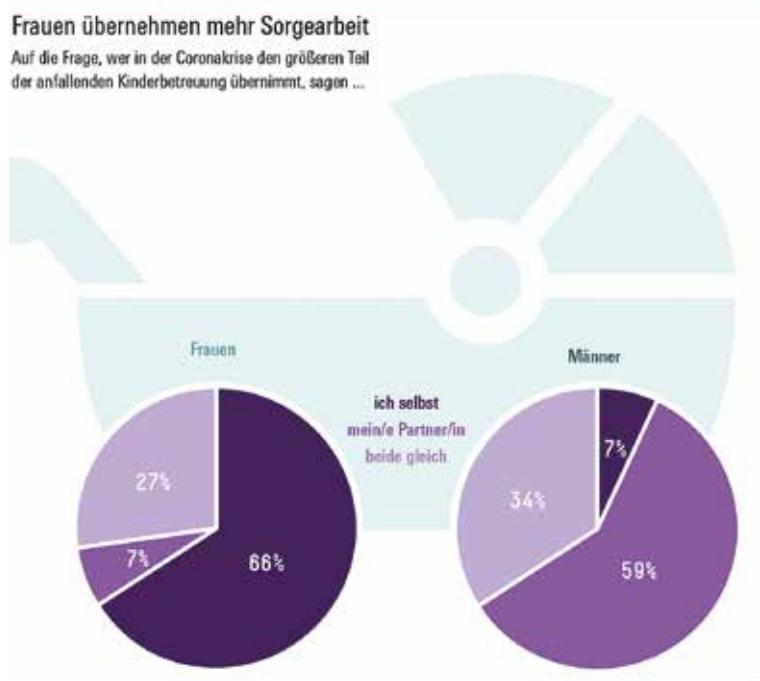
Corona und Beschäftigte

Seit Frühjahr 2020 erhebt die Hans-Böckler-Stiftung repräsentative Daten bei Erwerbstägigen, wie sie Corona und die Folgen davon wahrnehmen. Dabei zeigt sich: Die Erwerbstägigen durchleben den zweiten Corona-Sommer mit gemischten Gefühlen. Einerseits sind die Belastungsgefühle rückläufig und die Angst vor Jobverlust sinkt. Andererseits gibt es eine Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement. Zu dieser Unzufriedenheit dürfte beigetragen haben, dass die Corona-Pandemie Lücken in den sozialen Sicherungssystemen offenlegte. Nicht alle Beschäftigten wurden gleichermaßen geschützt. 53 Prozent

der Erwerbstägigen gaben an, Einbußen beim Haushaltseinkommen erlitten zu haben. Dabei mussten Personen, die schon vor der Krise ein niedriges Einkommen hatten, besonders häufig Einkommenseinbußen hinnehmen. Daraus lässt sich schließen, dass die Sicherungssysteme des Sozialstaates nicht nur zu bewahren, sondern auszubauen sind. Der DGB Bayern hat sich im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 umfassend mit diesen Fragen beschäftigt und seine Aktivitäten unter dem Motto „Sicherheit in der Krise“ gestellt.

Corona und das Geschlechterverhältnis

Corona traf nicht alle gleich. So waren Frauen von der Pandemie besonders betroffen. Trotz weitgehender Öffnung der Schulen und Kitas (Stand Juli 2021) sind die geschlechtsspezifischen Differenzen bei der Kinderbetreuung sehr groß. So gaben in der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung im November 2020 66 Prozent der befragten



Eindeutiges Bild: Frauen tragen die Hauptlast der Sorgearbeit in der Corona-Krise.
Grafik: Hans-Böckler-Stiftung

erwerbstätigen und in einer Partnerschaft lebenden Frauen mit Kind an, den überwiegenden Teil der Kinderbetreuung zu übernehmen. Die befragten Männer sahen das mit geringen Abweichungen ähnlich. Frauen haben auch deutlich häufiger als Männer ihre Arbeitszeit reduziert. Es gibt bislang keinen Trend, dass sich Männer häufiger um die Betreuung von Kindern kümmern. Die Hauptlast lag und liegt während der Corona-Krise bei den Frauen.

Allerdings ist der Wechsel zu einer egalitären Arbeitsteilung wahrscheinlicher, wenn Väter im Homeoffice arbeiten bzw. kürzere Arbeitszeiten haben. Insoweit ist die Durchsetzung von Homeoffice auf Wunsch der Beschäftigten auch ein Instrument, um Sorgearbeit gerechter zu verteilen.

Diese Zusammenhänge und den Blick auf die geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Corona haben der DGB Bayern und die bayerischen DGB-Frauen bei zahlreichen Gelegenheiten aufgegriffen, u.a. im Rahmen des Internationalen Frauentags, bei der DGB-Bezirksfrauenkonferenz sowie in einer virtuellen Podiumsdiskussion mit Kandidatinnen der Parteien für die Bundestagswahl 2021.

Corona-Leugner*innen, Impf-Gegner*innen und Verschwörungs-Erzähler*innen

So wichtig es ist, Maßnahmen der Regierungen in Bund und Land bei der Bekämpfung der Pandemie zu hinterfragen, so sehr müssen Gewerkschaften darauf achten und sich dagegen positionieren, wenn selbsternannte „Freiheitskämpfer*innen“, Querdenker*innen oder irrationale Impf-Gegner*innen sich mit Feind*innen der Demokratie, Rechtsextremen oder Antisemit*innen verbünden. In dieser Kombination liegt ein Potential für rechtsextreme Bewegungen, die sich gegen „Eliten“ und „das Establishment“, gegen Demokratie und gegen die Gleichheit der Menschen aufstellen. Ergebnisse eines solchen Denkens, das mitunter durch bürgerliche Politiker*innen befeuert wird, sind Angriffe auf

Journalist*innen bei Demonstrationen, Versuche, Andersdenkende mundtot zu machen oder auch der Angriff auf den Bundestag am 29. August 2020.

Zudem zeigt sich – wie die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern (RIAS Bayern) festgestellt hat – ein zunehmendes Verschwörungsdanken und ein starker Antisemitismus im Kontext von Corona. Wer bei Demonstrationen der Corona-Leugner*innen und Impf-Gegner*innen den „Judenstern“ mit der Aufschrift „Impfgegner“ trägt, stilisiert sich als „verfolgter Jude“ bzw. „verfolgte Jüdin“ der heutigen Zeit und relativiert den Holocaust mit Millionen ermordeter Jüdinnen und Juden. Diesen Gruppierungen stellt sich der DGB Bayern entschieden entgegen. Der DGB gedenkt seit Jahrzehnten dem Holocaust und führt (Bildungs-)Veranstaltungen und einen Israelaustausch durch.

Bei den Demonstrationen der Querdenken-Bewegung wird bewusst auf einen Mundschutz verzichtet.

ARGUMENTE · POSITIONEN · PERSPEKTIVEN

Streitzeit

Nr. 10
04.06.2020

Ein hohes Gut – aber nicht um jeden Preis

„Corona-Demos“ – unsolidarisch und gefährlich

Gefahr von Rechts

Gesamte Verantwortung

Bill Gates selbst kein Jude ist, laufen diese Aufbauten ins Kino auf einer der Millionen und weitreichenden antisemitischen Verschwörungsgespräche hinzu. „Affen arbeiten als Wissensgegen, um die Welt herrschaft an sich zu raffen.“

Bill Gates selbst kein Jude ist, laufen diese Aufbauten ins Kino auf einer der Millionen und weitreichenden antisemitischen Verschwörungsgespräche hinzu. „Affen arbeiten als Wissensgegen, um die Welt herrschaft an sich zu raffen.“

Aber auch das jahrelange Engagement des DGB Bayern gegen Antisemitismus, für Einreise- und Gedankenfreiheit, für Demokratie, für Solidarität, für Aufführung gegen Mythen und für Wissenschaftlichkeit als Grundlagen unseres gewerkschaftlichen Handelns.

Aber auch das jahrelange Engagement des DGB Bayern gegen Antisemitismus, für Einreise- und Gedankenfreiheit, für Demokratie, für Solidarität, für Aufführung gegen Mythen und für Wissenschaftlichkeit als Grundlagen unseres gewerkschaftlichen Handelns.

Aber: Wer beweist ohne Schutzmauer – demonstriert, dass Virus, Integrant oder nicht an die steht, wird dazu befragt, dass die Demokratie nicht verschwindet. Das sind wir unsres Geschichts und unserer Auftrag schuldig. Und wir fordern von als Gründungsmitglied des „Bayerischen Bündnis für Toleranz“ auch eine besondere Verantwortung.

Soziales spielt keine Rolle

Das lässt sich daraus schließen, dass aktuelle soziale Themen bei diesen Kundgebungen überhaupt keine Rolle spielen. Sie sind die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Millionen abhängig Beschäftigten genauso wenig Thema wie die Inflatio-

11.06.2020: Michael Hartig, 1990 bis 2000 Universitätsbibliothek und 2000 bis 2010 Universitätsbibliothek, heute 2011 bis 2017 Universitätsbibliothek

In einer Ausgabe der „Streitzeit“ zeigt der DGB Bayern klare Kante gegen Corona-Leugner*innen und Verschwörungserzählungen.



Am 1. Mai 2020 steht Matthias Jena beim Interview mit dem BR auf einem menschenleeren Marienplatz. Foto: DGB Bayern

Wer sich so unsolidarisch verhält, gefährdet nicht nur sich, sondern auch andere. Für unsere Kolleg*innen in den Krankenhäusern ist das eine zusätzliche Belastung.

Daher gibt es gewerkschaftliches Aufklärungsmaterial über die Corona-Leugner*innen, Verschwörungs-Erzähler*innen und Querdenker*innen. Der DGB Bayern und die DGB-Jugend Bayern organisieren Gegendemonstrationen zu den Kundgebungen der Querdenker*innen, kooperieren mit RIAS und tauschen sich regelmäßig über die Querdenken-Bewegung in Bayern aus. Darüber hinaus hat sich der DGB-Bezirksvorstand mit der Querdenken-Bewegung beschäftigt und klare Positionen gegen Antisemitismus beschlossen.

Ansteckung für die Teilnehmenden war zu groß. Damit fiel der 1. Mai allerdings nicht aus, vielmehr fand er in einem anderen, neuen Rahmen statt: mit einem virtuellen Livestream aus Berlin und angereichert mit Beiträgen aus den DGB-Bezirken. Aus Bayern gab es Beiträge von einer GEW-Kollegin über die Situation an den Schulen, von IG Metall-Kolleg*innen, die sich im Streik befanden, und von ver.di-Kolleginnen, die über ihre Situation im Einzelhandel bzw. im Krankenhaus berichteten. Ergänzt wurde dieser virtuelle 1. Mai durch zahlreiche Interviews sowie Kultur- und Musikbeiträge.

Dieser 1. Mai 2020 war für alle Neuland, aber es hat sich gelohnt. Die Reaktionen innerhalb des DGB Bayern waren durchgehend positiv. Insgesamt gab es über 350.000 Teilnehmer*innen beim ersten virtuellen 1. Mai.

Im Jahr 2021 fand der 1. Mai hybrid statt. Die Kreis- und Stadtverbände haben je nach ihrem Inzidenzwert und der konkreten Situation vor Ort entschieden, ob der 1. Mai entweder in Präsenz in Form von Kundgebungen und anderen Aktionen oder virtuell stattfindet. Für Bayern gab es kein einheitliches Bild. Viele Veranstaltungsformen wurden erprobt. Der

Der 1. Mai 2020 und 2021

Erstmals in der Geschichte des 1. Mai nach 1945 konnte der Tag der Arbeit 2020 nicht in Präsenz stattfinden (vgl. Kapitel 3.2). Die Kundgebungen, Demonstrationen und Saalveranstaltungen mussten coronabedingt abgesagt werden. Das Risiko einer

DGB-Bundesvorstand hat ab 14.00 Uhr wieder einen ergänzenden virtuellen Livestream zum Tag der Arbeit angeboten, der erneut auf große Zustimmung gestoßen ist.

Corona und gewerkschaftliche Arbeit

Gewerkschaftsarbeit lebt vom Austausch, vom Dialog, von der Begegnung. Mit der Corona-Pandemie hat sich die Betriebsarbeit der Mitgliedsgewerkschaften jedoch auf einen Schlag verändert. Die Ansprache in den Betrieben entfiel, neue Mitglieder konnten nicht oder kaum angesprochen bzw. gewonnen werden. Das erklärt auch den Mitgliederrückgang einiger Gewerkschaften während der Pandemie.



Gerade während der Corona-Krise hat sich gezeigt, dass Beschäftigte mit Gewerkschaften besser dran sind.

Eingespielte Abläufe der Betriebs- oder Personalratstätigkeit mussten zudem verändert werden. Die Gremiensitzungen und die weitere Betriebs- oder Personalratstätigkeit konnten nur eingeschränkt oder virtuell stattfinden. Das ist unterschiedlich schnell gelungen. Nach wie vor gibt es Auseinandersetzungen in den Betrieben um den Zugang zu virtuellen Betriebsnetzen.

Auch im DGB Bayern wurden die Strukturen an diese neue Situation angepasst. Zwischenzeitlich ist der Umgang mit virtuellen Tagungen und Sitzungen erprobt. Um die Kommunikation innerhalb des DGB Bayern nicht abreißen zu lassen, wurden für die Kreis- und Stadtverbände virtuelle Veranstaltungen der DGB-Regionen, des DGB-Bezirks und des Bundesvorstandes angeboten. Da die Ehrenamtskonferenz 2020 abgesagt werden musste und auch regionale Austausche kaum oder nur virtuell möglich waren, hat der DGB Bayern einen regelmäßigen Info-brief für die Stadt- und Kreisverbände etabliert.

Der DGB-Zukunftsdialog konnte mit Beginn der Pandemie in der bisherigen Form nur noch bedingt weitergeführt werden. Stattdessen wurde auch hier der Dialog online fortgesetzt (vgl. Kapitel 1.2).

Im DGB Bayern gab es für die hauptamtlich Beschäftigten in enger Abstimmung mit den Mitgliedsgewerkschaften und der Zustimmung des Betriebsrats Regelungen zu Büropräsenz bzw. Homeoffice. Der Schutz der Beschäftigten stand dabei im Mittelpunkt. Zwischenzeitlich werden die Vorteile der Online-Kommunikation, wie der Wegfall von Fahrzeiten und der schnelle und ortsungebundene Austausch, breit genutzt. Allerdings verstärkt sich der Wunsch, Gewerkschaftsarbeit wieder in Präsenz zu ermöglichen, soweit es der Pandemieverlauf zulässt.



1. Mai mal anders: In Nürnberg wird Hauptredner Stefan Körzell (links), Mitglied im DGB-Bundesvorstand, virtuell zugeschaltet.
Foto: DGB Mittelfranken

Blitzlichter aus den DGB-Regionen – Wie Corona die gewerkschaftliche Arbeit vor Ort verändert hat

STEPHAN DOLL, REGIONSGESELLSCHAFTSFÜHRER DGB MITTELFRANKEN

„Trotz erschwerter Bedingungen können die Gewerkschaften in Mittelfranken sehr wirkungsvolle Aktionen bei betrieblichen Konflikten und Tarifauseinandersetzungen durchführen. Die Ankündigung über einen Abbau von 1.300 Stellen bei der Firma MAN in Nürnberg und einen Kahlschlag von 4.000 Arbeitsstellen in der Region innerhalb der Metall- und Elektroindustrie kontert die IG Metall Nürnberg unter anderem mit einer Menschenkette aus 4.000 Beschäftigten in der Südstadt.

Gleichwohl braucht es in der Pandemie eine noch stärkere politische Auseinandersetzung und öffentlichkeitswirksame Darstellung bei der Verteidigung gewerkschaftlicher Erfolge bzw. der Gestaltung aktueller und künftiger Herausforderungen. Dazu nutzen wir zusammen mit den Mitgliedsgewerkschaften gezielt die Presse- und Medienarbeit sowie die sozialen Medien. Die Darstellung gewerkschaftlicher Mächtigkeit gelingt über diesen Weg.

Es muss darauf geachtet werden, dass das Corona-Virus nicht als Einfallstor zum Abbau erkämpfter Rechte missbraucht wird. Beispielsweise konnten wir eine Initiative der Oberbürgermeister*innen der kreisfreien Städte und Landräte in Mittelfranken, den Sonntagsschutz zu unterlaufen, durch massives Intervenieren vereiteln. Als Hauptbotschaft in dieser Krisenzeit kann gegenüber der Öffentlichkeit und den Arbeitnehmer*innen unmissverständlich die Schutz- und Gestaltungsfunktion von Gewerkschaften mehr als deutlich vermittelt werden. Unser Motto: Gewerkschaft trotz(t) Corona!“

ANJA WESSELY, REGIONSEKRETÄRIN DGB NIEDERBAYERN

„Die Corona-Pandemie überraschte uns alle. Wir waren gewohnt, Aktionen in Präsenz und auf der Straße durchzuführen und mussten lernen, uns schnell umzuorientieren. Das klappte dank des guten Miteinanders mit unseren Ehrenamtlichen sowie den vielfältigen Ideen unseres Teams hervorragend. Den Auftakt einer Reihe gut besuchter Online-Veranstaltungen machte das durch Ehrenamtliche der DGB-Jugend Niederbayern gestaltete Online-Seminar „1. Mai – Tag der Arbeit – aber warum?“. Darüber hinaus fanden mehrere Online-Seminare mit Wolfgang Veigl-

huber zu verschiedenen Themen, wie z.B. dem Tag der Befreiung, statt. Zudem konnten wir im Rahmen der Gedenkarbeit online mehrere Zeitzeug*innengespräche durchführen. Beim Gespräch mit dem Überlebenden der Shoa Ben Lesser hörten in der Spalte bis zu 400 Menschen zu.

Auch die Sitzungen der Kreis- und Stadtverbände fanden ebenso wie der Austausch der KV-Vorsitzenden mit der Region Niederbayern digital via „MS Teams“ statt. Trotz „Social Distancing“ waren die Sitzungen von Solidarität und neuen Ideen geprägt. Das gleiche gilt für die Vernetzung der Geschäftsführer*innen des Bereichs Niederbayern. Sogar der Internationale Frauentag der DGB-Frauen Landshut konnte für 2021 online vorbereitet und als Video gesendet werden. Natürlich war all das kein Ersatz für persönliche Gespräche und Aktionen auf der Straße. Jedoch konnte die Arbeit der DGB-Region Niederbayern unter den Voraussetzungen der Corona-Pandemie fortgeführt werden. Es zeigt, dass die neuen digitalen Errungenschaften Chancen bieten, die es auch nach Corona zu nutzen gilt.“



Beim virtuellen Zeitzeugen-Gespräch des DGB Niederbayern mit Ben Lesser nahmen knapp 400 Menschen teil.

Foto: DGB Niederbayern

DGB OBERFRANKEN



Pandemie macht(e) erfinderisch: „Schwimmnudeln“ dienten 2020 bei „Wunsiedel ist bunt“ als multifunktionaler Abstandshalter. Im Bild: Mathias Eckardt (li., Regionsgeschäftsführer DGB Oberfranken) und Volker Seidel (1. Bevollmächtigter IG Metall Ostoberfranken). Foto: DGB Oberfranken

SILKE-KLOS-PÖLLINGER, REGIONSGESELLSCHAFTSFÜHRERIN DGB SCHWABEN

„Die unterschiedlichen Rahmenbedingungen, was den Ausbau von Leitungskapazitäten und schnelles Internet angeht, haben unsere Arbeit und die Arbeit unserer ehrenamtlichen Kolleg*innen in den Kreisverbänden und Ortskartellen geprägt. In ländlichen Regionen sind die Kolleg*innen schnell an Grenzen gestoßen. Gut weiterarbeiten konnten wir beispielsweise im Kreisvorstand Augsburg: Dort sind wir rasch von unseren monatlichen Vorstandssitzungen auf telefonische und dann auf virtuelle mit telefonischer Einwahlmöglichkeit umgestiegen. Auch ein virtueller Austausch mit der Oberbürgermeisterin und dem Wirtschaftsreferenten war so möglich. In unserem Kreisverband Günzburg hat der Kreisvorsitzende nach einer gewissen Zeit angefangen, Themen über Rundschreiben per Mail an die KV-Mitglieder zu bearbeiten. Das war zwar kein Ersatz für Präsenztreffen und persönlichen Austausch, hat aber unter diesen Umständen gut funktioniert. Im Kreisverband Dillingen haben sich die guten Kontakte zur Presse insofern ausgezahlt, dass die Kreisvorsitzende mit längeren Interviews in der Presse vertreten war als in den Jahren zuvor.“

Die Sommermonate wurden genutzt, um Präsenzveranstaltungen durchzuführen. Nicht zuletzt gab Corona den Anlass, um für die Region eine Facebook-Seite und einen Youtube-Kanal einzurichten und Livestreams auszuprobieren. Fazit: Für Altbewährtes mussten neue Formate gefunden werden, wie eine virtuelle Frauentags-Veranstaltung oder ein virtueller 1. Mai. Aber wir sind trotz allem mit unseren gewerkschaftlichen Themen präsent geblieben und waren als Ansprechpartner für die Medien gefragt.“

FRANK FIRSCHING, REGIONSGESELLSCHAFTSFÜHRER DGB UNTERFRANKEN

„Mit Einsetzen der Corona-Krise und damit der fehlenden Möglichkeit, Veranstaltungen in Präsenz zu organisieren, war klar, dass wir als DGB-Region eine digitale Alternative schaffen müssen. Nach mehreren Online-Veranstaltungen zum Thema Rente bauten wir das Angebot aus und integrierten es in unseren Zukunftsdialog. Daraus ist Anfang 2021 die Reihe „Online-Zukunftsdialog“ entstanden.“

Sie besteht aus monatlich angebotenen Veranstaltungen in Form von Videokonferenzen zu aktuellen Themen mit Referent*innen aus Bezirk und Bundesvorstand. Die Dauer ist auf 90 Minuten begrenzt. Zu Beginn gibt es ein einführendes Impulsreferat inklusive einer Präsentation. So bleiben rund 60 Minuten für die Diskussion mit den Teilnehmer*innen, die zu meist gut angenommen wird. Die Präsentation wird im Nachgang an die Teilnehmer*innen verschickt. Bisher erreichten wir rund 120 Teilnehmende.



In Unterfranken hat Regionssekretär Viktor Grauberger die Reihe „Online-Zukunftsdialog“ ins Leben gerufen, hier zum Thema Kurzarbeitergeld und Steuern. Foto: DGB Unterfranken

Die Werbung für die Veranstaltung erfolgt über die Verteiler der Region. Darüber hinaus unterstützt uns die Bezirks- und Bundesebene bei der Bewerbung der Veranstaltungen. So können wir im Gegensatz zu Veranstaltungen in Präsenz nicht nur Interessierte aus dem direkten Umfeld des Veranstaltungsortes erreichen, sondern über die Region hinaus Menschen aus Bayern und dem gesamten Bundesgebiet ansprechen. Das stellt einen großen Vorteil gegenüber analogen Veranstaltungen dar. Aus diesem Grund werden wir die Reihe „Online-Zukunftsdialog“ auch nach der Corona-Krise weiterführen.“

1.2 Zukunftsdialog



Im Jahr 2010 hat der DGB-Bundeskongress eine Satzungsänderung beschlossen. Die bisherigen DGB-Regionen wurden als eigenständige Gliederung abgeschafft. An deren Stelle traten als dritte Satzungsebene die Kreis- und Stadtverbände. Diese strukturieren sich nach dem Delegiertenprinzip mit Vertreter*innen der örtlichen Gewerkschaften. In Bayern arbeiten 61 Kreis- und Stadtverbände.

Die DGB-Kreis- und Stadtverbände sind somit die ehrenamtliche Satzungsebene des DGB und seiner acht Gewerkschaften. Sie geben dem DGB in den Kommunen Gesicht und politische Stimme. Der DGB Bayern ist mit den Kreis- und Stadtverbänden flächendeckend in den Kommunen präsent. Sie waren daher für das Gelingen des DGB-Zukunftsdialogs von entscheidender Bedeutung.

Zukunftsdialog – Die Idee

Der Zukunftsdialog ist die Kampagne des DGB, die auf dem DGB-Bundeskongress 2018 für die kommenden Jahre beschlossen wurde. Ziel des Zukunftsdialogs ist ein breiter gesellschaftspolitischer Austausch mit den relevanten demokratischen Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Es gilt, Perspektiven jenseits der neoliberalen Agenda der letzten Jahrzehnte zu entwickeln und darauf aufbauend Leitlinien für eine progressive Modernisierungspolitik in Deutschland und Europa zu erarbeiten bzw. umzusetzen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sollen als starke gesellschaftliche Akteure wahrgenommen werden, die die Sorgen der Menschen kennen und (gemeinsam mit Bündnispartner*innen vor Ort) fortschrittliche Lösungen finden. Darüber hinaus sollen sie den politischen Diskurs über gute Arbeit und ein gutes Leben in einer solidarischen Gesellschaft bestimmen sowie diesen Diskurs vor Ort in den Kommunen und Gemeinden prägen.

Der DGB ist in zentralen Themenfeldern handlungsfähig und verstärkt seine ehrenamtlichen Strukturen auf Kreis- und Stadtverbandsebene, um so seine Ansprechbarkeit vor Ort und seine Sichtbarkeit in der Fläche zu verbessern. Das ehrenamtliche Engagement im DGB gewinnt dadurch für Jung und Alt an Attraktivität.



Auf der Ehrenamtskonferenz 2018 in Nürnberg wurde den Kreis- und Stadtverbänden der Zukunftsdialog vorgestellt.
Foto: DGB Bayern



Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann eröffnet die Kick-Off-Veranstaltung des Zukunftsdialogs am 9. November 2018 in Berlin. Foto: DGB Bayern

Die Aufforderung zum Dialog äußert sich im ebenso eingängigen wie aufmunternden Slogan „Reden wir über ...“. Das ist der Claim im Zukunftsdialog, der Offenheit, Gesprächs- und Diskussionsbereitschaft zeigt.

Zentrale Themen im Zukunftsdialog waren bisher „Tarifbindung und Tarifflucht“, „Rente“ und „Wohnen“. Daneben haben die Kreis- und Stadtverbände auch eigene kommunale Themen gesetzt. Nicht nur im Rahmen des Zukunftsdialogs hat sich gezeigt, wie breit verankert die Kreis- und Stadtverbände vor Ort sind. Der DGB Bayern hat die vielfältigen Aktivitäten vor Ort in einem „Vernetzungsatlas“ zusammengefasst.



In einer Imagebroschüre werden die 61 Kreis- und Stadtverbände des DGB Bayern vorgestellt.

Neben diesem Atlas hat der DGB Bayern eine Broschüre „DGB-Kreis- und Stadtverbände in Bayern – Aufgaben, Praxis, Weiterentwicklung, Unterstützung“ veröffentlicht und eine Imagebroschüre „WIR“ mit vielfältigen Aktionsbildern aller 61 Kreis- und Stadtverbände herausgegeben.

Nach dem ermutigenden Beginn im Zukunftsdialog mussten viele Planungen aufgrund der Corona-Pandemie verworfen oder digital durchgeführt werden. Dennoch, der Zukunftsdialog bleibt ein gutes Werkzeug. Ziel bleibt es, unsere „Zukunftserzählungen“ zu formulieren:

- Wiederherstellung von Sicherheit, Zusammenhalt und Fairness
- Aufbruch in eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise
- Vertrauen in die eigene Gestaltungskraft

Zukunftsdialog – Leuchtturm CSD

Im Rahmen des Zukunftsdialogs ist ausdrücklich vorgesehen, Neues zu erproben. Ein gelungenes Beispiel für eine wichtige, aber für Gewerkschaften nicht alltägliche Aktion, ist der Christopher-Street-Day (CSD) in Niederbayern. Am 28. September 2019 fand der erste CSD in Landshut statt. Was mit einer kleinen Idee begann, wurde zu einem großen Straßenfest mit nahezu 5.000 Menschen.

Die Initiatorin dieses CSD und spätere Vorsitzende des Vereins „Queer in Niederbayern e.V.“ Marlene Schönberger hat als Gewerkschafterin (DGB-KV Dillingen-Landau) ihren Beitrag dazu geleistet, dass die Verzahnung mit dem DGB vor Ort so gut funktionierte. Darüber hinaus sind Gewerkschafter*innen (DGB-Jugend Niederbayern) im Vorstand des Vereins engagiert und die Organisationssekretärin und KV/SV-Vorsitzende aus Landshut Anja Wessely begleitete die Gründung des Vereins ebenfalls aktiv. Sowohl die Gründung als auch der CSD selbst wurden vom DGB-Zukunftsdialog medial mit einem Kamerteam begleitet.



Der Christopher-Street-Day 2019 in Landshut war auch dank des Engagements der DGB-Region Niederbayern ein „Leuchtturm“ des DGB-Zukunftsdialogs. Foto: DGB Niederbayern

Veranstaltungen des DGB-Zukunftsdialogs

20. Oktober 2018	Veranstaltung DGB Bayern: 12. Konferenz der ehrenamtlich Aktiven im DGB Bayern mit Konny Klingenburg, Abteilung Vorsitzender DGB-Bundesvorstand, zum Thema „Gesellschaftlicher Zukunftsdialog“ (Nürnberg)
09. bis 10. November 2018	Auftaktveranstaltung DGB-Zukunftsdialog (Berlin), 43 Teilnehmer*innen aus Bayern
21. Januar 2019	Bericht im DGB-Bezirksvorstand über den Zukunftsdialog
16. Februar 2019	Veranstaltung DGB Bayern: „Reden wir über ... Soziale Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe für alle“ mit Prof. Dr. Christoph Butterwegge (Würzburg)
25. bis 29. März 2019	Start Schwerpunktthema/Aktionswoche: Wohnen
20. Mai 2019	Verteil-Aktion DGB Bayern und DGB-Regionen zum Thema „Europa. Jetzt aber richtig!“
10. Juli 2019	Podiumsdiskussion DGB Bayern und DGB München: „Explodierende Mietpreise – Wie können wir uns Wohnen noch leisten?“ mit Dr. Uwe Brandl, Matthias Günther, Christian Stupka, Beatrix Zurek und Simone Burger, Kooperationsveranstaltung mit dem Bayerischen Rundfunk (München)
14. bis 17. Juli 2019	Sommerwerkstatt DGB-Zukunftsdialog (Hattingen)
07. Oktober 2019 bis 25. März 2020	Start Schwerpunktthema: Tarifbindung
Januar 2020	Veröffentlichung Werkstattbericht des DGB-Zukunftsdialogs
17./18. Januar 2020	Zukunftsdialog-Tagung der DGB-Frauen (Weimar), 10 Teilnehmerinnen aus Bayern
18. Februar 2020	Bericht im DGB-Bezirksvorstand über den Zukunftsdialog
21./22. Februar 2020	Regionalkonferenz „DGB-Zukunftsdialog“ (Leipzig), 31 Teilnehmer*innen aus Bayern
September 2020	Start Schwerpunktthema: Mit Investitionen Zukunft gestalten – Demokratie erhalten
10. Oktober 2020	Digitale Zukunftsdialogkonferenz
11./12. Dezember 2020	Digitale Winterwerkstatt
16./17. April 2021	Digitale Transferkonferenz
April 2021	Veröffentlichung 2. Auswertungsbericht DGB-Zukunftsdialog
21. September 2021	Pendleraktionstag Rente



Ideensammlung zum Thema „Bezahlbares Wohnen“, hier während der Aktionswoche in München. Foto: DGB Bayern



„Tarif. Gerecht. Für Alle.“ war das Motto des zweiten Schwerpunktthemas „Tarifbindung“. Foto: DGB Bayern

Viele Kolleg*innen aus den Kreis- und Stadtverbänden aus ganz Niederbayern sowie der IG Metall-Geschäftsstelle Landshut waren vor Ort und haben die Menschen am DGB-Infostand über Gewerkschaften informiert und erklärt, warum es wichtig ist, dass der DGB auch beim CSD dabei ist. Auch 2020, in dem unter Corona-Bedingungen drei CSD-Kundgebungen (Landshut, Straubing, Kelheim) stattfanden, hat sich der DGB Niederbayern mit den jeweiligen Kreis- und Stadtverbänden und der DGB-Jugend Niederbayern mit Infostand und Redebeiträgen beteiligt.

Zukunftsdialog – Die Umsetzung

Das Thema „Wohnen“ erfährt eine breite Resonanz, da es für immer mehr Beschäftigte schwierig wird, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die bundesweite Aktionswoche unter dem Motto „Bezahlbar ist die halbe Miete“ konnte deshalb besondere Aufmerksamkeit erzielen. Sie markierte gleichzeitig den öffentlichen Auftakt des DGB-Zukunftsdialogs. Zwischen dem 25. und dem 29. März 2019 hat der DGB mit mehr als 200 Aktionen und Veranstaltungen auf den Handlungsbedarf hingewiesen. In Bayern fanden in der Aktionswoche insgesamt 29 Veranstaltungen statt.

Das Schwerpunktthema „Tarifbindung“ besitzt für den DGB Bayern ebenfalls großen Stellenwert – auch über den angegebenen Zeitraum hinaus. Dies hat sich in vielfältigen Aktionen des DGB-Bezirks und der DGB-Regionen widergespiegelt (vgl. Kapitel 3.2). Das Thema „Tarifbindung“, insbesondere der Einsatz für ein bayerisches Tariftreue- und Vergabegesetz, wird für den DGB Bayern bis zur kommenden Landtagswahl 2023 ein Schwerpunktthema bleiben.

Eine ursprünglich geplante Aktionswoche zum Thema „Rente“ musste aufgrund der Corona-Pandemie bis auf Weiteres verschoben werden. Der DGB Bayern hofft, sie im Jahr 2022 durchführen zu können.



Abschlussfoto der Aktionswoche Wohnen mit den Beschäftigten des DGB-Bezirks Bayern. Foto: DGB Bayern



Alle Impulse aus dem Zukunftsdialog werden auf der Online-Dialogplattform zusammengefasst.

Zusätzlich zu den Aktionen und Veranstaltungen vor Ort hat der Zukunftsdialog auch online eine wichtige Rolle gespielt. Neben der regelmäßigen Bewerbung der Themen auf allen digitalen Kanälen ließ sich der gesamte Dialogprozess auch über eine Online-Dialogplattform transparent gestalten. Bis Ende Januar 2021 hatten alle Interessierten die Möglichkeit, ihre Forderungen, Impulse und Erfahrungen für eine bessere und gerechtere Zukunft an den DGB zu senden. So konnten mehr als 5.000 Beiträge auf der Online-Dialogplattform veröffentlicht werden.

Eine erste Auswertung der Impulse hat gezeigt, dass vor allem bei den Themen „Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit“, „Infrastruktur“, „Demokratie und Zusammenhalt“, „Wohnen“, „Alterssicherung“ sowie „Tarifverträge und Mitbestimmung“ reger Diskussionsbedarf bestand und weiter besteht.

1.3 Landespolitik

Landtagswahl 2018

Um die Lebensbedingungen der Beschäftigten zu verbessern, ist es nötig, dass sich der DGB und die Gewerkschaften überzeugend und mit konkreten Forderungen in die Politik auf Landesebene einmischen. Das ist eine dauerhafte Aufgabe. Doch es gibt spezielle Termine, um den Interessen der Lohnabhängigen eine besonders laute Stimme zu geben. Der DGB Bayern hat sich demgemäß langfristig und zielorientiert auf die Landtagswahl 2018 in Bayern vorbereitet. So wurden bei der Jahresklausur des DGB Bayern im Sommer 2018 Themen abgesteckt und konkrete Absprachen getroffen.

Für die Mitglieder und die Strukturen im DGB hat der DGB Bayern die Wahlprogramme analysiert und eine Synopse der Positionen der demokratischen Parteien erstellt. Die jeweiligen Parteipositionen wurden mit den Forderungen des DGB Bayern abgeglichen, u.a. in den Feldern „Aktive Regional- und Strukturpolitik“, „Ausstattung der Kommunen“, „Gute Arbeit“ und „Vergabe öffentlicher Aufträge“.

Der DGB Bayern hat Flyer entwickelt, die die wichtigsten Themen auch öffentlich und vor allem bei gewerkschaftlichen Veranstaltungen zur Landtagswahl auf den Punkt brachten. Zentrale Themen waren u.a. die Gleichheit der Lebensverhältnisse in ganz Bayern, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Arbeitszeit und Arbeitsschutz sowie die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum.

Neben der Vielzahl gewerkschaftlicher Veranstaltungen sei eine regionsübergreifende erwähnt. Bei den drei fränkischen DGB-Regionen Unter-, Ober- und Mittelfranken war Ministerpräsident Markus Söder zu Gast, um sich den Fragen und Diskussionen der Gewerkschafter*innen zu stellen.



The image shows the front cover of a brochure. At the top right is the DGB Bayern logo, which consists of a red triangle pointing right with the letters 'DGB' inside, and the word 'Bayern' in a smaller, black, sans-serif font below it. The main title 'Keine Alternative für Beschäftigte' is centered in a large, blue, sans-serif font. Below the title is a photograph of a protest sign held by a person's hands. The sign is made of cardboard and has handwritten text in black marker. The text reads: 'Ich wähle AfD, weil mein Familienbild so 50er-Jahre ist'. At the bottom of the brochure cover, there is a blue horizontal bar with the text 'AfD-Positionen unter der Lupe' in white, sans-serif font.

2018 veröffentlichte der DGB Bayern eine Broschüre mit dem Titel „Keine Alternative für Beschäftigte“, um im Vorfeld der Landtagswahl über die arbeitnehmerfeindlichen Positionen der AfD aufzuklären.

Im Wahlkampf 2018 kandidierte mit der AfD eine Partei des äußersten rechten Spektrums. Der DGB Bayern hat sich mit der AfD und deren Positionen separat auseinandergesetzt. In einer Broschüre wurden die wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der AfD ausführlich bewertet und kritisiert. Darüber hinaus hat der DGB Bayern darin gewerkschaftliche Forderungen mit den Vorstellungen der AfD verglichen und hierbei aufgezeigt, dass die AfD keine Alternative für Beschäftigte ist.

Der AfD ist mit über 10 Prozent der Einzug in den Landtag gelungen. Für den DGB Bayern war und ist klar: Mit der AfD gibt es keinen Kontakt, sondern eine klare Abgrenzung. Wie richtig diese Position ist, zeigte sich schnell auch inhaltlich. Die AfD wollte, als ein Beispiel, die Mittel der pluralen Jugendverbandsarbeit antasten, um sie so auf (ihre) Linie zu bringen.



Regelmäßig verweist der DGB Bayern in seinen politischen Forderungen auf die Bayerische Verfassung. Für seinen Einsatz erhält Matthias Jena im Februar 2019 von Landtagspräsidentin Ilse Aigner die Bayerische Verfassungsmedaille in Silber.

Foto: Rolf Poss, Bayerischer Landtag

Ein Skandal war auch der Auszug der AfD aus dem Plenum während der Rede von Charlotte Knobloch am Holocaust-Gedenktag.

Die Landtagswahl 2018 brachte eine neue Regierungskoalition aus CSU und Freien Wählern hervor. Die Koalition stellte im November 2018 ihren Vertrag „Für ein bürgernahes Bayern“ vor. Diesen Koalitionsvertrag hat der DGB Bayern bewertet und ebenfalls mit den zentralen DGB-Forderungen verglichen. Das Fazit – „Die Durchsetzung unserer gewerkschaftlichen Themen wird in den nächsten Jahren sicher nicht leichter werden“ – hat sich als treffsicherer Ausblick erwiesen. Denn auch diese neue Konstellation hat bislang nicht dafür gesorgt, dass die Anliegen der Beschäftigten im Freistaat adäquat in die Regierungsarbeit einbezogen wurden.

Der DGB Bayern hat die Arbeit der Bayerischen Staatsregierung im Berichtszeitraum kritisch begleitet. Im April 2021 hat er zur Halbzeit der Legislaturperiode ein Fazit gezogen und auf dringend notwendige Änderungen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebenssituation der Beschäftigten in Bayern hingewiesen. Der DGB Bayern hat dabei berücksichtigt, dass die Jahre 2020 und 2021 ganz im Zeichen der Bekämpfung der Corona-Pandemie standen. Insofern sind auch bezüglich der Umsetzung des Koalitionsvertrags Abstriche zu machen.

Allerdings hat der DGB Bayern bereits vor der Corona-Pandemie negative Erfahrungen gemacht, zum Beispiel beim Thema „Vergabe und Tarifbindung“. Wie ignorant die Bayerische Staatsregierung mit diesem Thema umgeht, zeigt sich nicht nur daran, dass die Tarifbindung im Freistaat seit Jahren sinkt (vgl. Kapitel 2.1), sondern ganz konkret auch am Verhalten des Bayerischen Wirtschaftsministers Hubert Aiwanger. Zweimal hat der DGB Bayern Minister Aiwanger zu Betriebsrätekonferenzen eingeladen, um ihm ein Bild über die Konsequenzen von Tarifflucht in bayrischen Betrieben zu vermitteln. Zweimal hatte er zugesagt und jeweils kurzfristig wieder abgesagt. Der DGB Bayern kam folgerichtig zu dem Schluss, dass dem Wirtschaftsminister die Interessen der Beschäftigten nicht wichtig sind.

Auch das ständige Rufen nach Öffnung der Gastronomie während der Corona-Pandemie durch den bayerischen Wirtschaftsminister hat deutlich gezeigt, wessen Interessen er vertritt. Das Auslaufen des Kündigungsschutzes bei Mietrückstand hat bei ihm wiederum keine Initiativen zugunsten der Mietär*innen ausgelöst.

Positiv zu bewerten sind die Bemühungen der Koalitionäre zum Thema „Weiterbildung“, etwa der „Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0“, den auch der DGB Bayern unterzeichnet hat (vgl. Kapitel 2.4). Angesichts des sich beschleunigenden strukturellen Wandels in Bayerns Kernbranchen bedarf es allerdings weiterer Anstrengungen, um Beschäftigung zu sichern und Zukunftsperspektiven zu schaffen.

Runder Tisch mit Staatsregierung

Die Auswirkungen der beginnenden Corona-Pandemie auf Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft waren Anlass für eine Einladung zum Gespräch zwischen Staatsregierung, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Im Vorfeld des ersten Treffens im April 2020 verhandelten DGB Bayern und die Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw) über eine gemeinsame Erklärung, die wesentliche Anliegen zum Schutz von Unternehmen und Beschäftigten beinhalten sollte. Angesichts erster Anzeichen, dass die



Beim „Runden Tisch“ mit Staatsregierung und Arbeitgebern hat der DGB Bayern zahlreiche gewerkschaftliche Forderungen eingebracht. Foto: Rolf Poss, Bayerischer Landtag

schwierige Corona-Lage zu unternehmerischen Verlagerungs- und Abbauplänen missbraucht wurde, war es dem DGB Bayern ein Anliegen, ein gemeinsames Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung in diese Erklärung mit aufzunehmen.

Dem Vorschlag der Sozialpartner schloss sich die Staatsregierung beim ersten Treffen des „Runden Tisches“ am 9. April 2020 an. Gemeinsam forderten sie einen Rettungsschirm für Unternehmen und Beschäftigte. Alle zur Verfügung stehenden Instrumente sollten genutzt werden, um eine wirtschaftliche und soziale Schieflage zu vermeiden. Die Akteur*innen bekannten sich in ihrer Erklärung klar zur Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften sowie zur Mitbestimmung: „Die gelebte Sozialpartnerschaft und die Mitbestimmung gehören zu den Kernelementen und tragenden Säulen unserer Sozialen Marktwirtschaft“, lautet einer der Kernsätze der Erklärung. Darüber hinaus stellten Staatsregierung, DGB Bayern und vbw klar, dass in Corona-Zeiten auch im Wirtschaftsleben die Gesundheit der Menschen im Mittelpunkt stehen muss. Dem DGB Bayern war zudem wichtig, dass ein Bei-

trag der bayerischen Arbeitsschutzbehörden sowie aktive Maßnahmen der Arbeitgeber gefordert werden, damit diese ihrer Fürsorgepflicht – insbesondere gegenüber älteren Kolleg*innen sowie chronisch Kranken – nachkommen.

Über die gemeinsame Erklärung hinaus hat der DGB Bayern im Rahmen dieses Austauschs weitere gewerkschaftliche Forderungen eingebracht. So erwarteten der DGB Bayern und seine Gewerkschaften von Arbeitgebern und Politik, für eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes zu sorgen. Die bis dahin gegebenen Summen waren für die Beschäftigten oft nicht ausreichend, um Miete und laufende Kosten zu zahlen – insbesondere, wenn die Kurzarbeit länger andauert.

Zudem haben die Gewerkschaften an die Staatsregierung appelliert, sich auch für eine existenzsichernde Unterstützung der Freiberufler*innen und Selbstständigen einzusetzen.

Zwei Punkte waren dem DGB Bayern und seinen Gewerkschaften bei diesem ersten Austausch be-



Markus Söder 
@Markus_Soeder

...

Schulterschluss von Politik, Arbeitgebern und Gewerkschaften: Heute digitaler runder Tisch mit @dgbbayern und @vbw_bayern. Das ist gelebte Sozialpartnerschaft in der Krise. Bayerns Schutzhelm mit 60 Mrd. Euro hilft, dass Unternehmen überleben und Arbeitsplätze erhalten bleiben.

Beschäftigungssicherung war für den DGB Bayern eines der zentralen Themen. Quelle: Twitter/@Markus_Soeder

sonders wichtig: Die klare Aufforderung an die Arbeitgeber, in der Krise von betriebsbedingten Kündigungen und Standortschließungen abzusehen und gemeinsam mit den Gewerkschaften alle Möglichkeiten zur Beschäftigungssicherung auszuschöpfen. Für die Gewerkschaften war klar: Die Arbeitgeber erhalten einerseits Unterstützungshilfen in Milliardenhöhe und profitieren von zusätzlichen Erleichterungen bei der Kurzarbeit. Sie stehen damit andererseits in direkter Verantwortung, die Arbeitsplätze der Beschäftigten zu sichern.

Der zweite Punkt betraf die Sicherheit der Beschäftigten. So forderten die DGB-Gewerkschaften in der Debatte um das Wiederhochfahren der Wirtschaft bundesweit einheitliche Standards für den Gesundheits- und Infektionsschutz. Ziel war es, durch klare Regeln und Kontrollen sicherzustellen, dass Beschäftigte an ihrem Arbeitsplatz bestmöglich vor dem Risiko einer Corona-Infektion geschützt sind.

Auf weiteres Drängen des DGB Bayern wurde der „Runde Tisch“ bei einem zweiten Treffen am 23. Juni 2020 fortgesetzt. DGB Bayern und Mitgliedsgewerkschaften brachten dabei eine eigene Agenda ein. Wichtige Punkte für die Gewerkschaften in Bayern waren der Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Betrieben und Dienststellen, Konjunkturhilfen und Liquiditätssicherung, „Corona-Boni“ sowie die Frage, wie Krisenverwerfungen verhindert werden können.

Für Empörung auf Gewerkschaftsseite sorgte ein im Vorfeld des Treffens veröffentlichtes „11-Punkte-Programm“ der vbw. Die Auseinandersetzung darüber prägte den zweiten „Runden Tisch“. Der DGB brachte zum Ausdruck, dass das Verhalten der Arbeitgeber bei den Gewerkschaften völliges Unverständnis ausgelöst hatte, und dass dieses Papier nichts mit den Zielen der gemeinsamen Erklärung des ersten „Runden Tisches“ zu tun hat. Die Gewerkschaften werteten das Papier als Angriff auf die Rechte von Arbeitnehmer*innen und mahnten eine Umkehr an. Für den DGB Bayern war klar: Um den sozialen Frieden zu sichern, bedarf es echter Sozialpartnerschaft samt gemeinsamer Zukunftskonzepte.

Neben den Punkten der gewerkschaftlichen Agenda stand die Ausweitung von Sonntagsarbeit auf der Tagesordnung. Dieser Forderung erteilten die Gewerkschaften eine klare Absage.

Zum Schluss der Gespräche wurden Gewerkschaften wie Arbeitgeber von der Staatsregierung aufgefordert, gemeinsame Forderungen für ein bayerisches Konjunkturpaket zu erarbeiten. Hintergrund war die Ankündigung über beginnende Beratungen für ein eigenes bayerisches Konjunkturprogramm. Verabredet wurde ein erneutes Treffen.

Im Nachgang dieses Treffens haben DGB Bayern und vbw intensiv über Ansätze zur Konjunkturbelebung verhandelt und ein gemeinsames Forderungspapier beschlossen. Darin konnten der DGB Bayern und seine Mitgliedsgewerkschaften die Forderung nach einem Projekt zur Transformationsberatung für Betriebs- und Personalräte ebenso platzieren wie etwa Impulse zur Stärkung von regionalen Innovationsnetzwerken. Darüber hinaus wurden viele weitere Punkte – von der Stärkung der Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsmarkt bis zur Sicherung der Ausbildungsqualität und Einhaltung des Ausbildungsplans in Krisenzeiten – verankert und gemeinsam an die Staatsregierung adressiert.

Ein weiteres, für November 2020 angesetztes Gespräch wurde aufgrund eines Bund-Länder-Treffens kurzfristig abgesagt. Angesichts des steigenden Handlungsdrucks und der dringend notwendigen



Der DGB Bayern und die Mitgliedsgewerkschaften drängten darauf, dass der Arbeits- und Gesundheitsschutz auch beim mobilen Arbeiten inklusive Homeoffice gewährleistet sein muss.
Foto: Werner Bachmeier

Impulse drängte der DGB Bayern in mehreren Anläufen auf ein neues Gesprächsangebot. Dieses Treffen wurde für Mitte Januar angekündigt. Statt sich jedoch über das bayerische Konjunkturpaket auszutauschen, erfuhren die Gewerkschaften kurzfristig, dass Ministerpräsident Markus Söder nun einen „Homeoffice-Gipfel“ plane.

Zunächst machte der DGB Bayern klar, dass die Erwartungshaltung der Gewerkschaften zum Thema „Bayerisches Konjunkturpaket“ ausgesprochen hoch und die Zeit zur Umsetzung begrenzt seien. Mit Verweis auf einen neuen Termin für den „Runden Tisch“ zum bayerischen Konjunkturprogramm wurde dem von Seiten der Staatsregierung Rechnung getragen.

Inhaltlich einigten sich die Teilnehmenden beim „Homeoffice-Gipfel“ auf einen Appell, mobile Arbeit in größerem Umfang zu ermöglichen. Hintergrund war die nach wie vor besorgniserregende Pandemielage und die Tatsache, dass anfänglich steigende Zahlen des mobilen Arbeitens wieder zurückgingen. Die Stoßrichtung war deutlich: Staatsregierung, Arbeitgeber und Gewerkschaften riefen dazu auf, Kontakte zu reduzieren und mobiles Arbeiten überall dort zu ermöglichen, wo dies betrieblich und persönlich umsetzbar ist. Zudem sollten bestehende Anstrengungen zur Vermeidung von Infektionen nochmals intensiviert werden. Der DGB Bayern

und die Mitgliedsgewerkschaften drängten darauf, dass der Arbeits- und Gesundheitsschutz auch beim mobilen Arbeiten inklusive Homeoffice gewährleistet sein muss. Für den DGB Bayern war zudem von Bedeutung, dass mobile Arbeit nur ein Teil der Lösung sein kann. Elementar bleiben die Einhaltung und Kontrolle der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandards. Deshalb wurden Staatsregierung und Arbeitgeber dazu aufgerufen, die Durchsetzung aller Hygiene- und Abstandsvorschriften in den Unternehmen sicherzustellen.

Einen Dissens gab es bei den Zukunftsvorstellungen der Beteiligten. Der DGB Bayern und die Gewerkschaften pochten darauf, dass es unabhängig von pandemiebedingten Regelungen eines gesetzlichen Rahmens bedarf, der das mobile Arbeiten inklusive Homeoffice regelt. Ein solcher Rahmen eröffnet den Sozialpartnern durch Tarifverträge und Mitbestimmung Gestaltungsspielraum, um die wachsende Bedeutung mobiler Arbeit passgenau zu gestalten.

Die bayerischen Gewerkschaften brachten sich abermals als Treiber ein, nachdem es von Seiten der Staatsregierung zunächst keine Signale in Fragen des bayerischen Konjunkturprogramms gab. Nach wiederholtem Nachhaken wurde ein Treffen für den 17. Mai 2021 angesetzt. Bei diesem Treffen drängten der DGB Bayern und seine Mitgliedsgewerkschaften darauf, das gemeinsame Konjunkturprogramm in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen und eine Stellungnahme von der Staatsregierung zu erhalten. Diese erreichte den DGB Bayern Anfang Juni. Darin hieß es, dass die meisten der geforderten Punkte bereits mit einem Programm bzw. einem Projekt der Staatsregierung bedient werden. Bei näherer Betrachtung der Stellungnahme wurde allerdings deutlich, dass die Forderungen bezüglich der bayerischen Beschäftigten darin keinen Niederschlag gefunden haben – sei es beim Thema Gleichstellung mit dem Schwerpunkt Sorgearbeit oder bei der Situation im Gesundheits- und Pflegewesen. Der DGB Bayern vermisst ebenso eine inhaltliche Diskussion zu den einzelnen Themenbereichen. Dies soll beim nächsten Runden Tisch im Oktober 2021 nachgeholt werden.

1.4 Transformation

Die Debatten um aktuelle gesellschaftliche Mega-Themen wie Klimaschutz und Digitalisierung sind nicht neu. Für den DGB Bayern steht fest: Die bayerische Wirtschaft befindet sich inmitten eines vielfältigen und multifaktoriell bedingten Transformationsprozesses. Dieser speist sich u.a. aus veränderten Strategien bei Geschäftsmodellen, Produkten, Dienstleistungen und Prozessen, Veränderungen bei der Wertschöpfungskette durch die Digitalisierung von Produkten, Prozessen und Technologien sowie aus der Klimakrise und den daraus entwachsenen neuen Anforderungen an nachhaltiges Wirtschaften. Hinzu kommt der sich seit Jahren vollziehende Wandel in den Betrieben durch alternde Belegschaften und demografische Veränderungen in der Gesellschaft.

Die Corona-Pandemie hat manche Treiber des Transformationsprozesses verstärkt und bestehende Defizite sichtbarer gemacht. Es ist bereits erkennbar, dass es zu gänzlich neuen Entwicklungen in einer stärker digitalisierten Arbeitsgesellschaft kommt. Diese Entwicklungen stellen Unternehmen vor die Herausforderung, in kürzester Zeit tiefgrei-



Der Wandel der Arbeitswelt ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Foto: GettyImages/NanoStock



Einladung zum digitalen Zukunftskongress 2021 des DGB Bayern

fende Veränderungen zu bewältigen. Die Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft lassen sich noch nicht abschließend beurteilen, einige Aspekte können jedoch schon heute benannt werden.

Zu beobachten ist etwa die verstärkte Nutzung digitaler Technologien – insbesondere bei der virtuellen Gestaltung von Sitzungen und Konferenzen, aber auch bei digital unterstützter Fernwartung bis zu räumlich entkoppelten Arbeitsstrukturen weltweit verteilter Entwicklerteams. Zudem verändert sich das Kundenverhalten fortwährend durch neu erworbene Gewohnheiten und Prioritäten, wie z.B. beim Online-Handel.

Während der Pandemie wurde zudem deutlich, dass die Wertschöpfungsketten in der industriellen Produktion durch mangelnde Verfügbarkeit von Rohstoffen und Teilprodukten anfällig sind. Dies stellt neue Anforderungen an das Risikomanagement bis zu Neubewertungen in der Bemessung von Teilepuffern und Lagerhaltung. Hinzu kamen gesellschaftliche Debatten über die Einschätzung von Reservekapazitäten in wichtigen Segmenten der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie z.B. im Gesundheitssektor.

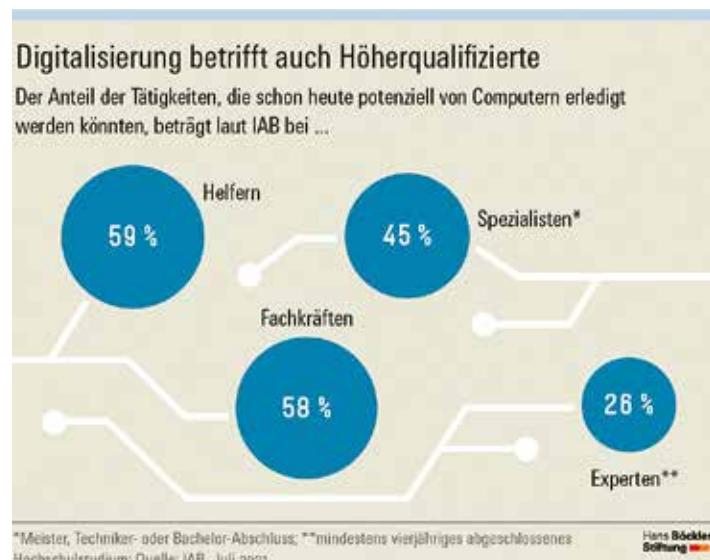
Der DGB Bayern hat frühzeitig Anforderungen hinsichtlich dieser Aufgaben formuliert und an die bayerische Politik gerichtet. Klar ist: Die Transformationsprozesse bleiben nicht ohne Wirkung für Arbeits- und Beschäftigungsstrukturen in Branchen, Unternehmen und Regionen sowohl, was den Umfang der Beschäftigung anbelangt, als auch durch Verschiebungen zwischen Tätigkeiten, Abteilungen, Standorten, Unternehmen und Branchen. Auch die

Arbeitsbedingungen und die Arbeitsorganisation bleiben nicht unberührt.

Wie sich die skizzierten Trends konkret auf Art und Umfang der Beschäftigung auswirken, folgt keinen festen Regeln, sondern hängt entscheidend von der betrieblichen und gesellschaftlichen Gestaltung dieses Wandlungsprozesses ab.

Bereits für Mitte 2020 hat der DGB Bayern in enger Kooperation mit einzelnen Mitgliedsgewerkschaften einen Zukunftskongress geplant, um sich mit Themen wie „Zukunftsinvestitionen für eine gelingende Transformation“, „Digitalisierung: Herausforderungen an Arbeitsgestaltung und Qualifizierung“ oder „Der mitbestimmte Algorithmus“ auseinanderzusetzen. Angesichts der Pandemie-Lage wurde dieser Kongress auf 2021 verschoben und schließlich am 24. Juni 2021 unter dem Titel „Wir gestalten die Arbeitswelt von morgen: Gute Arbeit mit und durch Digitalisierung“ virtuell durchgeführt.

Neben Vorträgen von Sabine Pfeiffer (FAU Erlangen-Nürnberg) und dem „Wirtschaftsweisen“ Achim Truger (Universität Duisburg-Essen) boten der DGB Bayern, die DGB-Jugend Bayern, IG Metall, NGG, ver.di und IG BCE sechs Workshops zur Transformation und ihren Auswirkungen auf die Arbeitswelt an. Im Anschluss fand eine Podiumsdiskussion mit Kandidat*innen für die Bundestagswahl 2021 statt, in der u.a. die Positionen des DGB zur Transformation diskutiert wurden. Der Zukunftskongress stieß bei den Mitgliedsgewerkschaften auf reges Interesse. Es zeigte sich deutlich, dass die Zukunft der Arbeit und die Transformation Themen sind, die alle Gewerkschaften und Branchen betreffen und bei denen großer Austauschbedarf besteht. Der Zukunftskongress 2021 war demnach ein gelungener Aufschlag, dem weitere Kongresse mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen zu Fragen der Zukunft der Arbeit und der Transformation folgen werden.



Nicht nur Beschäftigte mit geringer Qualifikation sind von Transformation und Digitalisierung betroffen. Grafik: Hans-Böckler-Stiftung

1.5 Wahlen



Europawahl 2019

„Wir setzen uns für ein offenes, gerechtes und solidarisches Europa ein!“ Damit hat der DGB Bayern 2019 für die Europawahl geworben und sich im Rahmen der Kampagne „Europa. Jetzt aber richtig!“ des DGB-Bundesvorstandes für ein demokratischeres und gerechteres Europa eingesetzt (vgl. Kapitel 2.6 und 3.2).

Anlässlich der Europawahl am 26. Mai 2019 appellierte der DGB Bayern an die bayerische Bevölkerung, sich an dieser Wahl zu beteiligen, demokratische Parteien zu wählen, den Gedanken eines sozialen, demokratischen und offenen Europas zu unterstützen und somit den rechtspopulistischen Parteien den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Der 1. Mai 2019 wurde vom DGB Bayern zum Tag der europäischen Solidarität ausgerufen. 75.000 Menschen haben bei insgesamt 99 Mai-Veranstaltungen des DGB Bayern den Tag der Arbeit 2019 unter dem Motto „Europa. Jetzt aber richtig!“ gefeiert.

Daneben fanden weitere Veranstaltungen zur Europawahl statt. Allen voran ist hier der bundesweite gewerkschaftliche Aktionstag am 20. Mai 2019 zu nennen. Zudem hat sich der DGB Bayern u.a. als



Der Tag der Arbeit 2019 stand ganz im Zeichen der bevorstehenden Europawahl. Foto: DGB Bayern

Mitglied eines zivilgesellschaftlichen Bündnisses an einer Groß-Demonstration auf dem Münchener Odeonsplatz mit rund 20.000 Teilnehmer*innen beteiligt (vgl. Kapitel 3.2).

Darüber hinaus haben zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen der DGB-Jugend Bayern (vgl. Kapitel 2.8), der Kreis- und Stadtverbände (vgl. Kapitel 5) sowie der drei Interregionalen Gewerkschaftsräte (IGR Böhmen-Bayern, IGR Tirol-Salzburg-Oberösterreich-Bayern und IGR Bodensee; vgl. Kapitel 2.6) ganz entscheidend zum Erfolg der Kampagne beigetragen.



Im Vorfeld der Europawahl fanden in ganz Bayern viele Veranstaltungen statt. Foto: DGB Bayern

Kommunalwahl 2020

„Fair, sozial und solidarisch in Stadt und Land! So soll unsere bayerische Kommune der Zukunft sein! Deine Stadt, dein Dorf ist dein Lebensort. Und du gestaltest mit. Über Wahlen und politische Beteiligung entscheidest Du, wie deine Kommune der Zukunft aussehen soll.“

Dieser Appell, sich im Rahmen der Wahlen zu engagieren, war die Ausgangsüberlegung des DGB Bayern zu den Kommunalwahlen 2020. Denn vor allem in den Kommunen entscheidet sich die konkrete Lebenswirklichkeit der Beschäftigten und ihrer Familien. Insoweit ist die kommunale Ebene vor allem für die DGB-Kreis- und Stadtverbände ein zentrales Handlungsfeld. Der DGB Bayern hat die Kommunalwahl langfristig vorbereitet. Bei der DGB-Klausur im Sommer 2019 war die bayerische Kommunalwahl eines der Schwerpunktthemen.

Im Oktober 2019 hat der DGB Bayern eine Handlungshilfe für die Kreis- und Stadtverbände „Öffentliche Vergabe in den Kommunen fair und sozial gestalten!“ veröffentlicht. Die Vergabe öffentlicher Aufträge, die in Bayern dringend von einem Tariftreue- und Vergabegesetz begleitet werden muss, wurde auch nach den Kommunalwahlen zu einem wichtigen Thema für die aus den Gewerkschaften kommenden Stadt- und Kreisräte (vgl. Kapitel 2.1 und 3.2).

Bei der 13. Konferenz der ehrenamtlich Aktiven im DGB Bayern am 12. Oktober 2019 war die Kommunalwahl eines von zwei Schwerpunktthemen. Der ehemalige Stadtkämmerer der Landeshauptstadt München Dr. Ernst Wolowicz referierte zu Chancen und Grenzen der Kommunalpolitik. Gleichzeitig wurde die Kommunalwahl-Kampagne des DGB Bayern „Fair, sozial und solidarisch in Stadt und Land“ vorgestellt und mit den örtlich Aktiven diskutiert.

Die Bedingungen vor Ort sind jeweils unterschiedlich und damit auch die Themen, die für die Gewerkschaften relevant sind. Der DGB Bayern hat dennoch drei Faltblätter zu zentralen, übergreifenden Themen der Kommunalwahl veröffentlicht: „Gutes Leben in Stadt und Land“, „Gute Arbeit in Stadt und



Die drei Kernforderungen des DGB Bayern zu den Kommunalwahlen 2020

Land“ und „Gutes Wohnen in Stadt und Land“. Erarbeitet wurden diese Flyer sowie weitere Themen in einer eigens eingerichteten Arbeitsgruppe ehrenamtlich aktiver Kolleg*innen, die in der Kommunalpolitik mitwirken.

Die Aktivitäten unmittelbar vor den Kommunalwahlen fanden in den jeweiligen Gebietskörperschaften in Verantwortung der Kreis- und Stadtverbände statt. Die Aktionen waren vielfältig und zahlreich: Briefe an Kandidat*innen, Großflächenplakate, Podiumsdiskussionen mit OB-Kandidat*innen, gemeinsame Erklärungen zu kommunalpolitisch relevanten Themen mit örtlichen Verbänden, Monopoly-Spiel mit Kandidat*innen, Aktionen in Fußgängerzonen oder auf Marktplätzen, Banner an Gewerkschaftshäusern sind nur ein Auszug aus der Liste der Aktivitäten der DGB-Kreis- und Stadtverbände vor Ort.

Es hat sich gezeigt, dass viele haupt- und ehrenamtliche Gewerkschafter*innen in Kommunalparlamenten politisch aktiv sind und gewerkschaftliche Positionen hineinragen. Diese Kolleg*innen zu einem Austausch zusammenzubringen und von deren Wissen zu profitieren, ist eine dauerhafte Aufgabe des DGB Bayern.



Der DGB Bayern hat u.a. auf Großflächenplakaten wie hier in Nürnberg zur Teilnahme an den Kommunalwahlen aufgerufen.
Foto: DGB Bayern

Bundestagswahl 2021

Am 26. September 2021 fand die Bundestagswahl statt. Wahlen sind eine Gelegenheit, zentrale gewerkschaftliche Forderungen in die Debatten einzubringen und Kandidat*innen bzw. Parteien damit zu konfrontieren. Bei dieser Wahl war starkes gewerkschaftliches Engagement nötig, um darauf hinzuwirken, dass die Kosten der Corona-Pandemie nicht einseitig zu Lasten der Beschäftigten gehen.

Der DGB hat sich auf Bundesebene frühzeitig mit zentralen Forderungen zur Bundestagswahl positioniert, u.a. mit der Stärkung öffentlicher Investitionen und einem handlungsfähigen Staat, einer gerechten Steuerpolitik, Forderungen zur Transformation der Industriegesellschaft und der Stärkung der Renten. Zusammengefasst wurden die Aktivitäten in der Kampagne „Echt gerecht!“.

Zum Redaktionsschluss des Geschäftsberichts haben die Sondierungen zwischen SPD, Grünen und FDP gerade begonnen. Ob sich daraus eine Koalitionsregierung ergibt, ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar. Klar ist jedoch: Die Forderungen des DGB bleiben nach der Wahl so wichtig wie zuvor.



Wie hier beim Renten-Pendleraktionstag in Aschaffenburg hat sich der DGB Bayern mit seinen Kreis- und Stadtverbänden rege an den bundesweiten Aktionstagen zur Bundestagswahl beteiligt. Foto: DGB Unterfranken

BAYERISCHE AKTIVITÄTEN

Der DGB Bayern hat sich mit seinen Kreis- und Stadtverbänden am „Aktionstag Mietenstopp“ (19. Juni 2021), am bundesweiten „Frauenaktionstag“ (18. September 2021) und am bundesweiten dezentralen „Renten-Pendleraktionstag“ (21. September 2021) beteiligt (vgl. Kapitel 3.2).

Darüber hinaus hat der DGB Bayern auch auf der bezirklichen Ebene die Aktivitäten zur Bundestagswahl koordiniert und vorbereitet. Die bayerischen DGB-Frauen haben eine Veranstaltung mit Kandidat*innen zur Bundestagswahl durchgeführt (vgl. Kapitel 2.9) und die DGB-Jugend Bayern initiierte eine eigene Kampagne. Zudem führte der DGB Bayern in enger Kooperation mit den Mitgliedsgewerkschaften einen Zukunftskongress zur „Arbeitswelt von morgen“ durch (vgl. Kapitel 1.4).

ANTRÄGEGE - POSITIONEN - PERSPEKTIVEN

Wahlzeit

ECHT GERECHT

DEINE WAHL AM 26.09.

Nr. 12
10.09.2021

Wohnen für alle - Aktionstag am 11.09.21

Im Bereich der Bundestagswahl verfolgen wir die Aktionstage nochmals auf die dramatische Lage auf dem Wohnungsmarkt. Unter dem Motto „Wohnen für alle“ fordern gegen hohe Mieten und Verdrängung“ gehen am 11. September 2021 Mieterinnen und -männer, Gewerkschaften und Verbände in Bezug auf die Straße, um in bundesweiter Solidarität einen sozialen Kurswechsel in der Mieten- und Wohnungspolitik von der zu künftigen Bundesregierung einzufordern.

Trotzvielach steigender Löhne und Einkommensentwicklungen durch die Corona-Pandemie steigen die Mieten stetig weiter an. Viele Menschen müssen immer immer größeres Anteil ihres Einkommens für überhöhte Mieten aufbringen. Da Miete für einige am Ende nicht mehr viel zum Leben übrig. Wohnen aber ist ein Menschenrecht. Deshalb fordern wir: Löher hoch, Mieten runter!

487,4 Prozent! Aus gutem Grund fordert der DGB Bayern nun einen sozialen Mietensatz, um den Beschäftigten einen Lohn zu verschaffen. Darüber hinaus müssen kommunale Wohnungsunternehmen - gestärkt und kommunale über untersetzt werden, eigene Wohnungsbaugesellschaften zu gründen. Zudem müssen Kommunen die Möglichkeit erhalten, Grundstücke und damit günstiges Baugrund zu erwerben.

Den Wandel gestalten

Die notwendige sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hat längst begonnen. Die Herausforderung besteht darin, diesen Wandel zu priorisieren. Das gelingt am besten mit gut qualifizierten Arbeitnehmer*innen. Deshalb brauchen die Beschäftigten auch in Bayern eine breite Qualifizierungspolitik. Deshalb ist, wenn die Kärtchen entscheiden, muss auch in Zukunft für gute Arbeit sorgen, räumswise lässt sich nicht gegen die Beschäftigten durchsetzen, sondern nur mit ihnen.

© DGB Sachsen-Anhalt
202 Hochstrasse
99044 Erfurt
Telefon 0361 705 210
Telefax 0361 705 2104
E-Mail: poststelle@dgb-sachsen-anhalt.de

Zur Bundestagswahl hat der DGB Bayern vier Wahlzeiten zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen veröffentlicht.



Gelungener Abschluss der DGB-Lichtaktionen zur Bundestagswahl in Finsterau. Foto: Michael Aichner

In den Wochen vor der Bundestagswahl wurde der Newsletter für die Betriebe „Streitzeit“ in „Wahlzeit“ umbenannt, gezielt mit Themen zur Bundestagswahl bestückt und in der letzten Ausgabe vor der Wahl mit einem Wahlauftruf veröffentlicht (vgl. Kapitel 3.1). Darüber hinaus hat der DGB Bayern Lichtinstalltionen in allen bayerischen DGB-Regionen koordiniert, die auf die zentralen Themenfelder und Forderungen der DGB-Kampagne hingewiesen haben (vgl. Kapitel 3.2).

Gemeinsam mit den anderen Organisationen im Bündnis „Soziales Netz Bayern“ hat der DGB Bayern im Vorfeld der Bundestagswahl einen Forderungskatalog zur Bekämpfung von sozialer Ungleichheit und struktureller Armut erarbeitet. Diese Forderungen hat das Bündnis im Juli 2021 der Öffentlichkeit vorgestellt (vgl. Kapitel 1.6).

Auch in den Kreis- und Stadtverbänden gab es vielfältige Aktionen zur Bundestagswahl 2021. Im Mittelpunkt standen Befragungen von und Diskussionen mit Kandidat*innen für den Bundestag. Dabei gab es neben bewährten Formaten, wie Podiumsdiskussionen und dem „Heißen Stuhl“, auch neue Methoden, wie das Spiel „Mensch wähl mich“ mit Kandidat*innen oder ein „Kandidat*innen-Karussell“ (vgl. Kapitel 5).

Weitere öffentlichkeitswirksame Aktionen waren eine Rentendemo des DGB in Ingolstadt sowie der Biergartentreff in Günzburg. Darüber hinaus gab es zur inhaltlichen Auseinandersetzung eine Vielzahl von Veranstaltungen, u.a. zu den Themen „Wer bezahlt die Krise?“, „Endlich bis 70 arbeiten?“ sowie zur Vergabe öffentlicher Aufträge.



Die DGB-Regionen prüfen die Kandidierenden für den Bundestag auf Herz und Nieren, hier mit Claudia Roth (Grüne) beim Spiel „Mensch wähl mich“ in Augsburg. Foto: DGB Schwaben

1.6 Kontakte zu Kirchen, Verbänden und Bündnis- partnern

Soziales Netz Bayern



Das „Soziale Netz Bayern“ (SNB) ist in seiner Art wohl einzigartig. Von der Selbsthilfe über Familien- und Jugendorganisationen bis zu den großen Wohlfahrts- und Sozialverbänden, Kirchen und dem DGB Bayern sind alle an einer Sache interessiert: sich für gute soziale Rahmenbedingungen der Menschen in Bayern einzusetzen.

Die 16 Verbände, Organisationen und Initiativen treten mit ihrem gemeinsamen Engagement der Öko-

nomisierung aller Lebensbereiche und dem Verlust an sozialer Gerechtigkeit entgegen. Im SNB, das 2004 gegründet wurde, setzen sie sich dafür ein, dass die Sorge für sozial Benachteiligte Kernaufgabe des Staates ist und bleibt.

Ab 2018 hat sich das SNB mit der Situation von Menschen mit Behinderung auf dem bayerischen Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft auseinandergesetzt. Ausdruck dessen war ein Austausch mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit sowie mit dem Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung. Im Herbst 2019 hat das SNB eigene Forderungen zur Lage von Menschen mit Behinderung in Bayern erarbeitet und für das Jahr 2020 mit Planungen für eine gemeinsame Veranstaltung zu diesem Thema begonnen. Coronabedingt wurden die Planungen vorübergehend gestoppt.



Im Sozialen Netz Bayern setzen sich 16 Organisationen für gute soziale Rahmenbedingungen im Freistaat ein.



Das Soziale Netz Bayern führte im Berichtszeitraum zwei Online-Pressekonferenzen durch. Foto: DGB Bayern

Da für den Herbst 2020 ein Treffen der Verbands spitzen des SNB geplant war, hat das SNB die Pandemielage und die daraus resultierenden sozialen Verwerfungen zum Anlass genommen, eine gemeinsame Erklärung zu erarbeiten. Diese wurde unter dem Titel „Corona – Bayern gemeinsam stärken“ im Anschluss an das Spitzentreffen vom 12. November 2020 durch die stellvertretende Vorsitzende des DGB Bayern Verena Di Pasquale, Ulrike Mascher (Vorsitzende des VdK Bayern) und Prälat Bernhard Piendl (Landes-Caritasdirektor) mit großer Resonanz der Öffentlichkeit vorgestellt.

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2021 hat das SNB einen gemeinsamen Forderungskatalog unter dem Titel „Soziale Ungleichheit bekämpfen, strukturelle Armut beenden und soziale Infrastrukturen ausbauen“ erarbeitet und am 20. Juli 2021 im Rahmen einer Online-Pressekonferenz präsentiert. Für das Soziale Netz sprachen Verena Di Pasquale, Ulrike Mascher sowie Margit Berndl in ihrer Funktion als Vorsitzende der Freien Wohlfahrtspflege Bayern. In der gemeinsamen Erklärung fanden sich viele der sozial- und gesellschaftspolitischen Kernpunkte der Gewerkschaften wieder, wie etwa die Forderungen nach einer konsequenten Armutsbekämpfung sowie der Abschaffung prekärer und schlecht bezahlter Arbeit.



Spitzentreffen des DGB Bayern mit dem Landeskirchenrat der ELKB im Dezember 2017. Foto: DGB Bayern

in Bayern coronabedingt nicht wie gewohnt stattfinden konnten.

Am 13. Dezember 2017 kam der Bezirksvorstand des DGB Bayern zum letzten Spitzengespräch mit dem Landeskirchenrat der ELKB in Präsenz zusammen. Im Rahmen dieses Austauschs, u.a. mit Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, wurde über viele Themen diskutiert, die sowohl Gewerkschaften als auch Kirchen beschäftigen, z.B. die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt, die Digitalisierung der Wirtschaft und die Ungleichheit in Deutschland. Darüber hinaus gab es einen Austausch über das bedingungslose Grundeinkommen und den Schutz von Feiertagen sowie familienfreundliche Arbeitszeiten.

Im März 2019 reagierten der DGB Bayern und kirchliche Organisationen, wie z.B. die ELKB und das Landeskomitee der Katholiken in Bayern, geschlossen und mit scharfer Kritik auf einen Antrag der AfD, die Zuschüsse an den Bayerischen Jugendring (BJR) ersatzlos zu streichen, solange ein der AfD unliebsamer Jugendverband nicht ausgeschlossen wird.

Dass DGB Bayern und Kirchen auch beim Thema „Rentenpolitik“ an einem Strang ziehen, zeigte sich im Januar 2021, als Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm in einer Videobotschaft auf seiner Facebook-Seite die Zahlen aus dem Rentenreport 2021 des DGB Bayern zum Thema gemacht hat. Bedford-Strohm zog darin eine Verbindung zum Bibelvers »Schaffet Recht dem Armen und der Waise und helft dem Elenden und Bedürftigen zum Recht.« „Dieser Psalmvers ist nicht nur eine Auffor-

Zusammenarbeit mit den Kirchen

Eine der zentralen Aufgaben des DGB Bayern ist die politische Interessenvertretung gegenüber Parlamenten, Parteien und den wichtigen gesellschaftlichen Organisationen. Hierbei kommt Bündnissen mit weiteren gesellschaftlichen Akteuren eine wichtige Rolle zu. Bei zahlreichen Themen findet der DGB Bayern Bündnisspartner in den Repräsentant*innen der Kirchen und der kirchlichen Arbeitnehmerorganisationen. Die Zusammenarbeit mit den Kirchen war demnach im vergangenen Berichtszeitraum für den DGB Bayern erneut von großer Bedeutung, auch wenn die regelmäßigen Treffen mit der katholischen Freisinger Bischofskonferenz und dem Landeskirchenrat der Evangelisch-Lutherischen Kirche (ELKB)



Zogen bei vielen Themen an einem Strang: Der Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern Dr. Heinrich Bedford-Strohm (r.) und Matthias Jena. Foto: DGB Bayern

derung, die Augen offen zu halten, wo wir persönlich anderen beistehen können, die in materielle Not geraten sind. Er ist auch eine Aufforderung, für ein Gemeinwesen einzutreten, in dem Gerechtigkeit herrscht und in dem auch die Schwächeren Teilhaben am gesellschaftlichen Wohlstand haben“, so Bedford-Strohm.

Darüber hinaus arbeiten Kirchen und Gewerkschaften nach wie vor eng in vielen Bündnissen wie dem „Bayerischen Bündnis für Toleranz“, dem „Bündnis Bildungszeit“, dem „Sozialen Netz Bayern“ sowie der „Allianz für den freien Sonntag“ zusammen.

Auch in den bayerischen DGB-Regionen gibt es regelmäßige Kontakte zu den Kirchen sowie gemeinsame Bündnisse gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus.

Allianz für den freien Sonntag



Die Debatte um verkaufsoffene Sonntage hat seit Beginn der Corona-Pandemie wieder an Fahrt aufgenommen. Bereits während des ersten Lockdowns wurden aus bestimmten Branchen Forderungen laut, die Regelungen für den freien Sonntag zu lockern. Insbesondere der Handelsverband machte sich für die Sonntagsöffnungen stark. Nach der ersten Corona-Welle wurden diese Stimmen immer lauter und der Druck auf die Staatsregierung erhöht.

So sollten Paketboten und Lieferdienste am Sonntag arbeiten dürfen, um der steigenden Anzahl an Online-Bestellungen gerecht zu werden. Selbst während der dritten Corona-Welle hat die Arbeitgeberseite am „Runden Tisch“ mit der Staatsregierung auf die Flexibilisierung der Sonntagsschließungen und eine Ausweitung der Arbeitszeiten gedrängt. Die Bayerische Staatsregierung ist in dieser Frage jedoch zunächst – entgegen der Position von Wirt-

Böse Überraschung im CSU-Wahlprogramm 2021 (§. 1f)



Die Allianz hat die CSU-Pläne zur Aushöhlung des Sonntags-schutzes scharf kritisiert.

Quelle: www.facebook.com/machtsonntagsfrei

schaftsminister Hubert Aiwanger – standhaft geblieben und hielt an den bewährten Regelungen fest.

Allerdings hat die CSU in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl gefordert, dass verkaufsoffene Sonntage „... künftig nicht mehr von Märkten, Messen und Veranstaltungen abhängig sein sollen“. Dies würde für die Beschäftigten im Einzelhandel zu weiteren Entgrenzungen ihrer Arbeitszeit führen. Der DGB Bayern hat ebenso wie die „Allianz für den freien Sonntag“ deutlich Stellung dagegen bezogen.

Bayerisches Bündnis für Toleranz



Demokratie und Menschenwürde schützen

Die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag hat beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof dagegen geklagt, dass der Landtag Mitglied im „Bayerischen Bündnis für Toleranz“ ist. Ziel der AfD war es, den Beitritt zum Bündnis für nichtig zu erklären. Zudem sollte der Landtag das Bündnis für Toleranz verlassen.

Mit dieser Klage ist die AfD krachend gescheitert. Das Gericht hat in seinem Urteil vom August 2021 bestätigt, dass eine solche Mitgliedschaft verfassungsgemäß ist. Die Begründung ist eine Wertschätzung der Arbeit des Bündnisses und demokratietheoretisch bemerkenswert klar.

Das Bayerische Verfassungsgericht stellt in seinem Urteil fest: „Die vom ‚Bayerischen Bündnis für Toleranz‘ bekämpften Einstellungen, Haltungen oder Handlungen des Rassismus und Antisemitismus verstoßen ebenso wie der vom Bündnis bekämpfte Rechtsextremismus gegen das Prinzip der Menschenwürde, das das zentrale Element beziehungsweise den obersten Grundwert der freiheitlich demokratischen Grundordnung darstellt. Dies gilt insbesondere auch für den Rechtsextremismus [...]. Vielmehr treten innerhalb des Phänomenbereichs Rechtsextremismus nationalistische, antisemitische, rassistische und fremdenfeindliche Ideologie-Elemente in verschiedenen Ausprägungen auf. Dabei unterstellen Rechtsextremisten, dass die Zugehörigkeit zu einer Ethnie oder Nation über den tatsächlichen Wert eines Menschen entscheide. Eine derartige Auffassung verstößt gegen die Garantie der Menschenwürde, die insbesondere die Wahrung personaler Individualität, Identität und Integrität sowie die elementare Rechtsgleichheit der Menschen umfasst [...], und ist mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar.“

GRÜNDUNG DES BÜNDNISSES UND ENTWICKLUNG

Das „Bayerische Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“ wurde im Juli 2005 gegründet. Die Gründungsmitglieder waren die evangelisch-lutherische Kirche, die katholische Kirche, der damalige bayerische Innenminister Günther Beckstein, der DGB Bayern, die Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern sowie der Landesverband der israelitischen Kultusgemeinden.

Bereits bei der Gründung des Bündnisses zeigte sich das Prinzip: Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind nur dann zu bekämpfen, wenn Zivilgesellschaft, Kirchen und staatliche Stellen bzw. Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten. Dieser



2018 beteiligte sich Matthias Jena an einer Video-Aktion zum Jahresschwerpunktthema „Demokratie stärken“. Quelle: Bayerisches Bündnis für Toleranz

Grundsatz gilt bis heute. Die Zahl der im Bündnis vertretenen Organisationen und Verbände hat sich seither spektakulär erhöht. Das Bayerische Bündnis ist von sechs Gründungsmitgliedern im Jahr 2005 auf aktuell 79 angewachsen. Auch das Ziel, allen rechtsextremistischen, rassistischen und antisemitischen Tendenzen entgegenzuwirken, ist bis heute geblieben.

Dass die Anzahl der Mitglieder im Bündnis in den letzten Jahren so stark angestiegen ist, ist eine Folge aus dem wachsenden Widerstand gegen das Erstarke rechtsextremer Parteien, Organisationen und rechter Gewalttaten.

Für den DGB Bayern ist die aktive Mitarbeit im Bündnis eine unverzichtbare Arbeit im Kampf gegen Rechts. Zugleich ergänzen und vervielfältigen sich innerhalb des breit angelegten Bündnisses die Möglichkeiten und Wirkungen in der Auseinandersetzung mit Hass, Ausgrenzung und Gewalt.

THEMEN UND STRUKTUREN

Zwei Mal im Jahr treffen sich die Mitgliedsorganisationen zum Plenum, das den Haushalt berät, neue Organisationen aufnimmt und Schwerpunkte behandelt. 2020 sprachen zum Auftakt des Jubiläumsjahres „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ die Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern Charlotte Knobloch und der Antisemitismusbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung Dr. Ludwig Spaenle über Antisemitismus. Das

Bündnis hat daraufhin in Kooperation mit israelitischen Kultusgemeinden in Bayern Gesprächsrunden über heutiges jüdisches Leben in Bayern koordiniert. Nach dem Anschlag auf die Synagoge in Halle im Jahr 2019 wurden die Mitgliedsorganisationen zu Solidaritätsbekundungen mit den Jüdinnen und Juden aufgerufen, um so ein Zeichen der Mehrheitsgesellschaft gegen Antisemitismus zu setzen. Neben dem Plenum tagt regelmäßig der „Geschäftsführende Ausschuss“, in dem auch der DGB Bayern vertreten ist.

Jährlich setzt sich das „Bündnis für Toleranz“ ein Schwerpunktthema – 2019 war es die Europawahl. Neben vielen dezentralen Veranstaltungen fand in Pfeffenhausen (Landkreis Landshut) ein ganztägiger Europatag statt, der in Kooperation zwischen der Marktgemeinde und dem Bündnis durchgeführt wurde. Viele hochkarätige Teilnehmende aus Politik und Gesellschaft diskutierten in verschiedenen Foren über das Europa der Zukunft. Der DGB Bayern war dabei in Diskussionsrunden und Foren vertreten.

AGABY



Im Oktober 2018 feierte AGABY (Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migrations- und Integrationsbeiräte Bayerns) ihren 25. Geburtstag im Senatssaal des Bayerischen Landtags. Bezogen auf die Örtlichkeit der Veranstaltung ist festzuhalten: Die Ausländer-, Migrations- und Integrationsbeiräte sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Politisch gilt das noch lange nicht.

Auch wenn sich manches verbessert hat, ist die Einrichtung der kommunalen Beiräte noch immer keine Pflichtaufgabe. Trotz besserer Förderung der AGABY durch den Freistaat Bayern ist die finanzielle Zuwendung ebenfalls keine Regelförderung.

Der DGB Bayern unterstützt AGABY seit vielen Jahren. Bei der 25-Jahr-Feier hat sich der inzwischen ver-



Hamado Dipama, Referent für Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit bei AGABY, gab 2019 in Brannenburg bei der DGB-Klausur Einblicke in seine Arbeit. Foto: DGB Bayern

storben ehemalige DGB-Vorsitzende Fritz Schösser, ein Unterstützer der ersten Stunde, am Festakt beteiligt.

Die Kooperation zwischen dem DGB Bayern und AGABY zeigte sich besonders stark bei der Kommunalwahl 2020 mit Forderungen nach einem kommunalen Wahlrecht für alle hier Lebenden.

Wie wichtig die Arbeit von AGABY ist, zeigt sich daran, dass noch immer ein großer Teil der hier lebenden Menschen bei der Bundestagswahl nicht wählen darf: Das betrifft 14 Prozent der Volljährigen in Deutschland. Insoweit besteht die Aufgabe für die nächsten Jahre darin, die Demokratisierung der Demokratie sowie die Antidiskriminierungsarbeit voranzubringen. Für diese Werte stehen auch die Gewerkschaften.

In Bayern arbeiten viele DGB-Kreis- und Stadtverbände seit Jahren mit den örtlichen Integrationsbeiräten zusammen, z.B. bei den „Wochen gegen Rassismus“. Auf Landesebene gibt es einen regelmäßigen Austausch, Kontakte und Kooperationen bei Tagungen und Konferenzen von AGABY.

Der DGB Bayern hat die zentrale Kundgebung zum Internationalen Tag gegen Rassismus am 21. März 2021 unterstützt.
Quelle: www.facebook.com/agabyev

Zusammenarbeit mit dem BUND Naturschutz



Die Zusammenarbeit mit dem Bund Naturschutz (BUND) hat im DGB Bayern eine lange Tradition. Da sich der BUND und der DGB in Bayern bei vielen Themen sehr nahe stehen, kommt es zu einem regelmäßigen Austausch und punktueller Zusammenarbeit – insbesondere bei der Energiewende und der Mobilität.

So haben DGB Bayern und BUND im Jahr 2018 das gemeinsame Positionspapier zur Energiewende neu aufgelegt und an die aktuellen Entwicklungen angepasst. Zentrale Forderungen aus diesem Papier sind u.a. der Ausbau der regenerativen Energieerzeugung und ein Klimaschutzgesetz für Bayern.

Der DGB Bayern und der BUND tauschen sich auch in der Zielsetzung beim Landesplanungsbeirat oder bei relevanten Stellungnahmen gegenüber der Staatsregierung aus. Ebenso findet ein reger Austausch zu Veranstaltungen der Staatsregierung bezüglich der Energiewende, z.B. zum Energiegipfel oder zum Energiebeirat, statt.

Im Berichtszeitraum standen der Klimaschutz bzw. die von der Bundesregierung ratifizierten CO₂-Ziele im Fokus. Die Möglichkeiten zur CO₂-Reduktion in Industrie und Dienstleistungssektor diskutieren DGB Bayern und Mitgliedsgewerkschaften intensiv mit



Matthias Jena und Richard Mergner, Vorsitzender des BUND Naturschutz in Bayern (r.), stellen 2018 das gemeinsame Positionspapier zur Energiewende vor. Foto: DGB Bayern

dem BUND. Durch die Pandemie und die Transformationsbestrebungen bekam dieses Thema ein besonderes Gewicht.

Ein weiterer Punkt in der Zusammenarbeit ist die sozialverträgliche Mobilitätswende. Hierbei gibt es große Schnittmengen zwischen beiden Organisationen. Nicht zuletzt deshalb sind sowohl der DGB Bayern als auch der BUND Mitglied im bayerischen Bündnis „Sozialverträgliche Mobilitätswende“, das im April 2021 im Rahmen einer Pressekonferenz die Staatsregierung aufgefordert hat, die Verkehrswende in Bayern entschlossener voranzutreiben und diesbezüglich ihren Einfluss auf Bundesebene geltend zu machen.

LAG Malihilfe e.V.

Zehn Mitgliedsorganisationen bilden die tragenden Säulen der „Malihilfe“, die 1982 ins Leben gerufen wurde. Der DGB Bayern ist Gründungsmitglied des gemeinnützigen Vereins.



Die Projekte der Arbeitsgemeinschaft im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit sind nachhaltig konzipiert. Sie verfolgen das Ziel, die Lebensbedingungen in einer der ärmsten Regionen der Welt dauerhaft zu verbessern. Die Weichen dafür werden im Dialog gestellt. Für die Malier*innen steht zumeist die Erfüllung von Grundbedürfnissen im Vordergrund: sauberes Trinkwasser, Bildungschancen, Gesundheit und nicht zuletzt die Verbesserung der Ernährungssituation.

Schwerpunkte des Engagements sind daher Ernährungssicherung, Bildung und die Aufklärung über die Folgen der Beschneidung bei Mädchen. Dazu hat die LAG Mali seit 2004 vor allem Frauen in ländlichen Kommunen im Blick. Häufig unterstützt sie verarmte Landfrauen beim Gemüseanbau, der einerseits die



Der Verein LAG Malihilfe e.V. verfolgt das Ziel, die Lebensbedingungen in einer der ärmsten Regionen der Welt dauerhaft zu verbessern. Foto: Gudrun Kahl

Ernährungssituation von Familien verbessert und ihnen zugleich Einkommen sichert.

Jedes Projekt wird in enger Kooperation mit den Dorfbewohner*innen umgesetzt. Sie sind von Beginn an in die Planung eingebunden und entscheiden mit, welche Vorhaben für sie am dringendsten sind. Sie beteiligen sich mit eigenen Mitteln und arbeiten beim Bau der Anlagen mit. Vor Ort begleiten die malischen Partner der LAG Mali alle Aktivitäten. Dabei handelt es sich um gemeinnützige, nichtstaatliche Organisationen mit entsprechender Erfahrung. Die langjährige Zusammenarbeit hat sich auch in Krisenzeiten bewährt.

Wirtschaft und Gesellschaft in Bayern. Der BayLFR gibt zu allen Fragen, die die gesellschaftliche Situation von Frauen betreffen, regelmäßig Stellungnahmen und Empfehlungen an Organe der Legislative und Exekutive ab.

Der DGB Bayern ist mit drei Ordentlichen Delegierten und drei Stellvertreterinnen im BayLFR vertreten, die aktiv im Hauptausschuss und in unterschiedlichen Fachausschüssen mitarbeiten. Schwerpunkte der dort erstellten Forderungspapiere waren u.a. die Situation der Pflegekräfte, Unterstützung für Familien, Absicherung von Sorgearbeit im Lebenslauf und Homeschooling.

Zu Beginn der Corona-Pandemie hat der BayLFR unter dem Titel „Informieren und Netzwerken in Zeiten von Corona“ alle Mitgliedsverbände aufgerufen, einen Beitrag mit Informationen über die aktuelle Arbeit, Sorgen und Nöte zu verfassen. In seinem Beitrag hat der DGB Bayern u.a. eine deutlich höhere Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen für die systemrelevanten Berufe gefordert. Ein neues und sehr erfolgreiches Format sind die Podcasts, die jeweils zu aktuellen Themen erstellt werden.

Bündnis „Bildungszeitgesetz für Beschäftigte in Bayern“

Im Mai 2018 hat der DGB Bayern gemeinsam mit dem Katholischen Deutschen Frauenbund das breite und bunte Bündnis „Bildungszeit für Beschäftigte in Bayern“ initiiert. Seitdem engagieren sich die 24 Mitgliedsverbände in vielfältiger Weise für das gemeinsame Ziel eines bayerischen Bildungszeitgesetzes.

Konkret fordert das Bündnis, dass Beschäftigte zehn Tage in zwei Jahren zur beruflichen, allgemeinen, politischen oder Ehrenamts-Fortbildung nutzen können – bezahlt und gesetzlich abgesichert. Nur in Bayern und Sachsen fehlt bisher ein solcher Rechtsanspruch. Entsprechende Gesetzesinitiativen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen lehnt die Regierungskoalition bisher ab.

Bayerischer Landesfrauenrat



Der Bayerische Landesfrauenrat (BayLFR) ist ein Zusammenschluss von aktuell 52 Frauenverbänden und Frauengruppen gemischter Landesverbände und vertritt knapp 4 Millionen Frauen in Bayern. Er ist überkonfessionell, überparteilich und unabhängig. Ziel seiner Arbeit ist die Verwirklichung von Gleichberechtigung und Chancengleichheit sowie die Verbesserung der Situation der Frauen in Staat,



Regelmäßig spricht das Bündnis mit den Fraktionsvorsitzenden aller im Landtag vertretenen demokratischen Parteien, hier mit Thomas Kreuzer (CSU, 5.v.l.) am 8. Mai 2019.

Foto: „Bündnis Bildungszeitgesetz für Beschäftigte in Bayern“

Bei den vierteljährlichen Bündnis-Treffen, organisiert und moderiert vom DGB Bayern, stimmen die Mitgliedsverbände gemeinsame und eigene Aktivitäten ab. Diese werden medial durch den Bündnis-Flyer, Plakate, Banner, die jeweiligen Homepages der Verbände und per Social Media begleitet.

Unter Führung des DGB Bayern spricht eine Delegation des Bündnisses (VdK, Bayerischer Trachtenverband, Bayerischer Jugendring, Katholischer Deut-

scher Frauenbund, DGB Bayern) mit Politiker*innen von Opposition und Regierungskoalition, um dieses wichtige Vorhaben weiter voranzutreiben.

Bisher hat die Delegation stellvertretend für das Bündnis unter anderem Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden aller im Landtag vertretenen demokratischen Parteien, der bayerischen Ehrenamtsbeauftragten, der Vorsitzenden der Frauenunion sowie dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Arbeit und Soziales geführt und einen ersten Teilerfolg errungen. Die Freien Wähler haben als Regierungspartei einen eigenen Antrag für ein Bildungszeitgesetz formuliert und stimmen diesen aktuell mit dem Koalitionspartner CSU ab. Seitdem konzentriert sich das Bündnis in seiner Arbeit auf Politiker*innen der CSU. Zuletzt sprachen die Spitzen von DGB Bayern, VdK, Trachtenverband, BJR und KDFB erneut mit dem Fraktionsvorsitzenden der CSU-Landtagsfraktion, um den Druck zu erhöhen. Weitere Gespräche und Aktionen sind in Planung. Das Bündnis wird nicht nachlassen und behält sich jenseits der politischen Ansprache vor, ein Volksbegehren zu initiieren, sollten diese Bemühungen keine Früchte tragen.



Breites Bündnis: 24 Organisationen setzen sich gemeinsam für ein Bildungsfreistellungsgesetz in Bayern ein. Foto: DGB Bayern

2.

Politikfelder des DGB Bayern

2.1 Wirtschaftspolitik

Wirtschaftliche Entwicklung in Bayern

Im Berichtszeitraum ist die wirtschaftliche Entwicklung in Bayern trotz der Auswirkungen der Corona-Pandemie positiv zu bewerten. Das Wachstum des bayerischen Bruttoinlandsproduktes bewegte sich vor der Pandemie zwischen 2 und 3 Prozent und somit über dem Bundesdurchschnitt. Durch die Einschränkungen der wirtschaftlichen Aktivitäten sank das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 allerdings um 4,1 Prozent. Kontaktbeschränkungen und Unterbrechungen in den Lieferketten führten zu Produktionsausfällen und Einbrüchen in der Dienstleistungserbringung. Die stabilen sozialen Sicherungssysteme und die monetären staatlichen Hilfeleistungen verhinderten allerdings gravierendere Folgen und führten zu einer raschen Erholung der wirtschaftlichen Situation.

Wirtschaftspolitik der Staatsregierung

Die politischen Impulse aus dem Bayerischen Wirtschaftsministerium wurden im Vorfeld der Landtagswahl 2018 zurückgefahren. Die damalige Wirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) setzte überwiegend auf die Förderung der Digitalisierung in Bayern. Dieses Thema beschäftigte sowohl die Arbeitgeber als auch die Gewerkschaften – selbstverständlich auch die Politik. Im Laufe der folgenden Legislaturperiode wechselte die Überschrift über diesem Thema: von Industrie 4.0 zu Transformation. Im Oktober 2018 kam der Wechsel im Wirtschaftsministerium. Die Freien Wähler stellen seitdem mit Hubert Aiwanger den Wirtschaftsminister.



Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern – das war eine der Hauptforderungen des DGB Bayern zur Landtagswahl 2018.

In der Folge wurde die Regional- und Strukturpolitik vom Finanzministerium wieder in das Wirtschaftsministerium überführt. Obwohl bereits nach der Landtagswahl 2013 die Forderung nach Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in ganz Bayern in die Bayerische Verfassung aufgenommen wurde, blieb die Staatsregierung in diesem Themenfeld weit hinter den Erwartungen des DGB Bayern zurück. Zwar hat die eingesetzte Enquetekommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ 2018 in ihrem Abschlussbericht viele wertvolle Analysen und Handlungsempfehlungen erarbeitet, allerdings fanden diese bislang nur wenig Beachtung innerhalb der Bayerischen Staatsregierung.

Darüber hinaus fanden sich sehr zum Missfallen des DGB Bayern viele beschäftigtenfreundliche Ansätze aus dem Wahlprogramm der Freien Wähler nicht mehr im Koalitionsvertrag wieder. So wurde z.B. die Forderung nach einem Tarifreue- und Vergabege- setz in den Verhandlungen mit der CSU geopfert.

Konjunkturprogramm zur Corona-Pandemie

Unter Ministerpräsident Markus Söder wurde für die Jahre 2019/20 mit 124,7 Mrd. Euro der größte Doppelhaushalt in der bayerischen Geschichte verabschiedet. Trotz dieser Summe hat das Finanzministerium zu wenig Mittel für zwingend notwendige

Investitionen zur Verfügung gestellt. Dies änderte sich grundlegend mit Beginn der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020. Innerhalb kürzester Zeit wurden über 46 Mrd. Euro Hilfs- und Unterstützungsgelder bereitgestellt, um die Auswirkungen der Pandemie abzufedern. Die gesundheitsgefährdende Lage führte im März 2020 zum ersten Lockdown. Die massiven Einschränkungen der wirtschaftlichen Aktivitäten führten schnell zu der Erkenntnis, dass ein Konjunkturprogramm zum Neustart der Wirtschaft benötigt wird. Die Themen Energiewende und Bildung standen dabei zentral zur Debatte. Die ersten Gespräche mit der Staatsregierung zu diesem Thema verliefen zurückhaltend. Die Staatsregierung drängte auf eine Abstimmung der Sozialpartner im Vorfeld eines „Runden Tisches“.

Nach langwierigen Verhandlungen haben DGB Bayern und Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) das gemeinsame Programm auf den Weg gebracht und im Herbst 2020 mit der Staatsregierung diskutiert. Die Entwicklung der Pandemie und deren Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Aktivitäten verzögerten allerdings die Gespräche. Erst im Mai 2021 ging die Staatsregierung auf die Forderungen der Sozialpartner ein und reagierte auf deren Anregungen. Ein Erfolg ist, dass die Staatsregierung dieses Vorgehen begrüßte und den „Runden Tisch“ zum gegenseitigen Austausch beibehalten möchte (vgl. Kapitel 1.3).

Die Pandemie hat deutlich gemacht, welche Berufe besonders systemrelevant sind. Der Gesundheitsbereich, der öffentliche Dienst und der Einzelhandel sind hierbei grundlegende Säulen – sehr oft aber finden sich hier schlechtbezahlte Berufsgruppen. Der DGB Bayern und seine Mitgliedsgewerkschaften haben daher wiederholt darauf hingewiesen, dass Applaus allein nicht ausreichend ist, und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Einkommenssituation der Betroffenen gefordert.



Die Energie der Zukunft muss versorgungssicher, umweltschonend und bezahlbar sein. Foto: GettyImages/instamatics

Energiewende und Klimawandel

Einer der größten Streitpunkte in der bayerischen Energiepolitik bleibt die im November 2014 beschlossene sogenannte „10-H-Regelung“ für Windkraftanlagen. Dieses Gesetz gibt vor, dass Windräder einen Mindestabstand vom 10-fachen ihrer Höhe zum nächsten Wohngebäude einhalten müssen. Damit kam der Ausbau der Windkraft in Bayern nahezu zum Erliegen. Lagen 2013 noch über 400 Anträge für den Bau von Windrädern vor, waren es 2019 weniger als zehn. Dieser Bereich der regenerativen Energie ist allerdings dringend notwendig, um die beschlossenen Klimaziele zu erreichen. Allein der Ausbau der Photovoltaik in Bayern reicht nicht, um eine dauerhafte und konstante Energieversorgung zu gewährleisten. Es bedarf eines fein abgestimmten Mix aus unterschiedlichen Quellen sowie leistungsfähiger Übertragungs- und Verteilnetze, um die Energiewende zu meistern, die Klimaziele zu erreichen und Energie bezahlbar zu halten.

Um in dieser Frage Druck auf die Staatsregierung auszuüben, hat der DGB Bayern gemeinsam mit der vbw im Juni 2020 einen offenen Brief an den Wirtschaftsminister adressiert. Eine zentrale Forderung darin war der Ausbau der Übertragungsnetze, um die Gefahr von zwei unterschiedlichen Strompreiszonen in Deutschland abzuwenden. Ein weiteres Anliegen zielte auf die Überarbeitung der „10-H-Regelung“.

Zudem hat sich der DGB Bayern 2019 in den Arbeitsgruppen des von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger initiierten „Energiegipfels“ ebenso eingebracht wie im darauffolgenden „Energiebeirat“, der im Januar 2021 zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder getagt hat.

Einen besonderen Stellenwert in der Debatte um die Energiewende nahm das Thema Wasserstoff ein. Zahlreiche Veranstaltungen behandelten die Herstellung und Verwendung dieser Energiequelle. Insbesondere der Antrieb von Schwerlastfahrzeugen (Züge, Flugzeuge, Schiffe) stand im Zentrum der Diskussionen. Auch ein Einsatz bei der Rohstoffgewinnung (Stahl, Aluminium) ist denkbar und wird erforscht. Auch wenn die Erzeugung von Wasserstoff aktuell noch sehr kostenintensiv ist, stellt dies eine Option für zukünftige CO₂-neutrale Energieversorgung dar.

Der Lockdown des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in Bayern in Verbindung mit der Digitalisierung und dem 2015 beschlossenen CO₂-Ziel der Bundesregierung hat in nahezu allen Bereichen zu einem grundsätzlichen Umdenken in der Frage der Klimaneutralität geführt. Die Abkehr von karbonbasierter Energiegewinnung stellt die bisherigen Prinzipien des Wirtschaftens in Frage und verlangt nach innovativen Lösungen. Während viele Unternehmen den Klimawandel ernst nehmen und die erforderlichen Maßnahmen zur Umgestaltung der Wirtschaft ergreifen, sind insbesondere die Wirtschaftsverbände darauf bedacht, die Kosten der Energiewende so weit wie möglich auf die Allgemeinheit abzuwälzen.

Im Berichtszeitraum haben extreme Wetterverhältnisse und wissenschaftliche Erkenntnisse viel Bewegung in die Diskussion um die Erderwärmung und deren Ursachen gebracht. Einen bemerkenswerten Beitrag zur Sensibilisierung hat die Fridays for Future-Bewegung beigesteuert. Gestützt durch Wissenschaft und

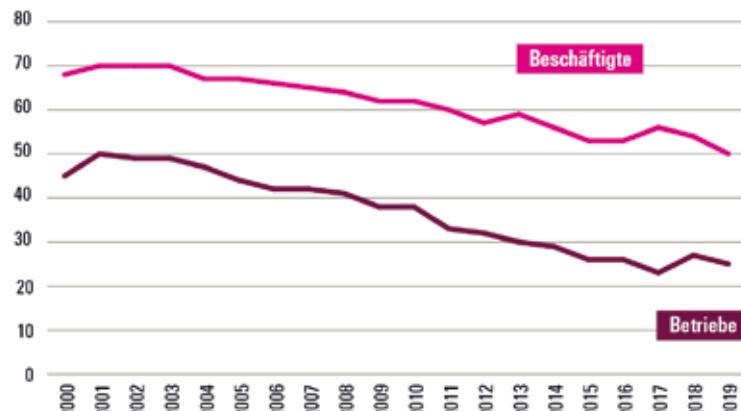
Umweltverbände wurde das Thema derart belebt, dass sich die Politik der offenkundigen Faktenlage nicht mehr entziehen konnte. Auch innerhalb der Gewerkschaften wurde der Klimawandel intensiv und kontrovers diskutiert. Viele Impulse aus den Mitgliedsgewerkschaften – insbesondere der IG Metall, der IG BCE und ver.di – beschäftigen sich mit der zukünftigen Gestaltung von Wirtschaft und der Frage, wie wir in Zukunft leben wollen. Die Frage der Digitalisierung, die sich mittlerweile zum Thema Transformation der Wirtschaft gewandelt hat, ist eine der zentralen Säulen bei der CO₂-Vermeidung und der Neugestaltung der Wirtschaft.

Tarifbindung und öffentliche Vergabe

Die Tarifbindung in Bayern nimmt kontinuierlich ab. Von 1995 bis heute hat sich die Zahl der tarifgebundenen Betriebe von damals über 60 Prozent mehr als halbiert. Damit ist auch die Zahl der tarifgebundenen Beschäftigten im genannten Zeitraum von über 80 Prozent auf nur noch 50 Prozent gesunken. Diese alarmierende Entwicklung hat den DGB Bayern veranlasst, das Thema „Tarifflucht“ genauer zu beleuchten. So entstand 2018 in Zusammenarbeit mit dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung der Report

Entwicklung der Tarifbindung in Bayern seit 2000

Betriebe und Beschäftigte in Betrieben mit Tarifbindung, in Prozent



Alarmierende Entwicklung: Nur noch 50 Prozent der Beschäftigten arbeiten in tarifgebundenen Betrieben. Grafik: Hans-Böckler-Stiftung



2018 veröffentlicht der DGB Bayern seinen Tarifreport, der in Zusammenarbeit mit dem WSI der Hans-Böckler-Stiftung entstanden ist. Foto: DGB Bayern

„Tarifverträge und Tarifflucht in Bayern“. Der DGB Bayern kann hier durchaus als Vorreiter bezeichnet werden, da der Report anschließend auch in einigen anderen DGB-Bezirken aufgelegt wurde. Der Report zeigt, dass Beschäftigte in Betrieben ohne Tarifbindung weniger verdienen als ihre Kolleg*innen in Unternehmen mit Tarifbindung. Hinzu kommt, dass diese Beschäftigten im Schnitt länger arbeiten. Einer der Gründe für diese Entwicklung ist die überproportionale Dichte an Verbandsmitgliedschaften ohne Tarifbindung. Ein weiterer Grund ist die Ausgliederung von Betriebsteilen. Des Weiteren sinkt die Anzahl der für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträge. In Bayern gibt es aktuell nur noch in zwölf Branchen einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag.

Die Enquetekommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ hat in ihrem Abschlussbericht festgestellt, dass das Ziel, gleichwertige Lebensbedingungen und Arbeitsverhältnisse im Freistaat herzustellen, mit einer Erhöhung der Tarifbindung unterstützt und beschleunigt werden kann. Diesen Empfehlungen ist die Staatsregierung bislang nicht nachgekommen.

Eine Stärkung der Tarifbindung wäre auch durch ein bayerisches Tariftreue- und Vergabegesetz möglich. Bereits 14 Bundesländer verfügen über ein Vergabegesetz und Sachsen hat im Koalitionsvertrag festgeschrieben, ein solches Gesetz zu verabschieden. Damit ist Bayern perspektivisch das letzte Bundesland, das öffentliche Aufträge ohne Vergabegesetz

erteilt. Dadurch werden häufig Billiganbieter bevorzugt und Schmutzkonkurrenz letztlich belohnt. Unter dem Hashtag #MitGewerkschaftBesser hat der DGB Bayern dem eine öffentlichkeitswirksame Kampagne entgegengesetzt. Im Rahmen dieser Kampagne haben sich verschiedene bayerische Prominente sowohl online in den sozialen Medien als auch auf großflächigen Plakaten für eine hohe Tarifbindung ausgesprochen (vgl. Kapitel 3.2). Auch wenn durch die Pandemie viele Aktivitäten nicht umgesetzt werden konnten bzw. ins Netz verlagert werden mussten, nahm die Diskussion um die kommunale Vergabe gut Fahrt auf. Im April 2021 hat der DGB Bayern eine Broschüre zu den kommunalen Vergabekriterien herausgebracht, die großen Zuspruch fand. Begleitet wurde die Thematik von einigen Informationsveranstaltungen. Das Thema „Tariftreue- und Vergabegesetz“ steht weiter auf der politischen Agenda des DGB Bayern, bis es von der Staatsregierung umgesetzt wird. Es wird zudem einen Schwerpunkt der Kampagne zur Landtagswahl 2023 darstellen.

Wohnungspolitik in Bayern

Bereits in der regional- und strukturpolitischen Position des DGB Bayern von 2017 findet die angespannte Situation auf dem Wohn- und Mietmarkt ihren Niederschlag. Seit dieser Zeit hat das Thema weiter an Brisanz gewonnen. Die Zahl der Sozialwohnungen geht rapide zurück und die Staatsregierung unternimmt nur rudimentäre Anstrengungen, um die Lage



Steigende Mieten, fehlender Wohnraum – auf diese Problematik hat der DGB Bayern immer wieder hingewiesen. Foto: DGB Bayern



Regelmäßig gehen Menschen auf die Straße, um ihrem Ärger über die Wohnungspolitik Luft zu machen. Foto: DGB Bayern

zu verbessern. Zudem sind Immobilien zum begehrten Spekulationsobjekt geworden, wodurch die Boden- und Mietpreise extrem gestiegen sind.

Der DGB Bayern hat u.a. in seiner jährlichen Klausur die Mietproblematik behandelt und dabei insbesondere die Möglichkeiten von Genossenschaften und den Bau von bezahlbaren Wohnungen beleuchtet. Auch in der Kampagne zur Landtagswahl 2018 war „Wohnen“ eines der Schwerpunktthemen. In der Aktionswoche des DGB-Zukunftsdialogs im März 2019 hat der DGB Bayern landesweit mit öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen auf die steigenden Mietpreise hingewiesen (vgl. Kapitel 1.2).

Zudem hat der DGB Bayern das 2019 auf den Weg gebrachte Volksbegehren „6 Jahre Mietenstopp“ unterstützt und sich an zahlreichen Aktionen beteiligt. Nach dem Scheitern des Volksbegehrens vor dem Bayerischen Verfassungsgericht verlagerten sich die Anstrengungen auf Bundesebene. Hier fand im Juni 2021 ein bundesweiter Aktionstag unter Beteiligung des DGB Bayern statt.

Initiative Lieferkettengesetz

Einstürzende Textilfabriken wie in Bangladesch das Rana Plaza-Gebäude im Jahr 2013, Hungerlöhne für die Beschäftigten, ausbeuterische Kinderarbeit oder zerstörte Regenwälder sind nur ein paar Beispiele dafür, wie skrupellos Unternehmen lange Zeit agieren konnten, ohne dabei rechtliche Konsequenzen befürchten zu müssen. Es wurde demnach höchste Zeit, dass im Februar 2019 ein Entwurf für ein Gesetz zur Regelung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten in globalen Wertschöpfungsketten (kurz: Sorgfaltspflichtengesetz) auf den Weg gebracht wurde. Bemerkenswert ist dabei die Tatsache, dass dieser Entwurf aus dem CSU-geführten Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung stammt.



Die ehemals vereinbarte freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft zur Einhaltung von Menschenrechten hatte kaum nennenswerte Auswirkungen, wie eine Evaluation 2020 verdeutlichte. 2021 wurde auf Bestreben der Gewerkschaften und 16 weiterer namhafter Organisationen eine gesetzliche Regelung entworfen. Der DGB Bayern und einige seiner Mitgliedsgewerkschaften unterstützen das breite Bündnis „Initiative Lieferkettengesetz“ mit unterschiedlichen Aktionen. Insbesondere vor der 2. und 3. Lesung im Bundestag wurden nochmals Briefe an die Abgeordneten verschickt, in denen auf die Problematik hingewiesen wurde. Mitte 2021 wurde das Gesetz gegen den erbitterten Widerstand des Bundeswirtschaftsministeriums und einiger Wirtschaftsverbände verabschiedet. Auch wenn die ge-



Der bayerische Ableger des Bündnisses „Initiative Lieferketten-gesetz“ fordert von Unternehmen mehr unternehmerische Verantwortung in der globalen Lieferkette ein. Foto: DGB Bayern

werkschaftlichen Forderungen bei den Punkten Haf-tung und Betriebsgröße nicht gänzlich umgesetzt wurden, ist das Gesetz ein elementarer Fortschritt in der Frage der ILO-Kernarbeitsnormen und der Menschenrechte.



Die zweitägige Handwerkstagung des DGB Bayern findet jährlich im Herbst statt. Foto: DGB Bayern

Die zweitägige Handwerkstagung des DGB Bayern findet jährlich im Herbst statt. Sie befasste sich mit Themen wie „PerSe-Projekt“*, „Rückvermeiste-rung“, „Satzungsänderung“ und den „Handwerkskammerwahlen“. Ein Schwerpunkt war die Novelle der Handwerksordnung. Hier wurde die Position der Gewerkschaften im Prüfungswesen gestärkt. Das Vorschlagsrecht der Gewerkschaften für Prüfer*innen sowohl in der Handwerkskammer als auch in der Innung konnte verankert werden. Des Weiteren konnte im Innungsrecht verankert werden, dass das Abschließen von Tarifverträgen zum gemeinsamen gewerblichen Interesse gehört. Auch wenn die For-derungen des DGB Bayern in diesem Punkt noch weit darüber hinausgingen, ist dies als Erfolg in den Verhandlungen zu verbuchen.

Handwerk

Das zentrale Thema im Handwerk waren im Be-richtszeitraum die Handwerkskammerwahlen (2019 bis 2021). Die Herausforderung war auch in dieser Periode, die Positionen in der Vollversammlung zu besetzen. Eine grundlegende Änderung der Satzun-ge im Zuschnitt der Gewerke erleichterte zwar die Aufgabe, dennoch erschwert es die sinkende Tarif-bindung in den Handwerksbetrieben, aktive Kolleg*innen zu finden. Die Listenverbindung mit dem Kolpingwerk erweist sich hier als sinnvoll und erleichtert die Besetzung der Plätze. Die Zusammen-arbeit mit dem Kolpingwerk ist stabil und nahezu konfliktfrei. Diese Entwicklung ist sehr zu begrüßen. Der Landesarbeitskreis Handwerk (DGB und Kol-ping) tagt einmal im Jahr am Rande der Internatio-nalen Handwerksmesse und beschäftigt sich mit Themen, wie z.B. „Dimension des technischen Wan-dels“, „Mindestausbildungsvergütung“ und „Digi-talisierung – Gefahren/Vorteile“.

* *Perspektive Selbstverwaltung* ist ein vom Bundeswirtschafts-ministerium gefördertes Bildungsprojekt zur Stärkung der Selbstverwaltung im Handwerk.

2.2 Sozialpolitik

In den Berichtszeitraum fielen die Auseinandersetzungen über den 2017 erschienenen „Vierten Bayerischen Sozialbericht – Bericht der Bayerischen Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern“. Für den DGB Bayern war klar, dass der Freistaat von einer flächendeckenden Vollbeschäftigung, wie sie im Bericht propagiert wurde, noch weit entfernt ist. Jenseits dieser Debatte spielt für den DGB Bayern die Qualität der Arbeit eine entscheidende Rolle bei deren Bewertung. Zu beobachten war, dass parallel zu immer neuen Höchstständen der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auch die prekäre Beschäftigung von Spitzenwert zu Spitzenwert angestiegen ist. Hierzu hat die Staatsregierung geschwiegen.

Es fanden sich auch andere Felder der Auseinandersetzung in dem Bericht. Zu lesen war etwa: „Der Wohlstand kommt bei den Menschen an – über alle Generationen hinweg.“ Für den DGB Bayern war das eine klare Fehlinterpretation der Daten. So zeigte sich, dass etwa das auf die Familienmitglieder gemittelte Einkommen in Bayern zwischen 2003 und

2013 um 0,7 Prozent sank. Wird der berufliche Status berücksichtigt, war bei Arbeiter*innen ein Minus von 0,8 Prozent, bei Rentner*innen ein Minus von 5,6 Prozent und bei Arbeitslosen gar ein Minus von 42 Prozent feststellbar. Von der Staatsregierung hieß es gleichzeitig: „Die soziale Lage ist so gut wie nie zuvor.“ Dabei hat der Sozialbericht verdeutlicht, dass die Vermögen und Einkommen in Bayern äußerst ungleich verteilt sind. Hinzu kam, dass der Anteil der Personen mit Anspruch auf Leistungen nach Hartz IV weiter zugenommen hat, immer mehr alte Menschen in der Grundsicherung im Alter landen und Wohnen in vielen Teilen Bayerns zum Luxusgut wird.

Der Beirat zum Sozialbericht, in dem der DGB Bayern Mitglied ist, hat im Nachgang spezifische Handlungsfelder bearbeitet. Hierzu zählen u.a. die Themen Langzeitarbeitslosigkeit und die Situation von Alleinerziehenden. Auch wenn partiell Verbesserungen angeregt werden konnten, beispielsweise durch die Ausweitung der CURA-Standorte – dies sind, vereinfacht gesagt, ganzheitlichere Angebote der Betreuung von Arbeitslosen unter den Voraussetzungen eines besseren Betreuungsschlüssels – bleibt die soziale Situation in Bayern aus Sicht des DGB Bayern angespannt. Der DGB Bayern hat und wird sich weiter mit seinen Bündnispartner*innen innerhalb des „Sozialen Netz Bayern“ (vgl. Kapitel 1.6) und darüber hinaus auf allen Ebenen für ein gerechtes und solidarisches Bayern einsetzen.



Der DGB Bayern und die AWO kritisierten 2017 bei der Pressekonferenz zum Sozialbericht die einseitig positive Betrachtungsweise der Staatsregierung.
Foto: DGB Bayern

Rentenpolitik

RENTENKAMPAGNE 2017 UND IHRE AUSWIRKUNGEN

Im Jahr 2018 zeigte die im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 groß angelegte Rentenkampagne erste Erfolge. Das von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil vorgelegte Rentenpaket I sicherte das Rentenniveau vorerst bei wenigstens 48 Prozent bis 2025. Damit konnte der Rentensinkflug der letzten Jahre endlich gestoppt werden. Auch Verbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten oder der sogenannten Mütterrente II hatte der DGB seit Jahren angemahnt. Durch die Verlängerung der Zurechnungszeit konnte die Erwerbsminderungsrente gestärkt werden. Weiter ausstehend sind Verbesserungen bzgl. der Erwerbsminderungsrente, die auch für den Rentenbestand gelten. Die sogenannte Mütterrente, also die weitere Angleichung der Bewertung von Erziehungszeiten im Rentensystem, ist zu begrüßen, auch wenn noch keine komplette Angleichung erreicht werden konnte. Die Finanzierung als versicherungsfremde Leistung auf Kosten der Beitragszahler*innen lehnt der DGB Bayern weiter ab.

ZANK UM DIE GRUNDRENTE

Wie in Deutschland insgesamt steigen auch in Bayern die Zahlen der Empfänger*innen von Grundsicherung im Alter weiter an. Vor diesem Hintergrund hieß es im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD im Bund, dass die Lebensleistung von Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet, Kinder erzogen und Angehörige gepflegt haben, honoriert werden und ihnen ein regelmäßiges Alterseinkommen zehn Prozent oberhalb des Grundsicherungsbedarfs zugesichert werden soll. Dabei gilt die Grundrente für bestehende und zukünftige Grundsicherungsbezieher*innen mit 35 Jahren an Beitragszeiten oder Zeiten der Kindererziehung bzw. Pflege. Voraussetzung ist weiterhin eine Bedürftigkeitsprüfung entsprechend der Grundsicherung.

Anfang 2020 haben sich die Koalitionspartner nach harten Verhandlungen geeinigt: Die Grundrente mit Stichtag 1. Januar 2021 wurde verabschiedet. Vor ausgegangen war ein monatelang währender Streit innerhalb der Großen Koalition. Aus Sicht der Union



Diese Frage können der DGB Bayern und seine Mitgliedsgewerkschaften mit einem klaren „Ja!“ beantworten.

Foto: DGB Schwaben

hatte Arbeitsminister Hubertus Heil einen Vorschlag präsentiert, der aufgrund einer fehlenden Bedürftigkeitsprüfung weit über den Koalitionsvertrag hinausgegangen sei. Der DGB Bayern und seine Mitgliedsgewerkschaften unterstützten den Vorstoß von Heil.

DGB und Gewerkschaften kritisierten, dass auf Betreiben der CDU/CSU das Verfahren zur Berechnung der Grundrente mittlerweile höchst kompliziert geworden ist und viel weniger Menschen als noch im ursprünglichen Entwurf vorgesehen davon profitieren sollten. Dennoch wurde der Kompromiss als „akzeptabel“ eingeschätzt, da die Grundrente vielen Menschen hilft und ein wenig mehr soziale Gerechtigkeit bringt.

Gegen allen Widerstand – selbst die Corona-Pandemie wurde am Ende noch gegen die Einführung der Grundrente in Stellung gebracht – ist es dem DGB und den Mitgliedsgewerkschaften gelungen, die Grundrente durchzusetzen. Rund 1,3 Millionen Menschen, die jahrzehntelang gearbeitet haben, erhalten damit einen Aufschlag auf ihre Rente, darunter die Mehrzahl Frauen. Die Grundrente wird künftig einige Härten abfangen, doch für eine gute Alterssicherung braucht es weitere Maßnahmen.

RENTENKOMMISSION

In ihrem Koalitionsvertrag einigten sich die Parteien auf die Einrichtung einer Rentenkommission „Verlässlicher Generationenvertrag“, in der auch der DGB vertreten war. Auftrag der Rentenkommission

war es, sich mit den Herausforderungen der nachhaltigen Sicherung und Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung und der beiden weiteren Rentensäulen ab dem Jahr 2025 zu befassen.

Grundsätzlich bietet der Bericht einen Impuls für eine breite Debatte über die Zukunft der Rente. Dort, wo der DGB Kompromisse nicht mittragen konnte, hat er in einem Sondervotum eigene Wege aufgezeigt. So hat der DGB u.a. deutlich gemacht, dass ein Rentenniveau unter 48 Prozent inakzeptabel ist. Denn eine weitere Absenkung führt für breite Bevölkerungsschichten zu mehr Altersarmut und sozialem Abstieg. Begleitend zur Arbeit der Rentenkommission hat der DGB Bayern bei mehreren Vorträgen und Diskussionen mit DGB-Gliederungen und Mitgliedsgewerkschaften Impulse gesammelt und deutlich gemacht, dass der Bericht erst den Beginn um die Auseinandersetzung über die langfristige Sicherung der gesetzlichen Rente darstellt.

RENTENREPORTE

Gute Arbeit, gutes Geld, gute Perspektive im Alter. Für viele Menschen in Bayern ist dieser Dreiklang nicht aufgegangen. Bereits heute wächst in Bayern die Zahl der älteren Menschen in Armut. Die bittere Realität in Bayern: 2019 lag die Armutgefährdungsquote für ältere Menschen (65 Jahre und älter) bei 22 Prozent, bei Frauen ab 65 Jahren war gar jede vierte armutsgefährdet – mit steigender Tendenz. Dies verdeutlicht: Es ist wichtig, dass sich DGB und Gewerkschaften in die Debatte um die Zukunft der Alterssicherung einmischen.

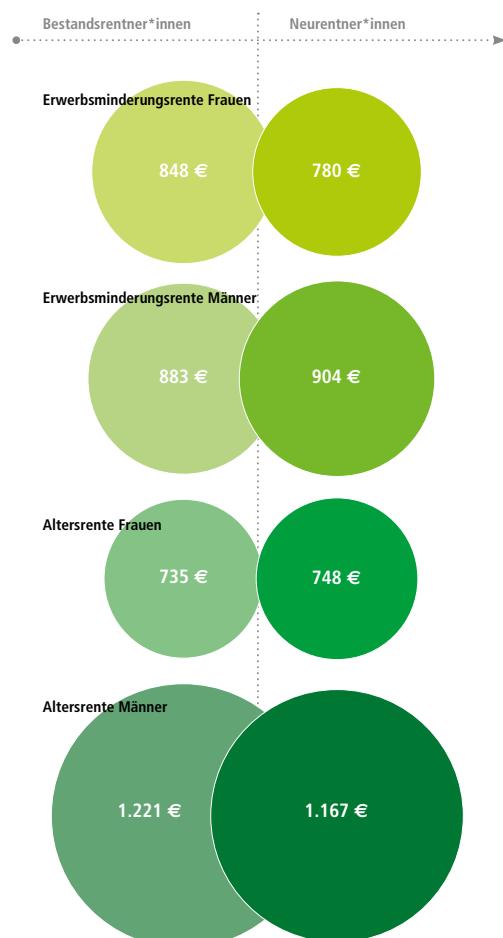
Auch in Richtung Bundestagswahl 2021 lautete die eindeutige Botschaft: Der Sinkflug der Renten muss dauerhaft gestoppt werden. Perspektivisch braucht es wieder ein Rentenniveau von mindestens 50 Prozent. Darauf hat der DGB Bayern Anfang des Jahres 2021 bei der Veröffentlichung des Rentenreports im Rahmen einer Online-Pressekonferenz nochmals ausdrücklich hingewiesen.

Für den DGB Bayern zeigen viele in dieser Legislaturperiode erfolgten Verbesserungen im Rentenrecht in die richtige Richtung. Doch die Rentenreports des DGB Bayern der Jahre 2018 und 2021 haben ver-

deutlicht, dass noch ein langer Weg zur Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung zu gehen ist. Die Zahlen des Rentenreports 2021 zeigen u.a., dass der Abstand zwischen den Altersrenten der Frauen und Männer in Bayern nach wie vor eklatant ist. Dieser sogenannte „Gender Pension Gap“ liegt mit 36 Prozent auch deutlich oberhalb des ohnehin schon hohen Verdienstunterschiedes zwischen Männern und Frauen von zuletzt 22 Prozent in Bayern.

Auf der zentralen Pressekonferenz, aber auch in den DGB-Regionen hat der DGB Bayern über Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und (Online-)Veranstaltungen klargestellt, dass Veränderungen für mehr Gleichstellung angezeigt sind. Unterbrochene Er-

Rentenzahlbeträge in Bayern



Bei den Rentenzahlbeträgen hinken Frauen weiterhin deutlich hinterher. Grafik: Rentenreport DGB Bayern 2021



Die Rentenreporte des DGB Bayern verdeutlichen, dass für ein gutes Leben im Alter die gesetzliche Rentenversicherung weiter gestärkt werden muss.

werbsverläufe wegen Kinderbetreuung und Pflege, Niedriglöhne, Minijobs und oftmals unfreiwillige Teilzeitarbeit führen zu diesen Unterschieden bei der Rentenhöhe. Der DGB Bayern hat gefordert, dass die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern endlich mit den Bedarfen übereinstimmen müssen. Hierzu zählen auch Anreizsysteme, um die ungleiche Verteilung der Sorge- und Pflegearbeit gerecht zwischen den Geschlechtern zu verteilen.

Nicht zuletzt aufgrund der im Report dargestellten Zahlen ist für den DGB Bayern klar, dass es für ein gutes Leben im Alter bei der gesetzlichen Rente weiterer Verbesserungen bedarf. Mit dieser Forderung – unterstützt durch vielfältige Materialien – hat sich der DGB Bayern in unterschiedlichen Formen in die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes eingebrochen (vgl. Kapitel 3.2).

Gesundheitspolitik

Während der Pandemie sind zahlreiche, bereits bestehende Probleme des Gesundheitssystems, z.B. der Personalmangel und Arbeitsdruck in der Pflege, die primäre Steuerung über Wettbewerb und Preis,

die mangelnde technische und vor allem personelle Ausstattung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes sowie der Arbeitsschutzbehörden noch deutlicher hervorgetreten.

Mit der Rückkehr zur Beitragsparität in der Gesetzlichen Krankenversicherung hat die Große Koalition 2019 eine langjährige Forderung der Gewerkschaften umgesetzt. Die Gesundheitspolitik von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat sich durch eine Gesetzesflut ausgezeichnet. Gesetze, wie z.B. das sogenannte „Gesetz für einen fairen Kassenwettbewerb“ und

das „MDK-Reformgesetz“ sollen einerseits den Wettbewerb zwischen den Kassen weiter verschärfen, andererseits die soziale Selbstverwaltung schwächen sowie die Eingriffsmöglichkeiten der Politik deutlich erhöhen. Die Vielzahl an Spahn'schen Gesetzen hat die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen zugunsten der Leistungserbringer deutlich erhöht (die Kassen rechnen von 2019 bis 2022 mit Mehrausgaben von rund 39 Mrd. Euro). Für die Versicherten haben diese Gesetze hingegen nur wenige Verbesserungen in der Versorgung gebracht.

Insbesondere gegen die Eingriffe in das Erfolgsmodell der Sozialen Selbstverwaltung und die Rücklagen der gesetzlichen Krankenkassen haben sich der DGB, aber auch die Vertreter*innen der Versicherten und Arbeitgeber in der GKV-Selbstverwaltung frühzeitig positioniert. Der DGB-Bezirksvorstand hat dazu im Juni 2019 die Resolution „Gute Gesundheitsversorgung durch Mitbestimmung: Finger weg vom Erfolgsmodell der Sozialen Selbstverwaltung“ verabschiedet. Auch mit Briefen an die Staatsregierung sowie einer Vielzahl von Aktivitäten der GKV-Selbstverwalter*innen vor Ort ist es gelungen, die massivsten Eingriffe in die Selbstverwaltung abzuwehren und für den Wert der sozialen Mitbestimmung als Grundprinzip des demokratischen Sozialstaates zu werben.

Prävention

Das Thema „Prävention“ hat in den letzten Jahren auch aufgrund der nationalen Präventionsstrategie an Bedeutung gewonnen. Der DGB Bayern ist 2019 dem Bündnis für Prävention der Bayerischen Staatsregierung beigetreten, um dort für die Bedeutung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes für Gute Arbeit zu werben und die Perspektive der Beschäftigten in das Bündnis einzubringen. Zum Thema „Betriebliche Gesundheitsförderung“ (BGF) und den Förder- und Beratungsangeboten für Betriebs- und Personalräte hat ebenfalls 2019 ein Austausch mit der zuständigen regionalen Koordinierungsstelle stattgefunden. Mit den Angeboten der verschiedenen Sozialversicherungsträger im Bereich der Prävention hat sich der DGB Bayern auch bei den Selbstverwalter*innentagungen 2018 und 2019 auseinandergesetzt. Bei der Sitzung des DGB-Bezirksvorstandes im November 2019 hat der Geschäftsführer der Klinik Höhenried das Präventionsangebot der Rentenversicherung vorgestellt. Der DGB Bayern ist darüber hinaus auch Partner der jährlichen Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“ und Mitglied im „Bündnis für Organspende“ der Bayerischen Staatsregierung.



Der DGB Bayern ist Partner der Aktion „Mit dem Rad zur Arbeit“. Foto: Martin Hangen

Corona-Krise und das Gesundheitssystem

Das Gesundheitssystem war auf eine Pandemie schlecht vorbereitet, was sich z.B. bei den anfänglichen Lieferengpässen für Schutzausrüstung, Desinfektionsmittel und Medikamente, insbesondere aber im Personalmangel in der Pflege wie auch beim Öffentlichen Gesundheitsdienst gezeigt hat.



Nicht nur am Internationalen Tag der Pflegenden hat der DGB Bayern mehr Geld und bessere Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte gefordert.

Schon vor der Krise hat sich abgezeichnet, dass die Finanzlage der GKV durch stagnierende Beitragseinnahmen und aufgrund der Reformen der Bundesregierung unter Druck geraten könnte. Durch die Krise hat sich die Situation weiter verschlechtert, da an vielen Stellen Mehrausgaben hinzugekommen sind. Um das Defizit für 2021 zu verringern und damit einen massiven Anstieg der Zusatzbeiträge noch vor der Bundestagswahl zu verhindern, hat die Bundesregierung die Kassen zu einem Rückgriff auf ihre Rücklagen verpflichtet. Die Vertreter*innen der Selbstverwaltung haben klar gegen diese Eingriffe in die Finanzhöheit Stellung bezogen. Ohne einen erheblich höheren Steuerzuschuss drohen viele Kassen in den kommenden Jahren finanziell unter Druck zu geraten. Sie werden ihre Zusatzbeiträge spürbar erhöhen müssen. Für die Versicherten könnte das finanzielle Mehrbelastungen zur Folge haben, ohne dass sich die Qualität der Versorgung verbessern wird. Vielmehr drohen sogar Leistungskürzungen. Der DGB Bayern und seine Vertreter*innen in der Selbstverwaltung beziehen hier klar Position, damit die Versicherten nicht einseitig für die Kosten der Krise aufkommen müssen und sich die Qualität der Versorgung verbessert.

Arbeits- und Gesundheitsschutz, Öffentlicher Gesundheitsdienst

Im Jahr 2018 mussten Betriebe in Bayern im Durchschnitt nur knapp einmal pro Vierteljahrhundert mit einer Kontrolle durch die staatlichen Arbeitsschutzbehörden rechnen. Seit 2007 hat sich dieser Zeitraum fast verdreifacht.

Während die Zahl der Beschäftigten und Betriebsstätten im Zuständigkeitsbereich der bayerischen Gewerbeaufsichtsämter seit 2007 stark zugenommen hat, ist die Zahl der Aufsichtsbeamten*innen um über ein Fünftel zurückgegangen. In keinem anderen Bundesland kommen mehr Beschäftigte auf jede*n Arbeitsschutz-Kontrolleur*in. Bayern verfehlt damit klar die Zielmarke der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), die eine Aufsichtsperson für 10.000 Beschäftigte vorsieht. Der DGB Bayern hat diesen Missstand schon vor der Pandemie deutlich kritisiert und von der Staatsregierung Verbesserungen eingefordert. Im Rahmen der Spitzengespräche mit der Staatsregierung während der Corona-Krise, aber auch im Austausch mit den Landtagsfraktionen hat sich der DGB Bayern für Verbesserungen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, insbesondere der Beschäftigten im Einzelhandel, in der Fleischindustrie und der Saisonarbeit eingesetzt. Die Umsetzung der SARS-CoV-2-Arbeitsschutzregelungen hat der DGB Bayern mit Öffentlichkeitsarbeit begleitet und auf eine Umsetzung im Sinne der Beschäftigten hingewirkt.

Nicht nur bei der Gewerbeaufsicht, sondern auch beim Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) bestehen schon lange Lücken in der personellen und technischen Ausstattung. Die Gesundheitsämter konnten der Vielzahl ihrer Aufgaben in den letzten Jahren kaum gerecht werden und wurden von der Pandemie „kalt erwischt“. Nur durch die zeitweise Abordnung von Personal aus anderen Bereichen (Schulen, Kitas, Bundeswehr etc.) ist dies kurzfristig kompensiert worden. Der DGB Bayern setzte sich daher für eine deutlich bessere Ausstattung der Gewerbeaufsicht und des ÖGD als Konsequenz aus der Pandemie ein.

Infektionsschutz und Impf-Kampagne

Durch die Pandemie sah sich auch der DGB Bayern mit einer Vielzahl neuer Themen konfrontiert. Jede neue Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung hatte z.B. Regelungen zur Folge, die auf ihre Auswirkungen auf die Arbeit der Gewerkschaften (z.B. Durchführung von Versammlungen, Streiks, Seminare etc.) und die Situation der Beschäftigten zu prüfen waren. Die Umsetzung bundesweiter Regelungen, z.B. der Entschädigungen für Kinderbetreuung nach dem Infektionsschutzgesetz durch die Bezirksregierungen, hat der DGB Bayern ebenfalls kritisch begleitet, sich bei der Staatsregierung für Nachbesserungen eingesetzt und entsprechende Informationen für die Mitgliedsgewerkschaften aufbereitet.



Aus Sicht des DGB Bayern sind Coronatests ein wichtiger Bestandteil des Arbeitsschutzes.

Foto: GettyImages/VioletaStoimenova

Mit Blick auf die Teststrategie hat sich der DGB Bayern frühzeitig für verbindliche Vorgaben zu Testangeboten durch die Arbeitgeber in den Betrieben eingesetzt. Zudem hat der DGB Bayern immer wieder darauf hingewiesen, dass Testen den Arbeitsschutz im Betrieb nicht ersetzen, sondern nur ergänzen kann. Der DGB Bayern hat sich eingehend mit der bayerischen Impf-Kampagne beschäftigt und sich regelmäßig in die öffentliche Debatte eingemischt. Mit einem Beschluss im DGB-Bezirksvorstand zum Thema „Impfen im Betrieb“ und mehreren Pressemitteilungen hat er sich im Mai 2021 klar für die Corona-Schutzimpfung als das wirksamste Instrument

zur Überwindung der Pandemie ausgesprochen. Eine voreilige Aufhebung der Priorisierung von Risikogruppen bei Impfungen durch Betriebsärzt*innen hat der DGB Bayern klar abgelehnt und entsprechenden Plänen der Staatsregierung eine Absage erteilt (vgl. Kapitel 1.1).

An die Adresse der Bayerischen Staatsregierung, die Pilotprojekte für Impfungen im Betrieb zusammen mit den Arbeitgebern geplant hat, richtete der DGB Bayern die Forderung, die bayerischen Gewerkschaften und die Betriebs- und Personalräte mit ihrer hohen Expertise im Arbeits- und Gesundheitsschutz einzubeziehen. Vor dem Hintergrund der erheblich verbesserten Versorgung mit Impfstoffen und einer gleichzeitig stagnierenden Impfquote haben die bayerischen Sozialpartner im Juli 2021 einen gemeinsamen Appell veröffentlicht. Darin haben sie die Beschäftigten aufgerufen, sich impfen zu lassen. Zudem haben sie von der Politik eine deutliche Ausweitung niedrigschwelliger Impfangebote gefordert (vgl. Kapitel 1.1).

Streitzeit

ARGUMENTE • POSITIONEN • PERSPEKTIVEN

Nr. 7 20.05.2021

Impfmythen

• Solidarität statt Windhundprinzip!

Wie verhält man ein knappes Gut gerecht? Man eignet sich auf für alle Nachbedarfsträger, um zu verhindern, dass weniger durchsetzungsfähige Gruppen auf der Strecke bleiben. Das geschieht bei der Impfung gegen Corona mit der Priorisierung von Risikogruppen. Diese Prinzipien hat die Bayerische Staatsregierung nun auf. Das ist falsch! Denn nach wie vor gilt es zu wenig Impfstoff. Bis sich dieser Status ändert, braucht es eine rationale und solidarische Verteilung.

Knickpunkt: Impfstoffmangel

Impfen schützt vor Corona, deshalb muss direkt geimpft werden! Aber der beginnende Falzus für diesen Schutz ist noch immer der Mangel an Impfstoff. Deshalb warum noch teilweise Beschäftigte in systematischen Bereichen aus Risikogruppe 2 auf ein Impfangebot. Dazu gehören Beschäftigte im Lebensmittelhandel, in den Verkauf-, Versorgungsberufen, Lohnkräft und viele mehr. Die Impfung durch Betriebsärzte bietet einen guten Ansatz, die Zahl der Geimpften scheidet zu erhöhen. Dafür muss allerdings gezeigt werden, dass Impfstoff vorhanden sei. Solange das nicht der Fall ist, würde das Impfen in Betrieben dazu führen, dass den Zeitpunkt der Impfung vom jeweiligen Arbeitgeber und nicht von

den Zugehörigkeit zu einer Risikogruppe abhängt. Gesetz, große Unternehmen, die über eine Struktur von Betriebsärzten verfügen, können ein Angebot zum Impfen leichter umsetzen als kleine oder mittlere Betriebe. Dies allerdings wäre ein Aufheben der Priorisierung durch die Hinterst.

Auch Impfen im Betrieb braucht Regeln

Impfen im Betrieb kann ein niedrigschwelliges Angebot sein, möglichst viele Menschen zu erreichen. Dabei ist aus unserer Sicht jedoch vorge zu beachten:

- 1) Sollige Impfungen knapp ist, muss auch im Betrieb die Impfung von Risikogruppen Vorfahrt vor anderen Enthügler haben. Wir fordern eine einseitige Aufhebung der Priorisierung nur für Unternehmen ab.
- 2) Eine generelle Impfpraktik besteht nicht. Auch innerhalb der Betriebe muss die Impfung daher freiwillig bleiben. Beschäftigte und nicht verpflichtet, ihren Impfstatus gegenüber dem Arbeitgeber offenzulegen. Es darf keine

Drückeherunter im Arbeitsbetrieb aufgrund des Impfstatus geben.

- 3) Bei der konkreten Umsetzung von betrieblichen Impfangeboten und die jeweiligen Betriebs- und Personalräte einzubeziehen. Das gilt insbesondere bei der Entscheidung der Impfheftigkeit.
- 4) Regulierung des Arbeitsschutzes geben für Beschäftigte unabhängig davon, ob sie geimpft sind oder nicht. Impfangebote im Betrieb dürfen nicht zu einer Lockung der bestehenden Arbeits- und Gesundheitsstandards führen.

Die Corona-Impfungen bieten Schutz. Die meisten Menschen werden dies und suchen sich daher auch impfen lassen. Eine kleine Minderheit von Impfgegner*innen zieht allerdings lautstark durch die Straßen und schlägt Angst vor Verunsicherungsmaßnahmen wie z.B. „Zwangsimpfungen“ oder implizitem Misshandeln. Dabei sind die Impfungen freiwillig. Mit dieser Art der Ablenkung von Impfungen ist häufig auch eine Form von Auskunftsmissbrauch verbunden, die die „Idee“ verharmlost. Menschen tragen Schilder mit der Aufschrift „Impfen macht frei“ und heften sich gelbe Sticker mit der Aufschrift „Dagegen“ an, wie sie Hellenen und Juden im Nationalsozialismus trugen müssen. Dazu setzen sie die Tugen an die Stelle jüdischen Opfers und verschaffen sie für uns Gewerkschaften, die dann eine Gruppe überschätzen, denn wir stehen für Wissenschaftlichkeit, Rationalität, Solidarität und gegen jede Form von Auskunftsmissbrauch.

Was Beschäftigte zum Thema Impfen und Testen jetzt wissen müssen:

www.dgb.de/-/0fb

© DGB-Medienberatung
Foto: J. Klemm
Illustration: S. Schäfer
Layout: S. Schäfer
Technik: T. Klemm
Druck: M. Klemm

Auch die „Streitzeit“ befasste sich mit dem Thema „Impfen“.



In Zeiten des Impfstoffmangels hat sich der DGB Bayern dafür eingesetzt, an der Priorisierung von Risikogruppen festzuhalten.

Arbeitsbedingungen in der Pflege

Das Volksbegehren „Stoppt den Pflegenotstand an Bayerns Krankenhäusern“, an dem ver.di Bayern federführend beteiligt war und das auch zahlreiche DGB-Gliederungen in regionalen Bündnissen unterstützt haben, hat die öffentliche Debatte um den Personalmangel in der Pflege auch in Bayern angefeuert. Zu den zentralen Forderungen des Volksbegehrens gehörten – im Interesse der Beschäftigten und Patient*innen – verpflichtende feste Vorgaben zur Personalbemessung, die sich am tatsächlichen Pflegebedarf orientieren sollen. Leider hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof die Auffassung des Bayerischen Innenministeriums bestätigt, das Volksbegehren aufgrund mangelnder Zuständigkeit des Freistaates nicht zuzulassen. Die Gesetzgebungskompetenz für entsprechende Regelungen liege ausschließlich beim Bund.

Vor dem Hintergrund der Pandemie und der damit verbundenen erhöhten Belastungen für die Beschäftigten in der Pflege erhielt das Thema zusätzliche Brisanz. Der DGB Bayern hat in der öffentlichen Diskussion deutlich gemacht, dass „Klatschen“ oder symbolische Angebote allein nicht helfen, sondern endlich grundsätzliche Verbesserungen bei der Bezahlung, den Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen sowie verpflichtende Vorgaben für eine bedarfsgerechte Personalbemessung umgesetzt werden müssen. Nur so wird der Personalmangel in der Pflege im Interesse aller langfristig überwunden werden können.

Pflegepolitik

Für den DGB Bayern steht fest: Gute Pflege muss qualitativ hochwertige Versorgung sicherstellen und darf nicht arm machen. Das Pflegerisiko muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe solidarisch abgesichert werden. Praktisch alle Prognosen gehen für die kommende Jahrzehnte von einem deutlichen Anstieg der Zahl von Pflegebedürftigen auch in Bayern aus. Eine Studie im Auftrag des Bayerischen Gesundheitsministeriums schätzt, dass der Personalbedarf in der ambulanten und stationären Pflege in Bayern bis 2050 um ca. 60 Prozent steigen wird.

Nur durch umfassende Verbesserungen bei der Bezahlung und attraktivere Arbeitsbedingungen wird es gelingen, diese dringend benötigten Pflegekräfte zu gewinnen. Der DGB Bayern unterstützt daher die Forderung nach einem allgemeinverbindlichen Tarifvertrag, der flächendeckend die Bezahlung der Pflegenden anhebt. Die ver.di-Aktionen zum Tag der Pflegenden und anlässlich der Gesundheitsministerkonferenz in Bayern im Frühjahr 2021 haben der DGB Bayern und die DGB-Regionen u.a. mit Pressearbeit begleitet.

Dabei hat der DGB Bayern auch thematisiert, dass Pflegebedürftigkeit in Bayern ein Armutsrisiko ist. Allein zwischen 2018 und 2021 ist der durchschnittliche monatliche Eigenanteil in der stationären Pflege



Um Pflegearmut zu verhindern, braucht es eine Pflegereform, die diesen Namen auch verdient.



Verpflichtende feste Vorgaben zur Personalbemessung - hierfür hat sich das Volksbegehren „Stoppt den Pflegenotstand an Bayerns Krankenhäusern“ starkgemacht.

Foto: Bündnis „Stoppt den Pflegenotstand an Bayerns Krankenhäusern“

in Bayern um über 300 Euro angestiegen; mittlerweile liegt er mit 2.078 Euro über dem Bundesdurchschnitt. Bereits heute sind in Bayern deshalb zehntausende Pflegebedürftige auf Unterstützung durch die Sozialämter angewiesen. Die noch kurz vor der Bundestagswahl 2021 von der Großen Koalition verabschiedeten Reformen bleiben weit hinter dem zurück, was notwendig wäre, um die Pflegebedürftigen spürbar und dauerhaft zu entlasten. Der DGB Bayern setzt sich daher für eine Weiterentwicklung der sozialen Pflegeversicherung zu einer Pflegebürgervollversicherung ein, in die alle einzahlen und die alle pflegerischen Kosten übernimmt. Zudem hat der DGB Bayern die Bayerische Staatsregierung aufgefordert, stärker ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen und mehr in die Pflegeinfrastruktur zu investieren.

Der DGB Bayern und seine Gliederungen setzen sich für einen bayernweiten Ausbau der Pflegeinfrastruktur ein, damit es überall genug stationäre und ambulante Pflegeangebote (Kurz- wie Langzeit), aber auch Beratung und Unterstützung für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige gibt.

Forum Soziales Bayern

Das „Forum Soziales Bayern“ findet seit 2005 in unregelmäßigen Abständen auf Einladung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales statt. Der DGB Bayern beteiligt sich an diesem Forum, dessen Ziel es ist, Vorschläge für den Sozialstaat der Zukunft zu entwickeln. Wo immer es geht, versucht der DGB Bayern, gewerkschaftliche Positionen zur Gestaltung des Sozialstaats in dieses Format einzubringen. Im Berichtszeitraum standen die Themen „Universal Design – einfach ist am schwierigsten“, bei dem die Frage nach barrierefreier Gestaltung zentral war, „Antisemitismus – gestern, heute, nie wieder“ sowie „Influencer Marketing – auch bei sozialen Themen“ auf der Tagesordnung.



Einmal im Jahr bietet der DGB Bayern eine Selbstverwalter*innen-Tagung für gewerkschaftliche Versichertenvertreter*innen in den Gremien der sozialen Selbstverwaltung der GKV und der DRV an. Foto: DGB Bayern

Selbstverwaltung

SOZIALWAHLEN

Hunderte Kolleg*innen aus dem DGB Bayern und den Mitgliedsgewerkschaften bringen ihre Erfahrung in die Selbstverwaltungsgremien der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung ein und engagieren sich für die Interessen der Versicherten.

Die soziale Selbstverwaltung und die damit verknüpften Sozialwahlen stehen seit geraumer Zeit unter politischem Druck. Nachdem eine tiefgreifende Reform des Sozialwahlrechts im Vorfeld der Sozialwahlen 2017 noch abgewendet werden konnte, blieb die Transparenz der Arbeit in den Selbstverwaltungsgremien ein wichtiges Thema.

Im Nachgang der Sozialwahlen 2017 tauchte mit deren Abschlussbericht ein 10-Punkte-Reformpapier der Bundessozialwahlbeauftragten im politischen Raum auf. Neben dem Punkt verpflichtender Online-Wahlen und positiven Aspekten, wie etwa besseren Freistellungsmöglichkeiten für die ehrenamtliche Tätigkeit und Weiterbildung, gab es zahlreiche Vorschläge, die auf die Erzwingung von mehr Urwahlen abzielten.

Der DGB Bayern brachte eigene Anforderungen an eine Sozialwahlreform in den politischen Prozess ein und konnte im Zusammenspiel mit Bündnispartner*innen Druck für moderatere und zielführendere Reformen aufbauen. Durch gewerkschaftlichen Druck ist es gelungen, dass z.B. die Forderung nach Abschaffung der Wahlen ohne Wahlhandlung nicht im Gesetz zur Änderung des Sozialwahlrechts verankert wurde.

Dem DGB Bayern geht es darum, den Blick in dieser noch nicht zu Ende geführten Debatte um Ausgestaltung und Entscheidungsspielräume der Sozialwahlen zu weiten. Sich ausschließlich auf die alle sechs Jahre stattfindenden Sozialwahlen zu konzentrieren, reicht nicht aus. Über die gesamte Zeit hinweg muss die eigentliche Arbeit der Selbstverwalter*innen im Blick bleiben.

Zur Koordination der Sozialwahlen organisiert der DGB Bayern traditionell eine AG Sozialwahlen mit Vertreter*innen der Mitgliedsgewerkschaften. Nachdem die rechtlichen Voraussetzungen der Sozialwahl 2023 Ende des Jahres 2020 deutlich wurden, hat der DGB Bayern die Gewerkschaften Anfang 2021 zu einem ersten Treffen der gewerkschaftlichen Sozialwahlbeauftragten eingeladen. Ziel war es, sich auf die Neuerungen im Sozialwahlrecht vorzubereiten und die anstehenden Schritte zu planen.

SELBSTVERWALTUNG IN DER GESETZLICHEN KRANKENVERSICHERUNG (GKV)

Der DGB koordiniert die Arbeit der Selbstverwaltung in der GKV. In Bayern beschränkt sich diese Aufgabe auf die AOK Bayern mit ihrem Verwaltungsrat und den 39 örtlichen Beiräten sowie auf den Landesbeirat der IKK classic. Dies resultiert daraus, dass die Ersatzkassen bundesweit agieren und daher die Zuständigkeit auf Bundesebene angesiedelt ist. Bei den Betriebskrankenkassen wiederum erhalten die Selbstverwalter*innen ihre Informationen weitgehend über die Mitgliedsgewerkschaften.

Die Versichertenvertreter*innen in den Selbstverwaltungsorganen der AOK Bayern erfüllen einen umfangreichen Aufgabenkatalog. Hierzu gehören beispielsweise Beratungen über Präventionsangebote im Hinblick auf die betriebliche Gesundheitsförderung sowie Fragen nach einer besseren Versorgungsstruktur oder der Qualitätssicherung. In den Widerspruchsausschüssen entscheiden sie darüber, ob Widersprüchen der Versicherten gegen einen Bescheid der Krankenkasse stattgegeben wird. Den Versicherten entstehen durch das Widerspruchsverfahren keine Kosten. Trotz einer vergleichbar hohen Regelungsdichte existiert ein breiter Handlungsräumen, den die Selbstverwalter*innen im Sinne der Versicherten nutzen.

Die Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) ist für die medizinische und pflegerische Versorgung von hoher Bedeutung. Für die beiden Vertreter des DGB Bayern in der Selbstverwaltung des MDK ist die Kontrolle der Qualität der Versorgung der Versicherten in Bayern deshalb von hoher Relevanz. Dies änderte auch die am 1. Juli 2021 erfolgte neue Namensgebung nicht, die ob der eingeleiteten MDK-Reform notwendig war. Aus dem MDK Bayern wurde der MD Bayern (Medizinischer Dienst Bayern).

SELBSTVERWALTUNG IN DER DEUTSCHEN RENTENVERSICHERUNG (DRV)

Der DGB Bayern koordiniert die Arbeit der Selbstverwaltung in der DRV Bayern Süd, der DRV Nordbayern sowie der DRV Schwaben. Sowohl in der

Vertreterversammlung wie auch im Vorstand setzen sich die Selbstverwalter*innen für die Interessen der Versicherten ein. Dazu zählt unter anderem die Weiterentwicklung der Rehabilitation. Eine entscheidende Rolle, um eine gute Qualität in der Rehabilitation zu erreichen und diese weiterzuentwickeln, kommt den trädereigenen Kliniken zu. Nach wie vor hält der Privatisierungsdruck auf diese Kliniken an und noch immer ist das Engagement der Versichertenvertreter*innen erforderlich, um dem entgegenzutreten. Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt liegt in der Stärkung der Prävention in Betrieben und Verwaltungen.

Zur Koordination der Arbeit der gewerkschaftlichen Selbstverwalter*innen in den drei bayerischen Regionalträgern der DRV gibt es einen DRV-Steuerungskreis des DGB Bayern. Dieser tagt anlassbezogen in unregelmäßigen Abständen.

Um die Arbeit in der Selbstverwaltung transparenter darzustellen, fanden auf Anregung der Versichertenseite der DRV Bayern Süd mit dem Auftakt am 9. Mai 2017 in Passau regelmäßig Veranstaltungen unter dem Motto „Bayern Süd vor Ort“ statt. Dabei stand jeweils die aktuelle rentenpolitische Debatte im Zentrum. Weitere Veranstaltungen gab es in Ingolstadt (17. Juli 2018), Regensburg (29. November 2018), Rosenheim (9. Juli 2019) und Landshut (13. November 2019).

Die Versichertenvertreter*innen in den Widerspruchsausschüssen entscheiden über Widersprüche der Versicherten gegen Bescheide der Rentenversicherung. Dabei geht es beispielweise um die Rentenberechnung, die Ablehnung einer Reha-Maßnahme oder auch eines Antrags auf Erwerbsminderungsrente.

Die von der Vertreterversammlung gewählten Versichertenberater*innen der DRV Bayern Süd und der DRV Bayern Nord beraten die Versicherten vor Ort bei Fragen rund um die Rente. Der Schwerpunkt liegt in der Aufnahme von Rentenanträgen und Anträgen auf Kontenklärung. Die DRV Schwaben bietet ihren Versicherten diese Möglichkeit nicht an.

SELBSTVERWALTER*INNEN-TAGUNGEN

Um sie in ihrem Ehrenamt zu unterstützen, bietet der DGB Bayern jährlich eine Selbstverwalter*innen-Tagung für gewerkschaftliche Versichertenvertreter*innen in den Gremien der sozialen Selbstverwaltung der GKV und der DRV an. Sie bietet Informationen über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Kranken-, Pflege- und Rentenpolitik und Raum für Austausch und Diskussion über die verschiedenen Zweige der Sozialversicherung hinweg.

Im Herbst 2017 haben sich die Teilnehmer*innen u.a. mit der Rentenpolitik nach der Bundestagswahl, den Ergebnissen der Sozialwahlen 2017 und den Finanzierungsperspektiven des Gesundheitssystems beschäftigt. Im Mittelpunkt der Selbstverwalter*innen-Tagung 2018 stand das Thema „Prävention“, das Referent*innen der Renten-, Kranken- und Unfallversicherung, aber auch der Bayerischen Staatsregierung aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet haben. Zum Abschluss der Veranstaltung haben Kolleg*innen aus verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung darüber diskutiert, wie Selbstverwalter*innen den Präventionsansatz stärken können. Bei der Selbstverwalter*innen-Tagung 2019 haben sich die Teilnehmer*innen konkret mit Präventionsangeboten der Rentenversicherung beschäftigt. Weitere Themen waren die Pläne der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der Sozialen Selbstverwaltung und der Sozialwahlen sowie die aktuellen Entwicklungen in der Pflege- und Rentenpolitik.

Im Herbst 2020 haben sich die Selbstverwalter*innen im Rahmen einer Online-Veranstaltung mit Referent*innen aus DGB und Selbstverwaltung über die aktuelle finanzielle Situation der Krankenkassen und die Entwicklungsperspektiven der kommenden Jahre informiert und auch in diesem noch relativ ungewohnten Format rege diskutiert.

Ehrenamtliche Richter*innen

In Abstimmung mit den Mitgliedsgewerkschaften koordiniert der DGB Bayern das Vorschlagsverfahren für ehrenamtliche Richter*innen in der Arbeits-, Sozial- und Finanzgerichtsbarkeit in Bayern. Die Zahl der ehrenamtlichen Richter*innen orientiert sich dabei an der Mitgliederstärke des entsendenen Verbandes. In allen Gerichtsbarkeiten stellt der DGB Bayern den größten Anteil an ehrenamtlichen Richter*innen.



Aktive ehrenamtliche Richter*innen bei einer Schulung in Nürnberg. Foto: Werner Bachmeier

Zur Arbeitsgerichtsbarkeit gehören die Landesarbeitsgerichte München und Nürnberg sowie die Arbeitsgerichte Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Kempten, München, Nürnberg, Passau, Regensburg, Rosenheim, Weiden und Würzburg. Von derzeit 1.039 gewerkschaftlich ehrenamtlichen Arbeitsrichter*innen in Bayern sind 246 Frauen.

In der Sozialgerichtsbarkeit sind die ehrenamtlichen Richter*innen am Bayerischen Landessozialgericht und an den Sozialgerichten Augsburg, Bayreuth, Landshut, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg jeweils für die Kammern der Arbeitnehmer (AN), der Versicherten (VS), der Knappschaft (VSK) sowie der Versorgungsberechtigen (VB) benannt. Die Besetzung in den Sozialgerichten erfolgt paritätisch mit Vertreter*innen der Arbeitgeber und

Vertreter*innen aus Kreisen „besonders sachkundiger Personen“. Neben den Gewerkschaften haben hier auch die Sozialverbände ein Vorschlagsrecht. Insgesamt sind derzeit 523 Sozialrichter*innen vom DGB Bayern benannt, darunter sind 180 Frauen.

An die Finanzgerichte München und Nürnberg, die hauptsächlich über Klagen gegen Bescheide der Finanzämter, Zollbehörden und Familienkassen entscheiden, sind derzeit insgesamt 59 gewerkschaftliche Richter*innen berufen, darunter 30 Frauen. Diese Zahlen zeigen, dass vor allem in der Arbeits-, aber auch in der Sozialgerichtsbarkeit der Frauenanteil noch deutlich erhöht werden muss.

Neben regionalen Schulungen fanden am 13. Juli 2019 in München und am 20. Juli 2019 in Nürnberg zentrale Fachtagungen des DGB Bayern statt. Nach wie vor gibt es ein großes Interesse der ehrenamtlichen Richter*innen an diesen Fachtagungen und dem dort ermöglichten Austausch. Coronabedingt fanden in 2021 keine zentralen Fachtagungen in Präsenz statt.

Nachdem die Staatsregierung 2005 den über lange Jahre gewährten Zuschuss für Schulungen der ehrenamtlichen Richter*innen abgeschafft hat, ist die finanzielle Unterstützung für dieses höchste Ehrenamt im Freistaat seit der Landtagswahl 2018 im Koalitionsvertrag verankert. Seit 2020 bezuschusst die Staatsregierung wieder solche Schulungen. Der DGB Bayern hatte sich hierfür jahrelang eingesetzt und war einer der ersten Verbände, der hieraus Ansprüche geltend gemacht und Mittel erhalten hat. Ebenso haben die DGB-Regionen umgehend Mittel für ihre Schulungen beantragt. Unabhängig von dieser Finanzierung hat der DGB Bayern stets zentrale und regionale Schulungen für seine ehrenamtlichen Richter*innen durchgeführt. Darüber hinaus hat der DGB Bayern ein Konzept für eine Einführungsschulung für neuberufene ehrenamtliche Richter*innen erarbeitet. Coronabedingt konnten diese Einführungsschulungen am 19. September 2020 sowie am 10. Juli 2021 allerdings nur virtuell stattfinden. Dennoch stießen sie auf großen Zuspruch bei den Richter*innen, die damit ihr neues Amt gut vorbereitet antreten konnten.

2.3 Arbeitsmarkt- politik

Entwicklung Arbeitsmarkt

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in Bayern im Berichtszeitraum muss als ambivalent bezeichnet werden. Bis zur Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 gestalteten sich die Zahlen auf den ersten Blick positiv. Die Arbeitslosigkeit konnte gesenkt, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gesteigert werden. Bei einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von unter drei Prozent war vielfach schon von Vollbeschäftigung die Rede.

Diese Entwicklung kam 2020 aufgrund der Corona-Pandemie zu einem vorläufigen Ende. Zwar konnte mit dem nicht zuletzt durch die Gewerkschaften erkämpften und ausgebauten Instrument der Kurzar-

beit Beschäftigung gesichert werden, dennoch stieg die Arbeitslosigkeit bis Februar 2021 auf über vier Prozent an. Die Zahl der Arbeitslosen stieg in beiden Rechtskreisen. Die Erfolge bei der Integration von Langzeitarbeitslosen verpufften, mehr als 150.000 Minijobber*innen standen ohne Arbeit und Entgeltersatz da.

Bis zum Herbst 2021 hatte sich die Lage auf dem bayerischen Arbeitsmarkt wieder stabilisiert. So sind die Zahlen für Kurzarbeit deutlich zurückgegangen. Daneben ist auch die Arbeitslosenquote auf 3,2 Prozent (Stand: 30.09.2021) gesunken. Dennoch waren die Auswirkungen der Corona-Pandemie nach wie vor deutlich zu spüren – vor allem bei der Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit. Waren im September 2020 noch 57.360 Menschen in Bayern langzeitarbeitslos, waren es im September 2021 bereits 72.120 Menschen – ein Anstieg von fast 26 Prozent.

Schon vor Corona war nicht alles Gold, was glänzt. Lange sichtbare Trends, wie etwa die ausufernde prekäre Beschäftigung samt Niedriglöhnen, verstärkten sich oder verharrten auf hohem Niveau.



Im November 2019 unterzeichnen die Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit, das Arbeitsministerium, das Wirtschaftsministerium, das Innenministerium, das Kultusministerium, die Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften eine gemeinsame Erklärung zur Reduzierung der Langzeitarbeitslosigkeit und Hilfebedürftigkeit. Foto: Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Prekäre Beschäftigung und Niedriglohn

Der Anteil atypischer Beschäftigung an den Kernbeschäftigen betrug für Bayern zuletzt 19,6 Prozent. Die Bandbreite reicht von Menschen mit einem unsicheren Arbeitsplatz (z.B. Befristungen) über Leiharbeitskräfte bis zu Minijobs. Atypische Beschäftigung schränkt die Planungssicherheit der Betroffenen ein und schmälert vielfach sowohl die Steuereinnahmen als auch die der Sozialversicherungssysteme. Atypisch Beschäftigte sind zu einem großen Ausmaß von Niedriglöhnen betroffen.

Die Situation ist nicht neu. Bereits seit Jahren macht der DGB Bayern diese unhaltbaren Zustände zum Thema. Auch im Berichtszeitraum hat sich der DGB Bayern hierzu regelmäßig zu Wort gemeldet und Verbesserungen eingefordert.

Die Corona-Pandemie hat die Situation weiter verschärft und die Verwundbarkeit atypisch Beschäftigter verdeutlicht. Bestes Beispiel sind die Minijobber*innen, die ohne soziale Absicherung blieben. Auch die Skandale in der Fleischindustrie haben gezeigt, dass am Arbeitsmarkt noch vieles verbessert werden muss.

Dem DGB Bayern geht es um eine bessere Anerkennung der Leistung der Beschäftigten. Seit Jahren

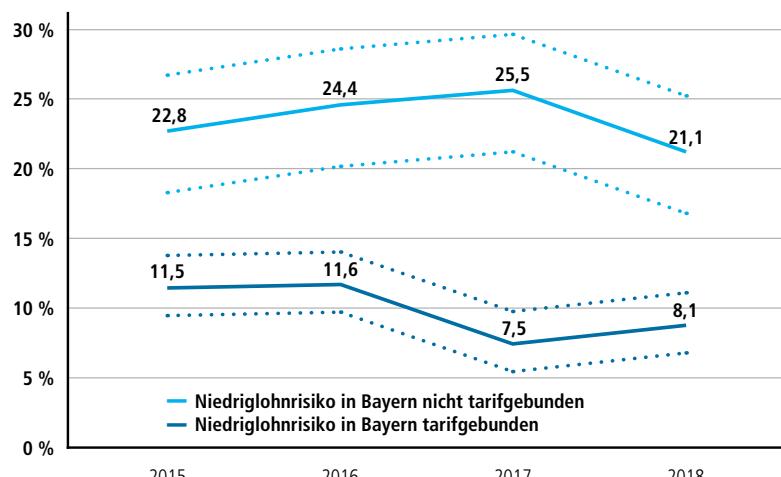
kämpfen die Gewerkschaften für eine höhere Tarifbindung. Die Ausprägung der prekären Beschäftigung und des Niedriglohnsektors hängt stark mit dem Grad der Tarifbindung zusammen. Während das Niedriglohnrisiko der Beschäftigten ohne Tarifbindung 2018 in Bayern bei 21,1 Prozent lag, galt dies für nur 8,1 Prozent der Beschäftigten mit Tarifbindung.

Die Tarifbindung in Bayern befindet sich jedoch in einem anhaltenden Erosionsprozess, wie der DGB Bayern im Juni 2018 mit seinem Report „Tarifverträge und Tarifflucht in Bayern“ (vgl. Kapitel 2.1) zeigen konnte. Dies führt dazu, dass immer mehr Beschäftigten tarifvertraglich abgesicherte Arbeits- und Entlohnungsbedingungen vorenthalten werden. Im Ergebnis kommt es zu niedrigeren Löhnen, längeren Arbeitszeiten, prekären Beschäftigungsverhältnissen und mehr sozialer Ungleichheit. Ziel des DGB Bayern ist es, diesen Trend umzukehren, die Tarifbindung wieder zu stärken und damit den Niedriglohnsumpf auszutrocknen.

In der Auseinandersetzung mit der Politik hat der DGB Bayern die hierfür notwendigen Schritte aufgezeigt. Mit einem Volumen von knapp 450 Mrd. Euro für öffentliche Aufträge verfügt der Staat über eine große Nachfragemacht. Der Freistaat Bayern vergibt Aufträge jedoch prinzipiell an den billigsten Anbieter. Das sind in der Regel nicht die Anbieter, die ihre Beschäftigten ordentlich bezahlen.

Der DGB Bayern fordert daher von der Staatsregierung und von den Kommunen, dass sie öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben, die sich an Tarifverträge halten. Das würde das Tarifsystem stärken und der seit Jahrzehnten sinkenden Tarifbindung in Deutschland und Bayern entgegenwirken (vgl. Kapitel 2.1).

Zur Stärkung der Tarifbindung muss darüber hinaus auch das Instrument der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen



In tarifgebundenen Betrieben ist das Niedriglohnrisiko deutlich geringer.
Grafik: Report „Tatort Niedriglohn in Bayern“

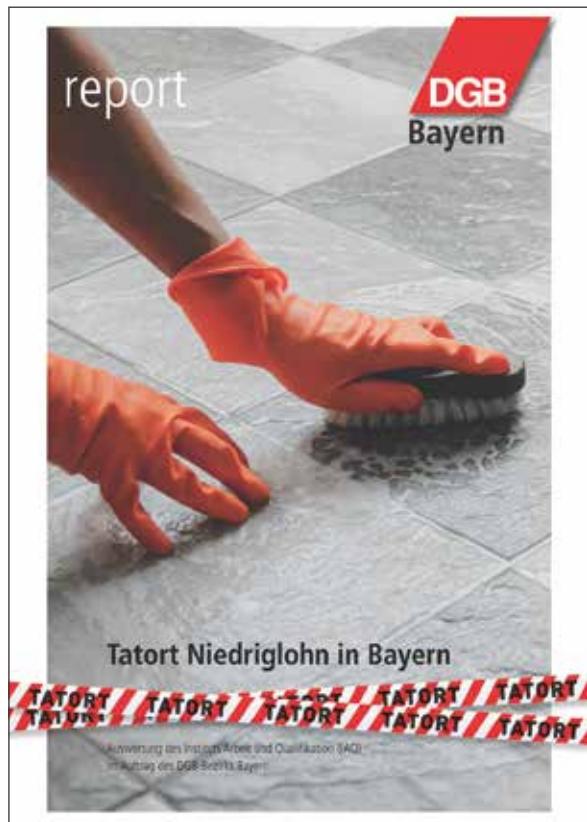
weiterentwickelt werden. Zudem muss sich die Politik dem Thema der Tarifflucht widmen. Die Möglichkeit der Tarifflucht der Arbeitgeber in sogenannte OT-Mitgliedschaften ist endlich einzuschränken. Ein ebenso wichtiges Feld ist das Zurückdrängen der atypischen und prekären Beschäftigung.

In Gesprächen mit den Ministerien, bei Veranstaltungen oder durch Presse- und Öffentlichkeitsarbeit brachte der DGB Bayern seine Positionen zur Reduktion atypischer und prekärer Arbeit ein, um dafür mehr Sicherheit und Ordnung am Arbeitsmarkt herzustellen.

Report Niedriglohn

In regelmäßigen Abständen veröffentlicht der DGB Bayern Reports aus der Arbeitswelt. Um sich vertieft mit dem Phänomen Niedriglohnsektor auseinanderzusetzen, hat der DGB Bayern das Institut für Arbeit und Qualifizierung (IAQ) der Universität Duisburg-Essen mit einer Bestandsaufnahme für Bayern beauftragt. Im November 2020 konnte der DGB Bayern seinen insgesamt sechsten Report mit dem Titel „Tatort Niedriglohn in Bayern“ im Rahmen einer Online-Pressekonferenz vorstellen.

Der Report hat aufgezeigt, dass rund eine Million Erwerbstätige mit ihrem Einkommen unter der bundesweiten Niedriglohnschwelle von 11,21 Euro brutto die Stunde liegen. Zudem verdeutlichten die



Der sechste Report des DGB Bayern aus der Arbeitswelt befasste sich mit dem Niedriglohnsektor in Bayern.

Auswertungen des IAQ u.a. die hohe Überschneidung zwischen der Erwerbsform Minijob und dem Niedriglohnsektor. In Bayern arbeiten sieben von zehn Beschäftigten in Minijobs für einen Niedriglohn. Frauen trifft es besonders.

Der weiterhin große Niedriglohnsektor verweist auf andere Stellschrauben am Arbeitsmarkt, die dringend in den Blick genommen werden müssen, um endlich wieder mehr Fairness zwischen Arbeitgebern und Beschäftigten herzustellen. So hat sich der DGB Bayern im Berichtszeitraum mit einem Debattenpapier in die Diskussion um die Überwindung der derzeitigen Ausgestaltung des Hartz-IV-Systems eingebbracht.



Auf Social Media veröffentlicht der DGB Bayern mehrere „Beweisstücke“, die bezeugen, dass Bayern in Sachen Lohn und Entgelt großen Nachholbedarf hat.



Bei der Online-Veranstaltung „Werkstattgespräch Niedriglohn“ wurden mögliche Instrumente zur Austrocknung des Niedriglohnsektors diskutiert. Foto: DGB Bayern

Grundtenor der Wortmeldungen des DGB Bayern zum Arbeitsmarkt war: Wir müssen wieder zu ordentlichen Verhältnissen am Arbeitsmarkt und zu mehr Sicherheit für die Beschäftigten kommen.

Um bei diesem Thema mit der bayerischen Politik ins Gespräch zu kommen, hat der DGB Bayern am 13. April 2021 online ein „Werkstattgespräch Niedriglohn“ veranstaltet. Neben den Mitgliedsgewerkschaften waren Vertreter*innen der demokratischen Parteien im Bayerischen Landtag (CSU, FW, SPD, Bündnis90/Die Grünen) anwesend. Als mögliche Instrumente, um den Niedriglohnsektor zurückzudrängen, haben die Gewerkschaften neben einer deutlichen Erhöhung des Mindestlohns auch die Einführung eines Tariftreue- und Vergabegesetzes in Bayern thematisiert. Zudem nahmen zwei Betriebsräte (IG BCE und NGG) am Gespräch teil, um die Niedriglohnproblematik aus Sicht der Beschäftigten darzustellen. Das Format kam an. Vereinbart wurde, weiterhin dazu im Gespräch zu bleiben.

Bereits am 21. Juni 2021 kam es auf Einladung der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion Diana Stachowitz zu einem erneuten Austausch. Die kommissarische Vorsitzende Verena Di Pasquale nahm an einer Online-Diskussion unter dem Titel „Minijob als Sackgasse? Wege aus dem Niedriglohnsektor!“ teil, der als Livestream im Netz übertragen wurde.

Selbstverwaltung Bundesagentur für Arbeit

Auf bayerischer Ebene berät der Beirat der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit über die Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik in Bayern. Ihm gehören Vertreter*innen der vbw, bayerische Minister*innen sowie drei Vertreter*innen des DGB Bayern und der Gewerkschaften an. Der Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion Bayern (RD) koordiniert den Beirat.

Für den DGB Bayern brachten Matthias Jena, Johann Horn (Bezirksleiter IG Metall Bayern) und Luise Clemens (Landesbezirksleiterin ver.di Bayern) die Perspektive der Arbeitnehmer*innen auf dem bayerischen Arbeitsmarkt in den Beirat ein.

Die inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeit des Beirats lagen auf den Themen „Reduzierung von Langzeitarbeitslosigkeit“, „Fachkräftesicherung“, „Inklusion“, „Digitalisierung der Arbeitswelt“ und der damit verbundenen immer wichtiger werdenden Beratung und Begleitung samt Fort- und Weiterbildung.

Am 8. Juli 2019 fand eine gemeinsame Veranstaltung von DGB Bayern und vbw unter dem Dach des Beirats der Regionaldirektion Bayern statt. Thema: „Weiterbildung 4.0 in Bayern – Sozialpartner im Dialog“. Für die Gewerkschaften war der Rahmen gesetzt. Die ohnehin bedeutungsvolle Qualifizierung bekommt durch das schnelle Voranschreiten der Digitalisierung noch mehr Gewicht. Weiterbildung hat in diesem Kontext einen hohen Stellenwert. Für die Gewerkschaften steht in diesem Zusammenhang der Mensch im Zentrum. Eine rein technikzentrierte Debatte ist nicht zielführend.

Die sozial und strukturell unterschiedlichen Weiterbildungschancen stellen allerdings eine große Herausforderung dar, die es zu bewältigen gilt. Dies hat der DGB Bayern sowohl im Beirat der RD als auch in den Verhandlungen um eine Verlängerung des „Paktes berufliche Weiterbildung 4.0“ thematisiert (vgl. Kapitel 2.4).



Zum Thema „Weiterbildung 4.0 in Bayern“ fand im Juli 2019 eine gemeinsame Veranstaltung der Sozialpartner unter dem Dach der Regionaldirektion Bayern statt. Foto: Werner Bachmeier

VERWALTUNGAUSSCHÜSSE DER AGENTUREN FÜR ARBEIT

In den Verwaltungsausschüssen der bayerischen Agenturen für Arbeit findet die wichtige Vernetzung der örtlichen Akteur*innen aus Gewerkschaften, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung statt. Im Berichtszeitraum startete im Frühjahr 2021, koordiniert über den Beirat der RD, eine Vertiefung des regionalen Austauschs. Neben weiteren lokalen Initiativen, die von Gewerkschaftsseite initiiert wurden, findet hier die Beratung über die operative Planung der einzelnen Agenturen für Arbeit statt. Wichtige Beratungsgegenstände waren u.a. die Themen Qualifizierung, Transformation oder die Berufseinstiegsbegleitung.

JOBCENTER-BEIRÄTE

Die gewerkschaftliche Arbeit in den Jobcenter-Beiräten gestaltet sich nach wie vor schwierig. Viel hängt davon ab, welche Spielräume die gewerkschaftlichen Vertreter*innen in den bayerischen Jobcenter-Beiräten haben bzw. wie sich die örtliche Trägerlandschaft gestaltet. Noch immer ist die Zusammensetzung in den Beiräten höchst unterschiedlich. Wichtiger Beratungsgegenstand waren die neuen Möglichkeiten der öffentlich geförderten Beschäftigung und deren Umsetzung.

Arbeitsmarktfonds

—

Örtliche Träger können Jahr für Jahr Anträge an den Arbeitsmarktfonds richten. Über die Förderung entscheidet eine Vergaberunde. In dieser sind neben dem DGB Bayern auch die vbw, die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer, die Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit sowie Vertreter*innen des Wirtschafts-, Arbeits- und Finanzministeriums beteiligt.

Die Vergaberunde entscheidet nicht nur, welche der eingereichten Projekte gefördert werden. Sie legt jährlich auch den Förderleitfaden fest, setzt Schwerpunkte und berät über die regelmäßige Evaluierung der eingesetzten Maßnahmen. Im Berichtszeitraum wurden der Arbeitsmarktfonds und die damit verbundene Auswahlrunde auch mit der Ausgestaltung der Forderungen sowie der Evaluation des „Paktes für berufliche Weiterbildung 4.0“ betraut.

Der Arbeitsmarktfonds ist aus gewerkschaftlicher Perspektive ein sinnvolles Instrument, das zukünftig wieder gestärkt und ausgebaut werden muss.

Initiative „Ältere und Arbeitswelt“

—

Die Initiative „Ältere und Arbeitswelt“ wurde im Frühjahr 2011 von der damaligen bayerischen Arbeitsministerin Christine Haderthauer ins Leben gerufen. 2012 wurde ein gemeinsames Konzept durch das Staatsministerium, die Arbeitsgemeinschaft der bayerischen Handwerkskammern, den Bayerischen Industrie- und Handelskammertag, die vbw, den DGB Bayern und die Regionaldirektion Bayern der



Am 14. März 2019 lud der DGB Bayern die Partner der Initiative „Ältere und Arbeitswelt“ ins Münchener Gewerkschaftshaus ein.



Kerstin Schreyer, damals Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, sprach ein Grußwort bei der Tagung, die unter dem Motto „Prävention als elementare betriebliche Strategie“ stand. Foto: DGB Bayern

Bundesagentur für Arbeit unterzeichnet, anschließend wurden die Inhalte vorgestellt. Wesentliches Ziel ist es, älteren Arbeitnehmer*innen eine lange Erwerbstätigkeit bei guter Gesundheit und Motivation zu ermöglichen. Qualifizierung und lebenslanges Lernen spielen dabei eine herausragende Rolle. Eine menschengerechte Gestaltung der Arbeitswelt ist die unerlässliche Voraussetzung für eine Bewältigung des demografischen Wandels.

Die Partner der Initiative gestalten abwechselnd eine Jahrestagung zu den zu behandelnden Fragestellungen. Der DGB Bayern lud am 14. März 2019 die Partner unter dem Motto „Prävention als elementare betriebliche Strategie“ ins Münchener Gewerkschaftshaus ein. Der DGB-Ansatz: Präventive Strategien gewinnen sowohl angesichts des demografischen Wandels als auch aufgrund des Umbaus der Arbeitswelt zunehmend an Bedeutung.

JobErfolg

Jährlich werden sowohl öffentliche als auch private Arbeitgeber vom Landtag, dem Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales sowie von dem Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung für herausragende Erfolge bei der Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt ausgezeichnet. Der DGB Bayern begleitet die Auszeichnungen durch die Mitgliedschaft in der Auswahljury.

Nachdem mit Holger Kiesel der neue Beauftragte der Staatsregierung für Menschen mit Behinderung 2019 sein Amt übernommen hatte, wurden erste Überlegungen zur Neuaufstellung des „JobErfolg“ angestellt. Ab Frühjahr 2021 konkretisierten sich die neuen Vorstellungen. So wurde beispielsweise eine neue Kategorie der „Innovation“ in die Preisverleihung integriert.

2.4 Bildung, Ausbildung und Qualifikation

Bildung ist ein zentraler Erfolgsfaktor für gelingende gesellschaftliche, politische und berufliche Teilhabe. Das mehrgliedrige Bildungssystem in Bayern ist weiterhin sehr selektiv ausgelegt. Der Bildungserfolg junger Menschen hängt stark von ihrem Elternhaus ab. Der DGB Bayern tritt dafür ein, dass jeder Mensch – unabhängig von seiner Herkunft – Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung hat, von der Kita bis zur Berufsausbildung, Hochschule oder Weiterbildung.

Frühkindliche Bildung

Auch wenn es im letzten Jahrzehnt zu einem deutlichen Ausbau der Betreuungsangebote in Bayern gekommen ist, bleibt das Angebot an Kita-Plätzen, insbesondere bei Krippenkindern, an vielen Orten in Bayern deutlich hinter dem Bedarf zurück. In den Ballungszentren fehlt es häufig an Fachkräften, ohne die ein weiterer Ausbau und eine Verbesserung der Bildungsqualität nicht möglich sind.

Aus Sicht des DGB Bayern war es bildungs- und gleichstellungspolitisch lange überfällig, dass die Staatsregierung das bayerische Betreuungsgeld 2018 abgeschafft hat. Der DGB Bayern hatte sich im Vorfeld vehement dafür eingesetzt. Das Betreuungsgeld hatte finanzielle Anreize dafür geschaffen, dass Eltern ihren Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung nicht wahrnehmen und ihre zwei- und dreijährigen Kinder zuhause betreuen. Die Staatsregierung ist aber weiterhin in der Pflicht, den Ausbau der Kitas voranzutreiben und die Betreuungsqualität zu stei-



Das Angebot an Kita-Plätzen bleibt in Bayern viel zu oft deutlich hinter dem Bedarf zurück. Foto: GettyImages/skynesher

gern. Der DGB Bayern hat sich daher in Abstimmung mit ver.di und der GEW frühzeitig dafür eingesetzt, dass die rund 860 Millionen Euro, die Bayern zwischen 2019 und 2022 aus dem „Gute-Kita“-Gesetz vom Bund erhält, primär für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen des Kita-Personals, die Gewinnung zusätzlicher Fachkräfte und grundsätzlich für qualitätssteigernde Maßnahmen verwendet werden sollen.

Die Bayerische Staatsregierung hatte bis kurz vor Inkrafttreten des „Gute-Kita“-Gesetzes angekündigt, die Bundesmittel ausschließlich in diesem Sinne verwenden zu wollen, dann jedoch beschlossen, den überwiegenden Teil der Bundesmittel für eine Senkung der Kita-Gebühren zu verwenden, die im Koalitionsvertrag zwischen Freien Wählern und CSU vereinbart worden war.

Der DGB Bayern hat in seiner Öffentlichkeitsarbeit betont, dass eine Senkung der Kita-Gebühren zwar zu begrüßen ist, aber kritisiert, dass dies „mit der Gießkanne“, also ohne Berücksichtigung der finanziellen Verhältnisse der Familien und auf Kosten der Qualität erfolgt. Außerdem hat der DGB Bayern die im Gesetz vorgesehene Beteiligung der Sozialpartner an der Umsetzung der Maßnahmen eingefordert.

Ver.di und GEW wirken seit 2019 im vom bayerischen Sozialministerium initiierten „Bündnis für frühkindliche Bildung“ mit und bringen dort gewerkschaftliche Positionen in die Diskussion um Fachkräftegewinnung und die Zukunft der Kindertagesbetreuung ein.

Schulpolitik

Auch unter einem von den Freien Wählern geführten Kultusministerium hält die Staatsregierung weiter am mehrgliedrigen Schulsystem mit einer Schullaufbahn-Entscheidung bereits nach der vierten Klasse fest. In seiner Öffentlichkeitsarbeit, im Landesschulbeirat, im Rahmen von Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben der Staatsregierung und im Austausch mit anderen bildungspolitischen Akteuren tritt der DGB Bayern für mehr Bildungsgerechtigkeit und eine Abschaffung der Mehrgliedrigkeit zugunsten „einer Schule für alle“ ein.



In einer Krise treten Schwächen des Systems deutlicher zu Tage. Für das bayerische Schulwesen gilt dies ganz besonders.

Bereits vor der Pandemie bestanden zahlreiche strukturelle Probleme im bayerischen Schulsystem. Diese reichen vom Lehrkräftemangel an den Grund-, Mittel- und Förderschulen über lückenhafte technische Ausstattung und fehlende pädagogische Konzepte für den digitalen Unterricht bis zu den stark vom Elternhaus abhängigen Bildungschancen. Der DGB Bayern hat sich daher u.a. für eine bessere technische und personelle Ausstattung der Schulen, ein pädagogisches Gesamtkonzept für digitale Bildung, einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagschulplatz, eine flexiblere und schulartübergreifende Ausgestaltung der Ausbildung von Lehrer*innen, mehr Schulsozialarbeit und multiprofessionelle Teams an allen Schularten sowie bessere Arbeitsbedingungen und eine einheitliche Einstiegsbesoldung für alle Lehrkräfte stark gemacht.

In der Corona-Krise sind viele dieser Probleme noch deutlicher zum Vorschein gekommen. Für den DGB Bayern ist klar, dass die Krise nicht dazu führen darf, dass sich die soziale Auslese im bayerischen Bildungssystem weiter verschärft. Im Landesschulbeirat und in seiner Öffentlichkeitsarbeit hat der DGB Bayern daher vom Kultusministerium langfristige und an individuellen Bedarfen ausgerichtete Förder- und Unterstützungsangebote für Schüler*innen sowie die Bereitstellung geeigneter digitaler Endgeräte für Schüler*innen und Lehrkräfte eingefordert.

In Abstimmung mit der GEW hat der DGB Bayern in den vergangenen vier Jahren auch in zahlreichen Verbändeanhörungen zu Änderungen des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen und verschiedener Schulordnungen, neuen Lehrplänen und Unterrichtsfächern Stellung genommen.

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder

Kurz vor der Bundestagswahl 2021 haben sich Bund und Länder auf die Umsetzung eines Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung geeinigt. Dieser soll von 2026 an schritt- bzw. jahrgangsweise eingeführt werden. Aus Sicht des DGB Bayern ist das ein folgerichtiger Schritt. Ein gutes Ganztagsangebot ermöglicht Zeit für individuelle Förderung und kann zum Abbau von Bildungsungleichheiten beitragen. Auch familien- und gleichstellungspolitisch ist der Ganztag von großer Bedeutung.

Während andere Bundesländer jedoch bereits heute über ein großes Angebot an Ganztagsbetreuung und -schulen verfügen, bleibt ein solches Angebot in Bayern weit hinter dem Bedarf zurück. Der DGB Bayern hat dies im Berichtszeitraum immer wieder kritisch angemahnt, sei es im Vorfeld der Landtagswahl 2018 oder auch in zahlreichen Gesprächen mit bildungspolitischen Akteur*innen. Hier sind in den kommenden Jahren erhebliche Anstrengungen notwendig, um zusätzliche Plätze zu schaffen.

Forum Bildungspolitik



FORUM
BILDUNGSPOLITIK
IN BAYERN

Der DGB Bayern ist seit 2017 Mitglied im Verein Forum Bildungspolitik (<https://forum-bildungspolitik.de>), einem Zusammenschluss von über 40 Organisationen, die sich mit der bayerischen Bildungspolitik beschäftigen. Die Bandbreite der Mitgliedsorganisationen reicht von der GEW Bayern, Lehrer*innen-Verbänden wie dem BLLV, Elternorganisationen, Schüler*innen- und Studierendenvertretungen bis zum Bayerischen Jugendring, der Caritas und der Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns (AGABY). Das Forum dient dem Austausch sowie der Entwicklung gemeinsamer Positionen für eine innovative Bildungspolitik in Bayern.

Das breite Themenspektrum des Forums reicht von der fröheren über die schulische und berufliche Bildung bis zur Hochschulpolitik und außerschulischen Bildungsangeboten. Inhaltliche Schwerpunkte bildeten in den vergangenen Jahren u.a. die Qualitätsanforderungen für den Ausbau der Ganztagsschule, die vielfältigen Auswirkungen der Corona-Krise auf das bayerische Bildungssystem und die Übergänge im Bildungsbereich. Der DGB Bayern hat insbesondere seine Expertise in der beruflichen Bildung, aber auch die Perspektive der Arbeitnehmer*innen in die Diskussionen eingebracht.

Im Rahmen von Fachgesprächen und öffentlichen Veranstaltungen sucht das Forum regelmäßig den Austausch mit der Staatsregierung, insbesondere dem Kultus- und Sozialministerium. Darüber hinaus betreibt das Forum eine eigenständige Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Hochschule

Hochschulen und Universitäten üben erheblichen Einfluss auf die demokratische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Gesellschaft aus. Über 400.000 Menschen studieren an bayerischen Hochschulen und ca. 115.000 Beschäftigte sind dort tätig. Der DGB Bayern und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen ausschließlich an Wirtschaftsinteressen ausgerichteten Vorstellungen zur Weiterentwicklung der bayerischen Hochschulen das Leitbild einer demokratischen, kritischen und unabhängigen, sozialen und diversen Hochschule entgegen. Dazu gehören u.a. eine stärkere soziale Öffnung der Hochschulen, auch für Menschen mit Berufsausbildung, aber auch eine Verbesserung der Studien- und Arbeitsbedingungen an den Hochschulen.



Der DGB Niederbayern hat sich an der Kundgebung gegen das geplante Hochschulinnovationsgesetz an der Uni Passau beteiligt. Foto: DGB Niederbayern

In den letzten Jahren hat das duale Studium in Bayern an Bedeutung gewonnen, auch für die Gewerkschaften. Der DGB Bayern setzt sich hier für eine hohe Qualität des Studien- bzw. Ausbildungs- oder Praxisangebots ein, z.B. im Hinblick auf die Kooperation der verschiedenen Lernorte (Hochschule, Betrieb, ggf. Berufsschule) sowie die sozialen und materiellen Rahmenbedingungen des Studiums (Arbeitsbelastung, Vergütung etc.).



#reformthereform: Mit einer Postkartenaktion richten sich der DGB Bayern und die DGB-Jugend Bayern an die Abgeordneten der CSU und der Freien Wähler im Wissenschaftsausschuss des Bayerischen Landtages.

In der politischen Diskussion um die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) hat der DGB Bayern daher die Forderung der DGB-Jugend nach der Aufnahme der Praxisphasen des dualen Studiums in den Geltungsbereich des BBiG unterstützt. Die Anforderungen der Gewerkschaften an das duale Studium waren im Dezember 2019 auch Gegenstand eines Austauschs mit „hochschule dual“, einer vom Bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst getragenen Organisation, die die staatlichen und kirchlichen Hochschulen in Bayern sowie Unternehmen und Berufsschulen u.a. im Hinblick auf duale Studienangebote berät. Auch entwickelt sie Handlungsempfehlungen, Qualitätsstandards und Musterverträge und führt Evaluationen des Studienangebots durch. An dem Gespräch haben auch Vertreter*innen der DGB-Jugend sowie der IG Metall-Jugend teilgenommen, die Expertise aus den Betrieben eingebracht haben.

In enger Abstimmung mit der GEW und ver.di hat sich der DGB Bayern frühzeitig in die politische Debatte um die von der Bayerischen Staatsregierung geplante tiefgreifende Hochschulreform eingebracht. Das im Oktober 2020 vom Ministerrat beschlossene Eckpunktepapier für ein bayerisches „Hochschulinnovationsgesetz“ sieht u.a. eine noch stärkere Ausrichtung von Wissenschaft und Forschung auf ihre ökonomische Verwertbarkeit sowie die Schwächung bestehender Möglichkeiten der demokratischen

Mitbestimmung und Kontrolle zugunsten der Hochschulleitungen vor, ganz im Sinne des neoliberalen Konzepts der „unternehmerischen Hochschule“.

Auf Basis eines vom DGB-Bezirksvorstand beschlossenen Positionspapiers haben DGB Bayern und DGB-Jugend Bayern Gespräche mit den demokratischen Landtagsfraktionen geführt und sich mit anderen hochschulpolitischen Akteur*innen (Studierendenvertretungen, Gleichstellungsbeauftragte etc.) abgestimmt. Im Rahmen einer Online-Veranstaltung Anfang März 2021, an der neben Ehren- und Hauptamtlichen aus dem DGB auch Personalrät*innen und Beschäftigte aus den Hochschulen, Vertrauensdozent*innen der Hans-Böckler-Stiftung und Studierende teilgenommen haben, hat der DGB Bayern zusammen mit ver.di und der GEW über die Reformpläne informiert, das Positionspapier vorgestellt und über gewerkschaftliche Anforderungen an eine Hochschulreform diskutiert. Daran schloss sich eine Postkartenaktion „Hochschulreform reformieren“ an, die sich an die Abgeordneten der CSU und der Freien Wähler im Wissenschaftsausschuss des Bayerischen Landtages richtete. Auch in den DGB-Regionen fanden vielfältige Aktionen gegen die geplante Reform statt.

Im Rahmen der Verbändeanhörung zu dem im Juni 2021 von der Bayerischen Staatsregierung vorgelegten Gesetzentwurf hat der DGB Bayern eine umfassende Stellungnahme abgegeben, in der er u.a. für eine solide staatliche Grundfinanzierung der Hochschulen, für gute Arbeitsbedingungen für das wissenschaftliche und das wissenschaftsstützende Personal, eine umfassende Qualitätsoffensive für die Lehre sowie für eine Stärkung der Mitbestimmung und demokratischen Verfasstheit der Hochschulen eintritt. Der DGB Bayern wird die Reformpläne weiter kritisch begleiten. Die Einbringung des Gesetzentwurfs in den Landtag, die die Staatsregierung spätestens für den Herbst 2021 angekündigt hatte, stand bis zum Schluss des Berichtszeitraums noch aus.

Berufliche Bildung

AUSBILDUNGSMARKT

Jugendliche mit formal niedrigeren Schulabschlüssen und/oder Migrationserfahrung haben es ungleich schwerer, einen Ausbildungsplatz zu finden. Das gilt auch für Regionen, in denen es mehr Ausbildungsplätze als Bewerber*innen gibt. Während viele Arbeitgeberverbände und die Bayerische Staatsregierung von „nicht ausbildungsfähigen Jugendlichen“ und einem „Bewerbermarkt“ sprechen, setzt



Der DGB Bayern ist jedes Jahr bei der Pressekonferenz zur Ausbildungsbilanz in Bayern vertreten. Foto: DGB Bayern

sich der DGB Bayern dafür ein, dass durch eine umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie alle jungen Menschen die Chance auf eine gute Berufsausbildung und somit einen gelingenden Start in ein eigenständiges Leben erhalten. Dieses Modell sieht vor, dass alle Betriebe mit mindestens fünf Beschäftigten in einen Zukunftsfonds einzahlen. Daraus werden stufenweise betriebliche Ausbildung, Verbund- und Auftragsausbildung sowie außerbetriebliche Ausbildung bei einem Träger finanziert.

Durch die Corona-Pandemie hat sich die Lage auf dem Ausbildungsmarkt nochmals verschärft. Viele Betriebe haben Ausbildungsplätze gar nicht erst ausgeschrieben, teilweise wurden bereits abgeschlossene Verträge wieder aufgelöst. Das ist nicht zuletzt mit Blick auf den erforderlichen Fachkräftebedarf der falsche Weg. Die Ausbildungsmarktzahlen haben gezeigt, dass die Anzahl der angebotenen Ausbildungsplätze kontinuierlich abnimmt – ein

Trend, der durch Corona noch verstärkt wurde. So wurden Ende August 2021 fast 6.000 Stellen weniger gemeldet als im Vorjahreszeitraum – ein Minus von knapp 6 Prozent.

ÜBERGANG SCHULE BERUF

Vor allem junge Menschen mit Mittelschulabschluss werden auf dem bayerischen Ausbildungsmarkt benachteiligt. Die Mittelschule hat im Schuljahr 2011/12 in Bayern die Hauptschule abgelöst. An ihr kann der Mittelschulabschluss, der qualifizierende Mittelschulabschluss (zuvor: Hauptschulabschluss/qualifizierender Hauptschulabschluss) und der mittlere Schulabschluss (entspricht der mittleren Reife) erworben werden. Ein besonderer Schwerpunkt dieser Schulform liegt auf der Berufsorientierung und der Vorbereitung auf eine Berufsausbildung. 2019 hat der DGB Bayern mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) eine Expertise „Bayerische Mittelschüler*innen auf dem Weg in die Ausbildung“ zu den Lebens- und Problemlagen junger Menschen in den bayerischen Mittelschulen veröffentlicht.



Die DJI-Studie zeigt: Mit einem Mittelschulabschluss ist es in Bayern schwer, einen guten Ausbildungsplatz zu bekommen.

Die Studie des DJI zeigt, dass die Perspektiven für Mittelschüler*innen auf dem bayerischen Ausbildungsmarkt insgesamt besser sind als die von Jugendlichen mit Hauptschulabschluss in anderen Bundesländern. Für den DGB Bayern ist das allerdings kein Grund, sich zurückzulehnen. Der Anteil der Anfänger*innen mit Mittelschulabschluss im dualen Ausbildungssystem geht auch in Bayern seit Jahren zurück. Jungen Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte wird der direkte Einstieg besonders erschwert. Zudem verfügen über die Hälfte derjenigen, die statt einer Ausbildung zunächst berufsvorbereitende Maßnahmen im sogenannten „Übergangssektor“ beginnen, bereits über einen Mittelschul- oder sogar einen mittleren Abschluss. Zahlreiche Ausbildungsberufe bleiben Mittelschulabsolvent*innen faktisch verschlossen. Der DGB Bayern setzt sich dafür ein, dass Förder- und Unterstützungsangebote für Auszubildende und Betriebe, wie zum Beispiel die Assistierte Ausbildung und ausbildungsbegleitende Hilfen, weiterentwickelt und auf weitere Zielgruppen ausgeweitet werden. Auch im ländlichen Raum müssen umfassende und gut erreichbare, auf den jeweiligen Bedarf der Auszubildenden abgestimmte Angebote zur Verfügung stehen.

Benachteiligte Jugendliche leiden derzeit besonders unter dem pandemiebedingten Distanzunterricht an Schulen und den eingeschränkten Möglichkeiten zur Berufsorientierung. Der DGB Bayern hat sich daher intensiv für eine Fortführung der Berufseinstiegsbegleitung eingesetzt. Jährlich werden dadurch bis zu 3.500 junge Menschen im Freistaat erreicht. Dabei werden sie von der Vorbereitung auf den Schulabschluss über die Berufsorientierung und Bewerbung bis ins erste Ausbildungsjahr hinein begleitet. Diese enge sozialpädagogische Begleitung trägt nicht nur zum erfolgreichen Finden eines Ausbildungsplatzes, sondern auch nachhaltig zur Senkung der Ausbildungsbrechquote bei.

Auch die Berufsschulen, deren Qualität der Ausbildungsreport der DGB-Jugend häufig bemängelt, nimmt der DGB Bayern in den Blick. Hier beteiligt er sich seit 2019 am Projekt „Qualitätsmanagement an beruflichen Schulen“ des Staatsinstituts für Schul-



Der DGB Bayern hat sich vehement für eine Fortführung der Berufseinstiegsbegleitung eingesetzt.

qualität und Bildungsforschung. Ziel ist es, an mehreren Pilotenschulen paritätisch besetzte Beiräte zu installieren und die Qualität der Berufsschulen zu evaluieren, um daraus Handlungsempfehlungen abzuleiten.

2019 wurde außerdem das Berufsbildungsgesetz (BBiG), die gesetzliche Grundlage für die Ausbildung, novelliert. Der DGB Bayern hat sich unter anderem für eine Mindestausbildungsvergütung, die Freistellung von ehrenamtlichen Prüfer*innen, eine Freistellung der Azubis vor Zwischen- und Abschlussprüfungen und Lehr- und Lernmittelfreiheit eingesetzt. Seit 1. Januar 2020 ist das neue Gesetz in Kraft und seine Umsetzung beschäftigt u.a. die Berufsbildungsausschüsse.

AUSBILDUNGSSITUATION

Auszubildende haben während der Lehrzeit mit zum Teil erheblichen Problemen zu kämpfen. Das gilt für einige Branchen besonders stark, etwa für das bayerische Hotel- und Gaststättengewerbe. Betroffen sind sehr häufig Auszubildende, die in kleineren Betrieben ohne Interessenvertretung und gewerkschaftliche Anbindung lernen. Sie sind häufig auf sich allein gestellt. Der DGB Bayern ist und bleibt hier ein starker und verlässlicher Partner bei allen Problemlagen. Die bayerische DGB-Jugend klärt die Azubis außerdem im Rahmen der „Berufsschultour“ über ihre Rechte und Pflichten auf und veröffentlicht jährlich den Ausbildungsreport (vgl. Kapitel 2.8).

GREMIEN DER BERUFLICHEN BILDUNG

Der DGB Bayern koordiniert die Arbeitnehmer*innen-Beauftragten im Landesausschuss für Berufsbildung sowie in den Berufsbildungsausschüssen (BBA) bei den neun Industrie- und Handelskammern in Bayern. Zur berufsbildungspolitischen Fortbildung der Arbeitnehmerbeauftragten organisiert der DGB Bayern in Kooperation mit den DGB-Regionen und der Abteilung Bildung beim DGB-Bundesvorstand regionale Schulungen. In der Corona-Pandemie wurden regelmäßig digitale Grundlagenschulungen angeboten, um alle neuen BBA-Mitglieder für ihre neue Aufgabe zu qualifizieren.

Im „Netzwerk Berufliche Bildung“ treffen sich die bayerischen Arbeitnehmer*innen-Beauftragten auf zentraler Ebene mit den für Berufsbildung zuständigen politischen Sekretär*innen und Fachleuten aus den Mitgliedsgewerkschaften. Diese regelmäßigen Treffen dienen der Diskussion zentraler berufsbildungspolitischer Themen und dem Erarbeiten neuer Positionen und Handlungsstrategien für die Arbeit in den BBAs. Es findet im Schnitt vier Mal pro Jahr statt.

Vor allem vier Themen haben im Berichtszeitraum die Arbeit im „Netzwerk Berufliche Bildung“ geprägt: Die Novellierung des BBiG und die Umsetzung vor Ort, die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Berufsbildung, die Folgen der Corona-Pandemie für den Ausbildungsmarkt und die Ausbildungsqualität sowie der kollegiale Austausch zur Arbeit in den BBAs.

Der DGB Bayern unterstützt gemeinsam mit den DGB-Regionen und den Mitgliedsgewerkschaften die wichtige Arbeit der gewerkschaftlichen Vertreter*innen in den Prüfungsausschüssen. Hier gab es durch die BBiG-Reform einige Änderungen, wie beispielsweise die Möglichkeit der Einsetzung von Prüfungsdelegationen, worüber die Abteilung Bildung auf Bundesebene regelmäßig informiert und beraten hat. Leider gelang es auch in diesem Berichtszeitraum nicht, mehr Kolleg*innen für die wichtige Arbeit in den Prüfungsausschüssen zu motivieren.



Für den Ausbildungsreport 2019 wurden mehr als 2.000 Auszubildende zur Qualität ihrer Ausbildung befragt.

Für den DGB Bayern ist der Landesausschuss für Berufsbildung die wichtigste berufsbildungspolitische Außenvertretung. In diesem Jahr feierte er sein 50-jähriges Bestehen. Der Landesausschuss berät die Staatsregierung in Fragen der Berufsbildung und besteht drittelparitätisch aus Vertreter*innen der Arbeitnehmer*innen, der Arbeitgeber*innen sowie der Staatsregierung. Im Landesausschuss stößt der DGB Bayern Diskussionen über zentrale Themen der Gewerkschaften im Bereich der beruflichen Bildung an und bezieht gegenüber Staatsregierung und Arbeitgeber*innen Position. Im Berichtszeitraum hat dies unter anderem die Themen „Berufsausbildung 4.0“ sowie die Steigerung der Attraktivität der dualen Berufsausbildung umfasst. Die Arbeitnehmer*innen forderten außerdem die kostenlose Bereitstellung digitaler Endgeräte für alle Berufsschüler*innen, um ihnen die Teilnahme am Distanzunterricht zu erleichtern. Zudem arbeitet der DGB Bayern daran,

dass der Landesausschuss seiner Aufgabe, die Regierung zu beraten, wieder stärker nachkommt, da er sich in den letzten Jahren zu einem Informations- und Diskussionsgremium entwickelt hat, das kaum noch Stellungnahmen oder Positionen entwickelt.

Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0

Für den DGB Bayern ist die Stärkung der Mitbestimmung ein Erfolgsfaktor für eine gelingende Transformation. Herausforderungen wie die Digitalisierung sowie die Dekarbonisierung der Wirtschaft bestanden bereits vor der Corona-Pandemie. Der DGB Bayern hat sowohl in den Verhandlungen um ein bayerisches Konjunkturprogramm als auch um die Fortsetzung des „Paktes für berufliche Weiterbildung 4.0“ verdeutlicht, dass hieran anzuknüpfen ist.

Der DGB Bayern begrüßt eine Fortsetzung und Erweiterung des „Paktes für berufliche Weiterbildung 4.0“. Die Verhandlungen hierzu starteten Ende 2020. Der DGB Bayern und die Mitgliedsgewerkschaften befürworten das Ziel des Paktes, die Weiterbildungsbereitschaft zu erhöhen und besonders Menschen in den Blick zu nehmen, die noch ungenügend an beruflicher Weiterbildung partizipieren. Trotz der bisherigen Anstrengungen bleibt festzuhalten: Die berufliche Weiterbildung wirkt nach wie vor selektiv und verstärkt dadurch vorhandene Ungleichheiten.

Gleichzeitig steigt angesichts zunehmender Veränderungsdynamiken in Wirtschaft und Gesellschaft die Bedeutung von beruflicher Weiterbildung. Daher hat sich der DGB Bayern konstruktiv in die Verlängerung des Paktes eingebbracht. Die von DGB-Seite bereits vorgeschlagenen Maßnahmen wurden evaluiert und – trotz aller für uns angezeigten Anpassungsbedarfe – als erfolgreich eingestuft.

So hatte sich der DGB Bayern mit Aktivitäten zur Schulung von Weiterbildungsmittel*innen aus dem Kreis der Betriebs- und Personalräte*innen beteiligt. Die gemeinsame Umsetzung zwischen DGB Bayern und der Regionaldirektion der Bundesagen-



Mit dem Pakt soll die Weiterbildungsbereitschaft der Beschäftigten und Unternehmen in Bayern gestärkt werden.

tur für Arbeit wurde als äußerst positiv und gewinnbringend bewertet. Angesichts dieser Entwicklung wurde beschlossen, diese Maßnahme weiterzuführen und punktuell auszubauen.

Mit dem DGB Bildungswerk Bayern sowie der Kritischen Akademie Inzell haben sich zwei gewerkschaftliche Träger am Projekt der Weiterbildungsininitiatoren (WBI) beteiligt. Ziel dieses Projekts ist es, Unternehmen und Beschäftigte für Weiterbildung zu sensibilisieren und zu aktivieren. Als fachlich versierte Lotsinnen und Lotsen sollen die WBI den Weg für eine höhere Weiterbildungsbeteiligung ebnen und das gesetzliche Angebot der Arbeitsverwaltung und der Jobcenter ergänzen.

Der DGB Bayern war nach den Erfahrungen der ersten Paktlaufzeit von drei Jahren davon überzeugt, dass der Beratungsansatz der WBI zur Erreichung der gemeinsamen Paktziele beitragen kann. Daher hat sich der DGB Bayern für eine weitere Förderung ausgesprochen, die auch umgesetzt wurde.

Der DGB Bayern und seine Mitgliedsgewerkschaften haben jedoch über die Betriebs- und Personalräte einen besonderen Zugang, den sie bereits in die laufenden Projekte der gewerkschaftlichen WBI eingebracht hatten. Betriebs- und Personalräte können aufgrund ihrer betrieblichen Stellung und gesetzlich normiert beispielsweise über das Betriebsverfassungsgesetz Mitbestimmungsrechte ausüben, um gute Weiterbildung im Betrieb zu organisieren. Der DGB Bayern und die Mitgliedsgewerkschaften brachten in die Verhandlungen die Überzeugung ein, dass dieser Zugang ein nachhaltiger ist, da er Betriebs- und Dienstvereinbarungen hervorbringt, die im Unterschied zum Individualansatz den ganzen Betrieb in den Blick nehmen und strukturellen Ungleichgewichten in Bezug auf die Weiterbildungsteilnahme entgegenwirken können.

Darüber hinaus bietet dieser Ansatz Möglichkeiten der betrieblichen Qualitätssicherung und verankert den Gedanken der kontinuierlichen Weiterbildung. Der DGB Bayern und seine Mitgliedsgewerkschaften mussten nach der bisherigen Laufzeit attestieren, dass dieser Kollektivansatz nur bedingt unter den Strukturen der WBI zum Tragen kommt. Auch wenn dies erwartungsgemäß etwa durch die Paktpartner der Kammern oder der vbw nicht geteilt wurde und es somit nicht zu einer generellen Neuausrichtung der WBI bei den Verhandlungen kam, steht der DGB Bayern weiterhin zu diesem Ansatz und konnte ihn 2021 durch eine Verlängerung des gewerkschaftlichen Weiterbildungsinitiators, angesiedelt beim DGB Bildungswerk Bayern, fortführen.

Die Neuausrichtung der Förderrichtlinien für das WBI-Projekt im Herbst 2021 hat das DGB Bildungswerk Bayern jedoch dazu veranlasst, aus dem Projekt auszusteigen. Weiterführen wird das DGB Bildungswerk das Projekt der Weiterbildungsmenator*innen, das aus gewerkschaftlicher Perspektive durchaus positiv zu bewerten ist und unter den gegebenen Rahmenbedingungen gut und zielführend umgesetzt wird.

Neben diesen Maßnahmen brachte der DGB Bayern Ideen in die Verhandlungen zur Paktverlängerung ein, darunter das Projekt „Transformationsberater*innen für Betriebsrät*innen und Personalrät*innen“. Deren Aufgabe ist, die Beratung, Qualifizierung und Prozessbegleitung von Betriebs- und Personalrät*innen bei der Gestaltung der betrieblichen Transformation zu übernehmen. Ein Themenfeld ist dabei eine systematische Folgeabschätzung von Veränderungsmaßnahmen (Technik, Organisation, Geschäftsmodell, Demografie, Umwelt usw.) für Art und Umfang der Beschäftigung einschließlich der sich daraus ergebenden Kompetenzanforderungen und Weiterbildungsbedarfe. Obwohl dieses Projekt im Weiterbildungspakt 4.0 aufgenommen wurde, fehlt es bislang an einer Finanzierungsmöglichkeit. Der Vorschlag des DGB Bayern, den ESF oder den Arbeitsmarktfonds als Finanzierungsquelle zu verwenden, wurde nach intensiven Verhandlungen abgelehnt.

Weitere Vorschläge des DGB Bayern, wie etwa ein Modellprojekt für regionale Bildungszentren, ein



Dr. Verena Di Pasquale, stellvertretende Vorsitzende Deutscher Gewerkschaftsbund Bayern

"Angesichts des digitalen Wandels der Arbeitswelt sind Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen wichtiger denn je. Deshalb engagiert sich der DGB Bayern im 'Pakt für Berufliche Weiterbildung 4.0' für die Qualifizierung von Betriebs- und Personalräten, um das Thema Weiterbildung in den Betrieben zu stärken."



Der DGB Bayern begrüßt eine Fortsetzung und Erweiterung des „Paktes für berufliche Weiterbildung 4.0“.

systematisches Screening künftiger Tätigkeitsanforderungen, ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm für menschengerechte Arbeitsgestaltung, ein „Telekolleg 4.0“ oder auch die gewerkschaftliche Dauerforderung nach einem Bildungsfreistellungsgebot scheiterten aufgrund politischer oder inhaltlicher Differenzen der Paktpartner.

Insgesamt steht und fällt der Wert der Weiterführung des „Paktes für berufliche Weiterbildung 4.0“ mit der verbesserten Teilhabe der bislang in der Fort- und Weiterbildung unterrepräsentierten Beschäftigten.

Auch wenn die Umsetzung aussteht, ist es dem DGB Bayern mit der Idee der Transformationsberater*innen gelungen, den Weiterbildungsgedanken auf die grundsätzlichen Herausforderungen der Unternehmen in der Transformation auszuweiten und in Bezug auf längerfristige Entscheidungen zu öffnen.

Entgegen dem unmittelbaren Nutzen steht hier die langfristige Perspektive für gesunde und zukunfts-feste Unternehmen mit guten Arbeitsplätzen an erster Stelle. Dazu können die Beschäftigten mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung beitragen.



Das Online-Portal „komm weiter in B@yern“ bietet einen Überblick über die vielfältigen Qualifizierungsmöglichkeiten im Freistaat.

2.5 Öffentlicher Dienst und Beamt*innen- Politik

Dem DGB Bayern und seinen für den öffentlichen Dienst zuständigen Gewerkschaften (ver.di, GdP, GEW, IG BAU, IG BCE) geht es darum, für die Arbeit der Zukunft im öffentlichen Dienst die Weichen zu stellen. Was passiert, wenn der öffentliche Dienst nicht funktioniert, ist nicht nur in anderen Ländern, sondern auch hierzulande zu sehen: überlastete Behörden, nicht oder fehlerhaft beschiedene Anträge, entnervte Bürger*innen. Ziel muss es sein, die Leis-

tungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes für die Zukunft zu sichern und weiter zu stärken. Die Leistungsfähigkeit einer Verwaltung bemisst sich dabei nicht zuletzt an der Zufriedenheit der Mitarbeiter*innen und deren Arbeitsbedingungen.

Hier muss der Freistaat endlich seiner Verantwortung und seiner Vorbildfunktion als Arbeitgeber nachkommen, was z.B. die Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen im Tarifbereich oder die Umsetzung von Maßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz betrifft. Zu einem modernen und guten Arbeitgeber gehört auch ein modernes und gutes Personalvertretungsgesetz (BayPVG), das echte Mitbestimmung auf Augenhöhe garantiert. Der DGB Bayern und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern seit langem eine umfangreiche Novellierung. Die Landesbeamtenkommission und der Arbeitskreis der Hauptpersonalräte*innen sind die beiden Austausch- und Diskussionsgremien auf DGB-Ebene im Bereich des öffentlichen Dienstes.



Aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes beteiligten sich im Februar 2019 rund 2.000 Beschäftigte am Streiktag für ihre Forderung nach sechs Prozent mehr Lohn. Foto: Werner Bachmeier

Der DGB als Spitzenorganisation der Beamt*innen in Bayern

Der DGB Bayern hat als Spitzenorganisation, zusammen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, Gespräche mit dem zuständigen Staatsminister der Finanzen geführt. Diese Gespräche sind als „Ausgleich“ für die fehlenden Verhandlungsrechte der Beamt*innen bei der Gestaltung ihrer Arbeits- und Entgeltbedingungen gedacht. Im besten Fall werden Forderungen und Anregungen des DGB vom Staatsministerium aufgegriffen, in vielen Fällen bleibt es beim Austausch und der Diskussion der unterschiedlichen Standpunkte.

Neben den gesetzlich verankerten Spitzengesprächen mit dem Finanzminister fanden auch viele Gespräche auf Arbeitsebene sowie mit den Landtagsfraktionen und einzelnen Abgeordneten statt. Wichtige Ansprechpartner*innen sind der Vorsitzende sowie die stellvertretende Vorsitzende des Landtagsausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes. Neben Gesprächen äußerte sich der DGB Bayern auch schriftlich und reichte zahlreiche Stellungnahmen zu Änderungen im Beamtenrecht ein. Neben dem im Beamtengesetz vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren bei Änderungen im Beamtenrecht wurden auch einige Stellungnahmen, den öffentlichen Dienst betreffend, im Rahmen sogenannter „Verbändeanhörungen“ abgegeben, z.B. zu Änderungen im Personalvertretungsrecht, zum geplanten neuen Hochschulinnovationsgesetz oder zum Entwurf des Digitalgesetzes.

Der DGB Bayern ist für die Benennung der ehrenamtlichen Richter*innen an den Senaten der Verwaltungsgerichte und dem Verwaltungsgerichtshof zuständig, die sich mit dem Bundespersonalvertretungsgesetz bzw. dem bayerischen Personalvertretungsgesetz beschäftigen. Zudem ist er Ansprechpartner für die Kammern, die für Verfahren nach dem Bundesdisziplinargesetz bzw. dem bayerischen Disziplinargesetz zuständig sind.

Um die Positionen des DGB Bayern und seiner für den öffentlichen Dienst zuständigen Gewerkschaften gegenüber dem Landtag deutlich zu machen,



2018 fand im Landtag der erste Parlamentarische Abend für den öffentlichen Dienst statt. Foto: DGB Bayern

fand 2018 der erste Parlamentarische Abend nur für den öffentlichen Dienst im Landtag statt. Alle Sprecher*innen der Fraktionen für den öffentlichen Dienst in Bayern sowie weitere Abgeordnete waren eingeladen. Nach einem Grußwort von Wolfgang Fackler, Vorsitzender des Landtagsausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes, gab es einen regen Austausch über Positionen und Forderungen.

Bayerisches Personalvertretungsgesetz

Seit langem fordert der DGB Bayern eine Reform des bayerischen Personalvertretungsgesetzes (BayPVG). Das BayPVG beinhaltet im Vergleich zum Bundespersonalvertretungsgesetz und zu den anderen Landespersonalvertretungsgesetzen weit weniger positive Regelungen im Sinne der Beschäftigten. Insbesondere in den Bereichen Freistellung und Schulungsanspruch von Personalräte*innen sowie Ausweitung der Mitbestimmungstatbestände besteht dringender Handlungsbedarf. Im DGB Bayern existiert eine Arbeitsgruppe „BayPVG“, die sich intensiv mit dem Gesetz beschäftigt und Vorschläge zur Weiterentwicklung formuliert und priorisiert hat. Hierzu fanden Gespräche mit den Landtagsfraktionen statt. Allerdings verweigert die Bayerische Staatsregierung bzw. die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag nach wie vor eine Weiterentwicklung des BayPVG.

Nach der Anhörung von Expert*innen im Landtagsausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes im Juni 2021, bei der auch zwei Fachleute von DGB und ver.di geladen waren, kommt etwas Bewegung in die Thematik.

Tarif- und Besoldungsrunden

Seit 2005 werden die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst nicht mehr gemeinsam geführt, sondern der Bund und die Gemeinden sowie die in der Tarifgemeinschaft der Länder zusammengeschlossenen Bundesländer verhandeln getrennt. Eine Synchronisierung der Laufzeiten ist seitdem ein Ziel der Gewerkschaften, um das Auseinanderdriften der Arbeits- und Einkommensbedingungen zu verringern. Seit 2018 geht der Trend zu längeren Laufzeiten der Tarifabschlüsse – über die früher üblichen 24 Monate hinaus.

Nachdem die Beamt*innen keine Verhandlungsrechte zur Gestaltung ihrer Arbeits- und Einkommensbedingungen haben, sind sie gefordert, sich an den Tarifrunden zu beteiligen, um ihrer Forderung nach Übertragung des Tarifergebnisses Nachdruck zu verleihen.

Seitdem die Länder nicht mehr zusammen mit dem Bund und den Gemeinden verhandeln, haben die kommunalen Beamt*innen eine andere Einkommensentwicklung als die kommunalen Tarifbeschäftigte, da die Beamtenbesoldung Ländersache ist. Damit orientiert sich die Besoldung der bayerischen Beamt*innen am TV-L. Die beiden Tarifabschlüsse der Länder 2017 und 2019 hat der Freistaat Bayern, wie vom DGB Bayern gefordert, systemgerecht auf die Beamt*innen übertragen.

Zum 1. Januar 2020 wurde zusätzlich die jeweils erste Stufe in allen Besoldungsgruppen gestrichen, zudem wurden Anwärter*innen besonders berücksichtigt, um die Nachwuchsförderung voranzutreiben und gute Fachkräfte zu bekommen.

Ballungsraumzulage

Im Sommer 2019 hat der Stadtrat der Landeshauptstadt München beschlossen, die sogenannte Münchenzulage für ihre Tarifbeschäftigte ab dem 1. Januar 2020 zu verdoppeln. Für den Erhalt der Münchenzulage ist nur das Arbeitsortprinzip ausschlaggebend.

Da die Beamt*innen der Landeshauptstadt München dem bayerischen Beamten gesetz unterliegen, kann diese Zulage nicht ohne Weiteres an sie gezahlt werden. Entscheidend im Beamten gesetz ist hierfür die Regelung zur „Ballungsraumzulage“. Hierdurch entsteht ein Ungleichgewicht zwischen den kommunalen Tarifbeschäftigte und den Beamt*innen, aber auch in Bezug auf die Landesbeschäftigte.

Nachdem die lange geforderte Dynamisierung der Ballungsraumzulage 2015 umgesetzt wurde, ist die Forderung des DGB Bayern auch diesmal klar. Diese Zulage für die Beamt*innen muss ebenfalls erhöht werden. Für den Erhalt der Ballungsraumzulage gilt, anders als bei der Münchenzulage, das Arbeits- und Wohnortprinzip im Großraum München. Der DGB Bayern fordert auch hier eine ausschließliche Knüpfung an das Arbeitsortprinzip, da viele Beschäftigte außerhalb der Gebietskulisse wohnen.

Ende 2019 fand ein Gespräch mit dem Finanzministerium sowie eine Kundgebung vor dem Finanzministerium statt. Bis heute hat sich allerdings bei diesem Thema noch keinerlei Bewegung abgezeichnet. Für den DGB Bayern ist klar, dass nicht nur im Ballungsraum München die Miet- und Lebenshaltungskosten hoch sind. Daher müssen auch andere Ballungsräume in Bayern berücksichtigt werden.

Gesundheitsmanagement/ Arbeitssicherheit

Ein gutes Gesundheitsmanagement spielt nicht nur für die Beschäftigten, sondern auch für den Dienstherrn eine wichtige Rolle. Dies wird allmählich auch von der Landesverwaltung, der Staatsregierung und dem Landtag anerkannt. Auch hier muss der Freistaat Bayern als Arbeitgeber endlich seiner Vorbildfunktion nachkommen. Es gibt einzelne gute Initiativen und Beispiele zum behördlichen Gesundheitsmanagement, es fehlt aber eine verbindliche Strategie in der Landesverwaltung. Der Freistaat muss im Bereich der Arbeitssicherheit endlich genauso wie die freie Wirtschaft und alle anderen Bereiche des öffentlichen Dienstes die DGUV 2-Vorschrift anwenden und seine eigene Richtlinie ersetzen. Nur so kann sichergestellt werden, dass das Arbeitssicherheitsgesetz im öffentlichen Dienst des Freistaats vollständig umgesetzt und der Gleichklang mit den Kommunen hergestellt wird.

In immer mehr Ressorts werden Gefährdungsanalysen für die physische und psychische Belastung der Beschäftigten durchgeführt. Allerdings werden in diesem Prozess die Personalvertretungen nicht immer so intensiv eingebunden, wie es notwendig und sinnvoll wäre. Um Personalräte*innen in Bezug auf das Thema Gesundheit zu schulen und eine Austauschplattform anzubieten, hat der DGB Bayern 2018 zusammen mit dem DGB Bildungswerk Bayern unter dem Titel „Gute Arbeit auch im öffentlichen Dienst! Wie steht es in Bayern um den Arbeitsschutz?“ eine Fachtagung zum Thema Arbeits- und Gesundheitsschutz organisiert. Nach einer Einführung zum Thema „Ganzheitliche Gefährdungsbeurteilung“ inklusive psychischer Belastungen und Neuerungen zum Thema Arbeitsschutz konnten sich die über 60 Teilnehmer*innen aus verschiedenen Gewerkschaften und Bereichen in drei Workshops vertieft mit den Themen auseinandersetzen und austauschen. Am Nachmittag wurden die Ergebnisse mit bayerischen Landtagsabgeordneten verschiedener Fraktionen diskutiert.

Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Vor dem Hintergrund der steigenden Respektlosigkeit und vermehrter Übergriffe auf Beschäftigte im öffentlichen und privatisierten Sektor wurde auf dem Ordentlichen Bundeskongress 2018 beschlossen, diese Problematik in die Öffentlichkeit, die Dienststellen und in die Politik zu tragen. Mit einer breit angelegten Initiative macht der DGB seitdem deutlich, was die Beschäftigten des öffentlichen und privatisierten Sektors täglich für die Gesellschaft leisten – und was sie im Gegenzug erfahren.



Über der Kampagne steht der Slogan: „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch.“ Diese grundlegende Feststellung soll in der Öffentlichkeit vermittelt werden, um so eine Einstellungsänderung hin zu mehr Respekt und Verständnis anzustoßen. Auch Arbeitgeber, Dienstherren und letztlich die politischen Entscheidungsträger*innen sollen sensibilisiert und an ihre Verantwortung für die Beschäftigten erinnert werden.



Viele Beschäftigte im Dienst der Gesellschaft werden immer häufiger zum Ziel von Beleidigungen, Drohungen und tätlichen Angriffen.



Auch in vielen bayerischen Städten waren die Motive der Kampagne auf Großflächenplakaten zu sehen. Foto: DGB

In Bayern fanden bisher zahlreiche Aktionen und Gespräche im Rahmen dieser Kampagne statt, z.B. Ent-
hüllung eines Großtransparents am Gewerkschafts-
haus Nürnberg mit Pressekonferenz, Großplakate in
mehreren Städten, Vorstellung der Kampagne in
verschiedenen DGB-Regionen, Vorstellung der Kam-
pagne bei Stadt- und Kreisverbänden und in gewerk-
schaftlichen Gremien.

Im Herbst 2019 kündigte der Bayerische Finanzminister, zusammen mit dem Bayerischen Beamtenbund, ein Gewaltschutzkonzept für den Freistaat an, um Beschäftigte vor Gewalt zu schützen und ihnen bei Gewalterfahrungen Unterstützung zu bieten. Auf Intervention des DGB Bayern und nach mehreren Gesprächen mit dem Finanzministerium war letztlich auch der DGB Bayern an der Erarbeitung dieses Konzepts beteiligt. Hier konnte er konstruktive Vorschläge einbringen, die auch aufgegriffen wurden. Im Dezember 2020 hat Matthias Jena für den DGB Bayern und seine für den öffentlichen Dienst zuständigen Gewerkschaften eine „Gemeinsame Erklärung gegen Gewalt“ mit dem bayerischen Finanzminister Albert Füracker unterschrieben.

2.6

Europapolitik, grenzüber- schreitende Gewerk- schaftsarbeit, Internationales

Europapolitik

Die Europapolitik liegt grundsätzlich im Aufgabenbereich des DGB-Bundesvorstandes. Allerdings ist auch der DGB Bayern europapolitisch aktiv über das Engagement in drei Interregionalen Gewerkschaftsräten (IGR Böhmen-Bayern, IGR Tirol-Salzburg-Oberösterreich-Bayern und IGR Bodensee) sowie im Verein BoBaKom im DGB e.V. (Verein für

bayerisch-böhmisches Kommunikation und Information im DGB e.V.). Der DGB Bayern arbeitet also grenzüberschreitend, aber nicht flächendeckend zu europäischen Themen.

Wie wichtig es ist, Europapolitik in der gewerkschaftlichen Arbeit mitzudenken, belegt die Tatsache, dass ca. 50 Prozent aller Entscheidungen, die unseren Alltag beeinflussen, auf europäischer Ebene getroffen werden.

BEIRÄTE FÜR DEN EUROPÄISCHEN SOZIALENFONDS (ESF) UND DEN EUROPÄISCHEN FONDS FÜR REGIONALE ENTWICKLUNG (EFRE)

Bayern erhält aus dem Europäischen Sozialfonds und den Strukturfonds der Europäischen Union finanzielle Mittel zur Förderung der regionalen Entwicklung. Diese Mittel werden von den zuständigen Ministerien sehr restriktiv verwaltet und den bewilligten Projekten zugeführt. Der DGB Bayern hat in den Begleitausschüssen (Kontrollorgan der Mittelvergabe) einen Sitz, um beratend einwirken zu können. Die Sitzungen der Begleitausschüsse wurden regelmäßig besucht, wobei die Implementierung von „Guter Arbeit“ in die Projekte aufgrund der starken Wettbewerbsorientierung kaum gelungen ist.



Wie hier in Kösching fanden zur Europawahl 2019 bayernweit zahlreiche Aktionen und Veranstaltungen statt. Foto: DGB Oberbayern

Auch in der neuen Förderperiode 2021 bis 2027 ist eine stärkere Einbindung der Sozialpartner vorgesehen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Bayerische Staatsregierung diese wieder auf ein notwendiges Maß beschränken wird.

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) hat in Bayern in der Förderperiode 2014 bis 2020 zwei Programme unterstützt:

Investitionen in Wachstum und Beschäftigung (EFRE-IWB)

Dem Freistaat Bayern standen für die regionale Strukturpolitik (EFRE) bis zum Jahr 2020 rund 495 Mio. Euro zur Verfügung, um die Ziele der Strategie „Europa 2020“ zu erreichen. Hinzu kommen zusätzliche Mittel in Höhe von 180 Mio. Euro aus „REACT-EU“ (Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas). Bayern erhält damit Unterstützung bei der Bewältigung der Pandemiefolgen und beim Übergang zu einer grünen und digitalen Wirtschaft.

Drei grenzübergreifende „INTERREG“-Programme: Bayern-Tschechien, Bayern-Österreich und Alpenrhein Bodensee Hochrhein.

Für grenzübergreifende Projekte im Rahmen von „INTERREG“ werden insgesamt 197 Mio. Euro aus Europa speziell in den bayerischen Grenzräumen wirksam.

Der konkrete Einsatz der Fördermittel wird im sogenannten operationellen Programm geregelt. Im bayerischen operationellen Programm „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ ist festgelegt, dass EU-Gelder in diesen fünf Bereichen investiert werden:

1. Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation
2. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen
3. Klimaschutz
4. Hochwasserschutz
5. Nachhaltige Entwicklung funktionaler Räume

Um den sozialen und regionalräumlichen Zusammenhalt zu stärken, hat sich der Freistaat verpflichtet, 60 Prozent der Gelder aus dem EFRE-Programm



Der DGB-Kreisverband Eichstätt hat zur „Fishbowl-Diskussion“ mit dem DGB-Landesvorsitzenden Matthias Jena nach Kösching eingeladen. Foto: DGB Oberbayern

in strukturschwächeren Regionen Bayerns einzusetzen, die nach den Kriterien Demografie, Arbeitsmarktsituation und Einkommenswohlstand bewertet werden. Dabei handelt es sich insbesondere um die Landkreise in der Grenzregion zur Tschechischen Republik, aber auch um Landkreise und kreisfreie Städte im Süden und Westen Bayerns. Weiterhin müssen in allen Projekten die Querschnittsziele Nachhaltigkeit und Umwelt sowie Gleichstellung und Anti-Diskriminierung berücksichtigt werden. Mit den EU-Mitteln werden insbesondere der Erhalt und die Neuschaffung von Arbeitsplätzen gefördert.

Interregionale Gewerkschaftsräte (IGR)

Aufgrund von immer enger werdenden wirtschaftlichen Verflechtungen wächst auch die Bedeutung für die grenzüberschreitende gewerkschaftliche Zusammenarbeit.

Interregionale Gewerkschaftsräte (IGR) sind grenzüberschreitende Initiativen, in der Regel auf Basis einer gemeinsam verabschiedeten Erklärung zur Zusammenarbeit zwischen dem DGB und vergleichbaren Gewerkschaftsbünden im Ausland. Sie sind stets in unmittelbarer Grenznähe angesiedelt und dort die Stimme der Beschäftigten. Ebenso sind IGR wichtige gewerkschaftliche Akteure auf den regionalen, grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten. Sie setzen sich für die Rechte der Arbeitnehmer*innen, für faire Mo-



Grenzüberschreitende Gewerkschaftsarbeit ist ein elementarer Bestandteil im DGB Bayern. Foto: DGB Bayern

bilität, wirtschaftliche, arbeitsmarktpolitische, soziale, ökologische und kulturelle Interessen, für menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen sowie ein hohes Maß an sozialer Sicherheit und gerechter Einkommensbesteuerung ein.

Eine solide grenzüberschreitende Vernetzung der Gewerkschaften ist eine wesentliche Voraussetzung für eine grenzüberschreitende Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer*innen. Auch in den bayerischen Grenzregionen engagieren sich IGR für grundlegende europäische Werte und Prinzipien, z.B. Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichstellung der Geschlechter.

Der DGB Bayern ist in drei IGR eingebunden: IGR Bodensee, IGR TiSOBa und IGR BoBa. Beim IGR Bodensee (Baden-Württemberg, Bayern, Schweiz) hat der DGB-Bezirk Baden-Württemberg die Federführung. Die bayerische Vertretung wird von der DGB-Region Schwaben wahrgenommen.

Die Abteilung Grenzüberschreitende Beziehungen des DGB Bayern hat während der Corona-Pandemie in Zusammenarbeit mit den zuständigen Akteur*innen von IGR BoBa und IGR TiSOBa ca. 1.200 Beratungsgespräche durchgeführt (überwiegend mit Grenzgänger*innen aus Tschechien, Österreich, Polen und Slowakei). Beraten und unterstützt wurden ebenso ausländische Gewerkschaftsmitglieder, Kolleg*innen aus den Mitgliedsgewerkschaften sowie Betriebsrät*innen. Der IGR BoBa und der IGR TiSOBa, der DGB Bayern und die Mitgliedsgewerkschaften haben den zusätzlich entstandenen Informations-

und Beratungsbedarf gedeckt und Lösungsvorschläge für diese neuen Probleme entwickelt.

DER IGR BOBA (BÖHMEN-BAYERN)

Der IGR BoBa umfasst räumlich die DGB-Regionen Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern sowie die tschechischen Bezirke Karlsbad und Pilsen. Seine Ziele sind ein Europa der Beschäftigten und ihrer Familien, die Ausgestaltung der sozialen Dimension als Grundstein für die europäische Einigung, die Vermeidung von Sozial-Dumping und illegalen Arbeitsverhältnissen, die Bekämpfung der Auswirkungen eines europäischen Kapitalmarktes sowie die langfristige freundschaftliche Zusammenarbeit in beiderseitigem Interesse.



Im November 2017 feierte der IGR Böhmen-Bayern sein 20-jähriges Jubiläum mit hochrangigen Gästen. Zu Gast waren u.a. der DGB-Bundesvorsitzende Reiner Hoffmann (2.v.r.) sowie der Vorsitzende des tschechisch-mährischen Gewerkschaftsbundes ČMKOS Josef Středula (5.v.r.). Foto: Siegfried Bühner

Im November 2017 hat der IGR BoBa sein 20-jähriges Jubiläum im Neuen Rathaus in Weiden mit hochrangigen Gästen aus beiden Ländern gefeiert.

Hauptthemen im Berichtszeitraum waren unter anderem die Entsenderichtlinie, Leiharbeit, Lohnunterschiede und Prekarisierung, der Rechtsruck in Europa und vor allem die Grenzgänger-Problematik während der Corona-Pandemie. Der IGR BoBa hat als ein weiteres Problem die Informationsdefizite in den Betrieben mit Grenzgänger*innen in Bezug auf Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht, Steuern und Sozialversicherungen des anderen Landes identifiziert. Deshalb wurden z.B. Vorträge in Betrieben (in Kooperation mit Betriebsrät*innen) mit ausländischen Beschäftigten zu diesen Aspekten durchgeführt.



Jahreskonferenz des IGR BoBa im April 2019 in Weiden i.d.Oberpfalz. Foto: Siegfried Bühner

Im Berichtszeitraum wurden auch enge Kontakte mit dem Verband Österreichischer Gewerkschaftlicher Bildung (VÖGB) gepflegt. Im November 2019 erfolgte ein Besuch der Kolleg*innen des VÖGB aus Linz in Wackersdorf (Besuch der Wiederaufbereitungsanlage und Gespräche mit Altlandrat Hans Schuierer und Reinhold Strobl, MdL a.D., SPD) und des KZ Flossenbürg – jeweils mit Diskussionsrunden und Austausch.

Aktiv war der IGR BoBa ebenso vor der Europawahl im Rahmen der DGB-Kampagne „Europa. Jetzt aber richtig!“. Während der Jahreskonferenz im April 2019 hat der DGB zusammen mit dem tschechischen Dachverband ČMKOS eine gemeinsame Erklärung für gute Arbeit und faire Mobilität in Europa unterschrieben und darin zur Teilnahme an der Europawahl aufgerufen. Des Weiteren gab es im Mai 2019 zur Europawahl an der deutsch-tschechischen Grenze eine gemeinsame, öffentlichkeitswirksame Aktion der bayerischen und tschechischen Gewerkschaften.

DER IGR TiSOBa (TIROL, SALZBURG, OBERÖSTERREICH, BAYERN)

Die wichtigsten Themen des IGR TiSOBa im Berichtszeitraum waren die Diskussionen über Industrie 4.0 und Digitalisierung, ein soziales und gerechtes Europa („Soziale Systeme unter Druck“), Nationalismus, Wirtschaftskrise sowie die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen. Das Thema „Faire Mobilität und offene Grenzen“ hat den IGR TiSOBa (ebenso wie den IGR BoBa) insbesondere während der Corona-Pandemie beschäftigt, da die Grenzgänger*innen am meisten betroffen waren. In einer gemeinsamen Erklärung haben sich der DGB Bayern und der

Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) für „ein soziales, offenes Europa ohne Grenzen, ein Europa mit guter Arbeit, fairen Löhnen und fairer Mobilität für alle Beschäftigten“ ausgesprochen und die Politik zum Handeln aufgefordert. Sehr aktiv war der IGR TiSOBa zudem vor der Europawahl. Beispielsweise das Webinar „Unser Europa: handlungsfähiger Hoffnungsträger?“ sowie eine Diskussionsrunde mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments unter dem Motto „Zeichen für ein soziales und gerechtes Europa setzen“ mit anschließender Demonstration am Europasteg in Laufen erwähnt.

EURES-T-Partnerschaft Bayern-Tschechien

Die 2006 auf Initiative des DGB Bayern und der Tschechisch-Mährischen Kammer der Gewerkschaftsverbände (ČMKOS) gegründete EURES-T-Partnerschaft ist eine Plattform der Europäischen Union. Sie hat das Ziel, durch faire Mobilität einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt zu ermöglichen und zu etablieren.

EURES-T wurde im Berichtszeitraum von der EU nicht gefördert. Der Kontakt und die Zusammenarbeit unter den Partnern dieses Netzwerkes bestehen aber weiterhin. So konnte im Berichtszeitraum in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit, dem DGB Bayern, dem Verein BoBaKom im DGB e.V., der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz, der Agentur für Arbeit der Tschechischen Republik und der Wirtschaftskammer Klattau eine Studie zum Thema „Mo-



Rund 150 Gewerkschafter*innen versammelten sich am 11. Mai 2019 auf dem Europasteg zwischen Oberndorf (Land Salzburg) und Laufen (Bayern). Foto: DGB Bayern



Stefan Körzell (l.), Mitglied im DGB-Bundesvorstand, kam zur IGR-Konferenz, um eine gemeinsame Erklärung mit der ČMKOS zu unterschreiben. Foto: IGR RoBa

bilitätshindernisse in den Ausbildungs- und Arbeitsverhältnissen im Raum Pilsen – Weiden“ entstehen.

Im Jahr 2020 wurde ein Jugend-Projekt zum Thema Erinnerungskultur: „Gedenkstätte Flossenbürg mit deutschen und tschechischen Jugendlichen“ beantragt. Aufgrund der Einschränkungen während der Corona-Pandemie wird die Durchführung des Projektes erst zu einem späteren Zeitpunkt möglich sein. Ziel des Projektes ist die Förderung, Ausweitung und Sichtbarmachung der Erinnerungskultur der Jugendlichen in Deutschland und Tschechien insbesondere auf Ebene der Schulen.

partner in der Mitte der Metropolregionen entwickeln. Ziel ist, eine dynamische Region mit starken Wachstumsimpulsen zu werden, Stärken gegenüber der Europapolitik zu bündeln und sich zu einer Region mit Zukunft für ihre Bewohner*innen zu entwickeln.

Ab dem Jahr 2019 hat sich die EDM angesichts der neuen mittelfristigen strategischen Ausrichtung unter dem Motto „EDM – Raum für Gesellschaft 4.0“ mit den Unterthemen Industrie 4.0, Gesundheit, Tourismus sowie mit dem Querschnittsthema „Sprachoffensive“ befasst.

Europaregion Donau-Moldau (EDM)

Die Formen der interregionalen und transnationalen Zusammenarbeit verändern sich, insbesondere auf staatlicher Ebene. In diesem Zusammenhang ist 2012 die Europaregion Donau-Moldau (EDM) gegründet worden. Auf dieser Ebene werden künftig auch zu Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen relevante Entscheidungen getroffen. Dann sollen europäische Fördermittel an räumlich erweiterte Ebenen der interregionalen Zusammenarbeit vergeben werden. Der DGB Bayern engagiert sich daher auf Bitten des DGB-Bundesvorstandes in der EDM.

Die EDM will mit gemeinsamen Aktivitäten Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft finden und sich zu einem starken Lebens- und Wirtschafts-

Internationales

KONTAKT MIT DER HISTADRUT BEER SHEVA

Die Histadrut ist der Dachverband der Gewerkschaften in Israel. Seit 1978 besteht der Partnerschaftsvertrag zwischen dem DGB Bayern und der Histadrut in der Negev-Region mit Sitz in Beer Sheva.

„Wir bleiben in Kontakt und sehen uns wieder!“ Dieses beidseitig abgegebene Versprechen steht am Ende jedes Treffens von Delegationen des DGB Bayern und der Histadrut in Beer Sheva. Es zeigt die hohe Relevanz des Partnerschaftsvertrages von 1978, dessen Vorhaben und Inhalte weiter aktuell sind: Die „verstärkten Beziehungen zwischen den in beiden Organisationsbereichen tätigen Arbeitnehmern im Geiste praktizierter internationaler Solidarität“.



Mit der Histadrut in Beer Sheva pflegt der DGB Bayern seit Jahrzehnten enge Beziehungen. Zum 40. Jubiläum des Partnerschaftsvertrages von 1978 reiste eine Spitzendelegation des DGB Bayern nach Israel. Foto: DGB Bayern

rität sollen dazu beitragen, ein Höchstmaß von gegenseitigem Vertrauen zum Wohle des israelischen und deutschen Volkes zu schaffen.“ (Partnerschaftsvertrag, Oktober 1978)

Im Mai 2017 wurde im Münchener Gewerkschaftshaus die Ausstellung „Freundliche Grüße und Shalom“ zur Geschichte der Beziehungen zwischen dem DGB Bayern und der Histadrut Beer Sheva eröffnet. Ins Hebräische übersetzte Teile dieser Ausstellung waren das Geschenk, das eine Spitzendelegation mit dem Geschäftsführenden Vorstand des DGB Bayern im Oktober 2018 mit nach Israel brachte. Höhepunkt der Reise war die Feier zum 40. Jubiläum des Partnerschaftsvertrages in Beer Sheva, bei der auch die Ausstellung eröffnet wurde.

Nicht nur auf Organisationsebene gibt es eine enge Verbindung mit den israelischen Kolleg*innen. Über die Jahrzehnte sind auch viele persönliche Freundschaften entstanden. 2019 sprach der langjährige Vorsitzende der Histadrut in Beer Sheva Meir Bayyoff sehr bewegende Worte bei der Trauerfeier für Fritz Schösser.



Im November 2018 war eine chinesische Delegation zu Gast im Münchener Gewerkschaftshaus. Foto: DGB Bayern

INTERNATIONALE DELEGATIONEN

Neben der bewährten Zusammenarbeit mit Kolleg*innen im Rahmen des Europäischen Gewerkschaftsbundes waren im Berichtszeitraum auch Delegationen aus China und Südkorea zu Gast im Münchener Gewerkschaftshaus, um einen Einblick in die Arbeitsweise der Gewerkschaften in Deutschland bzw. Bayern zu erhalten.

Im November 2018 stattete eine Delegation des Gesamtchinesischen Gewerkschaftsverbandes (GCGB), Regionalverband der Provinz Shan-Xi, dem DGB Bayern im Rahmen einer beruflichen Weiterbildung einen Besuch ab. Im Juni 2019 folgte eine südkoreanische Delegation bestehend aus 22 verantwortlichen Beamten aus Schulämtern und Provinzregierungen, die sich auf Studienreise in Europa befand.



Im Juni 2019 erhielt eine Delegation aus Südkorea Einblicke in die Arbeitsweise der Gewerkschaften in Bayern. Foto: DGB Bayern

Internationale Jugendarbeit der DGB-Jugend Bayern

Auch die DGB-Jugend Bayern ist auf internationaler Ebene aktiv – in Gremien, auf Konferenzen oder Seminaren. Die internationale Jugendarbeit ist ein grundlegender und kontinuierlicher Bestandteil des Bildungsangebotes. Sie eröffnet die Möglichkeit, Kulturen sowie ökonomische, gesellschaftliche und politische Verhältnisse in anderen Ländern kennenzulernen und persönliche Kontakte über Ländergrenzen hinweg zu knüpfen. Sich über die unterschiedlichen Arbeits- und Lebensbedingungen von Jugendlichen sowie Ziele und Grundsätze gewerkschaftlicher Jugendarbeit in den jeweiligen Ländern auszutauschen, steht für die Gewerkschaftsjugend immer unter dem Leitmotiv der internationalen Solidarität.

Folgende Jugendbegegnungen und Projekte haben im Berichtszeitraum stattgefunden:

ISRAEL

Der Fachkräfteaustausch mit der Gewerkschaft Histadrut aus Beer Sheva hat eine lange Tradition. Nach einer mehrjährigen Pause findet seit Ende der 1990er Jahre wieder ein reger Fachkräfteaustausch und Kontakt mit der Histadrut in der Region Negev statt. Thematisch steht dabei die Auseinandersetzung mit der gemeinsamen Vergangenheit im Zentrum, reflektiert vor dem Hintergrund der derzeitigen Entwicklungen in Israel und in Deutschland. Auch



Eine Gruppe junger israelischer Gewerkschafter*innen war 2018 zu Gast in Bayern. Foto: DGB-Jugend Bayern

aktuelle wirtschafts- und sozialpolitische Themen spielen bei diesem Fachkräfteaustausch eine Rolle.

Vom 9. bis 18. Juli 2018 war eine Gruppe junger Gewerkschafter*innen aus Israel in Bayern zu Gast. Sie tauschten sich mit bayerischen Jugendlichen zu Lebens- und Arbeitsbedingungen, der Rolle von Gewerkschaften und zu Fragen der Mitbestimmung aus. Ein Schwerpunkt waren Betriebsbesichtigungen mit der Jugend- und Auszubildendenvertretung bei BMW, Audi, adidas und der Spaten-Brauerei. Außerdem stand das Thema Gedenken und Erinnern inklusive der Besuche des Münchener Olympiadorfs, der KZ-Gedenkstätte Dachau und des Reichsparteitagsgeländes in Nürnberg im Fokus.

Vom 17. bis 26. März 2019 fand der Gegenbesuch statt. Eine Gruppe junger bayerischer Gewerkschafter*innen reiste zum Austausch für eine Woche nach Israel, wo sie bei Betriebsbesichtigungen die Gewerkschaftsarbeit kennenlernen durften. Außerdem wurden Gespräche über die aktuelle politische Lage geführt. Ein Schwerpunkt war auch hier die Gedenk- und Erinnerungsarbeit: Gemeinsam besuchten die Jugendlichen die Gedenkstätte Yad Vashem und das Ghetto Fighters' Museum.

Aufgrund der Corona-Pandemie musste der Besuch der Incoming-Delegation 2020 leider ausfallen.

Die Beziehungen zu den israelischen Kolleg*innen haben für die bayerische Gewerkschaftsjugend große Bedeutung. Im Laufe der Jahre sind enge Kontakte auf verbandlicher und persönlicher Ebene entstanden.

TSCHECHIEN

Die DGB-Jugend Bayern steht seit vielen Jahren im Austausch mit dem Dachverband der tschechischen Gewerkschaft ČMKOS und der Metallgewerkschaft OS KOVO. Für den Jugendbereich wird die Gewerkschaftsjugend dort vom Jugendsekretariat Oberpfalz vertreten, das die Kontakte hält. Jährlich finden mehrere Kooperationstreffen, internationale Begegnungen, Seminare und Gedenkveranstaltungen in beiden Ländern statt.



Auszubildende der Fa. Fachglas Wernberg bei der Übergabe ihrer Skulptur in der Gedenkstätte in Ležáky. Foto: Helmut Fiedler

- Alle zwei Jahre folgt die DGB-Jugend Bayern der Einladung von OS KOVO zum Internationalen Gewerkschaftsjugendwochenende nach Louňovice pod Blaníkem. Dort treffen sich Gewerkschaftsjugendlichen aus Österreich, Polen, Slowakei, Deutschland und Tschechien zum Austausch über aktuelle politische und gewerkschaftliche Themen der Jugendarbeit.
- 22.-23. Mai 2018: Zum ersten Mal fahren sieben Azubis der Firma Flachglas in Wernberg-Köblitz auf eine gemeinsame Gedenkfeier nach Ležáky. Der Ort wurde im zweiten Weltkrieg vollständig von den Nazis ausgelöscht. Die Azubis aus Deutschland fertigen vorab über mehrere Wochen hinweg in ihrem Betrieb ein Kunstwerk aus Glas und Metall. Sie erfahren die Geschichte von Ležáky. Den Höhepunkt der Gedenkstättenfahrt stellt die offizielle Gedenkfeier mit der Überreichung einer Gedenkskulptur an die Gedenkstätte dar.
- 11.-13. Oktober 2019: Mit der Jugendkommission von OS KOVO sind Ehren- und Hauptamtliche der DGB-Jugend Oberpfalz auf einem länderübergreifenden Seminar in Prag. Neben einem Austausch über Jugendarbeit im Betrieb und in den Berufsschulen, Mitgliederwerbung und Social Media-Kampagnen stehen auch Diskussionen über Leiharbeit und Mindestlohn, Arbeits- und Lebensbedingungen sowie Klimaschutz auf dem Programm. Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Prag durchgeführt.

Erfreulich ist außerdem, dass die tschechischen Kolleg*innen der OS KOVO jedes Jahr am 1. Mai nach Regensburg kommen und ein kurzes Grußwort bei der Maikundgebung sprechen. Darüber hinaus nehmen jährlich etwa 30 junge Menschen aus Tschechien an der Gedenkfeier am 9. November in Flossenbürg teil und gestalten dieses Gedenken durch einen Beitrag mit.

DREI-LÄNDER-SEMINAR MIT ÖSTERREICH UND ITALIEN

Die kontinuierlichsten Beziehungen gibt es mit Österreich (ÖGJ Oberösterreich, ÖGJ Salzburg und ÖGJ Tirol) und Italien (Dachverband der Gewerkschaftsbünde Südtirols). Seit 1988 findet in Kooperation mit den Kolleg*innen der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGB) aus Oberösterreich, Salzburg und Tirol sowie mit der Südtiroler Gewerkschaftsjugend das „Drei-Länder-Seminar“ statt. Abwechselnd werden Wochenend-Treffen in Bayern, Österreich oder Südtirol veranstaltet. Dabei werden jeweils grenzüberschreitend relevante Fragen behandelt.

CEYTUN

CEYTUN (Central European Youth Trade Unionist Network) trifft sich regulär zwei Mal im Jahr. Unter Beteiligung der oberbayerischen Gewerkschaftsjugend treffen sich im internationalen Netzwerk CEYTUN junge Gewerkschafter*innen aus bis zu sechs Ländern Mittel- und Osteuropas.

INTERREGIONALE GEWERKSCHAFTSRÄTE

Die DGB-Jugendsekretariate Oberpfalz und Oberbayern sind jeweils im Präsidium des IGR BoBa sowie im IGR TiSOBa vertreten. In beiden Gremien finden regelmäßige Präsidiumssitzungen sowie Konferenzen statt. Thematisch geht es um aktuelle Entwicklungen im grenznahen Bereich, vor allem am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

2.7

Engagement für Demokratie und Toleranz – gegen Rechts- extremismus



Der DGB Bayern tritt allen Formen von Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung entschieden entgegen.

Foto: DGB Bayern

Im Berichtszeitraum war ein Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremistischer Politik festzustellen. Die AfD hat seit ihrem knapp verpassten Einzug in den Bundestag 2013 und nach ihrer Wahl ins deutsche Parlament 2017 bei jeder Abstimmung bis heute zugelegt oder konnte ihre Ergebnisse mindestens halten. Bis zur Bundestagswahl 2021 war sie stärkste Oppositionspartei im Bundestag. Sie ist im Europäischen Parlament und in allen Landtagen vertreten.

In der Partei ist eine deutliche Entwicklung hin zu extrem rechten und völkischen Vorstellungen festzustellen. Der „Flügel“ um Björn Höcke dominiert die Partei – trotz offizieller Auflösung im April 2020 – mehr und mehr. Die AfD hat sich in den letzten Jahren deutlich radikalisiert.

Auch in Bayern ist der AfD der Einzug in den Landtag gelungen. Bei der Landtagswahl 2018 erreichte die Partei 10,2 Prozent der Stimmen. Auch hier dominiert der „Flügel“. Die parlamentarische Arbeit der AfD-Fraktion ist von Populismus und Aktionen geprägt, die die AfD für Neonazis, Rassist*innen und Antisemit*innen anschlussfähig machen soll. Man denke an den Auszug der AfD aus dem Parlament bei der Holocaust-Gedenkrede von Charlotte Knobloch, Vorsitzende der israelitischen Kultusgemeinde in München, im Januar 2019 oder an die Klage vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof auf Austritt des Landtags aus dem Bayerischen Bündnis für Toleranz (vgl. Kapitel 1.6), mit der die AfD allerdings gescheitert ist.

Für Gewerkschaften ist es alarmierend, dass bei allen Wahlen auch Gewerkschafter*innen der AfD ihre Stimme geben. Daher sind inhaltliche Auseinandersetzungen und Überzeugungsarbeit auch weiterhin in den eigenen Reihen erforderlich.

Es zeigt sich zunehmend auch in Bayern, dass gewerkschaftlich Engagierte gegen Rechts zu Opfern von Drohungen und Gewaltankündigungen werden. Diese Verrohung im Umgang mit politisch Andersdenkenden oder deren angekündigte Eliminierung ist ein wesentliches Mittel der Rechten zur Einschüchterung. Es ist Aufgabe des DGB Bayern, diese Kolleg*innen zu schützen.

Bei den Kundgebungen der Querdenken-Bewegung gegen Corona-Maßnahmen verschwimmen die Grenzen zwischen Bürgerlichen und Neonazis. Die



Auch in den sozialen Medien agiert der DGB Bayern als laute Stimme gegen Rechts.

IG Metall Bayern bringt es auf den Punkt: „Es ist erschütternd, dass Esoteriker*innen, Impfgegner*innen und Corona-Leugner*innen so hoffnungslos schmerzbefreit sind, wenn sie gemeinsam mit Neonazis aufmarschieren. Aber gleichzeitig sind sie so mega-sensibel bei einer Maske vor ihrem Gesicht, die andere vor Viren schützen soll.“

Festzuhalten ist, dass die Versuche insbesondere der AfD, bei der Betriebsratswahl Fuß zu fassen, in Bayern gescheitert sind. Es gibt kein Betriebsratsgremium mit rechten Listen oder Tarnlisten. Das ist keine Entwarnung für die Betriebsratswahl 2022, aber es zeigt, wie stabil und überzeugt von gewerkschaftlichen Inhalten Betriebsratsgremien in Bayern sind.



Zum Jahrestag der NS-Bücherverbrennung wird deutschlandweit aus den Büchern vorgelesen, die die Nazis am 10. Mai 1933 verbrannten. 2019 las Verena Di Pasquale aus „Briefe aus dem Gefängnis“ von Rosa Luxemburg auf dem Münchener Königsplatz vor. Foto: DGB Bayern

DGB Bayern aktiv gegen Rechts

Die Aktivitäten des DGB Bayern und seiner Gewerkschaften gegen Rechts sind vielfältig und haben eine langjährige Tradition. Der DGB Bayern ist in zahlreichen Bündnissen gegen Rechts, für Demokratie, Toleranz und Menschenwürde aktiv – sowohl in den Regionen vor Ort als auch auf Landesebene. In vielen Fällen ist der DGB treibende Kraft innerhalb solcher Bündnisse. Außerdem ist er Motor bei Kundgebungen gegen Corona-Leugner*innen und sogenannte Querdenker*innen.

Der DGB Bayern setzt sich seit Jahrzehnten gegen Antisemitismus ein – bei Kundgebungen, Solidari-

tätsveranstaltungen oder Mahnwachen. Vertreten ist der DGB Bayern im Beirat von RIAS (Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus in Bayern). Die Kooperation mit RIAS ist vertrauensvoll und fruchtbar. Regelmäßig informiert und vernetzt sich der DGB Bayern über RIAS zu Fragen des Antisemitismus im gesamten Freistaat. Im Mai 2019 hat der DGB Bayern den Antisemitismusbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung Ludwig Spaenle in eine Sitzung des DGB-Bezirksvorstandes eingeladen, sich inhaltlich positioniert und beschlossen, sich der IHRA-Erklärung (Internationale Allianz zum Holocaustgedenken) anzuschließen.

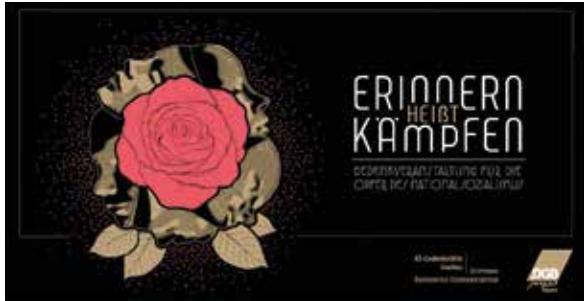


Ludwig Spaenle, Antisemitismusbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung, war im Mai 2019 zu Gast im DGB-Bezirksvorstand.
Foto: DGB Bayern

Darüber hinaus hat der DGB Bayern viele Seminare, Tagungen und Konferenzen zum gesamten Themenkomplex veranstaltet. Das ist ebenso selbstverständlich wie die Teilnahme am Austausch im Expert*innen-Kreis Rechtsextremismus beim DGB-Bundesvorstand sowie der Austausch mit den DGB-Regionen vor Ort. Materialien, Broschüren und Arbeitshilfen sollen ebenfalls die inhaltliche Auseinandersetzung befördern. Für den DGB Bayern ist klar: Wir stehen für Solidarität, Einigkeit, Demokratie und Toleranz. Daher gibt es keine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit der AfD, die Trennung ist strikt und eindeutig.

DGB-Jugend Bayern aktiv gegen Rechts

Auch für die DGB-Jugend Bayern ist es ein zentrales Aufgabenfeld, Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Rassismus entgegenzutreten. Sie setzt sich für eine offene und solidarische Gesellschaft ein und organisiert (Bildungs-)Veranstaltungen, Kampagnen, Aktionen und arbeitet in Bündnissen vor Ort und überregional.



Kunstvoll: Die Einladungen zu den Gedenkveranstaltungen der DGB-Jugend Bayern

GEDENKEN UND ERINNERN

Die DGB-Jugend Bayern organisiert jährlich Gedenkveranstaltungen in der KZ-Gedenkstätte Dachau sowie in der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg, um der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken.

In der KZ-Gedenkstätte Dachau erinnert die DGB-Jugend Bayern an die Novemberpogrome von 1938, als



2018 hielt Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, eine ergreifende Gedenk-Rede in Dachau. Foto: DGB Bayern

Synagogen gebrandschatzt und jüdische Geschäfte geplündert wurden und ein antisemitischer Mob mit staatlicher Unterstützung über Jüdinnen und Juden herfiel. Die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 markierte den Übergang von Ausgrenzung zu systematischer Vernichtung jüdischen Lebens in Deutschland und Europa. Zur Gedenkveranstaltung in Dachau kommen jährlich mehrere hundert Menschen. Redner*innen bei den Gedenkveranstaltungen im Berichtszeitraum waren:

- 2017: Jürgen Wechsler, Bezirksleiter IG Metall Bayern
- 2018: Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern
- 2019: Georg Restle, Redaktionsleiter des WDR-Politmagazins „Monitor“
- 2020: Annette Ramelsberger, Leitende Redakteurin bei der Süddeutschen Zeitung

Neben der Gedenkrede stellen jedes Jahr Ehrenamtliche aus den Mitgliedsgewerkschaften Biographien von Menschen vor, die in Dachau zu Opfern des Nati-



2020 konnten die Gedenkveranstaltungen der DGB-Jugend nur digital stattfinden.

onalsozialismus wurden. 2020 fand das Gedenken in digitaler Form statt.

Die jährliche Gedenkveranstaltung in der KZ-Gedenkstätte Flossenbürg organisieren die DGB-Jugenden Oberpfalz und Oberfranken. Mehr als 120 Schüler*innen aus Ostbayern und Tschechien nehmen regelmäßig an der Veranstaltung teil und gedenken der Opfer des Nazi-Regimes. Den Schüler*innen wird dabei bei Führungen durch die Gedenkstätte die Funktionsweise dieses menschenverachtenden Lagersystems erklärt. Anschließend gestalten die Teilnehmenden gemeinsam eine Gedenk-Kundgebung mit Lesungen von selbst erarbeiteten Beiträgen. Mit dieser Veranstaltungsform gelingt es immer wieder, zur Auseinandersetzung mit dem Grauen des Holocaust zu bewegen und eigene Gedanken zu formulieren.



Auch in Flossenbürg erinnert die DGB-Jugend jedes Jahr an die Novemberpogrome. Foto: DGB Oberpfalz

Seit 1983 organisiert die DGB-Jugend München federführend das Gedenken an das Oktoberfest-Attentat vom 26. September 1980, dem bis heute schwersten Attentat der deutschen Nachkriegsgeschichte – einem rechten Terroranschlag. 2020 wurde durch den Generalbundesanwalt ein rechtsextremer Hintergrund der Tat endlich offiziell bescheinigt. Anlässlich des 40. Gedenktages hat die DGB-Jugend München mit der Landeshauptstadt München 2020 eine größere Gedenkfeier geplant. Diese wurde – trotz der Schwierigkeiten durch die Corona-Pandemie – ein besonderer Erfolg: Nicht nur konnten vier Überlebende des Anschlags ihre Geschichten erzählen. Erstmals waren sowohl Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier als auch der Bayerische Ministerpräsident Markus Söder zu Gast. In seiner Rede drückte der Bundespräsident seine Wertschätzung über das kontinu-



Anlässlich des 40. Jahrestages des Oktoberfest-Attentats hielt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier die Gedenkrede. Foto: Thomas Witzgall

ierliche Gedenken der DGB-Jugend aus: „Ich danke der Stadt München und der Gewerkschaftsjugend, die diese und vorangegangene Gedenkveranstaltungen möglich gemacht haben.“

BÜNDNISARBEIT

Auch die Unterstützung von Bündnissen gegen die AfD sowie andere rechte Parteien und Gruppierungen stehen im Fokus der DGB-Jugend Bayern. In den vergangenen Jahren hat sie zudem zahlreiche Aktions- und Aufklärungsmaterialien gegen Rechts erstellt. Sie ist Teil eines Bündnisses verschiedener Jugendorganisationen und demokratischer Parteien, das sich gegen die bayerische Abschiebepraktik einsetzt. Das Bündnis hat im Frühjahr 2021 einen gemeinsamen offenen Brief an Ministerpräsident Markus Söder, Staatsminister Joachim Herrmann und die Zentralen Ausländerbehörden Bayerns geschrieben und via Social Media auf die unmenschlichen Abschiebepraktiken aufmerksam gemacht.

Seit 2019 gibt es den Verein „Queer in Niederbayern“. Gleich zu Beginn saßen mit Günther Unger (ver.di) und Marcel Krämer (IG Metall) zwei gewerkschaftlich Aktive im Vorstand. Der Verein hat den ersten Christopher Street Day in Landshut organisiert, der mit mehreren tausend Teilnehmer*innen ein großer Erfolg war.

Die DGB-Jugend Bayern ist in der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus (LKS) vertreten und arbeitet über die Funktion im Landesvorstand des Bayerischen Jugendrings (BJR) auch im Bayerischen Bündnis für Toleranz mit.



Gedenken an die Opfer des rassistischen Anschlags von Hanau vor dem Münchener Gewerkschaftshaus. Foto: DGB Bayern

ANTIFASCHISTISCHER KONGRESS

Seit 2017 unterstützt die DGB-Jugend Bayern den Antifaschistischen Kongress in Bayern. 2018 hat der Bezirksjugendausschuss beschlossen, dem Vorberitungskreis und damit dem Bündnis beizutreten und die Gewerkschaftsjugend aktiv in die Ausgestaltung und Durchführung des Kongresses einzubringen, um die Aktionsfähigkeit zu stärken. Dabei wurde im Bündnis mit aller Kraft darauf hingewirkt, sich klar gegen Gewalt zu positionieren und den Titel „Antifaschistischer Kongress“ zu nutzen. Der Kongress wurde 2018 und 2019 im Münchener Gewerkschaftshaus durchgeführt. Die DGB-Jugend Bayern hat Aktive mobilisiert und selbst Inhalte mitgestaltet, um sich mit den Partner*innen rechter Hetze entschlossen entgegenzustellen.

KARL-BUSCHMANN-PREIS

Für ihr Engagement wurde die DGB-Jugend Bayern 2018 mit dem Karl-Buschmann-Preis (benannt nach dem früheren Vorsitzenden der Gewerkschaft Textil-Bekleidung) der Kritischen Akademie Inzell ausgezeichnet. Der mit 10.000 Euro dotierte Preis würdigt die Idee, „... dem globalisierten Rechtsradikalismus eine menschenfreundliche und solidarische Sichtweise entgegenzustellen ...“, wie es in der Laudatio hieß.

2.8 Jugend

Ausbildung besser machen

Ein Schwerpunkt in der Arbeit der DGB-Jugend Bayern ist es, die Ausbildung für junge Menschen besser und zukunftsfähig zu gestalten. Dafür setzt sie sich unter anderem mit ihrem Ausbildungsreport sowie mit Aktionen und Informationen jeweils zum Ausbildungsstart ein. Die Kampagne zur Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) hat zu wesentlichen Verbesserungen in der Gesetzgebung beigetragen. In der Pandemie hat sich die DGB-Jugend mit Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit für eine gute Ausbildung stark gemacht. Im Landesausschuss für Berufsbildung und den regionalen Berufsbildungsausschüssen hat sich die DGB-Jugend ebenfalls für bessere Ausbildungsbedingungen eingesetzt. In diesem Themenfeld ist sie besonders mit der Abteilung „Berufliche Bildung“ des DGB Bayern verzahnt. Auf Bundesebene arbeitet sie im Arbeitskreis Ausbildung der DGB-Jugend aktiv mit.

AUSBILDUNGSREPORT

Seit 2012 erstellt die DGB-Jugend Bayern einen eigenen Ausbildungsreport und gibt damit einen Überblick über die Ausbildungssituation in Bayern. Ergänzend zum bundesweiten Report verfolgt die DGB-Jugend Bayern das Anliegen, die Auszubil-



Die Vorstellung der Ausbildungsreports ist für die Medien von großem Interesse. Foto: DGB Bayern



Der jährliche Ausbildungsreport der DGB-Jugend Bayern weist auf erhebliche Missstände in der Ausbildung hin.

denden selbst zur Sprache kommen und ihre Probleme benennen zu lassen. Die DGB-Jugend Bayern befragt Auszubildende im Freistaat, wie zufrieden sie mit ihrer Ausbildung sind, an welchen Stellen es Verbesserungsbedarf gibt und wie sie in ihrem Ausbildungsbetrieb behandelt werden. Dadurch erhält sie Einblicke in den Ausbildungsalltag der Jugendlichen, die für die politische Arbeit, aber auch in Diskussionen mit Kammern und Politiker*innen verwendet werden können, um die Anliegen der jungen Beschäftigten zu vertreten. Die Reports standen in den vergangenen Jahren jeweils unter einem Schwerpunktthema. Ein Überblick:

- Ausbildungsreport Bayern 2017 – Schwerpunkt: Berufsschule
- Ausbildungsreport Bayern 2018 – Schwerpunkt: Arbeitszeit in der Ausbildung
- Ausbildungsreport Bayern 2019 – Schwerpunkt: Ausbildung 4.0 – Digitalisierung

2020 konnte kein bayerischer Ausbildungsreport erstellt werden. Pandemiebedingt musste die Berufsschultour, bei der die „Dr. Azubi“-Fragebögen von den Auszubildenden ausgefüllt werden, größtenteils ausfallen. Auf die Ausbildungssituation während der Corona-Pandemie hat die DGB-Jugend Bayern mittels des bundesweiten Ausbildungsreportes aufmerksam gemacht.

Die DGB-Jugend Bayern veröffentlicht ihren Ausbildungsreport im Rahmen einer jährlichen Pressekonferenz. Durch die mediale Aufmerksamkeit erreichen die Ergebnisse der repräsentativen Befragung von Auszubildenden in Bayern eine breite Öffentlichkeit. Innerhalb der Gewerkschaften in Bayern wird der Report als Fachpublikation für die Ausbildungssituation in Bayern geschätzt und in der Arbeit vor Ort verwendet.

AKTIONEN ZUM AUSBILDUNGSSTART

Um die Mitgliedsgewerkschaften bei der Ansprache der Auszubildenden zu unterstützen, hat die DGB-Jugend in Absprache mit den Landes- und Bezirksjugendsekretär*innen der Gewerkschaften zum jeweiligen Ausbildungsstart verschiedene Aktivitäten durchgeführt. Dazu gehören regelmäßige Pressemitteilungen mit den wichtigsten Fragen und Antworten zum Ausbildungsstart sowie Aktionen und Veröffentlichungen. Besonders öffentlichkeitswirksam waren die Social-Media-Aktionen in den Jahren 2017 und 2020. Im Jahr 2020 hat die DGB-Jugend Videos zum Ausbildungsstart produziert, um Jugendliche auf die Änderungen im Berufsbildungsgesetz aufmerksam zu machen. Inhalte waren dabei die Mindestausbildungsvergütung, die Lernmittelfreiheit, die Rückkehrspflicht, die Freistellung zur Prüfungsvorbereitung und Informationen darüber, was Gewerkschaften dafür getan haben.

BBIG-REFORM: AUSBILDUNG BESSER MACHEN MIT EINER BBIG-NOVELLE

Am 27. Juni 2019 gelangte der Entwurf der Novelle zum Berufsbildungsgesetz (BBiG) erstmals zur Diskussion in den Bundestag. Die Gewerkschaftsjugend sah auch in Bayern dringenden Handlungsbedarf bei der Neugestaltung des BBiG. Daher hat sich die DGB-Jugend in Form von Briefen an Bundestagsabgeordnete, Podiumsdiskussionen und Gesprä-



Der Einsatz für eine BBiG-Reform hat sich gelohnt: So wurde 2020 u.a. die Forderung der Gewerkschaftsjugend nach einer Mindestausbildungsvergütung umgesetzt.

Foto: DGB-Jugend Bayern

chen für Änderungen gegenüber der Politik stark gemacht: Sie forderte, dass auch dual Studierende ins BBiG aufgenommen werden, eine Verbesserung der Freistellung vor Prüfungen, eine bessere Freistellung von Prüfer*innen, eine gute Mindestausbildungsvergütung, die Lernmittelfreiheit und eine verbesserte Durchlässigkeit in der Ausbildung. In vielen Punkten war die DGB-Jugend am Ende auf Bundesebene erfolgreich. 2020 wurde beispielsweise eine Mindestausbildungsvergütung umgesetzt. Über Neuerungen zum BBiG klärt die Gewerkschaftsjugend vor allem seit dem Ausbildungsstart 2020/2021 auf.

Berufsbildungsmesse 2018

Die DGB-Jugend Bayern beteiligt sich traditionell an der Berufsbildungsmesse der Bayerischen Staatsregierung, zuletzt im Dezember 2018 auf der Messe in Nürnberg. Ausbildungsexpert*innen der DGB-Jugend Bayern standen Jugendlichen an einem Infostand Rede und Antwort. Ein professioneller Fotograf erstellte außerdem Fotos für die Bewerbungsunterlagen der jungen Menschen. Ziel der DGB-Jugend war es, den Jugendlichen Wissen über ihre Rechte als Auszubildende zu vermitteln. Außerdem wurden die Jugendlichen über die Ausbildungsqualität und den Ausbildungsverdienst aufgeklärt, um sie so auf ihren Einstieg in das Berufsleben vorzubereiten.

Politische und gesellschaftliche Arbeit

„REBOOT BAVARIA!“ – LANDTAGSWAHL 2018

Zur Landtagswahl 2018 startete die DGB-Jugend Bayern die Kampagne „Reboot Bavaria!“ Darin hat sie einen Neustart für Bayern gefordert und sich für ein gerechtes (Arbeits-)Leben junger Menschen stark gemacht. Der Slogan „Reboot Bavaria!“ zog sich dabei als roter Faden durch die Kampagne und die Materialien. Es gab einen Workshop zur Landtagswahl, Diskussionen und Veranstaltungen in den Jugendausschüssen sowie zwei große Aktionswellen im Herbst 2018.



Mit der Kampagne „Reboot Bavaria!“ hat die DGB-Jugend zur Landtagswahl 2018 einen Neustart für Bayern gefordert.
Foto: DGB-Jugend Bayern

Die Forderungen der DGB-Jugend Bayern waren:

- Mehr Zeit für Bildung: für ein Bildungsfreistellungsgesetz!
- Eigenes Leben braucht eigenes Wohnen: für bezahlbaren Wohnraum!
- Keine Bildung aus der Steinzeit: für ein gerechtes Bildungssystem!
- Ausbildung statt Ausbeutung: für regelmäßige Kontrollen und Einhaltung der Ausbildungspläne!
- Besser ankommen: für den Ausbau des ÖPNV und ein bayernweites Azubiticket für 1 Euro pro Tag!
- Vielfalt statt Ausgrenzung: für die Integration von Geflüchteten!



„Bildung aus der Steinzeit“: Auf der Bezirkskonferenz 2018 macht die DGB-Jugend auf die Herausforderungen im Bildungsbereich aufmerksam. Foto: DGB-Jugend Bayern

DGB-BEZIRKS KONFERENZ 2018

Die DGB-Bezirkskonferenz in Regensburg gestaltete die DGB-Jugend Bayern aktiv mit. Der Bezirksjugendausschuss brachte 20 Anträge ein, u.a. zur Mindestausbildungsvergütung, Freistellung von Partner*innen, fairer Mobilität und anderen relevanten gesellschaftlichen Themen. Unter dem Motto „Reboot Bavaria!“ haben ehrenamtliche Aktive eine Fotoaktion mit den Delegierten der Konferenz organisiert. Damit wurden ebenfalls die gewerkschaftlichen Jugendforderungen deutlich. Mit der öffentlichkeitswirksamen Aktion „Bildung aus der Steinzeit“ hat die DGB-Jugend Bayern zusätzlich mit Dinosauriern auf die Herausforderungen im Bildungsbereich aufmerksam gemacht und ihre Forderungen dazu klar geäußert.

EUROPAWAHL 2019

Ein Schwerpunkt der DGB-Jugend Bayern im Jahr 2019 waren die Aktivitäten zur Europawahl. So hat sie sich an der bundesweiten DGB-Kampagne „Europa. Jetzt aber richtig!“ beteiligt und im April einen Workshop veranstaltet. Darin beschäftigte sich die Gewerkschaftsjugend mit der Zukunft der Europäischen Union, dem Rechtsruck in Europa und der Europäischen Migrationspolitik.

„REBOOT BAVARIA!“ – „REBOOT RELOADED“

Die Kampagne „Reboot Bavaria!“ wurde 2019 fortgesetzt. Die DGB-Jugend Bayern organisierte einen parlamentarischen Abend, mit dem Ziel, den Forderungen aus der Kampagne Nachdruck zu verleihen und junge Menschen direkt in den Austausch mit Fachpolitiker*innen und jugendpolitischen Sprecher*innen zu bringen. Schwerpunkt war das Thema Mobilität und die Forderung nach einem bayernweiten Azubi-Ticket.

KOMMUNALWAHLEN 2020

Anknüpfungspunkt für die fortlaufende Kampagne waren 2020 die Aktivitäten zu den Kommunalwahlen. Hier wurden die Themen Mobilität und Wohnen von jungen Menschen sowie die Gestaltung einer sozial gerechten Transformation in den Mittelpunkt gestellt. Dazu erstellte die DGB-Jugend Bayern verschiedene Materialien.

KAMPAGNE „AZUBI-TICKET JETZT!“

2020 startete die DGB-Jugend eine Umfrage zu einem bayernweiten Azubi-Ticket. Ziel war es, einen Einblick in die Mobilität junger Menschen zu bekommen und die Forderung nach einem Azubi-Ticket für ganz Bayern zu untermauern. Fast 600 junge Auszubildende haben sich an der digitalen Umfrage beteiligt, die im Herbst 2020 endete. Die Ergebnisse wurden im April 2021 im Rahmen einer Pres-



Die DGB-Jugend setzt sich für ein bayernweites Azubi-Ticket ein. Foto: DGB-Jugend Bayern



Die Ergebnisse einer Umfrage zum Azubi-Ticket wurden im April 2021 in einer Pressekonferenz vorgestellt. Foto: DGB-Jugend Bayern

sekonferenz veröffentlicht, die zugleich den Auftakt für die Kampagne „Azubi-Ticket JETZT!“ bildete. Unter www.azubiticketbayern.de sind die Studie sowie alle Infos rund um die Kampagne veröffentlicht.

DAS NEUE BAYERISCHE „HOCHSCHULINNOVATIONSGESETZ“

Die Bayerische Staatsregierung beabsichtigt, das Bayerische Hochschulgesetz und das Bayerische Hochschulpersonalgesetz durch ein „Hochschulinnovationsgesetz“ zu ersetzen. Gemeinsam mit dem DGB Bayern hat die DGB-Jugend Bayern eine Stellungnahme zu dieser geplanten Reform veröffentlicht (vgl. Kapitel 2.4). Sie ist zudem mit Landtagsabgeordneten in Kontakt.

Unter Pandemie-Bedingungen war es schwierig, den Protest auf die Straße zu bringen. Daher hat die DGB-Jugend eine Postkarten-Aktion organisiert und so ihre Forderungen an die Abgeordneten von CSU und Freien Wählern geschickt. Zudem besteht ein Austausch auf Landesebene mit der Landesstudierenden-Vertretung. Darüber hinaus gibt es vor Ort (v.a. in Regensburg, Bamberg, Landshut und München) eine gute Zusammenarbeit mit den Mitgliedsgewerkschaften und anderen Akteur*innen der politischen Jugendarbeit für vielfältige Aktionen.

Da der endgültige Gesetzentwurf noch aussteht, wird uns die Reform künftig weiter begleiten. Aktuelle Infos gibt es auf der Homepage des DGB Bayern: www.bayern.dgb.de/hochschule

Berufsschularbeit

BERUFSSCHULTOUR

Die DGB-Jugend Bayern ist seit Jahren mit ihrer Berufsschultour an Berufsschulen in ganz Bayern unterwegs. Jugendsekretär*innen, unterstützt durch ehren- und hauptamtliche Kolleg*innen aus den Mitgliedsgewerkschaften, gestalten Unterrichtseinheiten und Infostände. Dabei stellen sie den Berufsschüler*innen die Arbeit der Gewerkschaften vor. Unter dem Motto „Younite – Dein Netzwerk für die Ausbildung“ – verfolgt die Gewerkschaftsjugend das Ziel, Jugendliche über ihre Rechte als junge Arbeitnehmer*innen aufzuklären und sie zum Engagement in Betrieb und Gesellschaft zu motivieren. Das Projekt versteht sich als Türöffner für einen Erstkontakt zu Gewerkschaften. Durch die flächendeckende Berufsschultour erreicht die DGB-Jugend auch Auszubildende in Betrieben, in denen eine klassische betriebliche Ansprache schwierig ist.

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie konnte die Berufsschularbeit nicht wie gewohnt stattfinden. Die DGB-Jugend Bayern entwickelte Materialien zur Unterstützung von Auszubildenden bzw. Lehrer*innen und hielt Kontakt mit den Berufsschulen. Seit dem Frühjahr 2021 erprobt und setzt die DGB-Jugend digitale Konzepte der Berufsschularbeit um. Die Broschüre „Kompass Ausbildung“ klärt über alle Themen rund um die Ausbildung auf und begleitet die Berufsschultour.

Übersicht über die Einsätze

Jahr	Berufs- schultour- Einsätze	Erreichte Schüler*innen in den Klassen
2017/18	222	6.948
2018/19	199	5.149
2019/20	71	1.496

Studierendenarbeit

Die Studierendenarbeit in Bayern entwickelte sich in den vergangenen Jahren zu einem immer wichtigeren Bereich der gewerkschaftlichen Zielgruppenarbeit. Nicht nur die stetig steigende Zahl studentischer Mitglieder, sondern auch die an mehreren Universitäts- und Hochschulstandorten gegründeten Stammtische und Hochschulgruppen der DGB-Jugend Bayern zeigen, dass sich Studierende gewerkschaftlich organisieren wollen.

Einmal im Jahr nehmen Vertreter*innen der DGB-Jugend Bayern aus Ehrenamt und/oder Hauptamt an der bundesweiten „Impulskonferenz Studierendenarbeit“ teil. Die Tagung dient der Vernetzung und bringt neue Impulse, die die Gewerkschaftsjugend wiederum zur Unterstützung der Hochschulgruppen in die Regionen trägt. In Bayern gibt es sieben aktive Hochschulgruppen (Stand März 2021) in Nürnberg, Bamberg, München, Rosenheim (mit IG Metall & IG BCE), Regensburg, Augsburg (mit GEW) und Passau.

STUDIERENDENARBEIT WÄHREND DER CORONA-PANDEMIE

Die Corona-Pandemie hat auch die Studierendenarbeit der DGB-Jugend Bayern stark beeinflusst. Die Studierenden befinden sich seit März 2020 zum größten Teil zu Hause im E-Learning-Modus, was deren Erreichbarkeit erschwert. Die DGB-Jugend Bayern hat versucht, dem mit Online-Formaten entgegenzusteuern: Mit Online-Talks zu verschiedenen gesell-



Die DGB-Jugend Bayern hat sich aktiv für die Unterstützung von Studierenden in der Corona-Krise eingesetzt.

Foto: DGB-Jugend Bayern

schaftspolitischen und sozialrechtlichen Themen konnte die DGB-Jugend Bayern sichtbar bleiben und Studierende (und andere Aktive der Gewerkschaftsjugend) erreichen. Zum Semesterstart 2020 wurden, zusätzlich zu den regionalen Angeboten, durch den Bezirk Plakate erstellt, um Studierende auch in der Corona-Pandemie mit gewerkschaftlichen Botschaften anzusprechen.

Die DGB-Jugend Bayern hat sich außerdem politisch für die Unterstützung von Studierenden in der Corona-Krise eingesetzt: Sie engagierte sich im Rahmen des Solidarsemesters, z.B. mit Foto-Aktionen. Außerdem hat die DGB-Jugend eine Stellungnahme an die Bayerische Staatsregierung zum Thema Datenschutz bei Online-Prüfungen gerichtet.

Jugendbildungsarbeit

Die DGB-Jugend Bayern erstellt jedes Jahr ein Bildungs- bzw. Jahresprogramm mit allen Bildungsveranstaltungen, Seminaren und Qualifizierungen. Außerdem informiert sie damit über Schwerpunktthemen und Aktionen. Die Seminare und Veranstaltungen schließen sich thematisch an aktuelle Themen und Kampagnen an und werden deshalb unter den jeweiligen Arbeitsfeldern der DGB-Jugend Bayern aufgeführt.

Fester Bestandteil des Bildungsprogrammes sind die Grundqualifizierung Berufsschularbeit – Projekt Demokratie und Mitbestimmung, die JuleiCa (=Jugendleiter*innen-Card)-Schulung, ein „Get organized“-Seminar für und mit Schüler*innenvertretungen sowie das Rhetorik-Seminar.

Seit 2019 bietet die DGB-Jugend Bayern ein jährliches Seminar zum Thema „Feminismus“ an. In dem Seminar beschäftigt sie sich mit der Geschichte der Frauenbewegung sowie mit den Fragen, wie die Gesellschaft uns in unserer Entfaltung hemmt und uns in vordefinierte kulturelle Geschlechter presst. Außerdem geht es um intersektionelle Diskriminierung und unter dem Stichwort „materieller Feminismus“ untersucht die DGB-Jugend, wie die ökonomischen

Bedingungen unser Leben formen. Es ist noch ein weiter Weg zur Gleichberechtigung!

Ebenfalls seit 2019 hat die DGB-Jugend in einem neuen Schwerpunkt zum Thema „Transformation & Klimapolitik“ das Seminar „Neustart Klima“ entwickelt. Im Rahmen des Medien-Fachprogramms des Bayerischen Jugendrings hat sie darüber hinaus ein Seminar zu ihrer Gedenkarbeit konzipiert. In der „Gedenk-Werkstatt“ werden neue, digitale Formen für die politische Erinnerungsarbeit und das Gedenken im Workshop-Format mit den Teilnehmenden entwickelt und die Durchführung geplant. 2020 und 2021 wurden zudem Online-Talks durchgeführt. Diese ergänzen die politische Bildungsarbeit der DGB-Jugend Bayern und werden sehr gut angenommen.

Jugendringarbeit

Das Engagement und die Vertretung in den Jugendringen sind für die Gewerkschaftsjugend besonders wichtig. Dabei spielt die Mitarbeit nicht nur unter den Gesichtspunkten der Förderung der Arbeit der Gewerkschaftsjugend eine große Rolle. Für die DGB-Jugend Bayern ist der Bayerische Jugendring (BJR) als Zusammenschluss der Jugendverbände eine unverzichtbare jugendpolitische Organisation, die sie mitgestalten will. Deswegen bringt sich die Gewerkschaftsjugend dort mit eigenen Inhalten ein und beteiligt sich an Debatten, die durch andere Jugendverbände angestoßen werden. Gemeinsam gestalten sie so einen zentralen Bestandteil der bayerischen Jugendarbeit.

Die DGB-Jugend Bayern ist in den meisten der 96 Stadt- und Kreisjugendringe sowie in allen sieben Bezirksjugendringen aktiv und auf Landesebene präsent. Sie konnte den Vertretungsstatus auf einer breiten Basis absichern und teilweise sogar erhöhen. Die kontinuierliche Vertretung in den Vollversammlungen der Stadt- und Kreisjugendringe ist letztlich entscheidend für die gesamte Vertretung der DGB-Jugend Bayern im BJR, die Möglichkeit der jugendpolitischen Mitgestaltung sowie den

Bestand der Fördermittel. Auch die Vertreter*innen der DGB-Jugend in den Vorständen der Jugendringe leisten hierzu einen wertvollen Beitrag.

In der Vollversammlung des Bayerischen Jugendrings, dem höchsten beschlussfassenden Gremium des BJR, war die DGB-Jugend Bayern mit zwei Delegierten, und nach der Satzungsreform mit drei Delegierten vertreten.



Die Abteilung Jugend des DGB Bayern im Januar 2018
Foto: DGB-Jugend Bayern

Gremien der DGB-Jugend Bayern

BEZIRKSJUGENDAUSSCHUSS

Der DGB-Bezirksjugendausschuss (BJA) trat im Berichtszeitraum i.d.R. viermal jährlich zusammen. Der BJA berät und beschließt die Arbeitsschwerpunkte der DGB-Jugend Bayern und deren Umsetzung. Seit dem Frühjahr 2020 fand der Großteil der Sitzungen in digitaler Form statt. Seit Herbst 2020 nutzt der BJA außerdem die Plattform OpenSlides zur Gestaltung und Durchführung der Sitzungen.

BEZIRKSJUGENDKONFERENZ 2021

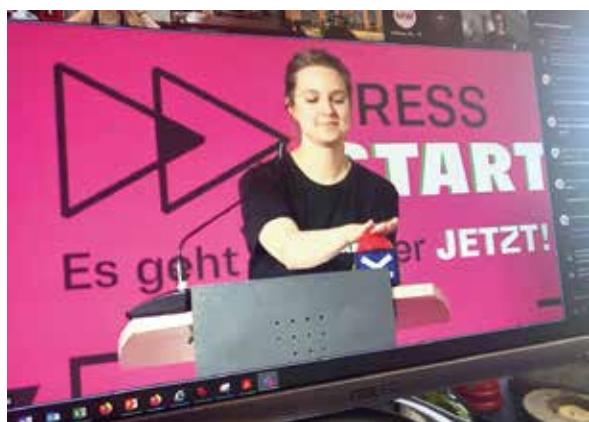
Alle vier Jahre setzt die DGB-Jugend Bayern ihre Schwerpunkte und Ziele auf ihrer Bezirksjugendkonferenz. Zur 21. Ausgabe dieser Konferenz im Juni 2021 kamen knapp 70 ehrenamtliche Delegierte der acht Mitgliedsgewerkschaften aus ganz Bayern di-

gital zusammen, um sich über vielfältige politische Themen auszutauschen und die Leitlinien für die Arbeit der DGB-Jugend Bayern in den kommenden vier Jahren zu setzen.

Dabei haben die Delegierten insgesamt 83 Anträge aus allen gewerkschaftlichen Themenfeldern diskutiert und beschlossen: von der Mobilität junger Menschen in Bayern über die Arbeitszeitreduzierung bis zur Förderung von Wohnheimen für Auszubildende. Damit hat sich die DGB-Jugend Bayern im „Superwahljahr“ unter dem Motto „Press Start – Es geht um unser JETZT!“ für eine Politik starkgemacht, die junge Menschen nicht verrostet, sondern unverzüglich handelt.



Die Bezirksjugendkonferenz 2021 fand erstmals digital statt.
Foto: DGB-Jugend Bayern



„Press Start – Es geht um unser JETZT!“ – das Kampagnenmotto der DGB-Jugend zur Bundestagswahl 2021.
Foto: DGB-Jugend Bayern

2.9 Frauen- und Gleich- stellungspolitik

Auch die bayerischen Gewerkschaftsfrauen haben im zurückliegenden Berichtszeitraum wieder vieles angeschoben, mitgestaltet und immer wieder den Finger in die Wunden der gesellschaftlichen Missstände gelegt.



Bei den Lichtaktionen zur Bundestagswahl 2021 durften auch die gleichstellungspolitischen Forderungen nicht fehlen.

Foto: DGB Bayern

Parität

Am 12. November 1918 wurde das aktive und passive Wahlrecht für Frauen beschlossen. Im Jahr 2018 haben der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften dieses Jubiläum mit zahlreichen Aktionen begleitet. Auch wenn 100 Jahre Frauenwahlrecht ein Grund zum Feiern waren, bleibt noch viel zu tun. Seit Einführung des Wahlrechts waren Frauen noch in keinem deutschen Parlament gleichberechtigt. Mit der Landtagswahl in Bayern im Jahr 2018 ist der Anteil der weiblichen Abgeordneten sogar auf nur 26,8 Prozent gesunken – der niedrigste Stand seit 16 Jahren. Wenn Parteien ohne Quotenvorgaben bei künftigen Wahlen noch mehr Sitze gewinnen, wird die Repräsentanz von Frauen weiter zurückgehen. Es sind nicht zuletzt die politischen Parteien, die bereits durch ihre Nominierungspraxis wichtige Vorentscheidungen treffen und das Vorankommen von Frauen in der Politik erschweren oder erleichtern können.

Aus diesem Grund haben die Gewerkschafterinnen in Bayern auf der zurückliegenden 21. Ordentlichen DGB-Bezirksfrauenkonferenz am 19. Juni 2021 einen gemeinsamen Beschluss für ein Paritätsgesetz in Bayern gefasst. Darin fordern die bayerischen DGB-Frauen die Parteien auf, schon bei den kommenden Landtagswahlen in Bayern im Herbst 2023 die Listenplätze paritätisch zu besetzen.

Im zurückliegenden Berichtszeitraum fanden die Landtagswahl in Bayern (2018), die Europawahl (2019), die Kommunalwahl in Bayern (2020) und die



Die bayerischen DGB-Frauen haben dazu aufgerufen, bei den Kommunalwahlen demokratische Parteien zu wählen.

Foto: DGB Bayern



In ihrer Resolution zur Kommunalwahl 2020 fordern die Gewerkschafterinnen in Bayern mehr Frauen in Kommunalparlamenten.

Bundestagswahl (2021) statt. Die Gewerkschafterinnen in Bayern haben sich bei allen Wahlen kämpferisch gezeigt und sich entschieden gegen rechte Ideologien und antifeministische Bestrebungen positioniert.

Das Landesgleichstellungsgesetz in Bayern

Der Freistaat ist Gestalter der Lebensverhältnisse der Menschen in Bayern, aber auch Arbeitgeber. Er muss sich am Leitbild seiner eigenen Verfassung orientieren und sich daran messen lassen – nicht nur nach innen, sondern auch nach außen, für alle Bürger*innen. Als Arbeitgeber kommtt ihm eine Vorbildfunktion für die Privatwirtschaft zu. Wer Gleichstellung ernst nimmt, muss die Gleichstellungsbeauftragten auf allen Ebenen unterstützen.

Das Bayerische Landesgleichstellungsgesetz (BayGlG) ist in die Jahre gekommen und hatte nur mäßigen Erfolg. Die Rahmenbedingungen für die kommunalen Gleichstellungsstellen haben sich zudem verschlechtert. Daher braucht das Gleichstellungsgesetz Kontrollen und Sanktionsmöglichkeiten als Korrektiv für Dienststellen, die gegen geltendes Recht verstößen. Die im Jahr 2016 auf Initiative des DGB Bayern gestarteten Fachgespräche mit den Mitgliedsgewerkschaften, den Gleichstellungsbeauftragten des öffentlichen Dienstes und der Kommunen in Bayern,

Vertreter*innen der kommunalen Selbstverwaltung, dem Bayerischen Landesfrauenrat und Politiker*innen der im Bayerischen Landtag vertretenen demokratischen Parteien haben zu einer intensiven Zusammenarbeit mit allen wichtigen Akteur*innen in Sachen Gleichstellung in Bayern geführt.

Im Rahmen einer Pressekonferenz am 12. Juni 2018 und bei einem parlamentarischen Dialog im Mai 2019 hat der DGB Bayern die gemeinsam erarbeiteten Novellierungsvorschläge zum BayGlG vorgestellt. Angesichts der Veröffentlichung des sechsten Gleichstellungsberichts der Bayerischen Staatsregierung am 13. April 2021 hat der DGB Bayern seine Forderung, das BayGlG zu novellieren, erneuert. Aktuell überarbeitete Novellierungsvorschläge wurden abermals der Bayerischen Staatsregierung vorgelegt und stellen die Grundlage für eine Anhörung von Expert*innen im Ausschuss Öffentlicher Dienst am 26. Oktober 2021 dar.



Im Juni 2018 werden die gemeinsam erarbeiteten Novellierungsvorschläge zum Bayerischen Gleichstellungsgesetz auf einer Pressekonferenz vorgestellt. Foto: DGB Bayern

Entgeltgleichheit

Nicht nur bei seinem Landesgleichstellungsgesetz hinkt der Freistaat seinem Verfassungsauftrag hinterher. So haben Männer in Bayern auch im Jahr 2020 durchschnittlich 22 Prozent mehr verdient als



Nächster Halt: Equal Pay! Im März 2020 fährt die Equal Pay Tram durch München. Organisiert wurde die Aktion vom Münchener Aktionsbündnis Equal Pay Day, Schirmherr war Oberbürgermeister Dieter Reiter. Foto: DGB München

Frauen (Bund: 18 Prozent). Frauen verdienen in nahezu allen Berufen deutlich weniger als Männer. Im bundesweiten Vergleich liegt der Freistaat mit seiner „Lohnlücke“ gemeinsam mit Bremen gar auf



Seit 2016 findet alle zwei Jahre der DGB-Frauengipfel statt.

dem vorletzten Platz. Auch wenn der sogenannte „Gender Pay Gap“ in den letzten Jahren leicht zurückgeht (2017 und 2018: 24 Prozent, 2019: 23 Prozent) zeigen diese Zahlen, dass es in Bayern um die Gleichstellung von Männern und Frauen noch immer schlecht bestellt ist. Die Stärkung der Tarifbindung wäre ein wichtiger Fortschritt auch in Sachen Gleichstellung.

Am „Equal Pay Day“ machen die bayerischen DGB-Frauen jedes Jahr in vielen Aktionen auf die unterschiedliche Bezahlung von Frauen und Männern aufmerksam. Dieser Tag markiert symbolisch den geschlechtsspezifischen Einkommensunterschied.

Unbereinigter Gender Pay Gap (GPG) nach Bundesländern von 2014 bis 2020 in %

Bundesländer	Erhebung	Fortschreibung				Erhebung	Fortschreibung
		2014	2015	2016	2017		
Schleswig-Holstein	17	16	16	14	14	13	13
Hamburg	22	22	21	21	21	21	21
Niedersachsen	22	22	21	21	21	21	19
Bremen	25	25	24	24	23	25	22
Nordrhein-Westfalen	23	23	22	21	20	19	18
Hessen	24	23	22	22	21	19	18
Rheinland-Pfalz	21	20	20	19	18	17	15
Baden-Württemberg	27	26	26	25	24	23	23
Bayern	25	24	24	24	24	23	22
Saarland	23	24	24	24	23	22	20
Berlin	14	14	12	10	10	10	10
Brandenburg	7	5	6	6	6	7	6
Mecklenburg-Vorpommern	8	7	6	6	6	6	6
Sachsen	11	11	10	9	8	7	7
Sachsen-Anhalt	5	4	4	6	8	7	8
Thüringen	8	9	7	6	6	6	5
Gesamtdeutschland	22	22	21	20	20	19	18

Mit einem Gender Pay Gap von 22 Prozent liegt Bayern gemeinsam mit Bremen auf dem vorletzten Platz. Quelle: Statistisches Bundesamt (Verdienststrukturerhebungen fortgeschrieben mit Ergebnissen der vierteljährlichen Verdiensterhebung)

Frauen stecken leider allzu oft in prekären Beschäftigungsformen fest, wie etwa Minijobs oder unfreiwillige Teilzeit. Neben dem geringen Verdienst fehlt hier die soziale Absicherung. Im Alter spiegelt sich dies in niedrigen Renten und Altersarmut wider. Die meisten Niedriglohnbeschäftigen sind Frauen, allen voran Alleinerziehende. Der Sozialhaushalt in Bayern soll 2021 erstmals knapp über sieben Milliarden



Die ver.di-Frauen beim 2. Frauengipfel des DGB Bayern am 16. Juni 2018 im Münchener Gewerkschaftshaus. Foto: DGB Bayern

den Euro liegen. Was sich bei der Aufteilung wieder nicht findet, sind Unterstützungsmaßnahmen für Alleinerziehende.

Prekäre Beschäftigung geht oft einher mit prekärer Lebensweise oder einem hohen Armutsrisko. Dabei geht es nicht nur um materielle Not und Unsicherheit der Lebensperspektive. Es geht auch um soziale Ausgrenzung bzw. die Beschränkung von Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe. Diesem Thema haben sich die DGB-Frauen in Bayern auf ihrem 2. Frauen-gipfel am 16. Juni 2018 angenommen.

Seit einiger Zeit wird vermehrt über das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) und die solidarische Bürgerversicherung diskutiert. Durch das steuerfinanzierte Grundeinkommen sollen alle Menschen ohne Bedürftigkeitsprüfung und Verpflichtung zur Erwerbsarbeit ein Leben in Würde führen können. Die BGE-Befürworter*innen sehen darin eine Lösung bei Verlust des Arbeitsplatzes im Zuge der Digitalisierung und erwarten mehr individuelle Kreativität und gesellschaftliche Produktivität. Kritiker*innen halten das bedingungslose Grundeinkommen für nicht finanzierbar und fürchten eine Zerschlagung der Sozialversicherung. Würden neben dem Erwerbseinkommen alle weiteren Einkommensarten wie Dividenden, Zinsen, Mieteinnahmen und Pachterlöse verbeitragt, ließe sich die Finanzierungsbasis für das deutsche Sozialsystem verbreitern und eine Bürger*innenversicherung umsetzen.



Gemeinsam mit dem Armutsforscher Prof. Dr. Christoph Butterwegge diskutierten die DGB-Frauen im Februar 2019 über das bedingungslose Grundeinkommen. Foto: DGB Bayern

Die bayerischen DGB-Frauen haben sich im Rahmen des DGB-Zukunftsdialoges mit dieser Thematik auseinandergesetzt und gemeinsam mit Vertreter*innen aus den 61 Kreis- und Stadtverbänden des DGB Bayern im Februar 2019 zu einer Diskussion mit dem Armutsforscher Prof. Dr. Christoph Butterwegge eingeladen. Der Referent stellte unterschiedliche Modelle vor und formulierte Prüfsteine für ein solches Konzept. Er plädierte für eine Weiterentwicklung des bestehenden Sicherungssystems hin zu einer solidarischen Bürger*innenversicherung.

Care-Arbeit

Die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt, dass Frauen am Arbeitsmarkt weiter massiv benachteiligt werden und stärker unter der Krise leiden als Männer. Frauen wurden nicht nur krisenbedingt öfter arbeitslos und erhielten seltener Kurzarbeitergeld, sie mussten auch häufiger ihre Arbeitszeiten reduzieren, um sich um ihre Kinder oder pflegebedürftige Personen im Haushalt zu kümmern.

Ungeachtet ihrer Berufstätigkeit übernehmen Frauen nach wie vor den Löwenanteil der Sorgearbeit. Das ist ein gleichstellungspolitischer Offenbarungseid, dem es arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitisch entgegenzuwirken gilt. Es braucht gut bezahlte und sichere Beschäftigung sowie flexiblere Arbeitszeitmodelle, die den Lebensphasen entsprechend angepasst werden können. Die Vereinbarkeit



Volles Haus beim 3. Frauengipfel am 29. Februar 2020 im Nürnberger Karl-Bröger-Zentrum. Foto: DGB Bayern

von Arbeit und Leben muss endlich für Frauen wie Männer ohne Einschränkungen möglich sein. Care-Arbeit ist aber nicht nur unbezahlt, sondern meist auch unsichtbar. Um das zu ändern, haben sich die bayerischen DGB-Frauen auf ihrem 3. Frauengipfel am 29. Februar 2020 in Nürnberg diesem Schwerpunkt gewidmet und sind dabei den Ursachen und Auswirkungen dieser ungleichen Verteilung der Sorgearbeit nachgegangen. Sie haben damit auf den „Equal Care Day“ aufmerksam gemacht, den die Journalistin Almut Schnerring mit dem Verein kli-sche*esc e. V. am Schalttag 29. Februar 2016 zum ersten Mal ausgerufen hatte. Der Tag symbolisiert das Verhältnis von 4:1 bei der Verteilung von Care-Arbeit und ruft in Erinnerung, dass Männer rechnerisch etwa vier Jahre bräuchten, um so viele Fürsorgetätigkeiten zu erbringen wie Frauen.



Der DGB Bayern beteiligt sich an der Initiative „Wir (Frauen) helfen zusammen!“

Foto: Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales

Corona

Die Corona-Pandemie hat auch in Bayern bestehende soziale Ungleichheiten verschärft. Vor allem Frauen waren und sind von der Krise betroffen. Aus diesem Grund hat das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales im April 2020 die Initiative „Unser Soziales Bayern: Wir (Frauen) helfen zusammen!“ ins Leben gerufen, an der sich auch der DGB Bayern beteiligt. Ziel der Initiative ist es u.a., das beeindruckende Engagement von Frauen sichtbar zu machen. Mehr als 40 Frauen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen haben in Kurzinterviews verdeutlicht, was sie unter dem Motto „Wir helfen zusammen!“ verstehen und was konkret für mehr Zusammenhalt unternommen werden kann. Auf Einladung von Sozialministerin Carolina Trautner nahmen seitens der Gewerkschaften Verena Di Pasquale, stellvertretende Vorsitzende des DGB Bayern, sowie Luise Klemens, Landesbezirksleiterin von ver.di Bayern, teil. Eine Collage mit den Fotos aller Teilnehmerinnen ist als Großflächenplakat vor dem Bayerischen Sozialministerium zu sehen und wurde zudem als Postkarte gedruckt und verbreitet.



Seit 2021 verleihen die bayerischen DGB-Frauen ihren Un-Gleichstellungspreis in Form einer „Roten Karte“ für gravierende Verstöße gegen die Gleichstellung von Frauen und Männern.

Un-Gleichstellungspreis

Seit 2016 haben die DGB Frauen den Un-Gleichstellungspreis „Schwarze Petra“ verliehen, eine Schornsteinfegerin in Form einer Spielkarte. Sie war eine „Auszeichnung“ für gravierende Verstöße gegen die Gleichstellung von Frauen und Männern. Die „Schwarze Petra“ hat dazu aufgefordert, den Ruß aus dem eigenen Kamin zu kehren, so dass wieder frische Luft ins Haus kommen kann. Sie sollte Ansporn sein, sich für eine in die Zukunft gerichtete Gleichstellungspolitik einzusetzen. Zu diesem Preis gab es auch ein Kartenspiel, analog zum traditionellen Kartenspiel „Schwarzer Peter“. Doch der „Schwarze Peter“ wurde in der Vergangenheit immer wieder politisch instrumentalisiert. Um damit nicht in Verbindung gebracht zu werden, hat der DGB-Bezirksfrauenausschuss 2021 seinen Un-Gleichstellungspreis umbenannt. „Petra“ hat die Branche ge-

wechselt und ist von der einen Männerdomäne in eine andere gewechselt: Sie ist nun Schiedsrichterin, die für Un-Gleichstellung die Rote Karte zeigt.

Die Gewerkschafterinnen in Bayern haben ihren Un-Gleichstellungspreis insgesamt bereits achtmal verliehen. Die Verleihung findet auch in den Medien Widerhall. Im Berichtszeitraum ging der Un-Gleichstellungspreis an folgende „Preisträger“:

- 2018: Dirk Rossmann GmbH & Lidl Dienstleistung GmbH & Co. KG
- 2019: Kolb + Sohn, Personaldienstleistungen
- 2020:
 - Alle Nichtwähler*innen in Bayern, die von ihrem Wahlrecht – und somit der politischen Mitgestaltung – keinen Gebrauch machen
 - alle sogenannten „Protestwähler*innen“, die ihre Stimme rechtspopulistischen Parteien geben und damit Antifeminismus, Nationalismus und Ausgrenzung wählen
 - alle Parteien im Freistaat, die sich nicht aktiv dafür einsetzen, ihre Wahllisten zu quotieren
 - alle Kommunen in Bayern, deren Geschäftsordnungen eine Vereinbarkeit von Familie und Politik nicht ermöglichen
- 2020: Ganser Gruppe Kirchstockach
- 2021: Hennes & Mauritz (H&M) Deutschland
- 2021: Landtagsfraktionen der CSU und der Freien Wähler

DGB-Bezirksfrauenausschuss

Mit über 241.000 weiblichen Mitgliedern ist der DGB Bayern mit seinen acht Mitgliedsgewerkschaften die größte Interessenvertretung erwerbstätiger Frauen im Freistaat. Auf kommunaler und regionaler DGB-Ebene sind Gewerkschafterinnen in Kreis- und Stadtverbänden, Ortskartellen, Frauenausschüssen und anderen Bündnissen aktiv. Gewerkschafterinnen in ganz Bayern sind in ihrem Engagement für soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung im ständigen Dialog mit Politik und Wirtschaft. Der DGB-Bezirksfrauenausschuss, in dem alle acht Gewerkschaften vertreten sind, ist das höchste frauenpolitische Gremium des DGB Bayern.

Eine Besonderheit in Bayern ist, dass neben den Vertreterinnen der Gewerkschaften auch die DGB-Regionen Kolleginnen mit beratender Stimme in den Ausschuss entsenden. Im Berichtszeitraum hat sich der Bezirksfrauenausschuss in einer gemeinsamen Veranstaltung mit der DGB-Jugend Bayern u.a. mit Geschlechter- und Rollenklischees auseinandergesetzt. Alle zwei Jahre findet ein Frauengipfel statt, der als Forum für aktuelle Schwerpunktthemen und Forderungen an die Politik dient, aber auch die Möglichkeit für Austausch und Vernetzung bietet. Die bayerischen DGB-Frauen haben sich bei allen Wahlen positioniert und sich mit vielfältigen Aktionen als Bollwerk gegen Rechts und im Kampf um Parität präsentiert. Der Internationale Frauentag, der Equal Pay Day, der Equal Care Day sowie der Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen sind wiederkehrende Aktionstage mit vielfältigem Engagement der DGB-Frauen. Die Gewerkschaftrinnen arbeiten darüber hinaus auch in zahlreichen Bündnissen und Gremien aktiv mit.

Die Corona-Pandemie hat die Arbeitswelt verändert, und so fanden nicht nur die Sitzungen des Bezirksfrauenausschusses digital statt, sondern auch zahlreiche Veranstaltungen. Dazu gehörten z.B. eine Diskussionsrunde mit den Kandidatinnen im Vorfeld der Bundestagswahl 2021, eine Online-Veranstaltung zum Thema Digitalisierung und eine sehr gelungene Impulstagung mit fast 100 Frauen, die sich in unterschiedlichen Bereichen politisch engagieren.



Fotoaktion vor dem Münchener Gewerkschaftshaus am Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen
Foto: DGB Bayern



Online-Talk zwischen DGB- und DFB-Spitze: Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende, und Hannelore Ratzeburg, Vizepräsidentin für Gleichstellung, Frauen- und Mädchenfußball im Deutschen Fußball-Bund (DFB), waren bei der Bezirksfrauenkonferenz im Juni 2021 virtuell zu Gast. Foto: DGB Bayern

DGB-Bezirksfrauenkonferenz

Am 19. Juni 2021 fand in Regensburg die 21. Ordentliche DGB-Bezirksfrauenkonferenz unter dem Motto „Wir sind das W in Wandel – Wandel ist weiblich“ statt. Die Delegierten und Gäste haben auf unterschiedliche Weise an der Konferenz teilgenommen. In reduzierter Zahl waren im marinaforum in Regensburg neben den Organisatorinnen auch die Vertreterinnen der Kommissionen und des Präsidiums anwesend. Die Delegierten konnten sich außerdem online zuschalten und über das Tool OpenSlides abstimmen. Alle Vorsitzenden der Gewerkschaften in Bayern haben die Konferenz mit Videobotschaften unterstützt, ebenso Sozialministerin Carolina Trautner und die Präsidentin des Bayerischen Landesfrauenrates Hildegund Rüger. Das große Engagement aller Beteiligten hat dazu beigetragen, dass diese hybride Form der Konferenz als absolut gelungen bezeichnet werden kann. Die Delegierten haben über 14 Anträge beraten und wichtige Beschlüsse zu den Themen Parität, Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte, verbindliche Geschlechterquoten, Elterngeld, Weiterbildung, Altersarmut, partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz u.v.m. gefasst. Darüber hinaus haben die bayerischen Gewerkschafterinnen beschlossen, die „Frauen im DGB [zu] stärken“. Auch wenn auf dem DGB-Bundeskongress im Mai 2018 eine verbindliche Frauenquote für Wahlämter des DGB beschlossen wurde, war den Gewerkschafterinnen bewusst: Das allein reicht nicht aus.



Das gelungene Abschluss-Plakat der Foto-Aktion der bayerischen DGB-Frauen zur Europawahl

2.10 Senior*innen-politik

Ältere Menschen verfügen über Wissen und Erfahrung, auf die sowohl die Arbeitswelt als auch die Gesellschaft nicht verzichten können und dürfen. Der DGB Bayern setzt sich zusammen mit dem gewerkschaftlichen Landesarbeitskreis (LAK) Seniorenpolitik auf allen Ebenen dafür ein, dass diese Potenziale erkannt und genutzt werden.

Der DGB Bayern und seine Mitgliedsgewerkschaften lehnen ein Ausspielen der Generationen gegeneinander ab. Nur gemeinsam ist eine gerechte Gesellschaft möglich. Der DGB Bayern koordiniert die gewerkschaftliche Senior*innenarbeit. Zu diesem Zweck findet in der Regel zweimal jährlich ein Tref-

fen des LAK Seniorenpolitik statt. Diese Treffen dienen dem Meinungs- und Informationsaustausch der Seniorenvertreter*innen der Mitgliedsgewerkschaften sowie der DGB-Gliederungen in Bayern.

Mit den auf Bundesebene beschlossenen senior*innenpolitischen Eckpunkten brachten sich auch die bayerischen Seniorenvertreter*innen in die Debatte ein. Die Eckpunkte umfassen u.a. die Themen „Potenziale der älteren Menschen erkennen und nutzen“, „Freiwilliges Engagement älterer Menschen“, „Alterssicherung“, „Gesundheitsversorgung und Prävention“, „Bessere Pflegeleistungen und mehr Pflegepersonal“, „Schutz vor Diskriminierung Älterer“ oder auch „Öffentliche Infrastruktur und Mobilität“. Diese Themen konnte der LAK Seniorenpolitik mit dem Bundesseniorenbaufragten des DGB Klaus Beck im Dezember 2019 diskutieren.

Sonstige Themen bei den bayerischen Treffen waren grenzüberschreitende Beziehungen, die Rentenpolitik sowie Gesundheit und Pflege.



Die DGB-Senior*innen nehmen aktiv an den Kampagnen des DGB Bayern teil, hier bei einer Tarifaktion in Schwandorf.
Foto: DGB Oberpfalz

2.11 Medienpolitik

Die medienpolitische Arbeit des DGB Bayern besteht überwiegend aus den Kontrolltätigkeiten in den Aufsichtsgremien des öffentlich-rechtlichen und des privaten Rundfunks. Als gesellschaftlich relevante Gruppe sind die bayerischen Gewerkschaften sowohl im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks (BR) als auch im Landesmedienrat vertreten.

Landesmedienrat – privater Rundfunk

Die Bayerische Landeszentrale für neue Medien (BLM) genehmigt, beaufsichtigt und fördert die privaten Hörfunk- und Fernsehsender sowie Internetangebote in Bayern. Mit Timo Günther (IG Metall) und Christa Hasenmaile (ver.di) waren die bayerischen Gewerkschaften mit zwei Mitgliedern im Medienrat vertreten, dem analog zum BR-Rundfunkrat 50 Mitglieder aus gesellschaftlich relevanten Gruppen angehören. Die DGB-Vertreter*innen setzen sich für Vielfalt und Unabhängigkeit der Medien sowie für Rahmenbedingungen ein, die qualitativ hochwertigen Journalismus ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund legen die DGB-Vertreter*innen großen Wert auf die Ausbildungsfunktion der BLM. Tatsächlich hat die BLM im Berichtszeitraum ihr ohnehin bereits umfangreiches Aus- und Fortbildungsangebot für Volontär*innen und Redakteur*innen nochmals ausgebaut. Die BLM vermittelt den Sendern, dass eine fundierte journalistische Ausbildung eine Grundvoraussetzung ist, damit sich die lokalen privaten Rundfunkangebote in der stark umkämpften Medienwelt behaupten können.

Durch die Digitalisierung verändert sich auch die Medienlandschaft. Internet-Medien stellen eine große Konkurrenz und Herausforderung für die Sender dar. Auf diese neue Medienlandschaft reagiert der 2020



Journalistische Vielfalt und Unabhängigkeit - dafür tritt der DGB in den Kontrollgremien des Rundfunks ein. Foto: DGB Bayern

in Kraft getretene Medienstaatsvertrag, der den bislang geltenden Rundfunkstaatsvertrag abgelöst hat. Dort werden die Regularien auf Internet-Akteure wie Google, Facebook und Twitter sowie auf Plattformen wie TV-Kabelnetze oder digitale Fernsehangebote wie Magenta TV ausgeweitet. Ziel ist, die lokalen und regionalen Sender vor der neuen Konkurrenz zu schützen und so die Meinungsvielfalt zu wahren.

Angesichts dieses Ziels und der neuen Kontrollaufgaben für die BLM durch die digitalen Medien hat der Gesetzgeber die Genehmigungspflichten für die herkömmlichen Radio- und TV-Angebote stark gelockert. Das ist durchaus auch kritisch zu betrachten: Denn im Binnenverhältnis der herkömmlichen Radio- und TV-Angebote untereinander dürften in der Folge die großen Akteure gegenüber den kleinen gestärkt werden, was die Meinungsvielfalt innerhalb dieses Bereichs beeinträchtigen könnte.

Das passt jedoch zur Entwicklung des Selbstverständnisses der BLM in den vergangenen Jahren: Die Rolle als (Wirtschafts-)Förderer für die privaten Anbieter im Außenverhältnis zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und den Internet-Medien hat gegenüber der Rolle als Aufsicht zunehmend an Gewicht gewonnen.

Die DGB-Vertreter*innen hinterfragen diese Entwicklung kritisch und setzen sich kontinuierlich für die Interessen der nicht-kommerziellen Sender und Bürgerradios ein, denen in punkto Meinungsvielfalt und demokratische Teilhabe ein besonderes Ge-

wicht zufällt. So ist es gelungen, trotz insgesamt sinkender Fördersummen die jährliche finanzielle Programmförderung für Sender wie Radio Lora, Radio Z oder Radio Feierwerk auf einem konstanten Niveau zu halten.

In den Corona-Jahren 2020 und 2021 ist es der BLM mit großem Einsatz gegenüber der Landesregierung gelungen, Nothilfe und Unterstützungsleistungen für die Sender zu generieren, denen vor allem wegbrechende Werbe- und Eventeinnahmen Probleme bereiteten. Stand Juni 2021 musste kein einziger Sender Insolvenz anmelden, und laut BLM habe sogar kein Sender in der Redaktion Personal abbauen müssen.

Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks

Die Aufgaben und Rechte des Rundfunkrats des Bayerischen Rundfunks sind im Bayerischen Rundfunkgesetz (BayRG) festgelegt. Er soll vor allem überwachen, dass der Bayerische Rundfunk seinen gesetzlichen Auftrag erfüllt. Er berät unter anderem bzw. die Intendant*in in allen Rundfunkfragen.



Die Gewerkschaften in Bayern entsenden zwei Mitglieder in den Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks. Foto: Lisa Hinder

Der Rundfunkrat zählt insgesamt 50 Mitglieder, die durch politisch, weltanschaulich und gesellschaftlich relevante Gruppen für jeweils fünf Jahre entsandt werden. Alle Mitglieder sind dazu verpflichtet, sich in ihrer Tätigkeit für die Gesamtinteressen des Rundfunks und der Zuschauer*innen und Zuhörer*innen einzusetzen.

Die Gewerkschaften entsenden zwei Mitglieder in den Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks. Gesetzlich vorgeschrieben entscheidet darüber eine gemeinsame Wahlversammlung von DGB und Beamtenbund. Für die aktuelle Amtszeit werden die bayrischen Gewerkschaften durch Luise Klemens (Landesbezirksleiterin ver.di Bayern) und bis zu seinem



Die Mitglieder des Bayerischen Rundfunkrates bei der konstituierenden Sitzung am 11. Mai 2017. Foto: Lisa Hinder

Tod durch Matthias Jena (Vorsitzender DGB Bayern) vertreten. Auf Vorschlag des Bezirksvorstandes wurde in der Wahlversammlung vom 21. September 2021 die kommissarische Vorsitzende des DGB Bayern Verena Di Pasquale als Nachfolgerin von Matthias Jena bis zum Ende der Legislaturperiode (30.04.2022) gewählt.

Luise Klemens ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen und in einem gemeinsamen Unterausschuss Finanzen von Verwaltungs- und Rundfunkrat. Matthias Jena war stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen.

PROJEKT BR HOCH DREI

Wie bereits in den vergangenen Berichtszeiträumen war das Projekt „BR hoch drei“ ein wichtiges Thema im Rundfunkrat. Darunter versteht der BR das Zusammenwachsen von Fernsehen, Hörfunk und Internet. Aufgrund der sich noch immer verändernden Mediennutzung strebt der BR die redaktions-, medien- und standortübergreifende Kooperation und Vernetzung dieser drei Bereiche an. Hierfür waren u.a. die Zusammenlegung von Ausspielwegen und Redaktionen, die baulichen Veränderungen, die Stärkung der regionalen Berichterstattung oder die Weiterentwicklung der Mediathek wichtige Aufgaben. Dabei waren Luise Klemens und Matthias Jena weiter in gutem Kontakt zu den Beschäftigten und dem Personalrat des Bayerischen Rundfunks.

RUNDFUNKBEITRAG

Der Rundfunkbeitrag wurde im Juli 2021 zum ersten Mal seit 2015 von 17,50 Euro auf 18,36 Euro erhöht. Die Höhe des Beitrags wird in einem dreistufigen Verfahren ermittelt. In einem letzten Schritt müssen alle 16 Landesparlamente zustimmen. Über die aktuelle Erhöhung entschied allerdings das Bundesverfassungsgericht, da aus dem Bundesland Sachsen-Anhalt keine Zustimmung des Landtags erfolgte.

Durch die lange Phase der Beitragsstagnation sah sich der Rundfunkrat mit Sparwängen und Personalabbauprogrammen konfrontiert. Der Rundfunkrat und seine Ausschüsse waren daher bestrebt, die Folgen für das Programm möglichst gering zu halten und gleichzeitig Zukunftsprojekte zu ermöglichen.

VIELFALT UND GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Die Themen gesellschaftliche Vielfalt und Geschlechtergerechtigkeit im Programm und bei den Beschäftigten des Bayerischen Rundfunks sind für den Rundfunkrat eine wichtige Herausforderung. Die regelmäßig vorgelegten Gleichstellungs- und Diversity-Berichte werden diskutiert und neue Ziele angestrebt. Das ist auch zwingend erforderlich, wenn mit den Programmen möglichst viele Menschen erreicht werden sollen und der Bayerische Rundfunk seinem gesetzlichen Auftrag gerecht werden will. Insbesondere sollen mehr Frauen vor und hinter der Kamera zu finden sein – Führungsfunktionen sollen geschlechtergerecht besetzt werden.

Nicht zuletzt die #metoo-Debatte hat zu Diskussionen um Handlungsbedarf im Bayerischen Rundfunk zu der Frage geführt, wie Frauen vor sexualisierter Gewalt geschützt werden können. Seit 2019 gibt es die Leitlinien zur Geschlechtergleichstellung von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der EBU (Europäische Rundfunkunion) – für den Rundfunkrat eine wichtige Grundlage.

WAHL EINER NEUEN INTENDANTIN

Seit 1. Februar 2021 ist Dr. Katja Wildermuth Intendantin des Bayerischen Rundfunks. Der Rundfunkrat hat Wildermuth in seiner Sitzung vom 22. Oktober 2020 mit 38 von 48 Stimmen gewählt. Sie hat die Intendanz von Ulrich Wilhelm übernommen, der nach der zweiten Amtszeit den Posten auf eigenen Wunsch abgab. Die Amtszeit beträgt fünf Jahre.

3.

Öffentlich- keitsarbeit, Aktionen und Aktivitäten

3.1 Presse- und Öffentlichkeits- arbeit



Der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit kommt eine entscheidende Funktion zu, wenn es darum geht, politische Themen zu setzen und gewerkschaftliche Positionen bzw. Forderungen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Eine wichtige Rolle nehmen dabei klassische (Massen-)Medien ein. Allerdings hat der DGB Bayern seinen Fokus im Berichtszeitraum noch stärker auf „Social Media“ gelegt und seine Präsenz innerhalb dieser sozialen Netzwerke erweitert.

Der DGB Bayern konnte im Berichtszeitraum vor allem mit eigenen Publikationen regelmäßig Themen in die Öffentlichkeit tragen und damit eine Presseberichterstattung anstoßen. Von großem öffentlichem Interesse waren insbesondere die Reporte „Tarifverträge und Tarifflucht in Bayern“ (2018) und „Tatort Niedriglohn in Bayern“ (2020), die bayerischen Rentenreporte (2018 und 2021) sowie die jährlichen Ausbildungsreporte der DGB-Jugend Bayern.

Der DGB Bayern – ein gefragter Ansprechpartner für die Medien

Als politische Stimme der acht Mitgliedsgewerkschaften in der Arbeitswelt ist der DGB Bayern für Journalist*innen oft erste Anlaufstelle. Daher gehört es – neben der aktiven Themensetzung – ebenso zum Arbeitsalltag einer Pressestelle, auf Presseanfragen zu reagieren. Der DGB Bayern steht für alle Fragen rund um die Arbeitswelt, insbesondere zu den Themen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, aber auch bei gesellschaftspolitischen Fragen als Ansprechpartner zur Verfügung. Im Berichtszeitraum haben den DGB Bayern jährlich bis zu 100 Presse-

anfragen erreicht. In den meisten Fällen handelt es sich dabei um Anfragen für Interviews, O-Töne und schriftliche Statements zu tagesaktuellen politischen Themen. In regelmäßigen Abständen werden darüber hinaus Gastbeiträge für Zeitungen angefragt, so z.B. für die Rubrik „Frage der Woche“ der Bayerischen Staatszeitung. In Zusammenarbeit mit den Fachabteilungen sowie in Kooperation mit den Mitgliedsgewerkschaften bearbeitet der DGB Bayern derartige Anfragen zeitnah und kompetent.

Bei Fragen, die bestimmte Branchen betreffen bzw. über den eigenen Verantwortungsbereich hinausreichen, z.B. bei arbeitsschutzrechtlichen Fragen, verweist der DGB Bayern an die verantwortliche Mitgliedsgewerkschaft oder an fachkundige Kolleg*innen aus verschiedenen gewerkschaftlichen Einrichtungen, wie z.B. den DGB Rechtsschutz oder die Beratungsstelle „Faire Mobilität“.

Regionale Pressearbeit

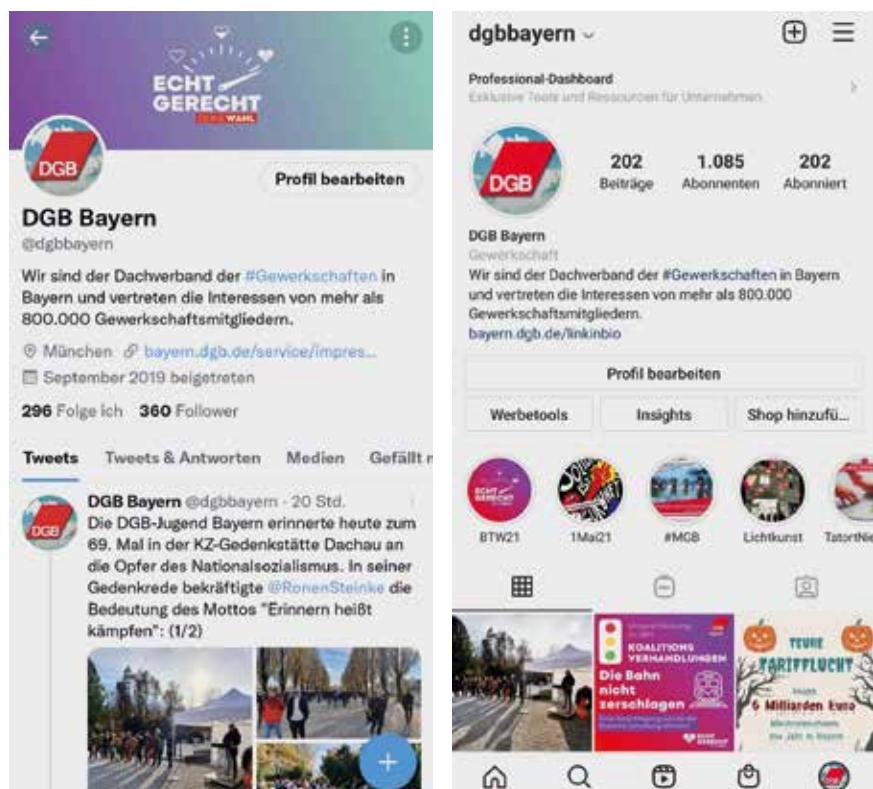
Wenn es darum geht, gewerkschaftliche Themen bayernweit zu streuen, ist auch die regionale Pressearbeit von entscheidender Bedeutung. Hierfür leisten die DGB-Regionen einen wichtigen Beitrag. Denn die Kolleg*innen sind bestens mit der politischen und wirtschaftlichen Lage vor Ort vertraut. Sie verfügen durch ihre Kontakte zu den örtlichen Gewerkschaften sowie zu den Betriebs- und Personalrat*innen bzw. zu anderen Verbänden und politischen Akteur*innen über ein hervorragendes Netzwerk.

In regelmäßigen Abständen versucht der DGB Bayern, seine Öffentlichkeitsarbeit anlassbezogen zu bündeln. Exemplarisch sei dazu die Veröffentlichung der bayerischen Rentenreporte erwähnt, für die auch regionale Daten zur Verfügung stehen. Diese Zahlen und Fakten sind besonders für die Medien vor Ort von großem Interesse und können von den DGB-Regionen gut genutzt werden.

Darüber hinaus unterstützt der DGB Bayern die DGB-Regionen sowie die Kreis- und Stadtverbände in deren Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nach Bedarf bestmöglich. So stellt der DGB Bayern den DGB-Regionen von Zeit zu Zeit Muster-Pressemitteilungen mit regionalisierten Daten sowie umfassendes Informationsmaterial zu bestimmten politischen Themen zur Verfügung.

Social Media

Nicht zuletzt als Folge der Corona-Pandemie ist die Bedeutung sozialer Netzwerke für die gewerkschaftliche Arbeit in den vergangenen Jahren weiter gestiegen. Der DGB Bayern hat diese Entwicklung erkannt und sein Portfolio im Berichtszeitraum erweitert. Lag der Schwerpunkt zuvor ausschließlich auf dem Facebook-Auftritt, ist der DGB Bayern seit September 2019 auch auf dem Kurznachrichtendienst Twitter sowie auf der Online-Plattform Instagram vertreten. Mit der neuen Abteilung „Online-Redaktion und Kampagnen-Management“, die u.a. für die Betreuung der Social-Media-Kanäle zuständig ist, wurde dieser Entwicklung im August 2021 auch personell Rechnung getragen.



Der DGB Bayern ist seit September 2019 auf Twitter vertreten. Auf Instagram folgen dem DGB Bayern inzwischen mehr als 1.000 Personen.

Gemein ist beiden Kanälen, dass die Verwendung von Hashtags (#) die Möglichkeit bietet, zu bestimmten Themen auch Menschen über die eigene „Filter-Blase“ hinaus zu erreichen und so die Reichweite der Posts signifikant zu erhöhen. Zwischen den beiden Kanälen bestehen jedoch Unterschiede. Während Twitter eher als Informations- und Diskussionskanal genutzt wird, stehen bei Instagram visuelle Inhalte und Bilder im Vordergrund.

Aus diesem Grund ist es nicht sinnvoll bzw. auch nicht möglich, die Postings per „copy & paste“ zu übernehmen. Zwar können für Facebook und Instagram zumeist die identischen Postings verwendet werden, „Tweets“ sind durch die Textbegrenzung auf 280 Zeichen allerdings gesondert aufzubereiten. Hier geht es darum, den Kern einer Mitteilung kurz darzustellen und bei den Leser*innen Interesse zu wecken, sich über den beigefügten Link weiterführende Informationen zu beschaffen.

Über diese Kanäle werden zudem vollkommen unterschiedliche Zielgruppen angesprochen. Auf Twitter sind etwa zahlreiche Journalist*innen und poli-

tische Entscheider*innen anzutreffen. Dies eröffnet dem DGB Bayern eine zusätzliche Möglichkeit, für seine Themen Presseöffentlichkeit zu generieren bzw. gewerkschaftliche Forderungen direkt an die Entscheidungsebene zu adressieren.

Auf Instagram ist hingegen eine eher jüngere Zielgruppe vertreten. In Anbetracht der aktuellen Altersstruktur ist für die Gewerkschaften die Ansprache eines jüngeren Publikums elementar. Dementsprechend ist es erforderlich, auf Instagram auch optisch ansprechende und abwechslungsreiche Inhalte zu veröffentlichen. Dieser Spagat ist bislang gut gelungen. Seit September 2019 konnte der DGB Bayern auf Instagram mehr als 1.000 Follower*innen gewinnen. Auf Twitter folgen dem DGB Bayern aktuell 347 Personen (Stand September 2021).

Auch der Facebook-Auftritt des DGB Bayern konnte im Vergleich zum letzten Berichtszeitraum Zuwächse verzeichnen (10.912 Follower*innen, Stand September 2021). Damit ist die Seite nach wie vor eine der am häufigsten frequentierten Gewerkschaftsseiten.

Das Markenzeichen der Social-Media-Kanäle des DGB Bayern sind die sogenannten „Kacheln“, die mit der Kombination aus Bild und Text für einen hohen Wiedererkennungswert sorgen. Besondere Aufmerksamkeit erhalten dabei provokante Postings, die den „Finger in die Wunde legen“. So konnte der DGB Bayern mit Kritik an bestimmten Äußerungen prominenter Bundes- und Landespolitiker*innen teils höhere sechsstellige Reichweiten erzielen.



Mit provokanten „Kacheln“ zur Landespolitik generiert der DGB Bayern online besondere Aufmerksamkeit.

Homepage

Die Homepage des DGB Bayern (www.bayern.dgb.de) ist oft die erste Anlaufstelle für Kolleg*innen bzw. gewerkschaftlich Interessierte. Sie dient als Sammelstelle für alle relevanten Informationen bezüglich der Arbeit des DGB Bayern. Neben den Pressemitteilungen sind auf der Homepage Bildergalerien, Terminhinweise, Veranstaltungsberichte sowie alle Publikationen in digitaler Form zu finden. Zudem ist es möglich, sich über die Homepage für verschiedene Verteiler anzumelden, etwa für die Pressemitteilungen oder den Newsletter „Streitzeit“. Die wö-



Auf der Homepage sind alle relevanten Informationen bezüglich der Arbeit des DGB Bayern zu finden.



Im Rahmen von Pressekonferenzen stellt der DGB Bayern u.a. seine Reporte aus der Arbeitswelt vor. Foto: DGB Bayern

chentlichen Zugriffszahlen auf der Homepage liegen durchschnittlich im drei- bis vierstelligen Bereich. Zu besonderen Anlässen, etwa rund um den 1. Mai, nehmen die Zugriffszahlen erwartungsgemäß stark zu.



Neue Zeiten: Pandemiebedingt mussten die Pressekonferenzen ins Netz verlagert werden ... Foto: DGB Bayern



...hier die Online-PK des Sozialen Netz Bayern im Juli 2021. Foto: DGB Bayern

Klassische PR: Pressemitteilungen und Pressekonferenzen

Pressemitteilungen sind das Mittel der Wahl, um eigene Themen und Aktivitäten in den Medien zu platzieren. Gleichzeitig bietet sich dieses PR-Instrument an, um direkt auf tagesaktuelle Ereignisse zu reagieren. Im Berichtszeitraum hat der DGB Bayern jährlich zwischen 50 und 60 Pressemitteilungen verschickt.

Bewährt hat sich weiterhin die konsequente Kommentierung der monatlichen Arbeitsmarktzahlen. Als gewichtiger Akteur in der Arbeitsmarktpolitik sieht sich der DGB Bayern in der Pflicht, auch kritische Punkte, wie etwa prekäre Beschäftigung oder die sich verfestigende Langzeitarbeitslosigkeit, klar

zu benennen. Mit dieser Vorgehensweise findet der DGB Bayern in der Berichterstattung regelmäßig Gehör.

Darüber hinaus gelingt es dem DGB Bayern, bestimmte Aktions- und Gedenktage (z.B. Equal Pay Day, Internationaler Frauentag) für seine Öffentlichkeitsarbeit zu nutzen und so immer wieder in der Berichterstattung aufzutreten.



Die Pressekonferenz des Bündnisses „Bildungszeit für Beschäftigte in Bayern“ im September 2018 war besonders gut besucht. Foto: DGB Bayern

Zu ausgewählten Anlässen lädt der DGB Bayern Vertreter*innen der Medien zu Pressekonferenzen ein. Von großem öffentlichem Interesse sind vor allem die DGB-Reporte, aber auch die Arbeit gemeinsamer Initiativen und Bündnisse. Hier sind im Berichtszeitraum die Pressekonferenzen des Sozialen Netz Bayern, aber auch des Bündnisses „Bildungszeit für Beschäftigte in Bayern“ zu nennen (vgl. Kapitel 1.6).

Die Corona-Pandemie hat dazu geführt, dass der DGB Bayern seine Pressekonferenzen nicht mehr wie gewohnt in Präsenz durchführen konnte. Der Wechsel auf Online-Pressekonferenzen über das Konferenz-Tool „Microsoft Teams“ hat reibungslos funktioniert. Durch die barrierefreie Teilnahmemöglichkeit konnten zuletzt bei Online-Pressekonferenzen sogar mehr Teilnehmende verzeichnet werden als bei reinen Präsenzterminen. In einer Zeit nach Corona sollten daher möglichst hybride Formate beibehalten werden, um die Vorteile aus beiden Formaten zu nutzen.

Streitzeit

Durchschnittlich einmal pro Monat verschickt der DGB Bayern seinen Newsletter „Streitzeit“, der thematisch die gesamte politische Bandbreite abdeckt. Die Streitzeit richtet sich hauptsächlich an haupt- und ehrenamtliche Gewerkschafter*innen, Betriebs- und Personalräte*innen sowie an die Beschäftigten in den Betrieben.

Über die Homepage des DGB Bayern können alle Interessierten die „Streitzeit“ abonnieren. Aktuell erhalten knapp 1.100 Personen die „Streitzeit“, die kompakt auf einer DIN A4 Seite Argumente, Positionen und Perspektiven zu aktuellen politischen Themen bereitstellt. Die Herausforderung in der redaktionellen Arbeit an der „Streitzeit“ ist, komplexe politische Sachverhalte kurz und verständlich aufzubereiten. Im Gegensatz zu Pressemitteilungen bietet dieses Medium die Chance, ausführlicher bzw. unter einem anderen Blickwinkel auf ein Thema einzugehen.

Die „Streitzeit“ stellt kompakt auf einer DIN A4-Seite Argumente, Positionen und Perspektiven zu aktuellen politischen Themen bereit.

Durch ihre Gestaltung ist die „Streitzeit“ für den Aushang an schwarzen Brettern in Betrieben und Dienststellen ebenso geeignet wie für Schaukästen der DGB-Gliederungen. Zudem wird die „Streitzeit“ auf den Social-Media-Kanälen des DGB Bayern beworben.

Darüber hinaus ist die „Streitzeit“ ein wichtiges Instrument, um auf Aktionen hinzuweisen oder Kampagnen zu begleiten. Im Vorfeld von Wahlen weicht der DGB Bayern deshalb manchmal vom gängigen Veröffentlichungs-Rhythmus ab. Dann wird die „Streitzeit“ zur „Wahlzeit“, um in deutlich kürzeren Abständen wichtige Themen zu beleuchten und die Leser*innen zur Wahl aufzurufen.

ANNALETTA • POSTHORN • KOMPAKTHEIT

Wahlzeit

ECHT GERECHT

DEINEWAHL AM 26.09.

Gute Rente für alle!

Seit Beginn der 2000er Jahre hat sich in der Alterssicherung viel getan: Ein niedriges Rentenniveau, ein steigendes Rentenbeitragsniveau und weniger sozialer Ausgleich bestimmen das Bild der Altersvorsorge. Heute es keine geringende Rente, wird ab 2025 das Rentenniveau auf unter 40 Prozent während gleichzeitig der Rentenpausat zu steigen beginnt. Die Folge sind geringere Rente und höherer Beiträge. Gleich geht anders!

Annemarie Bauer
Schen jetzt sind viel zu viele Rentner*innen in Bayern von Armut bedroht. 2019 lebten 45 Prozent der Männer und 81 Prozent der Frauen Alterszonen unter der sozialpolitischen Armutgrenflächensicherung von 1.155 Euro. Selbst Frauen mit 45 Renteneinträgen blieben im Schnitt darunter. Im Freistaat erhalten Frauen, die im Jahr 2019 eine Rente bezogenen, im Durchschnitt eine Altersrente von nur 248 Euro, Männer von nur 1.167 Euro. Allein diese Zahlen zeigen, dass ein hoher Handlungsbefaf besteht. Auf diese macht der DGB am 21. September mit einem bundesweiten Aktionstag aufmerksam. Bayern findet mehr als 40 Veranstaltungen statt. (Mehr Infos unter: <https://bayern.dgb.de/2020>)

Rente muss zum Leben reichen!
Ziel muss es sein, am Ende des Arbeitslebens eine Rente zu erhalten, mit der ein gutes Auskommen gewährleistet ist. Genauso ist es wichtig, die Rente in einem so reichen Land wie Deutschland nicht anderes als ein Skandal. Doch welche Veränderungen brauchen wir für eine starke, gesetzliche Rente, die im Alter wünschbar ist? Rente und Frauen mit 57 Jahren nochmal höher, braucht es dringend Veränderungen in der Arbeitswelt.

Höheres Rentenniveau und gute Arbeit
Hierfür muss das Rentenniveau langfristig wieder auf mindestens 50 Prozent steigen. Mit Blick auf die viel zu geringe Durchschnittsrente bei den Erwerbsminderungsraten müssen Verbesserungen wie die Erhöhung der Zuverlässigkeiten, wie die Reduzierung von Verzögerungen, die nicht nur für diejenigen gelten, die neu in Erwerbsförderung gehen, sondern auch für diejenigen, die bereits eine Erwerbsförderungsrente bekommen. Ressourcen müssen eine sozialversicherungspflichtig beschäftigten, beraten, die in Vollzeit beschäftigt sind, nicht die Quoten auf 7 Prozent. Schon allein unter diesem Blickwinkel sind Forderungen nach weiteren Erhöhungen absurd.

RENTE: ECHT GERECHT

© DGB

Während die „Rente mit 61“ politisch beschlossen wurde, sieht die Lebenserwartung der Menschen anders aus. So gingen 2019 in Bayern Männer durchschnittlich mit 64 Jahren und Frauen mit 64,5 Jahren in die Altersrente. Die Renditegrenze lag im gleichen Jahr bei 65 Jahren und 8 Monaten. Somit lag die Lücke zwischen tatsächlichen und gesetzlichen Rentestufen je nach Geschlecht bei einem Jahr und drei Monaten bzw. sogar einem Jahr und acht Monaten.

Auch die dramatisch einbrechenden Beschäftigungsquoten im Rentenalter Bereich weisen darauf hin, dass die „Rente mit 61“ nicht weiter ist an ein Rentenförderungsprogramm. Lediglich 11,3 Prozent der 65-Jährigen waren 2019 in Bayern noch sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Beratungen der einzelnen Belegschaften, die in Vollzeit beschäftigt sind, nicht die Quoten auf 7 Prozent. Schon allein unter diesem Blickwinkel sind Forderungen nach weiteren Erhöhungen absurd.

Im Vorfeld von wichtigen Wahlen verwandelt sich die „Streitzeit“ zur „Wahlzeit“.

Presseempfang

Seit 2010 veranstaltet der DGB Bayern einmal pro Jahr im Herbst gemeinsam mit den Mitgliedsgewerkschaften den Presseempfang. Dabei stehen die Vorsitzenden der bayerischen Mitgliedsgewerkschaften den Vertreter*innen der Presse bei einem Abendessen für Hintergrundgespräche zur Verfügung. Die hohe Zahl an Teilnehmenden beweist, dass die Journalist*innen dieses Angebot zu schätzen wissen. Für die Gewerkschaften bietet der Presseempfang nicht nur die Möglichkeit, das bestehende Pressenetzwerk zu pflegen. Oft können an solchen Abenden neue Kontakte geknüpft und Themen gesetzt werden, so dass sich Anregungen für Presseberichterstattung ergeben. Hiervon profitieren letztlich beide Seiten.



Netzwerkpflege, Kontakte knüpfen - hierfür ist der Presseempfang des DGB Bayern ideal geeignet. Foto: DGB Bayern

2018 fand der Presseempfang im Privatmuseum Goldschagg in München – inmitten von historischen Druckmaschinen – statt. 2019 hat der DGB Bayern seinen Empfang im Schlosscafé „Im Palmenhaus“ in München ausgerichtet. Im Rahmen des Empfangs gab Annemarie Bauer-Ekart, BPR-Vorsitzende der Bayerischen Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen, einen Einblick in Geschichte und Verwaltungsstruktur der Bayerischen Schlösserverwaltung sowie in ihre Personalratsarbeit.

2020 musste der DGB Bayern aufgrund der Corona-Pandemie auf die Durchführung des Presseempfangs verzichten. Der Presseempfang 2021 wurde in das Frühjahr 2022 verschoben.



Der Presseempfang ist seit 2010 ein fester Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit des DGB Bayern. Foto: DGB Bayern

3.2

Kampagnen, Kundgebungen und Aktionen

1. Mai

Der 1. Mai – der Tag der Arbeit – ist als Tag der Gewerkschaften in der öffentlichen Berichterstattung gesetzt. Aus diesem Grund sind die Voraussetzungen ideal, um mit gewerkschaftlichen Forderungen durchzudringen. Folgerichtig nimmt die Anzahl der Presse- und Interviewanfragen bereits einige Wochen im Voraus deutlich zu.

Im Bayerischen Fernsehen hat am 1. Mai eine 30-minütige Sondersendung zum Tag der Arbeit seit vielen Jahren einen festen Sendeplatz. Neben Live-Interviews mit den Spitzen der bayerischen Gewerkschaften und der Berichterstattung von den Hauptkundgebungen in Bayern geht es in der Sendung auch sonst ausschließlich um gewerkschaftsnahe Themen rund um die Arbeitswelt.

Dank des großen ehrenamtlichen Engagements der DGB-Kreis- und Stadtverbände ist der DGB Bayern am Tag der Arbeit landesweit präsent. Üblicherweise finden jährlich durchschnittlich rund 100 Mai-Veranstaltungen statt, die von mehreren zehntausend Menschen besucht werden. Die Veranstaltungen weisen dabei einen ganz unterschiedlichen Charakter auf. Während in den größeren Städten Demonstrationszüge und Großkundgebungen die Regel sind, sind andernorts u.a. Saalveranstaltungen mit Redner*innen, Familienfeste auf zentralen Plätzen oder



Maikundgebung 2019 auf dem Münchener Marienplatz mit Hauptredner Matthias Jena. Foto: Philipp Guelland



Interview mit Verena Di Pasquale für die BR-Sondersendung zum Tag der Arbeit auf dem Münchener Rathausbalkon.
Foto: DGB Bayern

Aktionen, wie z.B. politisches Maibaum-Aufstellen, geplant. Nicht selten gehen die Veranstaltungen auf langjährige Traditionen zurück, die sich bei den Teilnehmenden großer Beliebtheit erfreuen.

Als Redner*innen können bei größeren Kundgebungen oft Bundes- und Landesspitzen des DGB und der Gewerkschaften gewonnen werden. Darüber hinaus sprechen auch hauptamtliche Gewerkschafter*innen, Betriebs- und Personalrät*innen, Vertreter*innen der kirchlichen Arbeitnehmerorganisationen, prominente Künstler*innen und Wissenschaftler*innen auf den Mai-Veranstaltungen des DGB Bayern.



Der Demozug ist fester Bestandteil einer jeden Maiveranstaltung. Foto: DGB Bayern

Im Berichtszeitraum standen die Mai-Veranstaltungen unter den Mottos:

2018 – „Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit“

2019 – „Europa. Jetzt aber richtig!“

2020 – „Solidarisch ist man nicht alleine“

2021 – „Solidarität ist Zukunft.“



Pandemiebedingt konnten die traditionellen Mai-Kundgebungen erstmals nicht auf der Straße stattfinden, daher war der 1. Mai 2020 eine gänzlich neue Erfahrung – und zugleich eine große Herausforderung. Das inoffizielle Mai-Motto lautete „Mit Anstand Abstand halten“. Daher wurden alle Kräfte gebündelt, um die Aktivitäten ins Netz zu verlagern. Der DGB-Bundesvorstand hat kurzfristig einen bundesweiten Livestream mit einem vielfältigen Programm auf die Beine gestellt. Auch der DGB Bayern hat sich mit einem selbst produzierten Video, in dem verschiedene Betriebsräte*innen in Bayern zu Wort kommen, an dem Livestream beteiligt. Das anschließende Feedback war überaus positiv. Durch das neue Format konnten zahlreiche Personen erreicht werden, die bei den üblichen Präsenz-Veranstaltungen bislang nicht dabei waren. Zwar werden Veranstaltungen auf Straßen und Plätzen weiterhin oberste Priorität genießen, dennoch soll der Fokus in Zukunft noch stärker auf die Online-Kommunikation gerichtet werden.

Auch der 1. Mai 2021 stand noch im Zeichen der Corona-Pandemie. Die Kolleg*innen aus den DGB-Regionen standen in ständigem Austausch mit den Ordnungsämtern vor Ort. Dort, wo es das Infektionsgeschehen zuließ, konnten Maikundgebungen in



2020 startete der DGB Bayern zum 1. Mai eine Schilderaktion unter dem Titel: „Solidarität bedeutet für mich ...“

Präsenz stattfinden, wenn auch mit stark reduzierten Teilnehmenden-Zahlen. Auf die üblichen Mai-feste wurde konsequent verzichtet. Unter strenger Beachtung der geltenden Hygiene- und Kontaktvorschriften konnten so rund 30 Freiluft-Veranstaltungen stattfinden.

Die digitalen Aktivitäten hatten wieder einen hohen Stellenwert. So gab es am Nachmittag erneut einen bundesweiten DGB-Livestream mit einem bunten Programm – bestehend aus Interviews, Talk-Runden, Live-Musik und Statements von Gewerkschafter*innen aus ganz Deutschland. Durch die spätere Ausstrahlung war gewährleistet, dass die Kolleg*innen zunächst die Maikundgebungen vor Ort besuchen konnten.



Abstand halten war bei den Maiveranstaltungen 2021 das Gebot der Stunde. Foto: DGB Oberfranken

Unsere Alternative heißt Respekt und Solidarität

Die 21. Bezirkskonferenz im Januar 2018 markierte den Startschuss einer gemeinsamen Fotokampagne des DGB Bayern und seiner Mitgliedsgewerkschaften unter dem Motto „Unsere Alternative heißt Respekt und Solidarität“. Mit dieser Kampagne hat der DGB Bayern auf das Erstarken rechtspopulistischer Organisationen und Parteien sowie auf die zunehmende Verrohung des Umgangs, die Hetze und Verschwörungstheorien im Netz reagiert.



Startschuss für die Fotokampagne „Unsere Alternative heißt Respekt und Solidarität“ auf der Bezirkskonferenz 2018 mit dem DGB-Bundesvorsitzenden Reiner Hoffmann.

Foto: Werner Bachmeier

Bis zur Landtagswahl im Oktober 2018 haben sich in Bayern Betriebsrats- und Gewerkschaftsgremien, Belegschaften, Auszubildende, die Jugend- und Auszubildendenvertretung mit eigens hierfür produzierten Stoffbannern als vielfältiger, lebendiger Teil der bayerischen Gewerkschaften präsentiert und gezeigt, für welche Werte Gewerkschaften stehen: Respekt und Solidarität.



Abschlussfoto der Kampagne vor dem Nürnberger Gewerkschaftshaus. Foto: Norbert Feulner

Wenige Tage vor der Landtagswahl in Bayern im Oktober 2018 sind die Spitzen des DGB Bayern zu einem Abschlussfoto am Nürnberger Gewerkschaftshaus zusammengekommen.

Der DGB Bayern sieht es als seine Pflicht, rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften entschieden entgegenzutreten und Antisemitismus sowie Fremdenhass zu bekämpfen.

Betriebsratswahlen 2018

Vom 1. März bis zum 31. Mai 2018 haben in ganz Deutschland Betriebsratswahlen stattgefunden. In zehntausenden Betrieben wählten die Beschäftigten ihre Vertreter*innen in den Betriebsrat. Der DGB hat hierzu auf Bundesebene eine Kampagne gestartet, die in verschiedenen Motiven die Vorteile betrieblicher Mitbestimmung aufzeigen. Alle DGB-Gliederungen erhielten die Motive klassisch in Form von Postkarten und Plakaten für ihre Aktivitäten. Zudem wurden diese Motive als kurze Video-Clips auf den Social-Media-Kanälen des DGB veröffentlicht. Der DGB Bayern hat diese Kampagne unterstützt und um eigene Posts in den sozialen Medien ergänzt.



In der DGB-Kampagne zur Betriebsratswahl 2018 wurden die Vorteile von betrieblicher Mitbestimmung in den Vordergrund gestellt.

„Verfassung ist Anspruch!“ – Kampagne zur Landtagswahl 2018

Nach der erfolgreichen „Verfassungsschutz-Kampagne“ im Vorfeld der Landtagswahl 2013 hat der DGB Bayern die Bayerische Verfassung auch vor der Landtagswahl 2018 in den Mittelpunkt seiner Kampagne gerückt. Unter der Überschrift „Verfassung ist Anspruch“ hat der DGB Bayern insgesamt sieben Motive veröffentlicht, die sich jeweils auf einen Artikel der Bayerischen Verfassung beziehen. Darin fordert der DGB Bayern die politisch Verantwortlichen auf, dem klaren Handlungsauftrag der Verfassung u.a. bei den Themen Arbeitsschutz, Wohnen oder Mitbestimmung nachzukommen. Die verschiedenen Themen wurden sieben Wochen vor der Landtagswahl in einer Art „Countdown“ wöchentlich mittels Pressemitteilung veröffentlicht und durch entsprechende Facebook-Posts flankiert.



„Wohnen“ war eines von sieben Schwerpunktthemen der DGB-Verfassungskampagne zur Landtagswahl 2018.

Parallel hierzu wurden bayernweit knapp 100.000 Postkarten mit den verschiedenen Motiven in Umlauf gebracht. Die Abgriff-Quote von 92 Prozent beweist, dass die Karten gut angekommen sind. In verschiedenen bayerischen Städten, z.B. in Nürnberg, Augsburg, Schweinfurt und Aschaffenburg, waren die Motive zusätzlich auf Großflächenplakaten zu sehen. Durch öffentlichkeitswirksame Plakat-Enthüllungen, etwa in Nürnberg, konnte die Kampagne in der regionalen Berichterstattung größeres Aufsehen erregen.



Die DGB-Forderungen zur Landtagswahl 2018 wurden in kurzen Themenflyern zusammengefasst.

die Forderungen des DGB Bayern an die Landespolitik in die Fläche tragen.

Begleitend hierzu hat der DGB Bayern Flyer mit den zentralen Forderungen an die Bayerische Staatsregierung zur Verfügung gestellt. Die DGB-Regionen sowie die Kreis- und Stadtverbände konnten diese Materialien für eigene Veranstaltungen nutzen und somit die Position und



Matthias Jena forderte in seiner Rede europaweite Standards für gute Arbeitsbedingungen. Foto: DGB Bayern

Hinter der Demonstration in München stand ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis von mehr als 50 Wohlfahrts- und Sozialverbänden, Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen, Globalisierungskritiker*innen, Jugendverbänden, Gewerkschaften, kirchlichen und Entwicklungspolitischen Organisationen sowie Organisationen für Bürgerrechte, Kultur und nachhaltige Landwirtschaft.

Einen Tag später, am 20. Mai 2019, haben sich DGB und Gewerkschaften bundesweit mit einem Aktionstag noch einmal für ein soziales Europa starkgemacht. Überall in Deutschland warben Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für die Teilnahme an der Europawahl. Auch in Bayern waren die Kolleginnen und Kollegen äußerst aktiv – insgesamt wurden fast 50 Verteilaktionen an Bahnhöfen und in Betrieben durchgeführt.

Aktionen zur Europawahl 2019

Unter dem Motto „Ein Europa für Alle – Deine Stimme gegen Nationalismus!“ ist der DGB Bayern am 19. Mai 2019 – eine Woche vor der Europawahl – gemeinsam mit hunderttausenden Menschen in ganz Europa auf die Straße gegangen, um gegen Nationalismus und für ein demokratisches, friedliches und solidarisches Europa einzutreten. Bei der Auftaktkundgebung der Groß-Demonstration auf dem Münchener Odeonsplatz sprach u.a. auch der bayerische DGB-Vorsitzende Matthias Jena und gab dabei einen Einblick in seine Vision eines sozialeren Europas. Insgesamt haben an der Demonstration in München 20.000 Menschen teilgenommen.



Mit der Unterstützung der Großdemonstration hat der DGB Bayern ein Zeichen für ein starkes, soziales und geeintes Europa gesetzt.



Im Vorfeld der Europawahl hat der DGB Bayern für eine hohe Wahlbeteiligung geworben, hier bei einer Verteilaktion in München. Foto: DGB Bayern

Kommunalwahlen 2020



„Gutes Leben in Stadt und Land“ war eine zentrale Forderung des DGB Bayern zu den Kommunalwahlen 2020. Foto: DGB Bayern

Im Rahmen der Ehrenamtlichenkonferenz 2019 in Nürnberg hat der DGB Bayern seine Kampagne zu den Kommunalwahlen 2020 vorgestellt. Unter dem Motto „Fair, sozial und solidarisch in Stadt und Land“ hat der DGB Bayern gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern gefordert und Verbesserungen in der Wohnungspolitik, der Gestaltung von guter Arbeit und der Bereitstellung einer öffentlichen und der sozialen Infrastruktur angemahnt (vgl. Kapitel 1.5). Hierzu hat der DGB Bayern drei Themen-Flyer erarbeitet und weitere Materialien bereitgestellt, die wegen des frischen Designs sehr begehrt waren. Die Materialien konnten von den DGB-Regionen für ihre Aktivitäten vor Ort gut genutzt werden.



Wahlaufruf des DGB Bayern zu den Kommunalwahlen 2020

Darüber hinaus hat der DGB Bayern für zahlreiche Gewerkschaftshäuser in Bayern Großflächen-Banner im Kampagnendesign produzieren lassen, mit denen die Menschen zur Wahlbeteiligung aufgerufen werden sollten.

Auch zu den Kommunalwahlen 2020 galt für den DGB Bayern: Flagge zeigen gegen Nationalismus, Ausgrenzung und Rassismus!

#MitGewerkschaftBesser

Unter dem Hashtag #MitGewerkschaftBesser hat der DGB Bayern im Zuge der Corona-Pandemie darauf aufmerksam gemacht, warum Beschäftigte zum einen als Mitglied einer Gewerkschaft besser durch die Krise kommen und zum anderen auch darüber hinaus mit Gewerkschaften besser dran sind.

Im Zentrum der Kampagne stand die Stärkung der Tarifbindung in Bayern. Die finanziellen Einbußen aufgrund der Corona-Pandemie sind überall dort geringer ausgefallen, wo Gewerkschaften Tarifverträge durchgesetzt haben. Mit großem Erfolg hat der DGB Bayern im Sommer 2020 mit einer Social-Media-Kampagne („Tarif bringt's!“) samt prominenter Unterstützung (u.a. Heribert Prantl, Frank-Markus Barwasser alias „Erwin Pelzig“, Simon Pearce) eine breite Öffentlichkeit über die Vorteile einer starken



In Mittelfranken konnte das „Gleichstellungs-Plakat“ mit Hildegard Pohl und Yogo Pausch ein großes Presse-Echo erzeugen. Foto: Günter Distler

Tarifbindung informiert. Die Motive konnten auf den Social-Media-Kanälen des DGB Bayern teils höhere fünfstellige Reichweiten erzielen und stießen durchweg auf positive Resonanz.

Aus diesem Grund wurden die Motive rund um den 1. Mai 2021 in zahlreichen bayerischen Städten auch noch klassisch mittels Großflächenplakaten beworben. Vor allem das „Gleichstellungs-Plakat“ mit dem Nürnberger Musiker-Paar Hildegard Pohl und Yogo Pausch war auf zahlreichen Flächen in Nürnberg, Fürth, Erlangen, Schwabach, Ansbach und Röthenbach zu sehen und konnte dank öffentlichkeitswirksamer Plakat-Enthüllungen der Kolleg*innen des DGB Mittelfranken ein großes Presse-Echo erzeugen.



Neben der Veröffentlichung in den sozialen Medien wirbt der DGB Bayern auch auf Großflächen und Litfaßsäulen mit seinen „Tarifpromis“. Foto: DGB Bayern

DER DGB BAYERN BRINGT LICHT INS DUNKEL

Im Rahmen der Kampagne #MitGewerkschaftBesser fanden im Dezember 2020 mit Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen aus den DGB-Regionen und dem Lichtkünstler Michael „Gene“ Aichner bayernweit insgesamt sieben kunstvolle Lichtaktionen statt.

Jeweils nach Einbruch der Dunkelheit brachte Aichner die Gewerkschaftshäuser in Regensburg, Rosenheim, Ingolstadt, Nürnberg, München und Schweinfurt sowie die Stadtbibliothek in Aschaffenburg mit großflächigen Projektionen zum Leuchten. Kernbotschaften waren auch hier die Vorteile einer starken Tarifbindung (u.a. „Mehr Gleichstellung – mit Tarifvertrag!“). Passend zur Jahreszeit hatte



2020 fanden bayernweit vorweihnachtliche Lichtaktionen statt.

die rund 5-minütige Projektion, die ca. eine Stunde in Dauerschleife abgespielt wurde, einen weihnachtlichen Anstrich. Durch die kurzweilige Umsetzung mit (virtuellem) Schneetreiben, herabfallenden Geschenken und einer Christbaumkugel mit DGB-Logos verlor die Projektion auch nach mehrmaligem Ansehen nichts von ihrer Faszination.

Die Lichtaktionen waren ein gelungener Abschluss für ein Jahr, in dem der DGB Bayern pandemiebedingt weitestgehend auf Präsenzveranstaltungen verzichten musste. Aufgrund der hohen Inzidenzwerte rund um Weihnachten haben die DGB-Regionen zwar auf begleitende Aktionen verzichtet, dennoch konnten die Lichtaktionen vor allem dank der Veröffentlichung in den sozialen Medien auch über Bayern hinaus eine hohe Aufmerksamkeit generieren. Im Nachgang erreichten den DGB Bayern diverse Anfragen von verschiedenen DGB-Gliede-



Schöne Bescherung: Das Gewerkschaftshaus in Ingolstadt erstrahlt bei der Lichtaktion des DGB Bayern in neuem Glanz.
Foto: Michael Aichner

rungen und Mitgliedsgewerkschaften, die ähnliche Veranstaltungen durchführen wollten.

Aufgrund der positiven Resonanz waren sich die Kolleg*innen im DGB Bayern sowohl im Bezirk als auch in den DGB-Regionen schnell einig, diese Veranstaltungsform auch im Vorfeld der Bundestagswahl zu nutzen.

Aktionen zur Bundestagswahl 2021

Mit seiner Kampagne zur Bundestagswahl „#Echt-Gerecht – Deine Wahl“ hat der DGB die Parteien aufgefordert, sich für eine bessere, sozialere und sichere Zukunft einzusetzen. Ziel der Kampagne war es, den Wahlkampf zu begleiten, sich für die Interessen von Arbeitnehmer*innen stark zu machen, Dialogformate zwischen Politik und Bürger*innen zu bieten und einen Überblick zu Neuigkeiten rund um die Bundestagswahl zu schaffen. Die Kampagne fand schwerpunktmäßig in den sozialen Medien statt. Hierfür hat die Abteilung Kommunikation im DGB-Bundesvorstand verschiedene „Themenwochen“ geplant und entsprechende Postings vorbereitet, die – teilweise auch mit regionalen Daten versehen – von den DGB-Bezirken und den DGB-Regionen verwendet werden konnten.

Höhepunkte der Kampagne waren die bundesweiten Aktionstage. So fand am 19. Juni der Aktions-

tag des „Bündnis Mietenstopp“ statt. Um seinen wohnungspolitischen Forderungen Nachdruck zu verleihen, hat sich der DGB Bayern in neun bayerischen Städten daran beteiligt.



Die DGB-Kampagne zur Bundestagswahl 2021 wurde verstärkt über die sozialen Medien gespielt.



Wie hier auf dem Rathausplatz in Augsburg haben sich viele Kolleg*innen am bundesweiten Mietenstopp-Aktionstag im Juni 2021 beteiligt. Foto: DGB Schwaben

Am 18. September 2021 haben im Rahmen des bundesweiten Frauen-Aktionstages in ganz Bayern öffentliche Aktionen der DGB-Frauen stattgefunden. Ziel war es, die Wähler*innen auf die gleichstellungs-politischen Positionen der Parteien zur Bundestagswahl aufmerksam zu machen. Frauen sollten dazu aufgefordert werden, ihre Stimme zu nutzen eine



An einem bundesweiten Aktionstag haben die DGB-Frauen auf ihre Forderungen zum Thema Gleichberechtigung aufmerksam gemacht, hier bei einer Fotoaktion am 10. September 2021 bei BMW Regensburg. Foto: DGB Oberpfalz

demokratische Partei zu wählen. Für eine bessere Repräsentation in den Parlamenten haben die Gewerkschafterinnen dazu aufgerufen, insbesondere Frauen zu wählen.



Die kommissarische Vorsitzende Verena Di Pasquale war beim Renten-Pendleraktionstag in Augsburg mit dabei.

Foto: DGB Schwaben

Am 21. September 2021 folgte der bundesweite Renten-Pendleraktionstag für eine starke gesetzliche Rente für heutige und zukünftige Generationen. An über 200 Orten in ganz Deutschland, davon über 40 in Bayern, haben Gewerkschafter*innen Beschäftigte an Bahnhöfen, zentralen Plätzen und in Betrieben unter dem Motto „ECHT GERECHT: Die gesetzliche Rente stärken!“ informiert.



Das Gewerkschaftshaus in Passau leuchtete in den Farben der DGB-Kampagne zur Bundestagswahl 2021.

Foto: Michael Aichner

Neben der Beteiligung an den bundesweiten Aktionstagen hat sich der DGB Bayern in der heißen Phase des Wahlkampfs zusammen mit dem Lichtkünstler Michael „Gene“ Aichner und den DGB-Regionen erneut mit bayernweiten Lichtaktionen Aufmerksamkeit verschafft. Diesmal standen die Projektionen ganz im Zeichen des Kampagnen-Mottos #EchtGerecht. Vom 3. September bis zum 18. September haben insgesamt neun Veranstaltungen stattgefunden. Die Lichtershow war in München im Rahmen des Isarinfests zu sehen, in Passau, Ingolstadt, Rosenheim, Bamberg, Schweinfurt, Nürnberg und Regensburg hat Lichtkünstler „Gene“ Aichner die Gewerkschaftshäuser beleuchtet und in Finsterau war die Show der gelungene Abschluss des Ostbayern-Camps der DGB-Jugend.

„Explodierende Mietpreise: Wie können wir uns Wohnen noch leisten?“



Die 60-minütige Podiumsdiskussion zum Thema Wohnen wurde live im Netz sowie im TV auf ARD alpha ausgestrahlt.

Foto: DGB Bayern

Wie kann der Wohnungsbau angekurbelt werden? Wie kann die Mietpreisspirale gestoppt werden? Wie können wir die Wohnungsnot bekämpfen? Was müssen Bund, Länder und Kommunen jetzt tun? Über mögliche Antworten auf diese Fragen hat im Juli 2019 ein hochkarätig besetztes Podium vor rund 60 Gästen im Münchener Gewerkschaftshaus diskutiert. Neben Simone Burger, Geschäftsführerin der DGB-Region München, nahmen Dr. Uwe Brandl, Prä-



Der DGB Bayern war bei der Menschenkette vom Bundeskanzleramt zum Bundesinnenministerium mit vielen Kolleg*innen vertreten.
Foto: DGB Bayern

sident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Matthias Günther, Wohnungsmarkt-Experte und Vorstand des Pestel Instituts für Systemforschung, Christian Stupka, Experte für Wohnungsbaugenossenschaften, und Beatrix Zurek, Vorsitzende des Landesverbandes Bayern des Deutschen Mieterbundes, an der Diskussion teil.

Simone Burger kritisierte u.a., dass überall bezahlbare Wohnungen – vor allem in Großstädten wie München – fehlen. Hinzu kämen horrende Mietpreisseigerungen, die sich immer mehr Menschen nicht mehr leisten können, und zwar nicht nur in den Ballungszentren, sondern auch in kleineren Städten und Gemeinden. Burger forderte daher, die Mittel für sozialen, bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnungsbau massiv zu erhöhen.

Die Podiumsdiskussion unter dem Titel „Explodierende Mietpreise: Wie können wir uns Wohnen noch leisten?“ hat der DGB Bayern zunächst in Kooperation mit dem Bayerischen Rundfunk organisiert. Der BR ist allerdings von seiner Rolle als Veranstalter wieder zurückgetreten, nachdem der DGB Bayern Uli Henkel, AfD-Landtagsabgeordneter und als Mitglied im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks

vom BR eingeladen, Hausverbot erteilte. Der BR blieb dennoch als Berichterstatter an Bord, so dass die Diskussion als Livestream auf BR24 sowie die rund 60-minütige Aufzeichnung auf ARD alpha ausgestrahlt wurde.

„Wohnen ist Menschenrecht“ – Menschenkette in Berlin

Am 19. September 2019 hat das Bündnis „Wohnen ist Menschenrecht“, das der DGB mitgegründet hat, mit einer Menschenkette vom Bundeskanzleramt zum Bundesinnenministerium die Bundesregierung und vor allem das Innenministerium an seine Verantwortung erinnert. Denn ein Jahr nach dem „Wohngipfel“ der Bundesregierung, dessen Ergebnisse das Bundesinnenministerium noch als „historisch einmalig“ bezeichnet hatte, hat sich beim Bau von mehr bezahlbaren Wohnungen wenig bis nichts getan. Hunderte Menschen, darunter auch Kolleg*innen aus Bayern, haben daher in der Hauptstadt Hand in Hand gegen Mietenwahnsinn und für einen radikalen Kurswechsel in der Wohnpolitik protestiert.

Kommunale Vergabe/ Tariftreue- und Vergabegesetz

Im Rahmen der langfristig angelegten Kampagne zur Stärkung der Tarifbindung in Bayern hat sich der DGB Bayern zum Ziel gesetzt, mit vereinten Kräften für ein Tariftreue- und Vergabegesetz einzutreten. Neben Sachsen ist Bayern das einzige Bundesland, das nicht über ein solches Gesetz verfügt. Der DGB Bayern hat daher mit Unterstützung einer Anwältin für Vergaberecht eine Informationsbroschüre für die interne Arbeit erstellt, die wichtige Informationen zu Möglichkeiten der kommunalen Vergabe bereitstellt (vgl. Kapitel 2.1).



Verena Di Pasquale und Erich Seehars (Mitte), Vorsitzender des DGB-Kreisverbands Eichstätt, bei der Übergabe des Vergabepakats im Rahmen der Maiveranstaltung 2021 in Kösching an den 2. Oberbürgermeister Dieter Betz (links).

Foto: DGB Bayern



Der Nürnberger OB Marcus König (2.v.l.) erhält die DGB-Forderungen für eine faire kommunale Vergabe von Stephan Doll, Regionsgeschäftsführer DGB Mittelfranken.

Foto: DGB Mittelfranken

Einige DGB-Regionen haben den 1. Mai 2021 genutzt, um diesem Thema die notwendige Aufmerksamkeit zu verschaffen. So haben sie bei zahlreichen Maiveranstaltungen Großplakate mit Forderungen für eine faire kommunale Vergabe an die anwesenden Oberbürgermeister*innen übergeben. Weitere öffentlichkeitswirksame Aktionen sollen folgen. Denn: Die Forderung nach einem bayernweiten Tariftreue- und Vergabegesetz wird mit Blick auf die Landtagswahl 2023 einer der zentralen Kernpunkte bleiben.

4.

DGB Bayern intern

4.1 Bezirksvorstand

Der Bezirksvorstand ist das höchste beschlussfassende Gremium des DGB Bayern außerhalb der Bezirkskonferenzen. Er besteht aus den Spitzen der acht bayerischen DGB-Mitgliedsgewerkschaften, dem Geschäftsführenden Vorstand des DGB Bayern sowie einer Vertreterin des Bezirksfrauenausschusses und einer Vertreterin/eines Vertreters des Bezirkjugendausschusses. Die acht DGB-Regionsgeschäftsführer*innen sowie die Revisor*innen nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen teil.

Die Sitzungen des DGB-Bezirksvorstandes finden jeweils am dritten Dienstag im Monat statt. Aufgrund der Ferienzeit in Bayern von dieser Regel ausgenommen ist der Monat August; dieser bleibt sitzungsfrei. Im Berichtszeitraum Oktober 2017 bis September 2021 haben 45 Ordentliche Sitzungen unter reger Beteiligung der Ordentlichen und stellvertretenden Vorstandsmitglieder stattgefunden (vgl. Kapitel 6.2).

Traditionell informiert der Geschäftsführende Vorstand unter dem Tagesordnungspunkt „Aktuelle

Lage“ über Aktivitäten, Veranstaltungen, Aktionen und Beschlüsse im Zeitraum zwischen den Vorstandssitzungen und gibt einen Überblick über aktuelle Themen und Ereignisse. Unter dem Tagesordnungspunkt „Aktuelles aus den Gewerkschaften“ berichten die Vertreter*innen der bayerischen Gewerkschaften ihrerseits regelmäßig über anstehende Tarifrunden, Tarifabschlüsse und andere Themen aus ihren Bereichen.

Zu den satzungsgemäßen Aufgaben des DGB-Bezirksvorstandes gehören u. a. die Listenaufstellung für die Sozialwahlen sowie die Benennung der Vertreter*innen in den Berufsbildungsausschüssen und den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsagenturen. Der Regionalleiter der DGB Rechtsschutz GmbH Stephan Sartoris berichtet einmal pro Jahr über die Entwicklung der Arbeits- und Sozialrechtsfälle in Bayern. Ziel ist es, die ohnehin gute Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und dem Rechtsschutz weiter auszubauen und zu vertiefen.

An den DGB-Bezirksvorstandssitzungen nimmt in der Regel zweimal jährlich Elke Hannack, stellvertretende Vorsitzende des DGB-Bundesvorstandes und „Patin“ des DGB-Bezirks Bayern, teil, um über Aktuelles aus der Bundespolitik zu berichten.



Sitzung des Bezirksvorstandes im Februar 2018 mit der damaligen Landesvorsitzenden der BayernSPD Natascha Kohnen.
Foto: DGB Bayern

Am 18. Mai 2021 hat der bayerische DGB-Vorsitzende Matthias Jena sein Amt aus gesundheitlichen Gründen mit sofortiger Wirkung niedergelegt. Daraufhin hat die bisherige stellvertretende Vorsitzende Verena Di Pasquale die Aufgaben des Vorsitzenden kommissarisch übernommen.

Am 29. Juni 2021 verstarb Matthias Jena im Alter von 60 Jahren nach schwerer Krankheit. In einer Gedenkminute im Rahmen der DGB-Bezirksvorstandssitzung am 20. Juli 2021 nahmen die Vorstandsmitglieder Abschied und erwiesen Matthias Jena die letzte Ehre.

Die Jahre 2020 und 2021 waren von der Corona-Pandemie geprägt. Unzählige Diskussionen und Gespräche fanden dazu in den Sitzungen des DGB-Bezirksvorstandes statt, die anfangs noch als Telefonkonferenzen und später virtuell über MS Teams durchgeführt wurden.

Auf die Teilnahme von externen Referent*innen sowie Gesprächspartner*innen aus Politik, Organisationen und Verbänden legt der DGB-Bezirksvorstand großen Wert. Dabei werden die Positionen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften verdeutlicht und ausgeführt. Durch die Auswahl der Referent*innen zu den unterschiedlichsten Themenbereichen kommt es zu einem lebhaften Austausch und Informationsfluss. Die Ergebnisse und sachkundigen Beiträge werden in die weiteren Beratungen aufgenommen.

Selbstverständlich kommt es bei der Vielzahl an Themen und Aktionen manchmal vor, dass Vorstandsmitglieder auch unterschiedliche Meinungen vertreten. In der Öffentlichkeit tritt der DGB-Bezirksvorstand allerdings stets geschlossen auf und hat dabei das gemeinsame Ziel vor Augen, erfolgreich für die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder einzutreten.

EINE AUSWAHL DER REFERENT*INNEN UND GÄSTE IM BEZIRKSVORSTAND

■ Mit Vertreter*innen von Bündnis90/Die Grünen blickte im Oktober 2017 der Bezirksvorstand zurück auf die Bundestagswahl und themisierte mögliche Koalitionsverhandlungen sowie die bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern.



Vertreter*innen der Bayerischen Staatsregierung sind regelmäßig im Bezirksvorstand zu Gast, hier die damalige Arbeits- und Sozialministerin Kerstin Schreyer in der Sitzung im Februar 2019. Foto: DGB Bayern

- Im Februar 2018 war Natascha Kohnen, Landesvorsitzende der BayernSPD und stellvertretende SPD-Vorsitzende, zu Gast im Münchener Gewerkschaftshaus. Die Themen: Positionierung der bayerischen SPD zur Landtagswahl und Stand der Koalitionsverhandlungen in Berlin.
- Im April 2018 referierte Ralf Holtzwart, Vorsitzender der Geschäftsführung der BA, Regionaldirektion Bayern, über die Arbeitsmarktlage in Bayern und die Zukunft der beruflichen Weiterbildung.
- Zur Tarifflucht in Bayern informierten in der Sitzung im Mai 2018 Prof. Dr. Thorsten Schulten sowie Dr. Reinhard Bispinck vom WSI-Tarifarchiv.
- Prof. Dr. Thomas Petri, Bayerischer Landesbeauftragter für den Datenschutz, machte im Juni 2018 seine Sicht auf das Polizeiaufgabengesetz deutlich.
- Im Juli 2018 nahm Markus Blume, Generalsekretär der CSU, zu den Themen Wirtschaft und Arbeit der Zukunft teil.
- Im Februar 2019 diskutierte der DGB-Bezirksvorstand mit der damaligen Bayerischen Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Kerstin Schreyer über die Themen Arbeitsmarktpolitik, Tariftreue, zunehmende Armut in Bayern und Bayerisches Gleichstellungsgesetz.
- Im März 2019 war Wolfgang Anlauft, ffw Gesellschaft für Personal- und Organisationsentwicklung, zu den Themen Weiterbildungspakt und Möglichkeiten der Weiterbildungskoordinator*innen zu Gast im DGB-Bezirksvorstand.
- Dr. Ludwig Spaenle, Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, nahm an der Sitzung des



Mit dem damaligen Minister für Wohnen, Bau und Verkehr Hans Reichhart wurde im Oktober 2019 die künftige Wohnungsbaupolitik diskutiert. Foto: DGB Bayern

DGB-Bezirksvorstandes im Mai 2019 teil. Das Positionspapier „DGB Bayern gegen Antisemitismus“ war hierbei Inhalt des Gesprächs.

- Peter Eder, ÖGB-Landesvorsitzender Salzburg und Präsident der Arbeiterkammer Salzburg, informierte im Juli 2019 über den Rechtsruck in Europa sowie über Änderungen im Arbeitsrecht und die Angriffe auf die Sozialversicherung in Österreich.
- „Rechtspopulismus und Gewerkschaften – Eine arbeitsweltliche Spurensuche“ war das Thema beim Gespräch mit Prof. Dr. Dieter Sauer, ISF Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung Mün-

chen, und Dr. Ursula Stöger, Uni Augsburg/ISF München, im September 2019.

- Im Gespräch mit dem damaligen Bayerischen Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr Dr. Hans Reichhart wurde im Oktober 2019 über die künftige Wohnungsbaupolitik diskutiert.
- Robert Zucker, Geschäftsführer des Centrums für Prävention der Klinik Höhenried gGmbH der DRV Bayern Süd, referierte im November 2019 zum Thema Prävention.
- In seinem Bericht im Januar 2020 ging Ralf Holtzwart, Vorsitzender der Geschäftsführung der BA, Regionaldirektion Bayern, auf folgende Themen ein: aktuelle Arbeitsmarktlage in Bayern, Auswirkungen des „Brexit“ auf Bayern und den bayerischen Arbeitsmarkt sowie Weiterbildung (Umsetzung des Qualifizierungschancengesetzes, Lebensbegleitende Berufsberatung (LBB), Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0). In der Juni-Sitzung 2020 gab er einen Überblick zum Arbeitsmarkt und den Themen Kurzarbeit und Ausbildungsmarkt.
- Robert Feiger, Bundesvorsitzender der IG BAU, informierte im Juli 2020 ausführlich über die Mindestlohnkommission.
- Der Weiterbildungspakt war im September 2020 erneut Thema im Gespräch mit Wolfgang Anlauf,



Der Bezirksvorstand des DGB Bayern beteiligt sich an einer Soli-Aktion mit dem Lidl-Betriebsrat Aytekin Erayabakan. Foto: DGB Bayern

Geschäftsführer ffw Gesellschaft für Personal und Organisationsentwicklung.

■ In der Zeit von Oktober 2020 bis Juli 2021 waren die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen von CSU, SPD, Freien Wählern, FDP und von Bündnis 90/ Die Grünen zu folgenden Themen zu Gast im DGB-Bezirksvorstand:

- Tarifbindung, Tariftreue- und Vergabegesetz
- Armut in Bayern; Niedriglohn – Einschätzungen und Initiativen, Anhebung Minijob-Grenze
- Corona-Krise: Belebung der Innenstädte – besondere Betroffenheit von Frauen – Demokratie und Beteiligung des Landtags

- Ladenöffnungszeiten – Sonntagsarbeit
- Schlachthöfe: Werkverträge und Leiharbeit, gute Arbeit
- Vereinbarung Grenzgänger*innen
- Weiterbildung/Qualifizierung; substantielle Aufstockung Arbeitsmarktfonds
- Novellierung Hochschulrahmengesetz
- Bildungszeitgesetz

Mitglieder des DGB-Bezirksvorstandes		
	Oktober 2017	September 2021
DGB 	Matthias Jena (bis 05/2021)	
DGB 	Verena Di Pasquale	Verena Di Pasquale
IG BAU 	Karl Bauer	Karl Bauer
IG BCE 	Seppel Kraus (bis 10/2018)	Beate Rohrig
EVG 	Frank Hauenstein (bis 05/2018)	Harald Hammer
GEW 	Anton Salzbrunn (bis 12/2020)	Martina Borgendale
GdP 	Peter Schall (bis 11/2020)	Peter Pytlik
IG Metall 	Jürgen Wechsler (bis 10/2018)	Johann Horn
NGG 	Freddy Adjan (bis 11/2018)	Mustafa Öz
ver.di 	Luise Klemens	Luise Klemens

Vertreter*innen der Personengruppen Frauen und Jugend		
	Oktober 2017	September 2021
Frauen	Christiane Kern (bis 12/2019)	Bettina Messinger
Jugend	Ben Pulz (bis 01/2019)	Katharina Heymann

4.2

Geschäftsführender Bezirksvorstand und Abteilungen der Bezirksverwaltung

Stand: September 2021

Geschäftsführender Bezirksvorstand		
Funktion		Name
DGB-Bezirksvorsitzender (bis 05/2021)		Matthias Jena Assistentin: Christine Meyer Fahrer: Werner Eberl
Kommissarische DGB-Vorsitzende (ab 05/2021) Stellvertretende DGB-Bezirksvorsitzende (bis 05/2021)		Verena Di Pasquale Assistentin: Sabine De Silva

Abteilungen		
Aufgabengebiet		Name
Grundsatz, Gesellschaftspolitik		Robert Günthner Assistentin: Michaela Maier
Politische Planung und Koordination, Berufliche Bildung		Katharina Joho Assistentin Politische Planung und Koordination: Michaela Maier Assistentin Berufliche Bildung: Ivanka Smajlovic
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit		Herbert Hartinger Assistentin: Nadine Merkl

Onlinedaktion und Kampagnenmanagement		Benedikt Kopera
Frauen- und Gleichstellungspolitik, Organisation		Martha Bülesbach Assistentin: Lidia Andric
Sozial- und Arbeitsmarktpolitik		David Schmitt Assistentin: Nelya Nimko
Wirtschaftspolitik, Handwerk		Ludwig Maier Assistentin: Susanne Berndl
Öffentlicher Dienst, Beamte, Personal		Astrid Backmann Assistentin ÖD/Beamte: Susanne Berndl Sachbearbeitung Personal: Sabine De Silva
Bildung und Gesundheit		Daniel Fritsch Assistentin: Ivanka Smajlovic
Jugend und Jugendpolitik		Svenja Thelen Anja Klingner, Magdalena Siebert Assistentin: Marijana Bordage
Jugendsekretariate	München Nürnberg/ Mittelfranken Schwaben Oberbayern Oberpfalz Niederbayern Unterfranken Oberfranken	Kristofer Herbers Denise Kießling Frederik Hintermayr Simone Stefan Andrea Huber Martin Birkner Anna-Katrin Guck (in Elternzeit) Vertretung: Hendrik Torner Paul Hummer

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit
(Sitz in Weiden)



Petr Arnican
Assistentin: Friederike Kuhn

Finanzen, Controlling und Verwaltung



Regina Brunner
Sachbearbeitung: Monika Ploder,
Andrea Schuhn, Elena Grohmann

PC-Administration und Datenverarbeitung

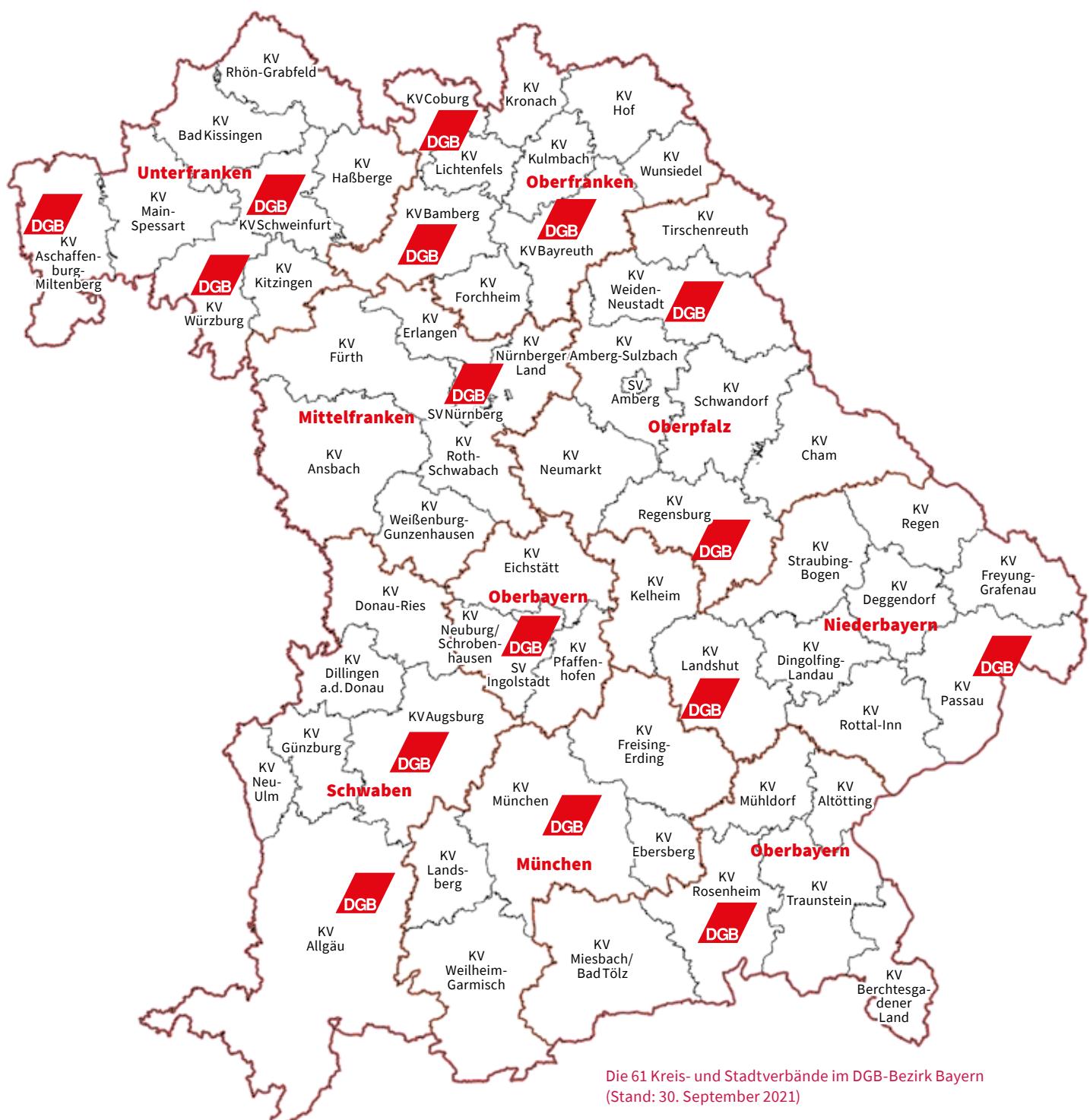


Karl-Heinz Schmidt

Foto Benedikt Kopera: Ingrid Theis
Restliche Fotos: Kerstin Groh

4.3 DGB-Kreis- und Stadtverbände

Die DGB-Kreis- und Stadtverbände sind die ehrenamtliche Satzungsebene des DGB und seiner acht Mitgliedsgewerkschaften. Der DGB Bayern ist mit 61 Kreis- und Stadtverbänden (Stand 30.09.2021) flächendeckend in den Kommunen präsent. Aktuell engagieren sich mehr als 900 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in den Kreis- und Stadtverbänden des DGB Bayern.



Im Berichtszeitraum hat es zwei Zusammenschlüsse von Kreis- und Stadtverbänden gegeben. Der Kreisverband Bad Kissingen schloss sich zum 1. August 2018 mit dem Kreisverband Rhön-Grabfeld zusammen. Zudem wurde in der Bezirksvorstandssitzung im Juli 2021 die Fusion der Kreisverbände in Hof und Wunsiedel beschlossen. Dagegen ist es dank der kontinuierlichen Arbeit von zahlreichen ehrenamtlich Aktiven vor Ort gelungen, den mit Miesbach fusionierten DGB-Kreisverband Bad Tölz wiederzubeleben. Deshalb sollen der fusionierte DGB-Kreisverband Miesbach-Bad Tölz aufgelöst und zwei eigenständige DGB-Kreisverbände Miesbach und Bad Tölz/Wolfratshausen eingerichtet werden. Somit wird die Präsenz vor Ort weiter erhöht.

Das Ziel der im DGB vertretenen Gewerkschaften ist, dass die ehrenamtliche Arbeit auf kommunaler Ebene gestärkt und die gewerkschaftlichen Themen und Interessen von Arbeitnehmer*innen gegenüber politischen und gesellschaftlichen Akteur*innen in



2021 hat der DGB Bayern eine Broschüre über die Arbeit der KV/SV veröffentlicht.

den Kommunen sowie in der lokalen Öffentlichkeit vertreten werden.

Die Konzentration auf die kommunale und regionale Ebene stärkt den DGB und die Gewerkschaften auf dieser Ebene. Das ist besonders in Bayern mit starken Kommunen und kommunalen Mandatsträger*innen von Bedeutung. Kurz gesagt: Kreis- und Stadtverbände nehmen vor Ort Einfluss, also dort, wo die Beschäftigten und Gewerkschaftsmitglieder leben, wohnen und arbeiten.

Unterstützt werden die ehrenamtlichen Vorsitzenden und Vorstände der Kreis- und Stadtverbände durch die hauptamtliche Struktur in den Regionsbüros. Die Kreis- und Stadtverbände können so für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften vor Ort wichtige Aufgaben wahrnehmen:

- Sie vertreten die Interessen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften auf der kommunalen Ebene.
- Sie formulieren Vorschläge, Stellungnahmen und Forderungen zu örtlichen und regionalen Fragen.
- Sie setzen Beschlüsse der Bundesebene und des Bezirks vor Ort in eigener Verantwortung um.
- Sie betreiben für den DGB vor Ort Öffentlichkeitsarbeit.

Ehrenamtskonferenzen

Seit 2006 findet jährlich im Oktober die Konferenz der ehrenamtlich Aktiven in Bayern statt, an der in der Regel ca. 150 Ehrenamtliche aus den Kreis- und Stadtverbänden und den DGB-Gremien aus ganz Bayern teilnehmen.

Im zurückliegenden Berichtszeitraum war 2017 die Auswertung der Bundestagswahlen das zentrale Thema des Austausches. Im Jahr darauf befassten sich die Ehrenamtlichen mit der bevorstehenden Landtagswahl. Auch die DGB-Forderungen für eine stabile Rentenpolitik wurden thematisiert. Nicht zuletzt fiel bei dieser Konferenz auch der Startschuss für den erfolgreichen DGB-Zukunftsdialog in Bayern.



Die jährliche Konferenz der Ehrenamtlichen der Kreis- und Stadtverbände ist ein Highlight im Kalender des DGB Bayern.
Foto: DGB Bayern



Die Konferenz bietet den ehrenamtlich Aktiven die Möglichkeit, sich zu wichtigen aktuellen Themen auszutauschen.
Foto: DGB Bayern

Bei der 13. Ehrenamtskonferenz 2019 wurden die Schwerpunkte des DGB für die bevorstehenden Kommunalwahlen diskutiert. Im Rahmen des Zukunftsdialogs startete das zweite inhaltliche Schwerpunktthema „Tarifbindung“. Im Jahr 2020 machte die Corona-Pandemie der Konferenz einen Strich durch die Rechnung. Dafür ist es im Juni 2021 gelungen, eine digitale Arbeitskonferenz mit den 61 Kreis- und Stadtverbänden durchzuführen, um über die Schwerpunkte der Jahresplanung zu sprechen. Da die Teilnehmenden in dieser Konferenz verstärkt den Wunsch nach hybriden Angeboten geäußert haben, wird die nächste Konferenz der Ehrenamtlichen im Oktober 2021 in einer hybriden Form angeboten.

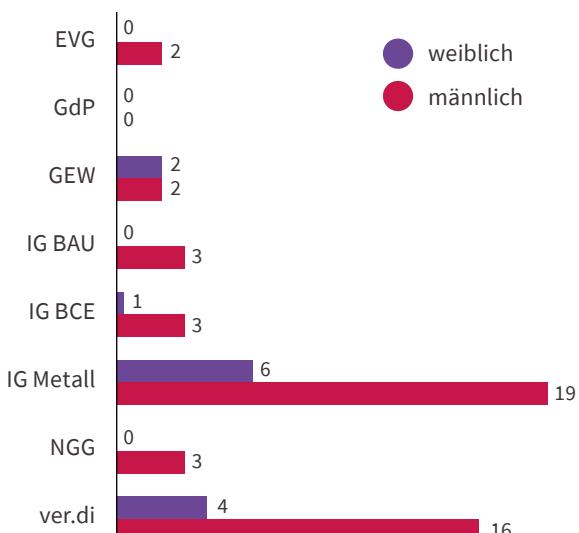
Evaluation der Kreis- und Stadtverbände

Bis zum DGB-Bundeskongress 2014 hatte der DGB den Aufbau seiner dritten Satzungsebene, den Kreis- und Stadtverbänden, weitgehend abgeschlossen. Zusammen mit den Mitgliedsgewerkschaften und den DGB-Bezirken wurde im Rahmen eines Projektes ab 2016 die Arbeit der Kreis- und Stadtverbände in einem Analyseprozess überprüft. Das Projekt umfasste die Erhebung von quantitativen Daten zur Zusammensetzung der Verbände sowie eine qualitative Befragung und Auswertung ihrer Arbeit mittels Methoden der Sozialforschung.

FOLGENDE HANDLUNGSFELDER WURDEN DABEI IDENTIFIZIERT:

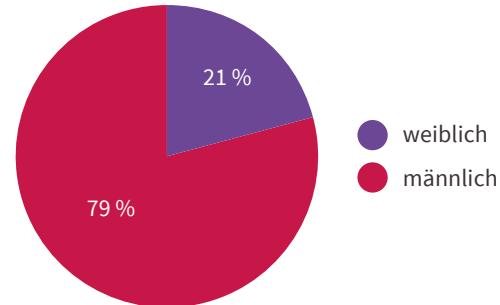
- Die Kreis- und Stadtverbände als bedeutsamer zivilgesellschaftlicher Akteur für Demokratie und Mitbestimmung
- inhaltliche Schwerpunktsetzung
- gemeinsame gewerkschaftliche Aufgaben des Bundes
- Kampagnen- und Projektarbeit/Arbeitsformen
- Interessenvertretung
- Öffentlichkeitsarbeit und Medienpräsenz
- organisatorische und politische Unterstützung durch hauptamtliche Ebenen
- Motivation der ehrenamtlich Aktiven

Gewerkschaftszugehörigkeit KV/SV-Vorsitzende – Bayern (Stand: 30.09.2021)

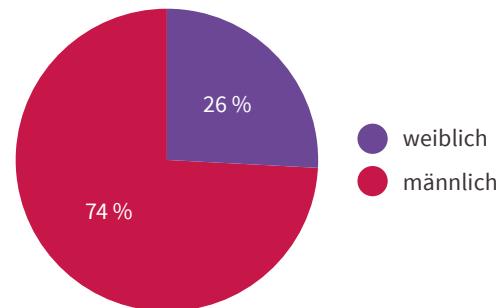


Im Ergebnis wurde deutlich, dass die Motivation der ehrenamtlich Aktiven in der Regel einer jahre- bzw. Jahrzehntelangen Verbundenheit zur Gewerkschaft und ihren Anliegen und Zielen entspringt. Das Engagement entsteht aus sozialer und politischer Verantwortung für das Gemeinwesen. Dies ist ein nicht zu unterschätzendes Potenzial für die gewerkschaftliche Arbeit. Nach groben Schätzungen engagieren sich bundesweit etwa 4.000 bis 5.000 Kolleg*innen mehr oder weniger kontinuierlich ehrenamtlich im DGB vor Ort. Hier liegt allerdings eine deutliche Geschlechterdifferenz vor. Nur wenige Frauen finden ihren Platz in den Vorständen der Kreis- und Stadtverbände (bundesweit nur rund 18-20 Prozent). Auch jungen Gewerkschafter*innen fällt es offensichtlich schwer, vor Ort mitzuarbeiten. Die Altersgruppe der über 50-Jährigen ist stark überrepräsentiert. Daraus ergibt sich die größte Herausforderung für die Aufrechterhaltung dieser Gremien als wichtige Satzungsebene des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften. Ein Verlust tatsächlich aktiver Kreis- und Stadtverbände ist absehbar, wenn es nicht gelingt, eine stärkere Verzahnung Aktiver in Betrieben mit den DGB-Strukturen zu erreichen.

**Geschlechterverteilung
KV/SV-Vorsitzende – Bayern (Stand: 30.09.2021)**



**Geschlechterverteilung
KV/SV gesamt – Bayern (Stand: 30.09.2021)**



Die Kreis- und Stadtverbände des DGB Bayern (Stand: 30.09.2021)			
DGB-Region	Kreis- und Stadtverband	Vorsitzende*r	Gewerkschaft
Mittelfranken	KV Ansbach	Sylke Priebe-Czadzeck	ver.di
Mittelfranken	KV Erlangen	Wolfgang Niclas	IG Metall
Mittelfranken	KV Fürth	Ruth Brenner	GEW
Mittelfranken	KV Nürnberger Land	René Wiedmann	ver.di
Mittelfranken	SV Nürnberg	Stephan Doll	DGB
Mittelfranken	KV Roth-Schwabach	Hans Tänzer	IG Metall
Mittelfranken	KV Weißenburg-Gunzenhausen	Willi Ruppert	IG Metall
München	KV Ebersberg	Eva-Maria Volland	GEW
München	KV Freising-Erding	Dr. Guido Hoyer	GEW
München	KV Landsberg	Roman Filgertshofer Kristine Dertinger (bis 10/2018)	ver.di IG BAU
München	KV München	Simone Burger	DGB
München	KV Weilheim-Garmisch	Manfred Unger	IG Metall
Niederbayern	KV Deggendorf	Thomas Müller	IG BCE
Niederbayern	KV Dingolfing-Landau	Manuel Wagner	IG Metall
Niederbayern	KV Freyung-Grafenau	Angelika Alder	IG Metall
Niederbayern	KV Kelheim	Wilhelm Dürr	IG Metall
Niederbayern	KV Landshut	Anja Wessely	DGB
Niederbayern	KV Passau	David Tabach	IG BAU
Niederbayern	KV Regen	Thomas Kaehler	ver.di
Niederbayern	KV Rottal-Inn	Thomas Asböck	IG Metall
Niederbayern	KV Straubing-Bogen	Hans Jungtäubl	ver.di
Oberbayern	KV Altötting	Jasmin Geltinger	ver.di
Oberbayern	KV Berchtesgadener Land	Dieter Schaefer	ver.di
Oberbayern	KV Eichstätt	Erich Seehars	IG Metall
Oberbayern	SV Ingolstadt	Bernhard Stiedl	IG Metall
Oberbayern	KV Miesbach/ Bad Tölz	Rudolf Fertl	IG BCE
Oberbayern	KV Mühldorf	Richard Fischer	IG BAU
Oberbayern	KV Neuburg/Schrobenhausen	Bernhard Dausend	IG BCE
Oberbayern	KV Pfaffenhofen	Roland Dörfler	ver.di
Oberbayern	KV/SV Rosenheim	Manuel Halbmaier Ingrid Meindl-Winkler (bis 06/2021)	NGG ver.di
Oberbayern	KV Traunstein	Hans Gandler	ver.di
Oberfranken	KV Bamberg	Mathias Eckardt	DGB
Oberfranken	KV Bayreuth	Tina Schramm	IG Metall
Oberfranken	KV Coburg	Stephan Bühling	IG BAU
Oberfranken	KV Forchheim	Thorsten Okrent	NGG
Oberfranken	KV Hof	Bernd Köhler	ver.di
Oberfranken	KV Kronach	Wolfgang Schmitt	ver.di
Oberfranken	KV Kulmbach	Detlef Ramming	NGG

DGB-Region	Kreis- und Stadtverband	Vorsitzende*r	Gewerkschaft
Oberfranken	KV Lichtenfels	Heinz Gärtner	IG Metall
Oberfranken	KV Wunsiedel	Christine Feig-Kirschneck	IG Metall
Oberpfalz	KV Amberg-Sulzbach	Wolfgang Berndt	IG Metall
Oberpfalz	SV Amberg	Bernhard Wallner	IG Metall
Oberpfalz	KV Cham	Robert Mückl Werner Schwarzbach (bis 07/2021)	ver.di ver.di
Oberpfalz	KV Neumarkt	Olga Redda Michael Meyer (bis 07/2021)	IG Metall IG BAU
Oberpfalz	KV Regensburg	Christian Dietl	DGB
Oberpfalz	KV Schwandorf	Wolfgang Kurzendorfer	ver.di
Oberpfalz	KV Tirschenreuth	Achim Schraml Klaus Schuster (bis 07/2021)	EVG GdP
Oberpfalz	KV Weiden-Neustadt	Josef Bock	IG Metall
Schwaben	KV Allgäu	Ludwin Debong	DGB
Schwaben	KV Augsburg	Silke Klos-Pöllinger	DGB
Schwaben	KV Dillingen a.d. Donau	Antonie Schiefnetter	IG Metall
Schwaben	KV Donau-Ries	Wolfgang Peitzsch	DGB
Schwaben	KV Günzburg	Werner Gloning	ver.di
Schwaben	KV Neu-Ulm	Elmar Heim	IG Metall
Unterfranken	KV Aschaffenburg-Miltenberg	Björn Wortmann	DGB
Unterfranken	KV Bad Kissingen / Rhön-Grabfeld	Gerhard Klamet	IG Metall
Unterfranken	KV Haßberge	Sandy Koppitz	IG Metall
Unterfranken	KV Kitzingen	Stefan Belik Sebastian Braun (bis 07/2021)	IG Metall IG Metall
Unterfranken	KV Main-Spessart	Stefan Rümmer	IG Metall
Unterfranken	KV Schweinfurt	Martin Schmidl	ver.di
Unterfranken	KV Würzburg	Karin Dauer	ver.di

4.4 Organisation

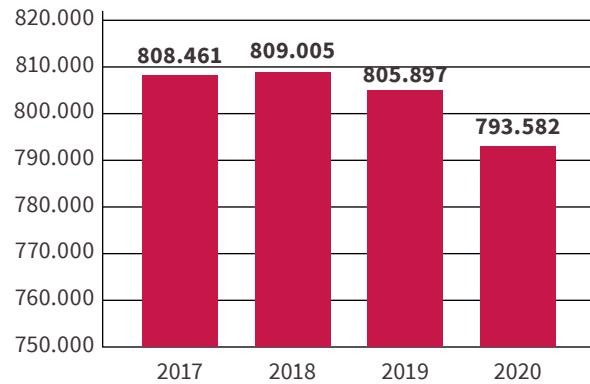
Bedingt durch die Pandemie gab es 2020 auch beim Frauenanteil leichte Verluste in der Gesamtsumme. Die Gewerkschaften GEW, GdP und EVG haben 2020 jedoch Frauen hinzugewonnen.

Mitgliederentwicklung im DGB Bayern 2017–2020

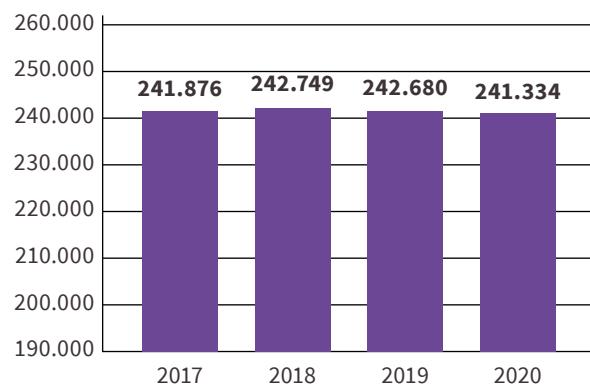
Von einem starken Mitgliederschwund, wie ihn viele andere Organisationen seit Jahren erleben, kann beim DGB Bayern grundsätzlich keine Rede sein. Stattdessen ist die Mitgliederzahl in Bayern in den ersten Jahren des Berichtszeitraums relativ konstant geblieben. Allerdings hat die Corona-Pandemie auch in Bayern ihre Spuren hinterlassen, wenn auch geringer als auf Bundesebene. Durch die Pandemie war der direkte Austausch mit den Beschäftigten für die Gewerkschaften kaum oder nur unter erschweren Bedingungen möglich. Auch öffentlichkeitswirksame Demonstrationen auf der Straße und Streiks konnten lange Zeit nicht wie gewohnt stattfinden.

Dennoch zeigt die Zahl von aktuell knapp 800.000 Mitgliedern in Bayern, dass gewerkschaftliche Werte wie Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz nach wie vor über alle Generationen hinweg attraktiv und sinnstiftend sind. Die bayerischen Gewerkschaften verfügen über eine starke Basis, um weiterhin als starke Stimme für die Arbeitnehmer*innen aufzutreten und sich für deren Interessen einzusetzen.

Anzahl Mitglieder DGB Bayern – Gesamt



Anzahl Mitglieder DGB Bayern – Frauen



Mitglieder in den DGB-Gewerkschaften in Bayern 2020

Gewerkschaft	Männlich	Weiblich	Gesamt	in % aller Gewerkschaftsmitglieder in Bayern	Mitglieder bis inkl. 27 Jahre
IG BAU	26.203	6.101	32.304	4,1	2.237
IG BCE	53.045	19.481	72.526	9,1	9.606
GEW	3.693	8.007	11.700	1,5	957
IG Metall	297.499	75.025	372.524	46,9	51.034
NGG	18.259	10.675	28.934	3,7	2.615
GdP	12.259	3.800	16.059	2	3.518
EVG	25.877	6.018	31.895	4	3.732
ver.di	115.413	112.227	227.640	28,7	15.576
DGB gesamt	552.248	241.334	793.582	100	89.275
	69,59 %	30,41 %			11,25 %



Die Kisten sind gepackt: Im November 2020 verabschiedet sich der DGB Bayern aus dem Gewerkschaftshaus in der Schwanthalerstraße. Foto: DGB Bayern



Der DGB Bayern zieht um

Bis November 2020 war das Gewerkschaftshaus in der Schwanthalerstraße mehr als 60 Jahre lang das Zentrum gewerkschaftlichen Lebens in München und Bayern. Anfang 2021 wurde mit dem Abriss des historischen Gebäudes begonnen, damit in den kommenden Jahren an gleicher Stelle ein Neubau entstehen kann. Für die Dauer der Bauarbeiten hat der DGB Bayern ein Ausweichquartier im Münchner Osten bezogen.



Bis zur Fertigstellung des Neubaus befindet sich das Ausweichquartier in der Neumarkter Straße 22. Foto: DGB Bayern



Das Gewerkschaftshaus war mehr als 60 Jahre lang das Zentrum gewerkschaftlichen Lebens in München und Bayern. Foto: DGB Bayern

4.5 Personal

Für den gesamten DGB liegt die Personalzuständigkeit beim Bundesvorstand. Die konkrete Personalarbeit, z.B. Personalplanung, Stellenausschreibungen und die Beteiligung des Betriebsrates, werden durch den DGB-Bezirk Bayern geleistet. Im DGB Bayern sind insgesamt 94 Mitarbeiter*innen (inklusive Elternzeitvertretungen) beschäftigt (Stand September 2021).

Die Struktur der Betriebsräte*innen ist davon abweichend geregelt. So gibt es sowohl in den DGB-Bezirken als auch in der Bundesvorstandsverwaltung jeweils einen Betriebsrat und zusätzlich einen Gesamtbetriebsrat für die gesamte Bundesebene.

Stellenplan

Aufbauend auf den Ergebnissen der „Arbeitsgruppe Qualitäts- und Aufgabenüberprüfung“ (AQuA) des DGB-Bundesvorstandes wurde in der Vergangenheit eine neue Stellenzuteilung für die Bezirke und die Bundesvorstandsverwaltung entwickelt. Ebenso wurden neue Stellenpläne erarbeitet, an denen sich auch heute noch der Stellenplan des DGB Bayern orientiert. Alle Regionen haben die gleiche Personalausstattung. Eventuelle Abweichungen ergeben sich aus regionalen öffentlichen Jugendmitteln.

Beschäftigtentagung

Seit 2011 veranstaltet der DGB Bayern eine Tagung mit allen Beschäftigten, die seit 2012 im Zweijahres-Rhythmus stattfindet. Ziel ist es, alle Beschäftigten in die Arbeit und die Diskussionen des DGB Bayern einzubinden.



Die Beschäftigten des DGB Bayern im Rahmen des Betriebsausflugs nach Salzburg im Mai 2019. Foto: DGB Bayern

Die Beschäftigtentagungen dienen sowohl dem Austausch über aktuelle politische Entwicklungen und ihre Auswirkungen auf die Arbeit des DGB und der Gewerkschaften als auch der Diskussion über Entwicklungen innerhalb des DGB. Im Berichtszeitraum konnte nur die Beschäftigtentagung 2018 stattfinden. Themen waren hier, neben dem Umgang im DGB Bayern mit den Ergebnissen der Gefährdungsbeurteilung psychische Belastung, auch die Geschichte der Einheitsgewerkschaft und die Aktionen des DGB Bayern zur Landtagswahl 2018. Die geplante Tagung 2020 musste aufgrund von Corona leider entfallen.

Weiterbildung/Ausbildung

Das Weiterbildungsangebot des DGB-Bundesvorstands wird regelmäßig überarbeitet und an veränderte Anforderungen angepasst; es wird von den Beschäftigten gut angenommen. Auch das Angebot, individuelle Weiterbildungen bei externen Trägern mit Bildungsurlaub und einer finanziellen Unterstützung zu fördern, wird genutzt. Gleichzeitig werden Beschäftigte bei der Übernahme neuer Aufgaben unterstützt und zusätzliche Qualifizierungen ermöglicht.

Darüber hinaus werden Coachings und die Möglichkeit von externen Moderator*innen, z.B. für neue Führungskräfte oder für Teamfindungs- oder Planungsklausuren, angeboten und auch nachgefragt.

In der DGB-Region Mittelfranken wird regelmäßig eine Kauffrau/ein Kaufmann für Bürokommunikation ausgebildet. Die Ausbildung findet im Verbund statt, um alle Bereiche der Ausbildung abdecken zu können. Weitere Ausbildungskapazitäten im DGB Bayern werden derzeit geprüft.



Der Betriebsrat des DGB Bayern in der Wahlperiode 2018-2022:
v.l.n.r. Ludwin Debong, Christian De Lapuente, Christian Dietl,
Monika Ploder, Andrea Schuhn

Betriebsrat

Die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat verlief auch in diesem Berichtszeitraum wieder konstruktiv und auf einer vertrauensvollen Basis. Anstehende Vorstellungsgespräche finden regelmäßig unter Beteiligung des Betriebsrates statt. Über personelle Maßnahmen wird der Betriebsrat frühzeitig informiert und daran beteiligt. Darüber hinaus werden in regelmäßigen Gesprächen und auf der jährlich stattfindenden Klausur des Betriebsrates die personellen und organisatorischen Planungen und Überlegungen des Geschäftsführenden Bezirksvorstandes diskutiert. Bei den regelmäßigen Betriebsversammlungen steht der Geschäftsführende Bezirksvorstand für die erforderliche Berichterstattung zur Verfügung.

Der Betriebsrat besteht aus fünf Mitgliedern. Vorsitzender des Betriebsrates ist Ludwin Debong. Er ist zudem stellvertretender Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates. Im Gesamtbetriebsrat wird der bayrische Betriebsrat zusätzlich durch Monika Ploder vertreten.

Schwerbehindertenvertretung

Erstmals waren 2021 beim DGB Bayern die Voraussetzungen erfüllt, um eine eigene Schwerbehindertenvertretung zu wählen. Im März 2021 wurde Peter Hofmann, Organisationssekretär in der DGB-Region Oberpfalz, als Vertrauensperson für die Schwerbehinderten im DGB Bayern gewählt.

Personalübersicht DGB Bayern (Stand September 2021)						
Beschäftigte Voll- und Teilzeit	Beginn der Berichtszeit 2017	Davon weiblich	Davon männlich	Ende der Berichtszeit 2021	Davon weiblich	Davon männlich
Hauptamtliche Bezirksvorstandsmitglieder	2	1	1	1	1	0
Regionsgeschäftsführer*innen	8	2	6	8	2	6
Abteilungsleiter*innen in der Bezirksverwaltung	10	4	6	12	5	7
Referatssekretär*innen in der Bezirksverwaltung	2	2	0	2	2	0
Gewerkschaftssekretär*innen mit organisationspolitischen Aufgaben in den Regionen	16	4	12	17	4	13
Assistent*innen	41	40	1	40	40	0
Auszubildende	1	1	0	1	0	1
Fahrer*in	1	0	1	1	0	1
Jugendsekretär*innen in den Regionen	8	4	4	8	3	5
Projektmitarbeiter*innen	1	0	1	—	—	—
Service-Mitarbeiter*in für PC-Anwendungen (PCA)	1	0	1	1	0	1
Organisationshelfer*innen	—	—	—	1	0	1
Insgesamt	91	58	33	92	57	35

4.6 Haushalt und Finanzen

Die Haushaltssmittel für die Jahre 2017 bis 2020 wurden vom DGB-Bundesvorstand zugeteilt. Sie werden ausschließlich für Sachausgaben verwendet. Im Berichtszeitraum konnte eine Steigerung der Haushaltssmittelzuteilung erreicht werden.

Die Verteilung der Haushaltssmittel erfolgt nach den Kriterien „Fläche – Mitglieder“. Der DGB-Bundesvorstand überweist die Haushaltssmittel monatlich an den Bezirk. Einmal pro Jahr erfolgt eine Budgetierung der Sachausgaben. Der DGB-Bezirksvorstand beschließt den Haushalt. Zur Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben für die DGB-Regionen und des DGB-Bezirks werden monatlich Auswertungen erstellt.

Die untenstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Haushaltsentwicklung in den Jahren 2017 bis 2020.

Die Ausgaben für politische Arbeit und für die Sachausgaben konnten im Berichtszeitraum so gestaltet werden, dass sie aus den Einnahmen (Haushaltssmitteln) gedeckt werden konnten.



Die Ausgaben konnten im Berichtszeitraum so gestaltet werden, dass sie aus den Haushaltssmitteln gedeckt werden konnten.
Foto: GettyImages/ijeab

Mittel für Kreis- und Stadtverbände in Bayern

Pro Mitglied stehen den Kreis- und Stadtverbänden 0,10 Euro für zentrale übergreifende Aufgaben zur Verfügung. Für 61 Kreis- und Stadtverbände (bei 96 bayerischen Gebietskörperschaften) wurde ein Etat von monatlich 100,00 Euro beschlossen. Werden mehrere politische Kreise zu einem KV zusammengefasst, erhöht sich das Budget entsprechend.

61 Kreis- und Stadtverbände	
12 x 96 x 100,00	115.200,00 Euro
ca. 807.960 Mitglieder	
à 0,10 Euro	80.796,00 Euro
Gesamtetat dritte Satzungsebene	195.996,00 Euro

Aufteilung	Bezirk	Regionen	Kreis- und Stadtverbände	Gesamt
2017	755.360,00	719.664,00	195.996,00	1.671.000,00
2018	766.296,00	727.708,00	195.996,00	1.690.000,00
2019	791.296,00	727.708,00	195.996,00	1.715.000,00
2020	831.296,00	727.708,00	195.996,00	1.755.000,00

Die Einnahmen und Ausgaben für die Kreis- und Stadtverbände werden in monatlichen Auswertungen erstellt und an die zuständigen DGB-Regionen weitergeleitet. Die Kreis- und Stadtverbände erhalten diese regelmäßig zur Kontrolle vorgelegt.

Öffentliche Zuschüsse

Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften erhielten im Berichtszeitraum für die Jugendarbeit in Bayern ca. 3,1 Mio. Euro. Diese Zuschüsse wurden für zentrale Planungs- und Leitungsausgaben sowie Personalkostenzuschüsse verwendet.

2017 wurden für europäische Projekte/EURES-Grenzregion InterAlp und für die EU-Osterweiterung ca. 90.500,00 Euro bereitgestellt. Ab dem Jahr 2018 wurden diese Zuschüsse eingestellt.

Revision

Auf der Bezirkskonferenz 2018 in Regensburg wurde die bezirkliche Revisionskommission neu gewählt. Sie besteht aus:

- Siegfried Danninger (EVG), Sprecher der Revision
- Michael Knuth (IG Metall)
- Sepp Rauch (ver.di)



Die bezirkliche Revisionskommission 2021: v.l.n.r. Sepp Rauch (ver.di), Siegfried Danninger (EVG) und Michael Knuth (IG Metall)
Foto: DGB Bayern

Die Prüfung der bezirklichen Revision erfolgt quartalsmäßig. In den Jahren 2017 bis 2019 haben 12 Revisionen stattgefunden. Aufgrund der Corona-Pandemie fand im Februar 2020 die letzte Revision statt. Der DGB-Bundesvorstand erhält die Revisionsberichte. Die vorgesehene Prüfung im Jahr 2020 durch die Bundesrevision wurde ebenfalls abgesagt.

Rückfragen der Revisionskommissionen konnten zufriedenstellend beantwortet und geklärt werden.

4.7 Gewerk- schaftliche Einrichtungen

DGB Rechtsschutz GmbH



Die DGB Rechtsschutz GmbH ist Rechtsdienstleister im Arbeits-, Sozial- und Beamtenrecht für die Gewerkschaften im DGB und deren Mitglieder im Rahmen von außergerichtlichen und gerichtlichen Konflikten, Problemen und Fragestellungen.

Ein Rückblick auf die vergangenen drei Jahre zeigt, dass von 2017 bis 2020 im Landesbezirk Bayern pro Jahr zwischen 14.000 und 16.500 Verfahren geführt wurden. Die wirtschaftliche Entwicklung hatte dabei keine Auswirkung auf die Anzahl der Verfahren, die im Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsrecht über diesen Zeitraum hinweg stabil geblieben sind. Neben dem „Dauerbrenner“ Kündigungsschutzklagen standen Forderungsklagen weiterhin im Fokus des Arbeitsrechtsschutzes. Sie bilden nach wie vor den Schwerpunkt der Arbeit. Davon sind insbesondere diejenigen betroffen, die am unteren Ende der Gehaltstabellen stehen. Hier geht es zum Beispiel um Überstundenklagen, aber auch um Klagen auf vereinbarten Lohn.

Im täglichen Umgang mit den Mitgliedern sind die Hemmungen, gegen den eigenen Arbeitgeber vorzugehen, bis zur Corona-Krise deutlich abgeschwächt gewesen. Die bis dahin gute wirtschaftliche Lage führte dazu, dass Arbeitnehmer*innen kaum Angst um ihre Existenz hatten und bereit waren, für ihre Arbeitsbedingungen einzustehen. Die Drohung mit

dem Verlust des Arbeitsplatzes war nicht so abschreckend, dass sich die Beschäftigten nicht zur Wehr setzen, wenn Tarifverträge oder Arbeitsverträge nicht erfüllt werden. Nur im Einzelfall bedurfte es des Rückhaltes und der juristischen Kompetenz der DGB Rechtsschutz GmbH, die den Gewerkschaftsmitgliedern vor Gericht und gegen den Arbeitgeber zur Seite steht. Insbesondere war hier die Fachkompetenz zu juristischen Problemen, aber auch Verhandlungsstrategien gefragt. Seit Beginn der Pandemie ist die Angst um die eigene Existenz wieder größer, so dass die Verfahrenszahlen zwar im Jahr 2020 noch stabil waren, sich jedoch im Jahr 2021 ein Rückgang abzeichnet hat.

Das Sozialrecht hat in Bayern nach wie vor einen deutlich geringeren Anteil am Arbeitsaufkommen des Rechtsschutzes als das Arbeitsrecht. Dabei ist es im Zusammenspiel und an den Schnittstellen zum Arbeitsrecht gerade in der Frage des Bestandes des Arbeitsvertrages wichtig. Diese Schnittstellenkompetenz ist ein weiterer Pluspunkt in der Beratung der Gewerkschaftsmitglieder durch die DGB Rechtsschutz GmbH, denn nur wenige Arbeitsrechtsberater*innen verfügen über vergleichbare Kenntnisse im Sozialrecht. Im Übrigen können sich Gewerkschaftsmitglieder kostenfrei auch im Sozialrecht, z.B. bei Problemen im Arbeitslosengeld I oder II, bei einem Arbeitsunfall, im Schwerbehindertenrecht, aber auch bezüglich einer Erwerbsminderungsrente an die DGB Rechtsschutz GmbH wenden. Sie werden durch alle Instanzen hinweg auch in diesen Rechtsfragen beraten und durch die oft kräftezehrenden Mühlen der Justiz begleitet.

Bei der Nachfrage nach Beratung und Vertretung durch die DGB Rechtsschutz GmbH im Bereich Beamtenrecht ist eine Zunahme festzustellen. Über Kompetenzträger in jeder Arbeitseinheit in Bayern ist dafür gesorgt, dass ortsnah Ansprechpartner*innen zur Verfügung stehen, die die Verfahren kompetent führen können. Darüber hinaus stehen überregionale Netzwerke bereit, die bei speziell gelagerten Fragestellungen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Ein weiteres Feld, das sich der DGB Rechtsschutz in den letzten Jahren erschlossen hat, ist die Beratung von gewerkschaftlich organisierten Betriebsräte*in-



Schulung der ehrenamtlichen Richter*innen mit Stephan Sartoris, Regionalleiter der DGB Rechtsschutz GmbH für Hessen/Bayern. Foto: DGB Bayern

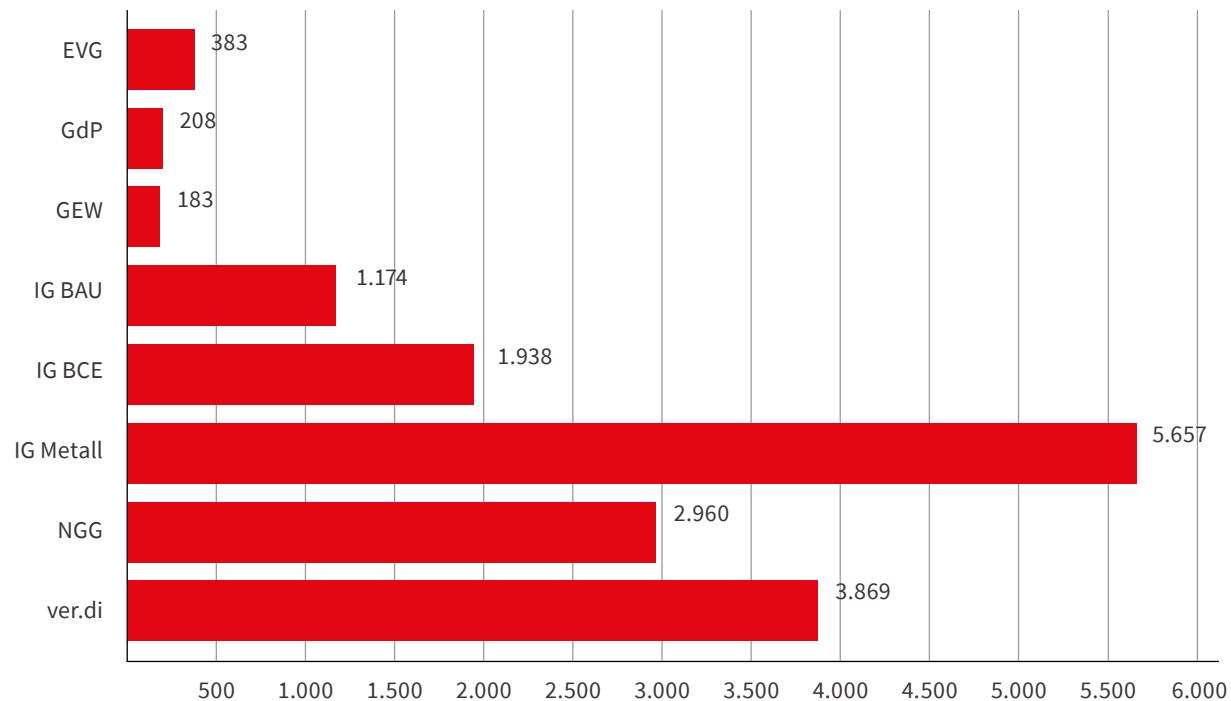
nen. In allen DGB-Regionen fanden zudem Schulungen der ehrenamtlichen Richter*innen statt, an denen der DGB Rechtsschutz mitwirkt. Damit der Rechtsschutz weiter als starkes Bindeglied zwischen den Mitgliedsgewerkschaften des DGB und als einer der Gründe, Gewerkschaftsmitglied zu bleiben, wahrgenommen wird, soll die Vernetzung zwischen DGB Rechtsschutz GmbH und gewerkschaftlich organisierten Betrieben und Betriebsrät*innen weiter ausgebaut werden. Die von der DGB Rechtsschutz GmbH

in Bayern erstrittenen Summen haben 2019 immerhin 26,0 Mio. Euro und 2020 etwa 34,8 Mio. Euro betragen.

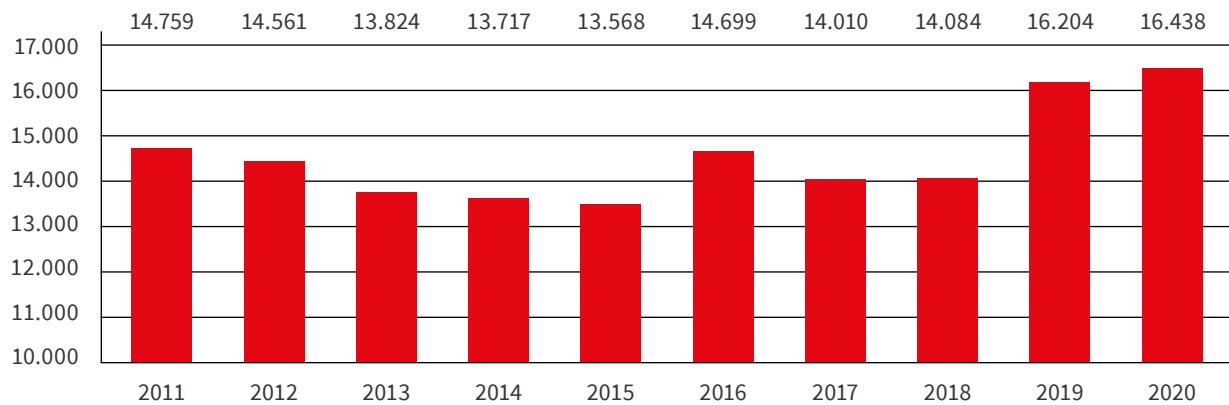
Durch Weiterbildungen bleiben die Jurist*innen des Rechtsschutzes auf dem aktuellen Stand der Rechtslage. Auch während der Pandemie wurden entsprechende Fortbildungsangebote durchgeführt und wahrgenommen. Durch die bestehenden Büros und ServicePoints sowie die Kompetenz-Center in den Bereichen Beamtenrecht, Insolvenzrecht, betriebliche Altersvorsorge, SGB VII und Arbeits- und Gesundheitsschutz ist auch bei nicht alltäglichen Problemstellungen eine kompetente Rechtsvertretung gewährleistet.

Die DGB Rechtsschutz GmbH ist in Bayern in sieben Arbeitseinheiten untergliedert, die von Teamleiter*innen geführt werden. Diese sind zuständig für die örtliche Außendarstellung und fungieren als direkte Ansprechpartner*innen für die örtlichen Mitgliedsgewerkschaften. Die Teamleiter*innen sind auch Kontakt Personen für Mitglieder, die im Einzelfall nicht mit der Beratungsleistung zufrieden sind. Für schnelle Abhilfe vor Ort ist damit gesorgt.

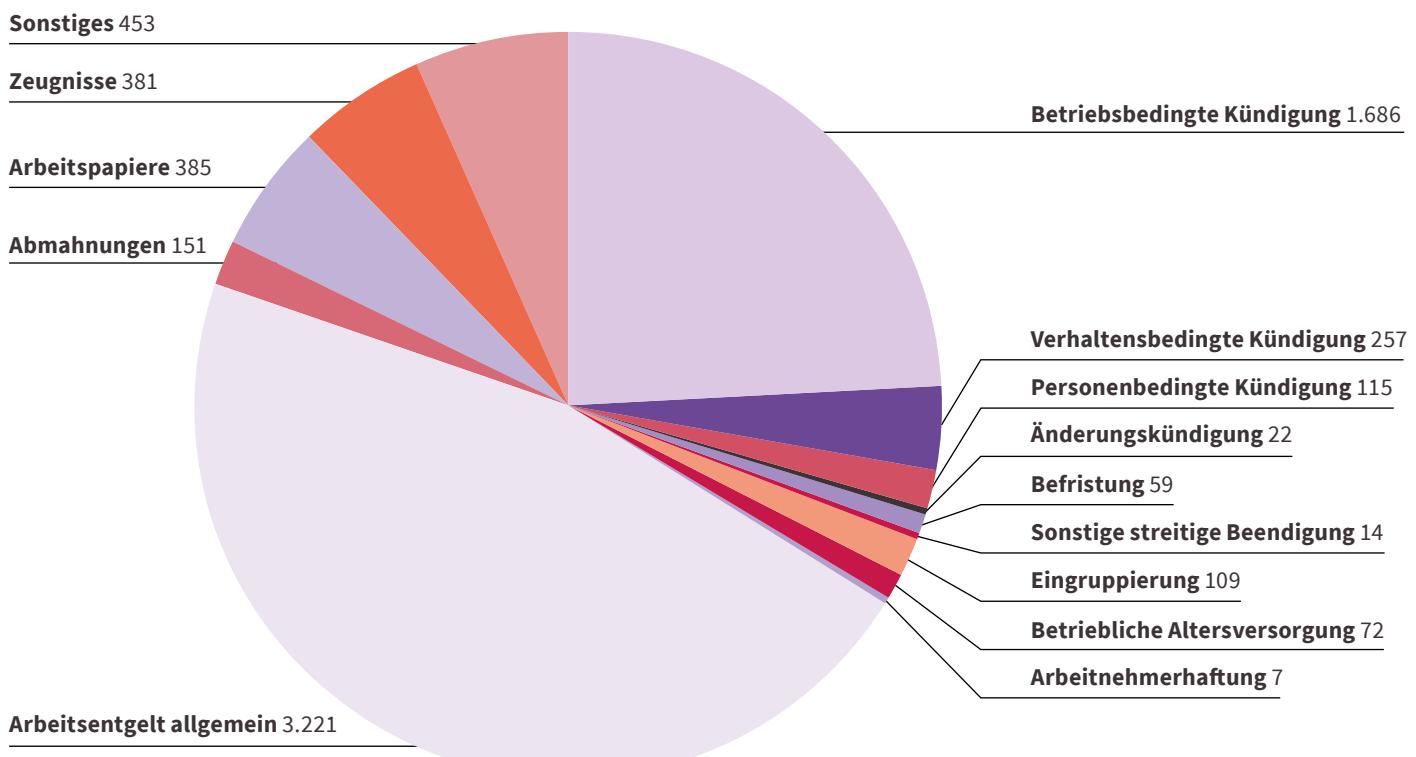
Fallaufkommen 2020 nach Gewerkschaften



Neuzugänge Rechtsschutzverfahren in Bayern



Verteilung Arbeitsrecht 2020 nach Themen



Die DGB Rechtsschutz GmbH ist bayernweit in folgenden Büros und ServicePoints vertreten:

Büro	Anschrift	ServicePoint
Arbeitseinheit Augsburg-Kempten		
Augsburg	86150 Augsburg, Schaezlerstr. 13 ½	
Kempten	87435 Kempten, Königstr. 2	
Arbeitseinheit München-Rosenheim		
München	81541 München, Werinherstraße 79	
Ingolstadt	85049 Ingolstadt, Paradeplatz 9	
Rosenheim	83022 Rosenheim, Brixstr. 2	84503 Altötting, Bahnhofstr. 50
Arbeitseinheit Landshut-Passau		
Landshut	84034 Landshut, Nikolastr. 49	
Passau	94032 Passau, Dr.-Hans-Kapfinger-Str. 30	
Arbeitseinheit Regensburg-Weiden		
Regensburg	93055 Regensburg, Richard-Wagner-Str. 2	93413 Cham, Parkstr. 33
Weiden	92637 Weiden, Johannisstr. 27	92224 Amberg, Schrannenplatz 4
		92318 Neumarkt, St.-Florian-Str. 1
Arbeitseinheit Nürnberg		
Nürnberg	90402 Nürnberg, Kornmarkt 5 – 7	91522 Ansbach, Turnitzstr. 26
Arbeitseinheit Bamberg-Bayreuth		
Bamberg	96047 Bamberg, Friedrichstr. 13	96450 Coburg, Am Victoriabrunnen 1a
Bayreuth	95444 Bayreuth, Schulstr. 9	95028 Hof, Pfarr 1
Arbeitseinheit Würzburg-Aschaffenburg		
Würzburg	97072 Würzburg, Martin-Luther-Str. 5 a	97421 Schweinfurt, Manggasse 7 - 9
Aschaffenburg	63741 Aschaffenburg, Haselmühlweg 1	

DGB Bildungswerk Bayern e.V.



Nach einer bewegten Zeit in den Vorjahren, in der das DGB Bildungswerk Bayern zahlreiche Veränderungsprozesse durchlaufen hat, konnte es seine wirtschaftliche Gesamtsituation in den zurückliegenden fünf Jahren schrittweise konsolidieren. Der Grund hierfür sind zum einen konstante Einnahmen im Bereich der Schulungen und Beratungen für betriebliche Interessenvertretungen. Zum anderen ist dies der verlässlichen Förderung durch die öffentliche Hand zu verdanken, in erster Linie durch den Freistaat Bayern und die Landeshauptstadt München.

Hinzu kommen zwei weitere staatlich geförderte Projekte zu den Themenfeldern Grundbildung und betriebliche Weiterbildung, mit denen das DGB Bildungswerk zugleich sein Angebotsspektrum erweitern konnte.

Im Folgenden sollen die wesentlichen Aktivitäten und Entwicklungen des DGB Bildungswerk Bayern im Berichtszeitraum angeführt werden, wobei die Auswirkungen der Corona-Krise 2020/21 in einem gesonderten Abschnitt behandelt werden.

In den Jahren 2017 bis 2019, d.h. im Berichtszeitraum vor Ausbruch der Corona-Pandemie, konnte das DGB Bildungswerk Bayern sowohl die Zahl der insgesamt durchgeführten Veranstaltungen als auch die Zahl der Teilnehmerdoppelstunden leicht steigen (von 557 auf 562 bzw. von 32.900 auf 35.780).

Seit seinem Ausscheiden aus der Förderung nach dem Bayerischen Erwachsenenbildungsförderungsgesetz (EbFöG) im Jahr 2015 wird das DGB Bildungswerk Bayern durch das Staatsministerium für Unterricht und Kultus in der Titelgruppe 82 als besondere Einrichtung der Erwachsenenbildung geführt. Die damit verbundene institutionelle Förderung ermöglicht nicht nur ein vielfältiges Angebot an allgemeinbildenden und gesellschafts-/gewerkschaftspolitischen Veranstaltungen, sondern sorgt auch dafür, dass das DGB Bildungswerk weiterhin als bayernweiter Erwachsenenbildungsträger präsent ist. Unter-



Aus MENTO wird MENTOpro: Das Projekt leistet einen Beitrag zur Umsetzung der Dekade für Alphabetisierung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Foto: DGB Bayern

strichen wird diese Präsenz durch die fortlaufende Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft der Erwachsenenbildungsträger in Bayern (AGEB), die zugleich die Interessenvertretung des DGB Bildungswerk gegenüber der Landespolitik sicherstellt. Eine Rückkehr in die Förderung nach dem BayEbFöG ist auch nach dessen Novellierung im Jahr 2018 auf absehbare Zeit nicht möglich, da hierzu der Betrieb eigener Einrichtungen in mehreren Regierungsbezirken erforderlich wäre.

Das vom Kulturreferat der Landeshauptstadt geförderte „Münchenprogramm“ erfreute sich auch in den vergangenen Jahren anhaltender Beliebtheit bei einem breiten Publikum. Hier konnten von 2018 bis 2019 konstant etwa 330 Veranstaltungen pro Jahr durchgeführt werden, ein Teil davon im Rahmen der Kooperation „Arbeit und Leben München“ mit der Münchener Volkshochschule. Inhaltlich konnte das „Münchenprogramm“ seine politischen Angebote mit gewerkschaftlicher bzw. gewerkschaftsnaher Ausrichtung in den vergangenen Jahren schrittweise ausbauen. Damit trägt es dazu bei, einem allgemein interessierten, aber nicht zwangsläufig gewerkschaftsnahen Publikum die Positionen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften näher zu bringen.

Bis Juni 2021 war das DGB Bildungswerk Bayern Partner im Rahmen des bundesweiten, vom DGB Bildungswerk BUND e.V. geleiteten und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung zu 100 Prozent finanzierten Projekts „MENTO – kollegiales Netzwerk für Grundbildung und Alphabetisierung“. Ziel dieses Projekts war die Qualifizierung und Vernetzung von Mentor*innen, die auf betrieblicher Ebene als kollegiale Ansprechpartner*innen für Menschen mit Lese- und Schreibschwierigkeiten wirken. Seit dem Projektbeginn im Jahr 2013 wurden bundesweit über 1.000 Mentor*innen ausgebildet und betreut. Seit Juli 2021 ist das DGB Bildungswerk Bayern Partner im Folgeprojekt „MENTOPRO – Grundbildung für die Arbeitswelt“, das eine Vertiefung der Projektaktivitäten in ausgewählten Schwerpunktbetrieben vor sieht. „MENTOPRO“ ist zunächst auf einen Zeitraum von drei Jahren angelegt und wird von einer Kollegin im Rahmen einer 80-Prozent-Stelle durchgeführt.

Als weiteres Projekt hat das DGB Bildungswerk Bayern von März 2019 bis Dezember 2021 das Projekt „Weiterbildungsinitiatoren“ im Rahmen des „Pakt für Weiterbildung 4.0“ durchgeführt (vgl. Kapitel 2.4). Gemeinsame Antragssteller des Projekts waren das DGB Bildungswerk Bayern und die Stiftung zur Förderung von Bildung, Erholung und Gesundheitshilfe. Finanziert wird es größtenteils aus dem Arbeitsmarktfonds des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit, Familie und Soziales. Im Mittelpunkt standen die Sensibilisierung, Qualifizierung und Beratung von betrieblichen Interessenvertretungen zum Thema „betriebliche Weiterbildung“. Hierzu wurde ein weiterer Kollege eingestellt, der als „Weiterbildungsinitiator“ (so die Bezeichnung laut Pakt) sowohl öffentliche Veranstaltungen als auch individuelle Prozessbegleitungen für einzelne Interessenvertretungsgremien durchgeführt hat. Um das wichtige Thema „betriebliche Weiterbildung“ auch nach Projektende weiter bearbeiten zu können, wird es künftig im Rahmen der Technologieberatung des DGB Bildungswerk Bayern angeboten. Dies ermöglicht es auch, den neu gewonnenen Kollegen als Berater weiter zu beschäftigen.

Die Folgen der Corona-Pandemie haben auch das DGB Bildungswerk Bayern schwer getroffen. Die wiederholte Betriebsuntersagung aufgrund hoher Infektionszahlen in den Jahren 2020 und 2021 hat einen erheblichen wirtschaftlichen Schaden verursacht, der jedoch durch Kurzarbeit und die Inanspruchnahme öffentlicher Hilfsgelder deutlich abgedeckt werden konnte. Auch die Tatsache, dass sowohl die institutionelle Förderung als auch die verschiedenen Projektförderungen nicht gekürzt wurden, hat dazu beigetragen, dass das DGB Bildungswerk Bayern bislang relativ glimpflich durch die Krise gekommen ist.

In den vergangenen Jahren konnten zudem umfassende Erfahrungen mit Online-Bildungsangeboten in verschiedenen Bereichen gemacht werden, wobei sowohl die Möglichkeiten als auch die Grenzen dieser Formate deutlich geworden sind. Während im Bereich der gesellschafts- und gewerkschaftspolitischen Bildung meist relativ hohe Teilnahmequoten (insbesondere bei Abendvorträgen mit Diskussion) zu verzeichnen waren, erweist sich die Digitalisie-

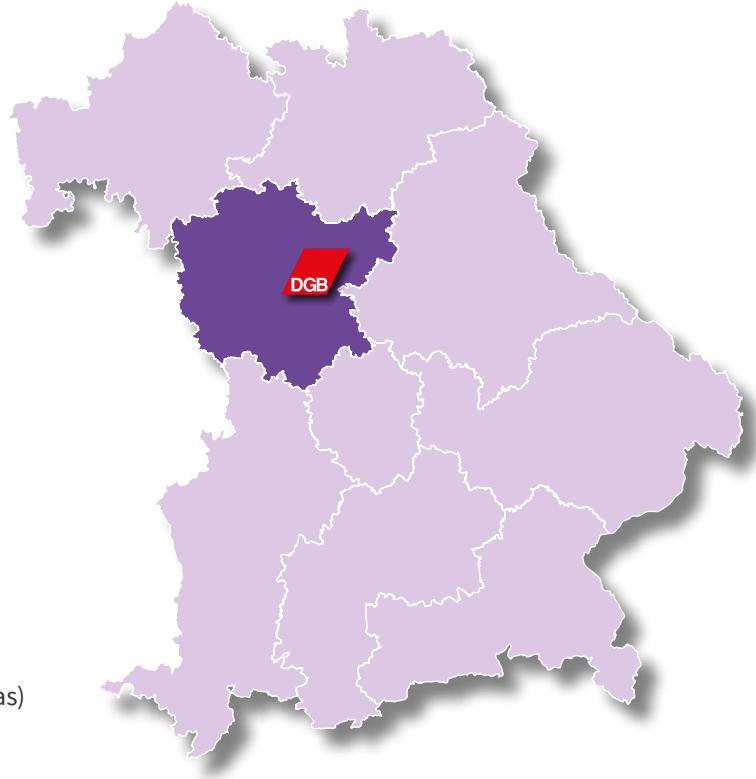
rung von Schulungen für betriebliche Interessenvertretungen bis heute als schwierig. Hier konnten vor allem kürzere Formate (Ein- oder Zweitagesveranstaltungen) zu aktuellen Themen umgesetzt werden; längere Formate und Grundlagenschulungen waren dagegen wenig erfolgreich. Ein Problem sind hier die begrenzten personellen Ressourcen des DGB Bildungswerk Bayern, die eine Ausweitung und Weiterentwicklung des Online-Angebots spürbar erschweren.

Aktuell blickt das DGB Bildungswerk Bayern verhalten optimistisch in die Zukunft. Dank seines breiten Bildungs- und Beratungsangebots in sechs Tätigkeitsfeldern sieht es sich auf künftige Herausforderungen grundsätzlich gut vorbereitet. Gleichzeitig hat sich in den zurückliegenden beiden Jahren gezeigt, dass die Aufrechterhaltung eines so breiten Angebots auf hohem Niveau mit dem derzeitigen Personalbestand eine enorme Kraftanstrengung bedeutet. In naher Zukunft wird es daher entscheidend darauf ankommen, interne Synergieeffekte zu nutzen und das Angebot auf Kernthemen zu fokussieren, die von DGB, Gewerkschaften und Teilnehmer*innen besonders nachgefragt werden.

5.

DGB- Regionen

5.1 Region Mittelfranken



Sitz der Regionsgeschäftsstelle

- Nürnberg

Kreisverbände und

weitere ehrenamtliche Strukturen

- SV Nürnberg (Vors. Stephan Doll)
- KV Erlangen/Höchstadt (Vors. Wolfgang Niclas)
- KV Roth/Schwabach (Vors. Hans Tänzer)
- KV Weißenburg-Gunzenhausen (Vors. Willi Ruppert)
- KV Nürnberger Land (Vors. René Wiedmann)
- KV Ansbach (Vors. Sylke Priebe-Czadzeck)
- KV Fürth (Vors. Ruth Brenner)
- Stadt- und Kreisjugendausschuss, Regionsfrauenausschuss, Arbeitskreis Regional- und Strukturpolitik, Regionsausschuss der Vorsitzenden der SV/KV und Geschäftsführer der Mitgliedsgewerkschaften

Gewerkschaftsmitglieder in der Region

- 111.550

Personal

- Regionsgeschäftsführer: Stephan Doll
- Gewerkschaftssekretäre: Alexander Eglmaier, Norbert Feulner
- Jugendsekretärin: Denise Kießling
- Verwaltungsassistent*innen: Lea-Marie Moreno, Özlem Llewellyn, Stefanie Logan, Annika Grosser (ehem. Auszubildende), Patricia Riel, Nicola Stanojevic (Auszubildender)

Wirtschaftliche Struktur in der Region Mittelfranken

Die Hauptbeschäftigungsorte in der Region liegen entlang der Städteachse Nürnberg-Fürth-Erlangen-Schwabach. Die Region ist trotz des Strukturwandels wirtschaftlich geprägt vom verarbeitenden Gewerbe. Maschinenbau und Automobilzulieferindustrie sind hier die tragenden Säulen. Die von DGB und allen wichtigen Akteuren gemeinsam herausgearbeiteten Kompetenzen für ein Entwicklungsleitbild liegen im Bereich Automatisierung, Verkehr, Energie und Gesundheit. Gerade der Bereich Gesundheit spielt in Erlangen eine zentrale Rolle, in Nürnberg befindet sich auch das größte kommunale Krankenhaus Europas. Die durch den Strukturwandel weggefallenen Arbeitsplätze konnten in der Quantität und vor allem in der Qualität nicht ersetzt werden. Auch aus diesem Grund haben in der Region der Niedriglohnsektor und die prekäre Beschäftigung massiv zugenommen. In Mittelfranken gibt es zudem deutliche räumliche Disparitäten beim Thema Einkommen und Kaufkraft. Das drückt sich sowohl in der Höhe der Renten als auch beim durchschnittlichen Einkommen aus – welches zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten stark schwanken kann. Als Beispiel seien hier die Unterschiede zwischen den Landkreisen Neustadt a.d. Aisch bzw. Weißenburg-Gunzenhausen und der Stadt Erlangen genannt.

Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik

Die regionale Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik ist seit Jahren eines der Kernbetätigungsfelder des DGB Mittelfranken. Im Zentrum der Aktivitäten im Bereich Strukturpolitik steht die Zukunftsfähigkeit existierender Branchen. In der Metropolregion Nürnberg sind mehr Menschen in der Automobilzulieferindustrie beschäftigt als in der VW-Stadt Wolfsburg. Durch die Mitwirkung des DGB an der Strategie „Industriestandort Nürnberg“ ist sichergestellt, dass Tarifbindung und gute Arbeit immer mitgedacht werden, wenn es um die Fortentwicklung industriellen Arbeitens geht.

Die Transformation der Wirtschaft hin zu Klimaneutralität bietet für Mittelfranken mit dem Zentrum Wasserstoff Bayern zahlreiche Möglichkeiten. Der DGB bringt hier Gewerkschaften, Unternehmen und Wissenschaft zusammen. Die bundesweite Rolle des Themengebiets Strukturpolitik in Mittelfranken zeigte sich im Seminar für Strukturpolitik mit hauptamtlichen Teilnehmer*innen aus DGB und Gewerkschaften aus dem gesamten Bundesgebiet, bei dem unter anderem das Wasserstoffzentrum und der Energie-Campus Nürnberg besucht wurden.

Der DGB Mittelfranken vertritt die Gewerkschaften in den Gremien der Europäischen Metropolregion Nürnberg. Auf Ebene des Steuerungskreises arbeitet der DGB an der organisatorischen Weiterentwicklung des Netzwerkes mit. Auf Ebene der Foren Wirtschaft und Infrastruktur sowie Wissenschaft bringt der DGB die Belange der Beschäftigten und der Gewerkschaften ein. Hierbei wird Wert auf den gegenseitigen Austausch zwischen Unternehmen und den betrieblichen Vertreter*innen der Gewerkschaften gelegt.

Wirtschaftspolitik in Mittelfranken wird immer wieder in Bezug zu den Menschen gesetzt. Der DGB Mittelfranken ist ein wichtiger Ansprechpartner für Politik und Wirtschaft, was sich u.a. in der Mitwirkung des DGB an der von ihm eingeforderten Corona-Taskforce der Stadt Nürnberg zeigt. Darüber hinaus ist er Mitglied in diversen Wirtschaftsgremien der Gebietskörperschaften, die teilweise erst auf Forderung des DGB geschaffen wurden. Hierzu zäh-

len unter anderem die Wirtschaftsbeiräte in Nürnberg und Schwabach.

Im Bereich Arbeitsmarktpolitik setzt der DGB Mittelfranken auf konsequente Mitsprache durch Partizipationsmöglichkeiten in den örtlichen Jobcenter-Beiräten. Im Gegensatz zur Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw) ist der DGB Mittelfranken dazu in der Lage, in jeden Beirat qualifizierte Vertreter*innen zur Beratung zu entsenden. Der DGB zeigt sein Engagement darin, dass beispielsweise bei Stellungnahmen zum Teilhabechancengesetz Daten zum örtlichen Arbeitsmarkt angefordert werden und die Entlohnung nach Tarif eine wichtige Rolle spielt. Jobcenter-Beirät*innen des DGB Mittelfranken nehmen ihre Aufgabe nicht als Formalität wahr, sondern bringen sich aktiv ein und treten in den Diskurs mit Arbeitsverwaltung und Arbeitgebervertreter*innen.

Politische Schwerpunkte

Die DGB-Region und ihre Stadt- und Kreisverbände bringen sich mit vielfältigen Veranstaltungs- und Aktions-Formaten im Vorfeld der Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahl ein. Die Fragen sozial-ökologischer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Transformation stehen dabei im Fokus. Die Adressat*innen dieser Themen sind die jeweiligen Kandidat*innen der demokratischen Parteien sowie die Wähler*innen. Die DGB-Region wie auch die DGB-Kreisverbände greifen dabei brisante Auseinandersetzungen der Mitgliedsgewerkschaften auf. Ein Beispiel: Mit politischer Unterstützung des DGB ist es im Kommunalwahlkampf 2020 gelungen, das Versprechen für eine Rückkehr der Klinikum Nürnberg Service Gesellschaft in den Tarifbereich des Öffentlichen Dienstes zu erwirken. Davon betroffen sind rund 1.000 Beschäftigte, die monatliche Gehaltseinbußen von bis zu 900 Euro hinnehmen müssen. Erste Umsetzungsschritte zur Rückkehr in den Geltungsbereich des TVöD sind eingeleitet. Der DGB hat gegenüber der Klinikumsleitung, der Stadtspitze und den Parteien öffentlich klar Position bezogen.

Zur Landtagswahl 2018 in Bayern ist es in Kooperation mit den drei DGB-Regionen in Franken ge-



Zeitenwechsel mit den Spitzenkandidat*innen von FDP, CSU, Grüne, SPD und Linke für das OB-Amt in Nürnberg.
Foto: Norbert Feulner

lungen, Ministerpräsident Markus Söder zu einem Streitgespräch in das bis auf den letzten Platz gefüllte Nürnberger Gewerkschaftshaus einzuladen. Die Nürnberger Zeitung veröffentlichte dazu einen Artikel mit dem Titel „Gewerkschafter nehmen Söder in die Mangel“. Eine Schwerpunktforderung: ein Tariftreue- und Vergabegesetz in Bayern.



„Gewerkschafter nehmen Söder in die Mangel“, titeln die Nürnberger Nachrichten nach einem Streitgespräch der fränkischen DGB-Regionen mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten.
Foto: Norbert Feulner

Mit dem „Nürnberger Weg“ – einem engen Schulterschluss und gemeinsamen Kampf von Gewerkschaften, Politik, Stadtverwaltung und Kund*innen – konnten im Sommer 2020 die beiden Karstadt-Standorte in der Nürnberger Innenstadt und Nürnberg-Langwasser von der Streichliste genommen werden. Mehrere Dutzend Filialen sollten bundesweit geschlossen werden. Nürnberg war am Ende nicht dabei. Der massive Protest hat gewirkt.



Schulterschluss gegen die Karstadt-Schließung: v.l.n.r. Wirtschaftsreferent Dr. Michael Fraas, ver.di-Gewerkschaftssekretärin Jaana Hampel, DGB-Regionsgeschäftsführer Stephan Doll, Betriebsratsvorsitzender Thomas Vieweg, Oberbürgermeister Marcus König. Foto: Norbert Feulner

Die beiden Standorte mit rund 400 Arbeitsplätzen konnten gerettet werden.

Bündnisarbeit

Das Sozialbündnis Nürnberg mit mehr als 50 Organisationen unter Federführung des DGB-Stadtverbandes Nürnberg nutzt regelmäßig Wahlen zur Positionierung. Zur Kommunalwahl 2020 wurden die Spitzenkandidat*innen zu vier Themenbereichen befragt: öffentliche Vergabe, Wohnen, Klima- und Verkehrspolitik sowie Demokratiebewegung. Mehr Informationen unter www.sozialbuendnis-nuernberg.de

Das Bündnis zwischen Gewerkschaften und christlichen Kirchen trägt vor allem in Nürnberg zu einer konstruktiven Debattenkultur bei. Mit „Nürnberger Erklärungen“ werden Reflexionsangebote zu gesellschaftsrelevanten Themen zur Diskussion gestellt. Aktuell: Corona und die Folgen. In der 15-jährigen Geschichte des Sozialpolitischen Buß- und Betttag fand dieser im Jahr 2019 unter dem Titel „Solidarische Stadtgesellschaft: Sozialromantik oder Gesellschaftsmodell?“ statt. Impulsgeber waren Ministerpräsident Markus Söder und Oberbürgermeister Ulrich Maly.

In Mittelfranken kämpfen seit 14 Jahren sechs lokale kirchlich-gewerkschaftliche Allianzen für den arbeitsfreien Sonntag. Mit einer Normenkontroll-



Sozialpolitischer Buß- und Bettag in der Nürnberger Peterskirche vor 300 Teilnehmer*innen. Foto: Norbert Feulner



In Nürnberg fand 2018 die zentrale Mai-Kundgebung des DGB mit dem Bundesvorsitzenden Reiner Hoffmann statt.

Foto: Norbert Feulner

klage vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof erstreitet die Sonntagsallianz Ansbach eine bayernweit viel beachtete Entscheidung: Die Sonntagsverkaufsordnung der Stadt Ansbach wird per Eilentscheidung außer Vollzug gesetzt. Dies wird im Hauptverfahren bestätigt. Verkaufsoffene Sonntage werden damit als rechtswidrig untersagt, wenn sie den zulässigen räumlichen Geltungsbereich unberücksichtigt lassen. Darüber hinaus unterbindet der DGB Mittelfranken mit Aufsichtsbeschwerden gegen einzelne Kommunen unrechtmäßige Sonntagsöffnungen.

Besonderheiten in der Region

Die DGB-Region richtet am Tag der Arbeit 2018 den bundesweit zentralen 1. Mai in Nürnberg aus. Der DGB-Bundesvorsitzende Reiner Hoffmann steht vor und während der Kundgebung im Zentrum der Aufmerksamkeit des örtlichen und bundesweiten Medieninteresses. Eine Live-Übertragung der Kundgebung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen trägt dem besonders Rechnung. Der Bundesvorsitzende warnt in seiner Rede vor allem vor den Gefahren eines digitalen Proletariats und hebt den Schutz von Tarifverträgen hervor. Die Tagespresse berichtet mit großem Aufmacher über die Nachkriegsgeschichte des 1. Mai in Nürnberg und die erzielten Erfolge der Gewerkschaftsbewegung.

Innerhalb der „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg“ leistet der DGB Mittelfranken einen beträchtlichen Beitrag für eine couragierte Demokratie und eine Ächtung von rechtsextremistischen und menschenverachtenden Aktivitäten. Schwerpunkte sind dabei die Gedenkarbeit und die Aufarbeitung der NSU-Morde, Kampagnenplanung und -durchführung zu Parlamentswahlen (Wer Demokratie WÄHLT keine Rassisten) sowie der Kampf für ein Demokratiefördergesetz. Der DGB-Regionsgeschäftsführer Stephan Doll ist Vorsitzender der Allianz gegen Rechtsextremismus. Derzeit gehören 155 Städte, Gemeinden und Landkreise sowie 265 zivilgesellschaftliche Organisationen und Institutionen dem Netzwerk an und die Mitgliederzahlen wachsen kontinuierlich.



Daumen hoch: DGB-Regionsgeschäftsführer Stephan Doll mit dem Bundesvorsitzenden Reiner Hoffmann

Foto: Chandra Moennsad



Kundgebung von Verbänden, Parteien, Kirchen und der Stadt gegen Rechtsextremismus in der Nürnberger Innenstadt
Foto: Norbert Feulner

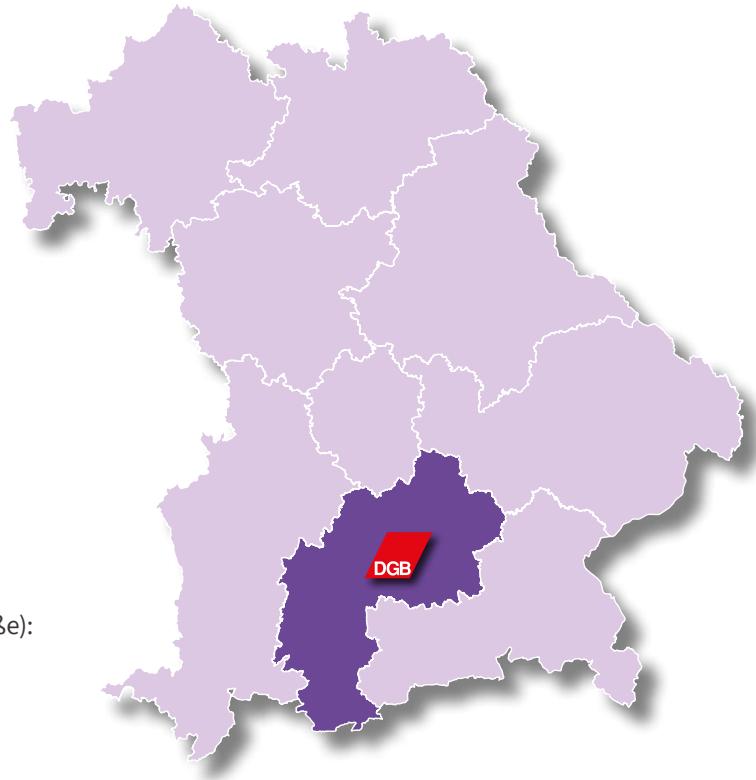


Aktion am Albrecht-Dürer-Airport Nürnberg: Der DGB unterstützt die Gewerkschaft IG BAU und die streikenden Kolleg*innen bei ihrem Kampf für faire Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung. Foto: Norbert Feulner

Die Stadt Nürnberg bewarb sich als Kulturhauptstadt Europas 2025. Für den DGB Mittelfranken muss Kultur in Nürnberg immer auch sowohl die einmalige Bedeutung der Arbeiterbewegung als auch den andauernden, strukturellen und technologischen Wandel beinhalten. Die Umbrüche der Vergangenheit mit den Insolvenzen ehemaliger Weltunternehmen wie AEG und Quelle sowie die damit einhergehenden Veränderungen in der Stadtgesellschaft und

der Reaktionen und Mitwirkung der Gewerkschaften sollten ein wichtiger Bestandteil des Gesamtkonzeptes sein. Mit dem Museum für Industriekultur gibt es einen Partner, der dieses Thema auch nach dem negativen Bescheid für die Stadt Nürnberg weitertragen wird. Der DGB Mittelfranken und die Hans-Böckler-Stiftung sind dabei in die zukünftigen Planungen eingebunden.

5.2 Region München



Sitz der Regionsgeschäftsstelle

- bis November 2020:
Schwanthalerstraße 64, 80336 München
- ab November 2020 (bis zum Neubau des Gewerkschaftshauses in der Schwanthalerstraße):
Neumarkter Straße 22, 81673 München

Kreisverbände und weitere ehrenamtliche Strukturen

- KV Ebersberg: Vorsitz Eva Maria Volland (GEW)
- KV Freising-Erding (Landkreise Freising und Erding): Vorsitz Dr. Guido Hoyer (GEW)
- KV Landsberg: Vorsitz Roman Filgertshofer (ver.di, ab 10/2018), Kristine Dertinger (IG BAU, bis 10/2018)
- KV München (Landeshauptstadt München, Landkreise München, Dachau, Fürstenfeldbruck und Starnberg): Vorsitz Simone Burger (DGB)
- KV Weilheim-Garmisch (Landkreise Weilheim-Schongau und Garmisch-Partenkirchen): Vorsitz Manfred Unger (IG Metall)

Gewerkschaftsmitglieder in der Region

- 126.190

Personengruppen

- Regionsfrauenausschuss:
Vorsitz Christiane Kern (GdP)
- Regionsjugendausschuss:
Marco Wahl (ver.di, bis 12/20) und
Fatih Demirtas (IG Metall)
- Regionsseniorenausschuss:
Vorsitz Werner Schneider (IG Metall)
- Handwerksausschuss – Vizepräsident der HWK für München und Oberbayern:
Markus Haßelbeck (NGG)

Personal

- Regionsgeschäftsführerin: Simone Burger
- Gewerkschaftssekretär*innen: Natascha Almer, Benedikt Kopera, Matthias Weinzierl (ab 11/2019), Julia Deischl-Kroiss (09/2018 bis 09/2019)
- Jugendsekretär: Kristofer Herbers
- Projektsekretär*innen Jugend:
Magdalena Siebert (09/2019 bis 08/2021), Daniel Neumann (12/2017 bis 04/2018)
- Assistentinnen: Veronika Aumeier, Yesim Erisen, Jessica Scheibe (von 05/2018 bis 09/2021 in Elternzeit), Nicole Bormann für die DGB-Jugend

2018 – das Jahr der Großdemonstrationen

#AUSGEHETZT – GEMEINSAM GEGEN EINE POLITIK DER ANGST

50.000 Menschen demonstrierten am 22. Juli trotz strömendem Regen gegen eine Diskursverschiebung nach Rechts, gegen eine CSU, die von „Asyl-Tourismus“ spricht, gegen Hass, gegen populistische Stimmungsmache und für eine humane Flüchtlingspolitik. Der Königsplatz war komplett überfüllt. Die Gewerkschaften haben die Demonstration unterstützt, für sie sprach die Münchener DGB-Vorsitzende Simone Burger auf der Bühne der Demonstration.



Mit 50.000 Demonstrant*innen war der Königsplatz komplett überfüllt. Foto: Robert Köster

Im Vorfeld der Landtagswahl fanden an vielen Orten Protestaktionen gegen die AfD statt. 2.000 Menschen haben am 10. September auf einer vom DGB unterstützten Demonstration in Dachau gegen einen Auftritt von Beatrix von Storch demonstriert.



Regionsgeschäftsführerin Simone Burger sprach auf der Demonstration stellvertretend für die Gewerkschaften. Foto: Robert Köster



Der DGB München hat sich regelmäßig für mehr bezahlbaren Wohnraum eingesetzt. Foto: DGB Bayern

#AUSSPEKULIERT – FÜR BEZAHLBARES WOHNEN UND GEGEN SOZIALE AUSGRENZUNG

Es war mit über 10.000 Teilnehmer*innen die größte Mieterdemo, die München je gesehen hat. Rund 100 Organisationen und Parteien hatten zum Protestzug am 15. September aufgerufen. Der DGB München gehörte von Anfang an zum Organisationsteam und wollte klarmachen: „Wohnen ist ein Menschenrecht.“

Wohnen war auch das bestimmende Thema zur Landtagswahl. Gemeinsam mit dem Mieterverein München und dem Deutschen Mieterbund (DMB) Bayern hat die DGB-Region München ein Erklärvideo zur Landtagswahl entwickelt, das klarstellt, warum es einen radikalen Kurswechsel braucht. Das Video ist hier zu sehen: <https://youtu.be/VORbzhFQzlg>

2019 – wir starten den Mietenstopp und kämpfen für ein soziales Europa

WIR STARTEN EIN VOLKSBEGEHREN

Gemeinsam mit dem Mieterverein München und dem DMB Bayern präsentierte die DGB-Region München im Sommer 2019 die Idee eines Volksbegehrens. Dafür fanden wir neue Mitstreiter*innen, wie die SPD, die Linke und das Bündnis #ausspekuliert. Gemeinsam haben wir noch vor der Sommerpause einen Gesetzesentwurf vorgelegt und am 8. Oktober die Sammlung der Unterschriften gestartet. Unser Ziel war, dass der Freistaat für sechs Jahre die Mieten einfriert.



Für das Volksbegehren #6JahreMietenstopp konnten prominente Unterstützer*innen, wie z.B. die Kabarettistin Luise Kinseher, gewonnen werden. Foto: Bündnis Mietenstopp

Um die 25.000 Unterschriften für die Zulassung zu sammeln, besuchten wir Betriebsversammlungen und Gremientreffen der Gewerkschaften. Zudem organisierte das Bündnis Infostände auf den alternativen Weihnachtsmärkten in München. Um kurz vor Weihnachten auf unser Anliegen aufmerksam zu machen, gingen wir auf weihnachtliche Herbergssuche und gewannen Botschafter*innen für unser Anliegen.



Weihnachtsaktion mit „Maria und Josef“ – in München ist die Herbergssuche gar nicht so einfach. Foto: DGB München

EUROPAWAHL

Gemeinsam mit vielen Partnern haben wir am 19. Mai die Kundgebung „Für ein Europa für alle – gegen Nationalismus“ auf dem Münchener Odeonsplatz organisiert. Im Anschluss fand zusammen mit den Münchener Clubbetreibern eine Demonstration mit unterschiedlichsten musikalischen Themenwagen

statt. Außerdem fragten wir bei den Kandidat*innen für das Europaparlament nach, welche Ideen sie für ein soziales Europa haben. Die Antworten haben wir online als Videos veröffentlicht.

TARIFTREUE

Für uns ist ganz klar: Gute Arbeit ist nur dann gut, wenn sie gut bezahlt wird. Deshalb muss es uns gelingen, die Tarifbindung zu erhöhen. Wir konnten einen großen Schritt in die richtige Richtung machen, denn der DGB München konnte durchsetzen, dass sich nur noch Firmen, die nach Tarif bezahlen, in München um ein städtisches Gewerbegrundstück bewerben können.

FLUGHAFEN

Über problematische Arbeitsbedingungen bei Subunternehmen der Paket- und Logistikbranche und die zu geringen Löhne bei gleichzeitig hohen Lebenshaltungskosten in der Boom-Region rund um den Flughafen informierte sich der DGB-Bundesvorsitzende Reiner Hoffmann am 1. Februar bei einem gemeinsamen Pressegespräch mit Betriebsrat*innen und dem ver.di-OV Flughafenregion.

2020 – Die Corona-Krise darf keine soziale Krise werden

—

Damit aus der Corona-Krise keine soziale Krise wird, haben wir uns seit Ausbruch der Pandemie 2020 immer wieder für die Beschäftigten eingesetzt. Zu Be-



Coronakonforme Nikolausaktion im Dezember 2020
Foto: Janek Stroisch



Die Beschäftigten nicht im Regen stehen lassen – das war die klare Botschaft der „Aktion Schutzschirm“ vor der Bavaria in München. Fotos: Werner Bachmeier

„Bayern kann's nicht!“ Deshalb hat der DGB München begonnen, ein Bündnis für einen bundesweiten Mietenstopp aufzubauen. Fotos: Sigi Jantz – Bündnis Mietenstopp

ginn machten wir uns vor allem für eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes stark. Hier konnten wir die Oberbürgermeister von München und Dachau dafür gewinnen, unsere Forderung zu unterstützen. Bei unserem digitalen 1. Mai in München gab es eine klare Botschaft: Nicht nur Unternehmen, sondern auch Beschäftigte und Soloselbstständige müssen geschützt werden. Bei der „Aktion Schutzschirm“ im Juli haben wir die Politik aufgefordert, die Beschäftigten nicht im Regen stehen zu lassen.

Bei unserer Nikolausaktion im Dezember führten wir ein neues coronakonformes Demonstrationsformat ein. Alle Teilnehmer*innen hatten fünf Minuten, um mit dem Nikolaus exklusiv für soziale Gerechtigkeit zu demonstrieren.

VOM VOLKSBEGEHREN ZUM BUNDESWEITEN MIETENSTOPP

Über die Weihnachtspause haben wir begonnen, die Unterschriften des Volksbegehrens zu zählen. Am Ende hatten wir rund 52.000 Unterschriften gesam-

melt und damit doppelt so viele wie notwendig. Am 6. März gaben wir die von den Kommunen beglaubigten Unterschriften im Innenministerium ab. Kurz danach kam die Antwort der Staatsregierung: Ein Mietenstopp sei für sie weder der richtige Weg, noch sähen sie die Zuständigkeit dafür beim Freistaat.

Als Bündnis wollten wir das nicht hinnehmen und haben eine Klage beim Bayerischen Verfassungsgericht eingereicht, die leider abgelehnt wurde. Von da an arbeiteten wir zweigleisig weiter. Das Volksbegehren in Bayern wurde zunächst auf Eis gelegt, so dass wir es jederzeit aufgreifen können, wenn das Bundesverfassungsgericht die Kompetenz für einen Mietenstopp auf Länderebene sieht. Für den anderen Fall haben wir damit begonnen, ein Bündnis für einen bundesweiten Mietenstopp aufzubauen. Unsere Forderung nach einer „Atempause“ für Miet*innen ist besonders in Zeiten von Corona wichtiger denn je.



Der DGB München unterstützt die DGB-Jugend bei der Organisation des Gedenkens an das Oktoberfest-Attentat.
Foto: Thomas Witzgall

GEDENKEN AN DAS OKTOBERFEST-ATTENTAT

2020 jährte sich das Oktoberfest-Attentat zum 40. Mal. Der DGB München unterstützte die DGB-Jugend bei der Organisation der offiziellen Gedenkfeier, an der zum ersten Mal mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ein Vertreter der Bundesbene und zum ersten Mal mit Markus Söder auch ein Bayerischer Ministerpräsident teilnahmen. Ein spätes, aber äußerst wichtiges Zeichen, denn im selben Jahr wurde durch die Generalbundesanwaltschaft klargestellt: Es war rechter Terror – ein Anschlag auf uns alle. Dies zu vermitteln, daran zu erinnern und weiterhin gegen rechte Vorstellungen und Strukturen zu kämpfen, bleibt unser Auftrag.

UMZUG UND ABSCHIED VOM GEWERKSCHAFTSHAUS

Im November sind wir von unserem Gewerkschaftshaus in der Schwanthalerstraße in die Neumarkter Straße umgezogen. Das Gewerkschaftshaus wird abgerissen und neu gebaut. Mit einer Lichtinstallation haben wir uns im Dezember von unserem Haus verabschiedet.



Servus, Schwanthalerstraße! Im November 2020 verabschiedete sich der DGB München mit einer Lichtaktion vom Gewerkschaftshaus. Foto: DGB München

2021 – wir werden 75 und sind immer noch nicht leise

DER DGB MÜNCHEN WIRD 75

Am 29. März 1946 wurden die Münchener Gewerkschaften und der Münchener DGB per Urwahl (wieder-)gegründet. Wir hätten unseren Geburtstag gerne mit vielen Gästen gefeiert. Dies war aufgrund hoher Infektionszahlen nicht möglich. Deshalb kon-



zipierten wir einen Spaziergang zur Geschichte des DGB München, und beleuchteten in einem Magazin die Gründungszeit des DGB näher. Beides kann bei uns in der Geschäftsstelle bestellt werden.



Anlässlich der 75-Jahr-Feier konzipierte der DGB München mit dem Archiv der Münchener Arbeiterbewegung eine Broschüre zur Gründungszeit 1945/46. Foto: DGB München

DAS AZUBI-WERK

Eine lange Forderung der Gewerkschaften und der Gewerkschaftsjugend nimmt 2021 endlich Gestalt an: Die Vorbereitungen für ein Azubi-Werk sind gestartet. Analog zum Studentenwerk soll es bezahlbare Wohnungen für Auszubildende zur Verfügung stellen und sie unterstützen. Das Besondere daran: Auszubildende können mitbestimmen. Sowohl die DGB-Jugend als auch der DGB München sind in die Erarbeitung des Konzepts eingebunden. Die DGB-Jugend soll zudem einen Sitz im Entscheidungsgremium bekommen.

BUNDESWEITER MIETENSTOPP

Im April hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass ein Mietenstopp nur auf Bundesebene geregelt werden kann. Deshalb haben wir alle Kräfte auf das schon gegründete bundesweite „Bündnis Mietenstopp“ gesetzt. Nach dem Scheitern des Berliner Mietendeckels haben wir in kürzester Zeit viele Unterstützer*innen gefunden und im Juni einen erfolgreichen Aktionstag organisiert. Ziel ist es, dass alle Parteien im Bundestagswahlkampf zur Forderung nach einem Mietenstopp Position beziehen müssen. In München radelten 400 Teilnehmer*innen trotz extremer Hitze für einen Mietenstopp.



Im Juni 2021 veranstaltete das Bündnis Mietenstopp einen bundesweiten Aktionstag. Foto: Sigi Jantz – Bündnis Mietenstopp

5.3

Region Niederbayern



Büros

- Landshut (Sitz Regionsgeschäftsstelle) und Passau

Kreisverbände und weitere ehrenamtliche Gremien

- KV Deggendorf
- KV Dingolfing-Landau
- KV Freyung-Grafenau
- KV Regen
- KV Rottal-Inn
- KV Kelheim
- Stadt- und Kreisverband Straubing-Bogen
- Stadt- und Kreisverband Landshut
- Stadt- und Kreisverband Passau
- Frauenausschuss Landshut, Frauenausschuss Regen, DGB-Jugend Landshut, DGB-Hochschulgruppe Passau

Gewerkschaftsmitglieder in der Region

- 88.357

Personal

Büro Landshut:

- Regionsgeschäftsführer: Andreas Schmal (seit 02/2018), Hans-Dieter Schenk (bis 01/2018)
- Gewerkschaftssekretärin: Anja Wessely
- Jugendsekretär: Martin Birkner
- Assistenz: Susanne Prihradny

Büro Passau:

- Gewerkschaftssekretär*in: Bettina Blöhm (seit 10/2019), Markus Zaglmann (bis 11/2018)
- Assistenz: Ursula Möws, Monika Weilnöck (bis 12/2019)

Wirtschaftsstruktur der Region Niederbayern

Mit den Werken Dingolfing und Landshut prägt BMW die Region. Zwangsläufig haben sich deshalb auch viele Zulieferer und Kontraktlogistik in der Region angesiedelt. Die ZF Friedrichshafen AG ist mit zwei Werken der größte Arbeitgeber im Raum Passau. Im Bayerischen Wald ist u.a. mit Rodenstock noch die Geschichte als Glasstandort zu spüren. Niederbayern ist auch von Tourismus geprägt.

Corona, extreme Rechte

Mit der Pandemie gab es für den DGB in Niederbayern neue Aufgabenfelder. Einerseits haben wir uns mit den Folgen der Pandemie beschäftigt, vom Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz bis zu den Folgen der Maßnahmen wie Kurzarbeit. Mit Aufklärung in der Öffentlichkeit und über Kontakte zur Politik haben wir für die Aufstockung des Kurzarbeitergeldes geworben und darüber informiert.

Andererseits mussten wir uns in den letzten Jahren mit dem Klientel „Coronaleugner, Querdenker und Nazis“ auseinandersetzen. Wir reagierten mit Bündnissen und Öffentlichkeitsarbeit und konnten so die Akteure bei vielen dieser Kundgebungen öffentlich machen und sie so marginalisieren.



„Mit Abstand z'amhalten“ war das Motto für unsere Transparentaktionen in den Kreisverbänden, mit denen wir für einen solidarischen Weg aus der Krise warben.

Foto: DGB Niederbayern

Trotzdem ist Niederbayern eine Hochburg der extremen Rechten bzw. extrem rechter Parteien. Allerdings konnte die DGB-Region Niederbayern in den letzten vier Jahren zahlreiche Bündnisse schaffen, in denen die Gewerkschaften eine starke Position einnehmen und gegen öffentliche Auftritte rechter Parteien und Gruppen mobilisieren.

Regelmäßig beteiligt sich der DGB Niederbayern mit eigenen Veranstaltungen und Kooperationen z.B. in Passau, Landshut oder Straubing an den „Internationalen Wochen gegen Rassismus“. In Landshut finden zusätzlich die „Interkulturellen Wochen“ statt, bei denen der DGB Niederbayern mit Lesungen, Ausstellungen und Vorträgen vertreten ist.

Rente

Die soziale Sicherung im Alter ist ein wichtiges Thema für die Kolleginnen und Kollegen und ermöglichte es dem DGB Niederbayern, in der Bevölkerung Zustimmung zu gewerkschaftlichen Forderungen zu erhalten. Bei Informationsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit Rentenexpert*innen der DRV zu Änderungen in der Rente hatten wir immer volles Haus. Mit dem Rentenreport des DGB Bayern machten wir auf die Armutssrenten aufmerksam, die vor allem in Niederbayern und hier besonders bei Frauen verbreitet sind. Nach Kräften warben wir auch für die Einführung der Grundrente, die Entlastung verspricht.



Kollegen in Plattling beim Renten-Pendleraktionstag
Foto: DGB Niederbayern

Der Renten-Pendleraktionstag 2021 war ungeheuer motivierend. Wir konnten wieder mit Menschen in Kontakt kommen und stießen mit dem Rentenrechner auf sehr positive Resonanz.

Gemeinsam mit der IG Metall Landshut startete der DGB Niederbayern ein Projekt, um Betriebsrät*innen als Rentenexpert*innen zu qualifizieren. Gestartet wurde das Projekt mit einem Seminar zum Thema „Wieviel Netto bleibt vom Brutto?“, gefolgt von einem 3-Tages-Seminar in der Kritischen Akademie Inzell.

Wahlen

Mit vielfältigen Aktionen und Veranstaltungen zu den Wahlen im Berichtszeitraum (Europawahl, Kommunalwahl, Landtagswahl, Bundestagswahl) w提醒en wir für unsere gewerkschaftlichen Positionen. Wir führten „Kamingespräche“ in kleiner Runde mit Kandidierenden, große Podiumsdiskussionen und Fragebogenaktionen durch. Dabei griffen wir unsere lokalen Themen auf, wie z.B. in Kelheim die Situation der Krankenhäuser.

Trotz Corona konnten wir u.a. in Landau und Passau unsere Podiumsdiskussionen online durchführen und via Livestream weitere Zuschauer*innen gewinnen.



Mit einem großen „Transparentewürfel“ machten unsere Kreisverbände auf den Tarifreport des DGB Bayern und die geringe Tarifbindung in Niederbayern aufmerksam.

Foto: DGB Niederbayern

Bündnis Bahn

Eine geplante Streckenstilllegung der Waldbahn war der Startschuss für unsere Beschäftigung mit dem ÖPNV. Hier ist Niederbayern weit abgeschlagen in der Versorgung und die Staatsregierung plant sowohl die Stilllegung einer Strecke sowie die Abschaffung des Fahrkartenverkaufs durch Personal in den niederbayerischen Bahnhöfen.

Mit einer Demonstration in Regen und vielen Briefen gingen wir das Thema an. Mit einem Bündnis mit der EVG sowie den Landräte*innen und Bürgermeister*innen der Kommunen starteten wir erst eine Un-



Der DGB Niederbayern setzt sich für die Stärkung des ÖPNV in der Region ein. Foto: DGB Niederbayern

terschriftensammlung in der Region und aktuell eine Petition an den Landtag. Geplant ist eine langfristige Kampagne zur Schaffung eines Niederbayerischen Verkehrsverbundes.

Erinnerungsarbeit, Gedenken

Das Ziel, jeden Kreisverband für die Erinnerungsarbeit zu aktivieren, ist dem DGB Niederbayern in weiten Teilen gelungen. Die Kreisverbände beteiligten sich u.a. sichtbar an offiziellen Veranstaltungen zum 9. November. In Straubing fanden Veranstaltungen zum Antikriegstag und zum 8. Mai statt. In Straubing und in Passau gab es jeweils eine Filmvorführung mit Beteiligung der Produzentin und Mitwirkenden über das „Café Zelig“ in München, in dem sich Überlebende der Shoah treffen.



Veranstaltung zum Antikriegstag in Straubing
Foto: DGB Niederbayern

Die DGB-Jugend initiierte gemeinsam mit BDKJ und Evangelischer Jugend in Landshut einen jährlichen Gedenkweg zum 9. November, der auf große Resonanz gestoßen ist.

In Nammering in der Nähe von Passau fand in den letzten Tagen der Nazidiktatur das größte Massaker mit fast 800 Ermordeten statt. Gemeinsam mit der örtlichen Arbeitsgemeinschaft führten wir Gedenkveranstaltungen durch und besuchten mit Jugendlichen den Ort. Mit Ben Lesser aus Las Vegas, einem der letzten überlebenden Zeitzeugen des Massakers, führten wir online ein Zeitzeugengespräch durch, das von weit über 400 Menschen besucht wurde. Derzeit arbeiten wir mit ihm an einem Schulprojekt und an der Übersetzung und Publikation seiner Biografie in Deutschland.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Die DGB-Region Niederbayern hat in den letzten vier Jahren die Zusammenarbeit mit unseren internationalen Partnern fortgesetzt. Wir beteiligten uns an den Interregionalen Gewerkschaftsräten Böhmen-Bayern und Tirol-Salzburg-Oberösterreich-Bayern. Gemeinsam nahmen wir vor der Europawahl an einer Aktion an der Europabrücke in Laufen teil.



Auf dem Europasteg in Laufen haben wir gemeinsam mit österreichischen und oberbayerischen Kolleg*innen ein starkes gemeinsames Zeichen gesetzt.

Foto: DGB Niederbayern

Die DGB-Jugend Niederbayern veranstaltete gemeinsam mit den Kolleg*innen aus Linz ein Wochenendseminar.

Online schalteten wir uns mit Kolleg*innen der Histadrut in Israel zusammen und informierten uns über die dort laufenden Wahlen.

Region

Das Bürogebäude in Passau wurde leider abgerissen. Mit der IG Metall Passau, der IG BAU und dem DGB Rechtsschutz gelang es dem DGB Niederbayern – nach langen Jahren – wieder gemeinsame Räumlichkeiten zu finden und ein neues Gewerkschaftshaus zu begründen, das 2021 eingeweiht werden konnte.

Stadt- und Kreisverbände

Die DGB-Region Niederbayern unterteilt sich in neun Stadt- und Kreisverbände. Regelmäßig finden Klausurtagungen mit den Mitgliedern der Kreisverbände statt, die dem gemeinsamen Austausch und der Jahresplanung dienen. Organisatorische Fragen, wie die Durchführung von Maiveranstaltungen, Neujahrsempfängen und die örtliche Pres-



Die bundesweite Kampagne „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“ gegen Angriffe auf Beschäftigte im öffentlichen Dienst haben wir mit drei Großplakataktionen und Briefen an die Kommunen in die Öffentlichkeit getragen. Foto: DGB Niederbayern



Nach der durch den DGB Niederbayern begleiteten Gründung des Vereins „Queer in Niederbayern e.V.“ fand 2019 der erste CSD in Niederbayern statt, der mit über 5.000 Teilnehmenden ein durchschlagender Erfolg war. Foto: DGB Niederbayern

arbeit, sind regelmäßig wiederkehrende Tagesordnungspunkte.

Einmal im Jahr findet in Kirchham ein Wochenendseminar für alle Interessierten statt, zu dem verschiedene Referent*innen eingeladen werden. Von Europa, Rente, der Arbeit der Schwerbehindertenvertretung bei ZF bis hin zu Sicherheitsthemen wird hier informiert und debattiert.

Darüber hinaus wurden zwei Arbeitsgemeinschaften initiiert, diese wurden aber leider durch Corona ausgebremst. Zumindest die ArGe „Solidarisch Leben vor Ort“ mit dem Schwerpunkt zu regionaler Strukturpolitik führte thematische Seminare und Treffen durch.

2021 fanden zudem unsere Organwahlen statt, bei denen die Vorsitzenden in Delegiertenkonferenzen oder Vorstandssitzungen gewählt wurden.

Frauen

Beim DGB Niederbayern gibt es zwei Frauengruppen in Regen und in Landshut.

Seit vielen Jahren führt der Frauenausschuss in Landshut zum Internationalen Frauentag selbstgeschriebene Theaterstücke auf. Diese Vorführungen finden stets vor vollem Haus statt. 2021 konnte sie leider nur online stattfinden.

In Regen freuen wir uns beim jährlichen Kabarett über ebenso hohe Besucher*innenzahlen.

Neu hinzugekommen sind Frauentagsveranstaltungen in Eggenfelden und Passau. Hier gab es Empfänge, Frauentagskinos und Diskussionsveranstaltungen sowie Frauenmessen.



Das jährliche Lesezeichen zum Internationalen Frauentag

Jugend

Die DGB-Jugend trifft sich monatlich in Landshut. Ein Zeichen für die gute Zusammenarbeit ist, dass die Gruppe seit Jahren stabil ist und wächst. Eine jährliche Sommerakademie wurde wiederholt durchge-



Jugendaktion bei der Maikundgebung 2019 in Landshut
Foto: DGB Niederbayern

führt und ist extrem gut besucht. 2021 fand das erste ostbayerische Jugendcamp in Finsterau statt. Bei allen Aktionen der „Erwachsenen“ beteiligen sich auch Jugendliche mit großem Einsatz.

Als Regionalkoordination der „Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage“ führte das Jugendsekretariat Stammtischtrainings, Seminare und Lehrer*innenfortbildungen mit hunderten Menschen durch. Ebenso gut vernetzt sind wir durch die Berufsschultour und eine viel intensivere Koordination und Gestaltung der Arbeit in den Berufsschulbeiräten, Jugendringen oder dem Berufsbildungsausschuss an der IHK.

Tag der Arbeit

Der 1. Mai ist der wichtigste Aktionstag der Gewerkschaften. In der DGB-Region Niederbayern finden in Landshut, Passau, Deggendorf, Dingolfing, Eggenfelden, Freyung, Kelheim, Mainburg, Regen, Straubing, Plattling und Bad Gögging Maikundgebungen statt. Auch 2021 konnte durch gute Planung in jedem Kreisverband eine Maikundgebung stattfinden.

Neue Konzepte und Bündnispartner und ein Weg hin zu einem „sozialen Maifest“ zeigen erste Erfolge, um noch mehr Menschen erreichen zu können.



Coronakonforme Maikundgebung in Freyung-Grafenau
Foto: DGB Niederbayern

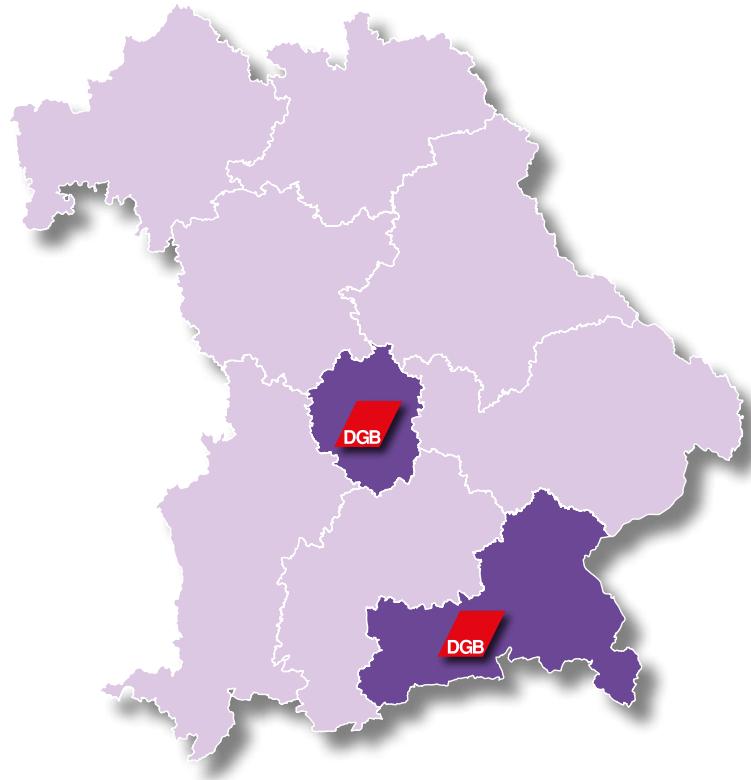
Niederbayerischer Gewerkschaftstag

Der Niederbayerische Gewerkschaftstag ist ein besonderes Beispiel für die gute Zusammenarbeit der Mitgliedsgewerkschaften und der DGB-Region Niederbayern. Im Berichtszeitraum konnte leider nur der Gewerkschaftstag 2019 in Deggendorf stattfinden. Neben einer gelungenen Jugendaktion gab es viele Infostände der Gewerkschaften und gewerkschaftsnahen Einrichtungen. Frank Bsirske sprach vor über 850 Teilnehmenden an diesem gelungenen Tag.



Jugendaktion auf dem Niederbayerischen Gewerkschaftstag
Foto: DGB Niederbayern

5.4 Region Oberbayern



Büros

- Rosenheim (Sitz Regionsgeschäftsstelle) und Ingolstadt

Kreisverbände und weitere ehrenamtliche Strukturen

- KV Altötting
- KV Berchtesgadener Land
- KV Eichstätt
- KV Ingolstadt
- KV Miesbach/Bad Tölz
- KV Mühldorf
- KV Neuburg/Schrobenhausen
- KV Pfaffenhofen
- KV Rosenheim
- KV Traunstein

Gewerkschaftsmitglieder in der Region

- 109.015

Personal

Büro Rosenheim:

- Regionsgeschäftsführer: Günter Zellner
- Organisationssekretär*in: Sepp Parzinger (seit 07/2020), Christa Müller (bis 07/2020),
- Jugendsekretärin: Simone Stefan (seit 07/2021), Gabriele Bichler (01/2021 bis 06/2021), Katarina Koper (bis 09/2020),
- Assistentinnen: Regina Bülesbach, Christina Eberl

Büro Ingolstadt:

- Organisationssekretär: Christian De Lapuente
- Assistentinnen: Marion Kreis, Michaela Dauscher, Marika Klingshirn (Erziehungszeitvertretung seit 08/2018)

Wirtschaftsstruktur der Region Oberbayern

Prägende Branchen in Oberbayern: Automobilindustrie, Chemische Industrie, Dienstleistung und Gesundheit, Nahrungsmittelindustrie, Hotel- und Gastgewerbe

Organisation und Gremien

Zentrale Aufgabe der DGB-Region Oberbayern ist die Betreuung der Stadt- und Kreisverbände. Neben der organisatorischen und personellen Begleitung der Gremiensitzungen und Veranstaltungen organisiert die Region jährlich eine zentrale Klausurtagung sowie ein Seminar für die DGB-KV/SV-Mitglieder.

Daneben ist die DGB-Region für das regionale Benennungsverfahren im Rahmen der Sozialwahl zuständig. Sie betreut fünf AOK-Beiratsgremien, drei Verwaltungsausschüsse der Arbeitsagenturen sowie zahlreiche Versichertenberater*innen der Deutschen Rentenversicherung. Die Benennung der ehrenamtlichen Arbeits- und Sozialrichter*innen sowie der Prüfungsausschussmitglieder der IHK gehört ebenfalls zum Aufgabengebiet.

Im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hat die DGB-Region jedes Jahr in Ingolstadt, Rosenheim und Töging gemeinsame Sommer-Pressekonferen-



Der Newsletter „oberbayern-news“ mit Informationen rund um die Aktivitäten der Region erscheint bis zu achtmal im Jahr.

zen der Gewerkschaften organisiert, Presseberichte verfasst sowie Statements zu gewerkschaftlichen Themen in Radio und Fernsehen abgegeben. Ein besonderes Format ist der Newsletter „oberbayern-news“, der bis zu achtmal im Jahr erscheint.

1. Mai, Frauentag und Gedenktage

1. MAI

Der DGB führt in der Region jedes Jahr durchschnittlich 13 Veranstaltungen zum Tag der Arbeit durch. Das Spektrum reicht von klassischen Kundgebungen bis zu Veranstaltungen mit Rahmenprogramm und



Der ehemalige Vorsitzende des DGB Bayern Fritz Schösser war der Hauptredner bei der Maikundgebung 2018 in Ingolstadt.
Foto: DGB Oberbayern

Familienfesten. Die beiden größten Kundgebungen finden in Ingolstadt und Rosenheim statt. Im Jahr 2020 gab es pandemiebedingt keine Veranstaltungen vor Ort. Am 1. Mai 2021 fanden örtliche Veranstaltungen sowohl online, hybrid als auch in Präsenz mit eingeschränktem Personenkreis statt.

INTERNATIONALER FRAUENTAG

Zum Internationalen Frauentag haben jedes Jahr zwischen sechs und acht regionale Veranstaltungen stattgefunden. Die Form der Veranstaltungen in Ingolstadt, Rosenheim, Traunstein, Traunreut, Burghausen oder Bad Reichenhall reichen von Lesungen, Info-Börsen, Frauenfrühstück, Filmvorführungen, Aktionen, Kabarettveranstaltungen bis zu klassischen Informationsabenden.



Unter dem Motto „fairändern-fairsorgen-fairgüten-fairteilen“ hat der DGB Oberbayern zum Internationalen Frauentag in das Stadttheater Ingolstadt eingeladen. Foto: DGB Oberbayern

Pandemiebedingt gab es zum Internationalen Frauentag 2021 einen Livestream mit der stellvertretenden DGB-Bundesvorsitzenden Elke Hannack sowie einen Online-Talk zum Thema „Was verdienen Frauen?“

GEDENKTAGE

Die DGB-Region begeht alljährlich den Antikriegstag mit einer Rede und Kranzniederlegung an der Gedenkstèle von Georg Oberhäuser in Ingolstadt. Zur Erinnerung an die während der NS-Zeit auf dem Berghaus Sudelfeld zur Zwangsarbeit verpflichteten KZ-Häftlinge lädt der DGB jeweils Anfang Mai zu einer Gedenkveranstaltung ein, bei der an einer Ge-



Vor dem Rosenheimer Gewerkschaftshaus erinnert seit Juli 2021 ein Stolperstein an unseren Kollegen Ewald Thunig. Foto: DGB Oberbayern

denktafel an der heutigen Jugendherberge ein Blumengebinde niedergelegt wird. Im Juli 2021 wurden nach einer fast 20 Jahre andauernden Diskussion zum Gedenken an die Rosenheimer Opfer des Nazi-Terrors erste Stolpersteine in der Stadt Rosenheim verlegt, u.a. vor dem Rosenheimer Gewerkschaftshaus. Dieser Stolperstein erinnert an unseren Kollegen Ewald Thunig.

Zentrale Veranstaltungen

NEUJAHRSEMPFÄNGE

Die Neujahrsempfänge bilden den gewerkschaftlichen Jahresauftakt in der Region. Auf dem gemeinsamen Empfang der DGB-Kreisverbände Altötting und Mühldorf sprachen im Berichtszeitraum Prof. Dr. Uto Meier (Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt), Beate Rohrig, Landesbezirksleiterin der IG BCE, und Stefan Körzell vom DGB-Bundesvorstand. Beim Neujahrsempfang der DGB-Kreisverbände Traunstein und Berchtesgadener Land waren der Landesvorsitzende der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Prof. Dr. Thomas Beyer, Johann Horn, Bezirksleiter der IG Metall Bayern, und ebenfalls Prof. Dr. Uto Meier zu Gast. 2021 fand ein gemeinsamer Online-Neujahrsempfang mit dem DGB-Bundesvorsitzenden Reiner Hoffmann als Hauptredner statt.

ARBEITNEHMER*INNEN-EMPFÄNGE

Der DGB-Kreis- und Stadtverband Rosenheim und der Kreisverband Miesbach/Bad Tölz veranstalten jährlich einen Arbeitnehmer*innen-Empfang. Hauptredner waren 2018 Prof. Dr. Thomas Saalfeld (Otto-Friedrich-Universität Bamberg) und 2019 Prof. Dr. Gerd Bosbach (Hochschule Koblenz). 2020 und 2021 fanden aufgrund der Pandemie keine Arbeitnehmer*innen-Empfänge statt.

REGIONALER GEWERKSCHAFTSABEND

Zum Regionalen Gewerkschaftsabend 2018 in Bernau am Chiemsee war Prof. Dr. Uto Meier geladen. Unter dem Motto „Wem gehört die Zeit?“ sprach er über das Verhältnis von Freizeit, Lebenszeit und Auszeit gegenüber Freiheit und Würde.

JUGEND

Im Rahmen der Hochschularbeit war die DGB-Jugend im Jahr 2018 zusammen mit der jungen IGM auf der Berufsinfomesse an der Hochschule Rosenheim präsent. Zwei Wochen lang war die DGB-Jugend in den Jahren 2018 und 2019 in Ingolstadt und Rosenheim in den Berufsschulen unterwegs, um Azubis über ihre Rechte in der Ausbildung und die Arbeit von Gewerkschaften zu informieren. Die DGB-Jugend hat auch in Zusammenarbeit mit der Katholischen Hochschulseelsorge im Oktober 2019 in Rosenheim zu der Veranstaltung „Zu dir oder zu meinen Eltern? Wo sollen wir wohnen?“ eingeladen, um über alternative Wohnformen zu sprechen. Im Juli 2020 fand ein Online-Seminar zu Verschwörungstheorien statt. Im September 2021 hat die DGB-Jugend in Rosenheim eine Diskussionsveranstaltung mit der Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung Dr. Bärbel Kofler zum Thema „Ist uns Ungleichheit gleich?“ organisiert.

Aktionen

BETRIEBSRATSWAHLEN

Im März 2018 hat die DGB-Region zur öffentlichen Unterstützung der Betriebsratswahlen Pressegespräche mit aktiven Betriebsräten*innen organisiert. Außerdem fand in Neuburg a.d. Donau zum Thema Mitbestimmung eine Diskussionsveranstaltung mit



Im Februar 2019 war der DGB-Bundesvorsitzende Reiner Hoffmann auf einem Betriebsbesuch bei AIRBUS in Manching.
Foto: DGB Oberbayern

der Personalratsvorsitzenden des Landratsamtes Sonja Auer-Strobl, dem langjährigen Betriebsratsvorsitzenden der Milchwerke Neuburg Siegfried Griebel und dem Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrates der AUDI AG Peter Mosch statt.

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT

Im November 2018 haben die DGB-Frauen zum Thema „100 Jahre Wahlrecht für Frauen“ eine Veranstaltung in Trostberg organisiert. Am 100. Jahrestag der Einführung des Frauenwahlrechts am 19. Januar 2019 wurde eine Veranstaltung in Burghausen durchgeführt.

BEZAHLBARE MIETEN

Unter dem Motto „Bezahlbar ist die halbe Miete“ haben Mitglieder der oberbayerischen DGB-Kreis- und Stadtverbände im Rahmen einer bundesweiten Aktionswoche Passant*innen über das Thema Wohnen informiert und auf den dringenden Handlungsbedarf hierbei hingewiesen.



Aktion „Mietenstopp“ in Rosenheim
Foto: DGB Oberbayern

Im Oktober 2019 hat der DGB in Rosenheim einen Kunst-Demo-Zug unter dem Titel „Wie willst du wohnen?“ organisiert. Zusammen mit Mitgliedern des Rosenheimer Sozialforums zogen Gewerkschaftskolleg*innen mit einem lebensgroßen Buchstabenzug durch die Stadt. Im Juli 2021 hat sich der DGB in

Ingolstadt, Altötting, Rosenheim und Traunstein am Aktionstag Mietenstopp beteiligt.

WORKERS MEMORIAL DAY

Im April 2018 und 2019 veranstalteten DGB und IG BAU zusammen mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche und der Katholischen Betriebsseelsorge in Rosenheim zum Workers Memorial Day ein Gedenken an Menschen, die im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit durch Unfall oder Berufskrankheit ihr Leben lassen mussten.

ACTIONSTAG „NEIN ZU GEWALT“

Die DGB-Frauen laden immer im November gemeinsam mit anderen Verbänden rund um den Internationalen Aktionstag „Nein zu Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ zu Informationsveranstaltungen und Aktionen in Burghausen und Rosenheim ein. 2020 fand ein Online-Talk „Gewalt gegen Frauen – Auswirkungen der Corona-Pandemie“ mit dem DGB-Bundesvorstandsmitglied Anja Piel statt.

ZUKUNFTSDIALOG

Die DGB-Region hat den bundesweiten DGB-Zukunftsdialog mit mehreren Veranstaltungen begleitet. Unter dem Motto „Reden wir über ...“ fanden z.B. Gespräche mit Bundestagsabgeordneten zur Rente statt. Auch die Themen Wohnen, Europa und Tarifbindung wurden im Zukunftsdialog vor Ort begleitet.

Demokratie und Toleranz – Gegen Rechts

Im Sommer 2019 fanden in Rosenheim zwei Protestaktionen gegen Kundgebungen des mehrfach vorbestraften Hassredners Michael Stürzenberger statt. Im Juni 2021 hat die DGB-Region das Online-Seminar „Corona-Proteste und die extreme Rechte“ angeboten. Zudem sind Mitglieder der örtlichen KV/SV in vielen Bündnissen gegen Rechts in Ingolstadt, Rosenheim, Wasserburg, Mühldorf, Pfaffenhofen und Traunstein vertreten.

Aktionen zu Wahlen

Zur Landtagswahl 2018 hat die DGB-Region neue Diskussionsformen wie Fish-Bowl oder Worldcafe erprobt, aber auch weiterhin klassische Podiumsdiskussionen mit Abgeordneten und Kandidierenden durchgeführt. Im September 2018 produzierte die DGB-Region zur Landtagswahl erstmals einen eigenen Videoclip mit dem Titel „Deine Zukunft 2022“.



Regionsgeschäftsführer Günter Zellner sprach bei der Kundgebung im Laufener Stadtpark. Foto: DGB Bayern

Zu den Europawahlen 2019 gab es mehrere Veranstaltungen und Aktionen unter dem Motto „Soziales Europa“. Besonders spannend war der grenzüberschreitende Europa-Aktionstag am 11. Mai 2019 in der Stadt Laufen im Berchtesgadener Land in Zusammenarbeit mit dem ÖGB. Nach einer Gesprächsrunde, u.a. mit der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Elke Hannack und Henrike Hahn,



Redeten über Europa: v.l.n.r. Moderator Hans Häuser, Rudolf Diensthuber (ÖGB), Henrike Hahn (Bündnis 90/Die Grünen), Christine Pertele (ÖGB-Pensionist*innenvorsitzende), Elke Hannack (Stv. DGB-Vorsitzende) und Tobias Köck (Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings). Foto: DGB Bayern

Spitzenkandidatin der bayerischen Grünen, fand eine Demonstration statt, die mit einem gemeinsamen Zug über den Europasteg endete.

Auch die Kommunalwahlen 2020 hat die DGB-Region mit verschiedenen Aktionen vor Ort begleitet. Die örtlichen KV/SV führten dabei u.a. das Wahlspiel „Mensch wählt mich!“ mit Landrats-, Stadtrats- und OB-Kandidat*innen durch. Der Ansturm auf die Veranstaltungen war teilweise so groß, dass Säle wegen Überfüllung geschlossen werden mussten.

Zur Bundestagswahl 2021 fanden in allen sechs Wahlkreisen Veranstaltungen mit Direktkandi-



Auf dem Paradeplatz in Ingolstadt hat die DGB-Region am 11. September 2021 eine Renten-Demo organisiert.

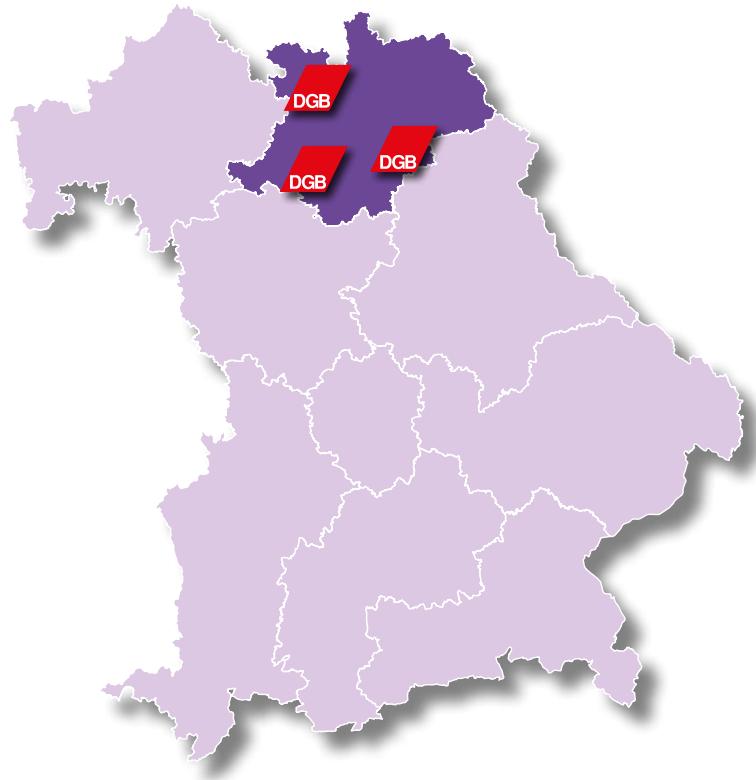
Foto: DGB Oberbayern



Die Wahlspiele mit den Kandidierenden für den Bundestag konnten live im Netz verfolgt werden. Foto: DGB Oberbayern

dat*innen in Form eines Wahlspiels statt, die jeweils live im Internet gestreamt wurden. Zwei Aktionstage (zu den Themen Rente und Frauen) wurden vor Ort begleitet. Bei einer Lichteraktion in Ingolstadt und Rosenheim wurden die Gewerkschaftshäuser mit unseren Forderungen beleuchtet. In Ingolstadt hat die DGB-Region eine regionale Renten-Demo durchgeführt. In Rosenheim fand eine Veranstaltung der DGB-Jugend zum Thema Ungleichheit statt.

5.5 Region Oberfranken



Büros

- Bamberg (Sitz Regionsgeschäftsstelle), Bayreuth und Coburg

Kreisverbände und weitere ehrenamtliche Strukturen

- KV Bamberg
- KV Bayreuth
- KV Coburg
- KV Forchheim
- KV Hof (Ortskartell Schwarzenbach-Oberkotzau-Rehau)
- KV Kronach
- KV Kulmbach
- KV Lichtenfels (Ortskartell Schney)
- KV Wunsiedel (Ortskartell Kirchenlamitz-Marktleuthen, Ortskartell Marktredwitz, Ortskartell Röslau-Weißenstadt, Ortskartell Selb, Ortskartell Tröstau, Ortskartell Wunsiedel)

Gewerkschaftsmitglieder in der Region

- 74.742

Personal

Büro Bamberg:

- Regionsgeschäftsleiter: Mathias Eckardt
- Gewerkschaftssekretär*in: Bastian Sauer (seit 06/2018), Julia Römer (bis 03/2018)
- Jugendsekretär: Paul Hummer (seit 02/2021), Claas Meyer (bis 10/2020)
- Assistentin: Christine Büttner

Büro Bayreuth:

- Gewerkschaftssekretär: Frank Bodenschatz (seit 09/2019), Petr Arnican (bis 04/2019)
- Assistentin: Jessica Marcus (seit 07/2021), Friederike Kuhn (bis 05/2021)

Büro Coburg:

- Assistentin: Pia Hiesl

Wirtschaftsstruktur der Region Oberfranken

Die Region Oberfranken zeichnet sich durch eine mittelständische Struktur mit einer Vielzahl von hochmodernen Unternehmen aus. Die Zahl der Industriebeschäftigten je 1.000 Einwohner*innen liegt 40 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Damit erreicht Oberfranken die zweithöchste Industriedichte in der Europäischen Union. Insgesamt sind in Oberfranken ca. 500 sogenannte „hidden leader“ ansässig. Mit einem Exportanteil von fast 50 Prozent besteht jedoch eine hohe Abhängigkeit von der Weltkonjunktur. Neben ihrer Bedeutung als Industriestandort gilt Oberfranken als die Genussregion schlechthin. Mit der höchsten Brauerei-, Metzgerei- und Bäckereidichte der Welt wurde Oberfranken von der UNESCO mit dem Titel „immaterielles Kulturerbe“ gewürdigt. Die Unternehmen in Industrie, Dienstleistung und Handel haben sich in den vergangenen Jahren als innovativ und international wettbewerbsfähig erwiesen. Der sich beschleunigende Transformationsprozess stellt allerdings ein erhebliches Beschäftigungsrisiko, vor allem durch den hohen Anteil von Automobilzulieferern, dar.

Kampagne „Solidarisch aus der Krise!“

Als Antwort auf die zunehmende Verunsicherung vieler Kolleg*innen während der ersten Phase der Corona-Pandemie hat der DGB Oberfranken im Sommer 2020 in Absprache mit den Mitgliedsgewerkschaften eine eigene Kampagne unter dem Motto „Solidarisch aus der Krise!“ entwickelt. Dabei wurden vier grundlegende Ziele verfolgt:

1. Steigerung der öffentlichen Wahrnehmung des DGB
2. bessere Wahrnehmung der Gewerkschaften als Gestalter und Interessenvertreter
3. Formulierung klarer Ziele in Hinblick auf die zukünftige Entwicklung der Region
4. Gewinnung und Halten von Gewerkschaftsmitgliedern



„Solidarisch aus der Krise!“ – Das Motto des DGB Oberfranken.
Foto: DGB Oberfranken/Frank Bodenschatz

Eine Vielzahl von Kampagnenformaten – angefangen bei Gesprächen mit Presse, Kammern und politischen Kontakten über Plakataktionen und Streikpräsenz bis hin zu Statement-Kacheln und -Videos in den sozialen Medien – sorgte für eine fortlaufende Sichtbarkeit. Das parallel dazu entstandene Positionspapier ist eine wichtige Arbeitsgrundlage für die DGB-Arbeit vor Ort geworden.

Tag der Arbeit: Unser 1. Mai in Oberfranken

Der Höhepunkt der gewerkschaftlichen Arbeit ist in Oberfranken unser Tag der Arbeit. In 13 Veranstaltungen präsentieren sich hier die oberfränkischen DGB-Gewerkschaften mit ihren Themen und Forderungen in der Öffentlichkeit. Mit unterschiedlichen Veranstaltungsformen sind wir an diesem Tag flächendeckend präsent. Vom Empfang für Arbeitnehmer*innen am Vorabend über Stammtische bis zu



Rekord: 2019 kamen 2.000 Kolleg*innen beim 1. Mai in Bamberg zusammen! Foto: DGB Oberfranken/Bastian Sauer

Demonstrationszügen und Großkundgebungen ist dabei alles möglich. Das Spektrum reicht von 20 bis 2.000 Teilnehmer*innen. Eine feste Größe bei unseren Veranstaltungen sind die Beiträge der DGB-Jugend in Bamberg und Bayreuth geworden. Im Jahr 2020 hat die Corona-Pandemie unseren Tag der Arbeit auf Fototermine und einen starken Auftritt in den sozialen Medien reduziert. Im darauffolgenden Pandemiejahr 2021 waren wir aber unter Einhaltung der höchst unterschiedlichen Sicherheitsauflagen wieder mit sieben Mai-Kundgebungen vertreten, begleitet von einer erfolgreichen Medienkampagne in der oberfränkischen Öffentlichkeit.

Mitten in Europa – Oberfranken und Tschechien

Zu unserem Selbstverständnis als DGB in Oberfranken gehört die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu unseren Nachbarn in Tschechien. Obwohl es durch die Sprachbarriere nicht ganz einfach ist, suchen wir doch nach Gelegenheiten, um unsere grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter zu vertiefen. Dazu nutzen wir unterschiedliche Wege: So haben wir zusammen mit unseren ehrenamtlichen



Oberfränkische und tschechische Kolleg*innen vereint im Vorfeld der Europawahl
Foto: DGB Oberfranken/Bastian Sauer

Kolleg*innen jährliche Fahrten z.B. nach Theresienstadt oder Lidice unternommen. Darüber hinaus haben wir pünktlich zur Europawahl 2019 ein Treffen mit tschechischen Gewerkschafter*innen am Grenzübergang Hohenberg a.d. Eger organisiert, um ein Zeichen für ein soziales, solidarisches und gerechtes Europa zu setzen. Unterstützt wurde dies durch eine Veranstaltung in Bamberg mit dem langjährigen Mit-



Heribert Prantl (2.v.l.) zu Gast in Bamberg
Foto: DGB Oberfranken/Bastian Sauer

glied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung Prof. Dr. Heribert Prantl. Neben diesen ganz persönlichen Verbindungen arbeitet der DGB in Oberfranken weiterhin mit der Koordinierungsstelle EUREGIO EGRENESIS, einer grenzüberschreitenden Einrichtung im Grenzgebiet zwischen Bayern, Böhmen, Sachsen und Thüringen, sowie im Interregionalen Gewerkschaftsrat Böhmen Bayern (IGR BoBa) aktiv mit.

Drei-Länder-Treffen in Mödlareuth

Drei benachbarte Kreisverbände, drei DGB-Regionen, drei Bundesländer gemeinsam: Das gab es erstmals am 3. Oktober 2020. Unter dem Motto „30 Jahre Deutsche Einheit – Lohnmauer einreißen“ trafen auf Initiative des DGB Oberfranken Kolleg*innen aus Franken, Thüringen und dem Vogtland zusammen, um im Rahmen einer politischen Wanderung auf die nach wie vor sehr ungleichen Einkommensverhältnisse in Ost und West aufmerksam zu machen. Vom



Kolleg*innen aus drei Bundesländern kamen in Mödlareuth zusammen. Foto: DGB Oberfranken/Frank Bodenschatz

„Drei-Freistaaten-Stein“ ging es nach Mödlareuth, wo die noch heute erhaltenen Grenzanlagen daran erinnern, dass die Teilung Deutschlands längst nicht in allen Bereichen überwunden ist. Mittlerweile ist der Termin fester Bestandteil der Jahresplanung, und die entstandenen Kontakte und Freundschaften ermöglichen einen fortwährenden überregionalen Austausch, der in Zukunft weiter ausgebaut werden soll.

Kampf gegen Rechts

Der Kampf gegen Rechtsextremismus ist eine der Kernaufgaben des DGB. Wir engagieren uns deshalb in ganz Oberfranken aktiv in zahlreichen Bündnissen gegen Rechts. Außerdem sind wir Teil der Partner-



Ein sehr zutreffender Spruch. Foto: DGB Oberfranken/Bastian Sauer

schaft für Demokratie im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben“ in Bamberg, Bayreuth und Hof.

Leider ist Oberfranken ein besonderes Ziel der rechtsextremistischen Kleinstpartei „III. Weg“, die



So sehr sich die Rechten auch anstrengen: Wunsiedel ist und bleibt bunt! Foto: DGB Oberfranken/Frank Bodenschatz

sich jedes Jahr in Wunsiedel versammelt, sich mittlerweile aber auch in anderen oberfränkischen Orten zeigt. Dass die Bürger*innen jedoch für Demokratie und Toleranz und einhellig gegen rechtsextremistische Strömungen stehen, haben sie beispielweise im Februar 2020 in Bamberg gezeigt. Rund 500 Menschen kamen zum Fest der Demokratie. Parallel haben sich mehr als 1.000 Teilnehmer*innen am Demonstrationszug gegen das braune Gedankengut beteiligt.

Unser Einsatz für Frauenrechte

Jedes Jahr zum 8. März rufen die Gewerkschaftsfrauen zum „Internationalen Frauentag“ auf. Oberfrankenweit finden rund um diesen Tag traditionell viele Aktionen und Veranstaltungen statt, wie z.B. Ausstellungen, Lesungen, Kino- oder Kabarettvorführungen. Die Kolleginnen engagieren sich dabei in vielfältigen Bündnissen.



Das Bündnis zum Equal Pay Day aktiv in Bamberg
Foto: DGB Oberfranken/Bastian Sauer

Außerdem machen jährlich unterschiedliche Aktionsbündnisse auf den „Equal Pay Day“ aufmerksam. Zum internationalen Aktionstag für Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern sowie zum „Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen“ treten wir unter anderem mit Broschüren und Werbung auf Großflächenplakaten sowie im ÖPNV in die Öffentlichkeit.



Kolleginnen aus ganz Oberfranken senden eine Botschaft zum Internationalen Frauentag.

Foto: DGB Oberfranken/Frank Bodenschatz

Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit

Nicht erst seit Corona sind soziale Medien ein Kommunikationsmittel mit wachsender Bedeutung für die persönliche Ansprache unserer Kolleg*innen. Darüber hinaus lässt sich eine breitere Öffentlichkeit erreichen. Deshalb hat der DGB Oberfranken seine Aktivitäten in diesem Bereich erfolgreich ausgebaut. Neben der Fokussierung auf Facebook kamen mit Instagram und YouTube zwei weitere Plattformen hinzu, die verschiedene Nutzer*innen-Gruppen in den Blick nehmen. Insbesondere gelingt es, bei kontinuierlich steigenden Nutzer*innen-Zahlen ein jüngeres und weiblicheres Publikum anzusprechen. Auch Kolleg*innen, die nicht internetaffin sind, bekommen mit der halbjährlich erscheinenden „Oberfrankenpost“ ein neues Medium buchstäblich „in die Hand“. Als klassische Gewerkschaftszeitung wird sie überdies bei Veranstaltungen und Aktionen ausgelegt.

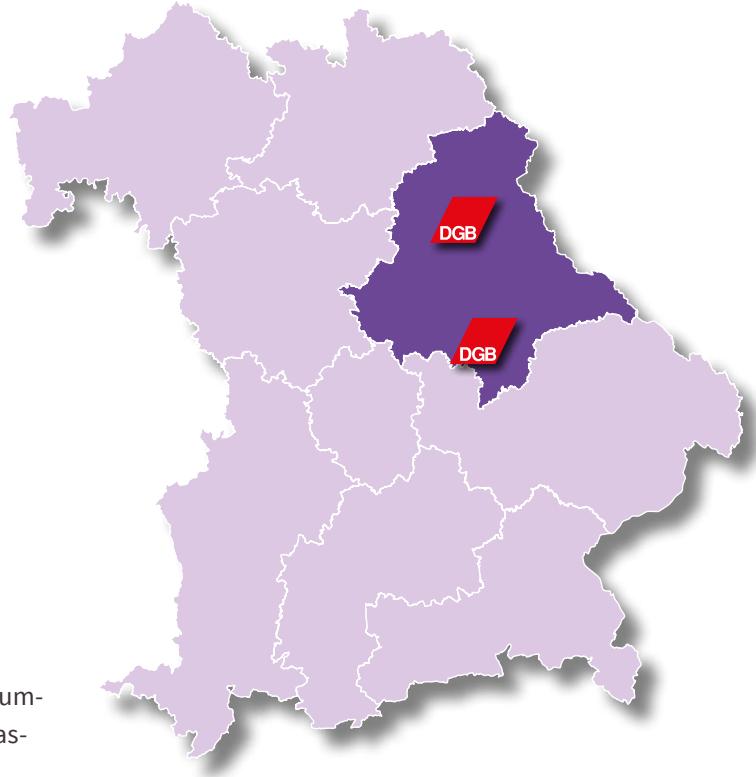


Der neue YouTube-Kanal des DGB Oberfranken – gleich abonniere! Foto: DGB Oberfranken/Frank Bodenschatz

Unterstützung unserer Mitgliedsgewerkschaften

Natürlich unterstützen wir als DGB auch unsere Mitgliedsgewerkschaften bei ihren Aktivitäten – seien es Warnstreiks, Demonstrationen, Kundgebungen oder andere Aktionen. Gleichzeitig arbeiten wir eng zusammen und organisieren gemeinsame Veranstaltungen. Nur so kann die gewerkschaftliche Arbeit in der Region erfolgreich vorangetrieben werden.

5.6 Region Oberpfalz



Büros

- Regensburg (Sitz Regionsgeschäftsstelle) und Weiden

Kreisverbände und weitere ehrenamtliche Strukturen

- KV Tirschenreuth (Ortskartelle Erbendorf/Krummennaab, Mitterteich, Tirschenreuth, Waldsassen und Wiesau)
- KV Weiden-Neustadt/WN (Ortskartelle Windischeschenbach und Floß/Flossenbürg)
- SV Amberg
- KV Amberg-Sulzbach (Ortskartelle Hirschau-Schnaittenbach, Sulzbach-Rosenberg und Auerbach)
- KV Schwandorf (Ortskartelle Schwandorf und Burglengenfeld, DGB-Senioren Burglengenfeld und Schwandorf)
- KV Neumarkt in der Oberpfalz
- KV Regensburg (DGB-Frauenarbeitskreis Regensburg)
- KV Cham (Ortskartelle Cham und Furth im Wald, DGB-Frauenarbeitskreis Cham, Betriebsratennetzwerk Cham)
- DGB-Frauenarbeitskreis Oberpfalz, DGB-Jugend Oberpfalz, DGB-Jugend Neumarkt, DGB-Jugend Regensburg

Gewerkschaftsmitglieder in der Region

- 85.042

Personal

Büro Regensburg:

- Regionsgeschäftsführer: Christian Dietl
- Gewerkschaftssekretärin: Katja Ertl
- Jugendsekretärin: Andrea Huber
- Assistentinnen: Michaela Wirth, Evelyn Eich

Büro Weiden:

- Gewerkschaftssekretär: Peter Hofmann
- Assistentin: Christine Weiß

Wirtschaftsstruktur der Region Oberpfalz

Die DGB-Region Oberpfalz ist geprägt durch ein wirtschaftliches Süd-Nord-Gefälle. Der Süden ist mit Regensburg ein wichtiger Dienstleistungs- und Produktionsstandort, was sowohl positive als auch negative Folgen mit sich bringt. So sorgen steigende Mietkosten und eine dem Wachstum nicht entsprechende Infrastruktur für Belastungen. Attraktive Arbeitgeber, etwa aus der M+E-Industrie, dem Dienstleistungssektor oder der öffentlichen Verwaltung, sorgen für eine hohe Nachfrage an Arbeitskräften. Der Norden der Oberpfalz hat in den letzten Jahren wirtschaftlich aufgeholt, kämpft aber immer noch mit strukturellen Problemen nach dem Wandel in traditionellen Industriebereichen (Porzellan- und Glasindustrie, Bergbau, Stahl). Abwanderung, insbesondere von jungen, gut ausgebildeten Menschen und eine älter werdende Bevölkerung sind weiterhin große Herausforderungen.

Die DGB-Region Oberpfalz koordiniert mit zwei Bürostandorten die Aktivitäten der DGB-Gremien und die gemeinsamen Tätigkeiten mit unseren Mitgliedsgewerkschaften. Mindestens drei Tagungen im Jahr mit den Geschäftsführer*innen der Mitgliedsgewerkschaften gewährleisten notwendige Absprachen und bieten Raum für den Informations- und Meinungsaustausch.

Das Büro in Regensburg befindet sich im ältesten, noch von DGB-Gewerkschaften genutzten Gewerkschaftshaus in Bayern. 1926 als „Volkshaus Paradiesgarten“ eröffnet, hatte dort der ADGB seinen Sitz. Das Haus wurde 1933 von den Nazis besetzt und nach der Befreiung vom Faschismus den Gewerkschaften zurückgegeben. 2017 wurden die Veranstaltungsräume als „Veranstaltungszentrum Paradiesgarten“ neu eröffnet. Seitdem ermöglichen sie ein vielfältiges politisches und gewerkschaftliches Leben in „unserem Haus“.

Die Vorsitzenden unserer acht Stadt- und Kreisverbände kommen einmal jährlich zu einer Tagung zusammen und legen ihre Schwerpunkte für das kommende Jahr fest. Zudem sind Vertreter*innen aller Stadt- und Kreisverbände, Ortskartelle, Frauen-, Senior*innen- und Jugendgruppen auf einer jährlichen zweitägigen Klausurtagung vertreten. Der DGB-Frauenarbeitskreis Oberpfalz organisiert zum Internationalen Frauentag Verteilaktionen in vielen Betrieben der nördlichen Oberpfalz.

Die DGB-Region Oberpfalz lädt jährlich alle aktiven Gewerkschaftsmitglieder, Bündnispartner*innen und Parteien zu einem Jahresempfang mit prominenten Redner*innen nach Schwandorf ein. In Cham, Neunburg und Regensburg finden zudem jedes Jahr Veranstaltungen zum Antikriegstag statt. Am 1. Mai werden in der Oberpfalz insgesamt 17 Mai-Kundgebungen durchgeführt, an denen mehrere Tausend Personen teilnehmen.

Aktionen der Kreis- und Stadtverbände



Im Mai 2019 verabschiedete der KV Schwandorf Helmut Fiedler, ehemaliger Abteilungsleiter für grenzüberschreitende Beziehungen im DGB Bayern. Foto: DGB Oberpfalz

Im DGB-Kreisverband Schwandorf finden sich die meisten lokalen ehrenamtlichen Gremien. Die DGB-Senior*innen in Burglengenfeld und Schwandorf führen jeweils monatliche Informationsveranstaltungen sowie einmal jährlich einen Ausflug durch. Der KV ist aktiv im Bündnis für Toleranz und Menschenrechte, im Bündnis zum Antikriegstag und organisiert mit zahlreichen Parteien und Organisationen Kabarett-Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag. Der KV lädt zudem regelmäßig zu Diskussionsabenden ein, unter anderem zu den Themen Rente, „No AfD“ oder prekäre Beschäftigung.

Der DGB-Kreisverband Neumarkt organisiert regelmäßig Informationsveranstaltungen oder Verteilaktionen, u.a. zum Thema Rente oder zur Land-



Infostand des KV Neumarkt anlässlich der alle zwei Jahre stattfindenden Jobmeile in Neumarkt. Foto: DGB Oberpfalz

tagswahl. Alle zwei Jahre findet in Neumarkt eine „Jobmeile“ mit über 100 Aussteller*innen statt, bei der der KV prominent vertreten ist. Die DGB-Frauen beteiligen sich im Bündnis Equal Pay, das auch jenseits des Equal Pay Day Ausstellungen, Pressegespräche oder Filmvorführungen organisiert.



Jahresabschluss-Sitzung des KV Cham

Foto: DGB Oberpfalz

Der DGB-Kreisverband Cham und das Ortskartell Furth im Wald organisieren jeweils drei- bis viermal im Jahr Informationsveranstaltungen zu aktuellen politischen Themen, z.B. Rente, Armut im Alter, Europa, prekäre Beschäftigung oder Pflege. Vor der Bundestagswahl 2021 fand eine Podiumsdiskussion mit Kandidat*innen statt. Jedes Jahr verteilen die Mitglieder auf den Weihnachtsmärkten in Cham und Furth im Wald Nikoläuse mit den DGB-Forderungen. Die DGB-Frauen organisieren Aktionsstände, Kabarett oder Vorträge zum Internationalen Frauentag. Neben einer Rentenberatung mit festen Sprechstunden pflegt der KV Cham in Kooperation mit dem DGB Rechtsschutz ein regelmäßig stattfindendes Betriebsratsnetzwerk, in dem sich engagierte Betriebs- und Personalräte*innen sowie Jugendvertretungen inhaltlich und organisatorisch austauschen.

Der DGB-Kreisverband Regensburg ist Teil des „Bündnis Mietenstopp“ und im Bündnis „Initiative gegen Rechts“ und organisiert regelmäßig Gegenproteste – zuletzt verstärkt gegen die AfD und sogenannte Corona-Leugner*innen. Gemeinsam mit der Stadt ist es gelungen, einen Gedenktag der gesamten Zivilgesellschaft zur Geschichte Regensburgs am Ende des NS-Regimes zu etablieren, der jedes Jahr am 23. April stattfindet. Mit einem „Runden Tisch Gedenken“ wird die Erinnerung an die Gescheh-



Der DGB-KV Regensburg ist Teil des „Bündnis Mietenstopp“.

Foto: DGB Oberpfalz

nisse während der NS-Zeit aufgearbeitet. Zum Anti-kriegstag führt der Kreisverband gemeinsam mit der DGB-Jugend Veranstaltungen durch. Regelmäßig finden Gespräche mit MdBs, MdLs und Kommunalpolitiker*innen statt, insbesondere im Vorfeld von Kommunal-, Landtags- oder Bundestagswahlen. Weitere Schwerpunktthemen waren die Themen prekäre Beschäftigung, Rente und Tarifbindung. Seit 2019 organisieren die DGB-Frauen Regensburg wieder Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag, z.B. den „Feministischen Brunch“ oder Stadtführungen unter dem Motto „Auf den Spuren der Frauen in Regensburg“.



Der KV Tirschenreuth bei einem der regelmäßig stattfindenden Projekttage. Foto: DGB Oberpfalz

Im DGB-Kreisverband Tirschenreuth haben die Kolleg*innen mehrere Projekttage mit umfangreichem Rahmenprogramm organisiert und sich als feste Größe im Landkreis etabliert. Themen waren unter anderem der akute Hausärztemangel unter dem Titel „Der Landkreis Tirschenreuth blutet aus“.



Der KV Weiden nimmt alle zwei Jahre an einem Seifenkistenrennen teil. Foto: DGB Oberpfalz

Der Kreisverband Neustadt a.d. Waldnaab und der Stadtverband (SV) Weiden sind zu einem gemeinsamen KV Weiden-Neustadt fusioniert. Traditionell wird am Vorabend des 1. Mai ein „Sozialer Maibaum“ in Windischeschenbach aufgestellt. Mit der Stadt Weiden wird jährlich ein Empfang für Arbeitnehmer*innen ausgerichtet. Zudem beteiligt sich der KV alle zwei Jahre an einem Seifenkistenrennen mit einer eigenen Seifenkiste und einem Infostand.



Mit einem Bollerwagen voller Infomaterial hat der SV Amberg in der Amberger Altstadt zur Teilnahme an der Europawahl 2019 aufgerufen. Foto: DGB Oberpfalz

Auch der Stadtverband Amberg und der Kreisverband Amberg-Sulzbach arbeiten eng zusammen. Der SV Amberg war beispielsweise 2019 mit Europa-Fahne und Bollerwagen in der Altstadt von Amberg unterwegs, um die Bürger*innen zur Teilnahme an der Europawahl aufzufordern.



Die Passant*innen in Sulzbach konnten Magnetfische mit Tarif-Forderungen angeln, die dann gegen Tarifflyer und Gummibärchen eingetauscht wurden. Foto: DGB Oberpfalz

Der Kreisverband Amberg-Sulzbach organisiert viele Aktionen und Veranstaltungen, z.B. die „Tarifaktion“ 2020 in Sulzbach-Rosenberg, um auf die Vorteile einer hohen Tarifbindung aufmerksam zu machen.

Jugend

Die DGB-Jugend Oberpfalz hat aktive Jugendausschüsse in Regensburg und Neumarkt, die sich bei monatlichen Treffen über Ausbildung, Arbeitsbedingungen und gesellschaftspolitische Themen austauschen und Veranstaltungen planen. Wir setzen uns dazu immer ein Jahresthema, z.B. die anstehenden Wahlen oder das Gedenken an Opfer rechter Gewalt. Darüber hinaus trifft sich monatlich der AK Gewerkschaften, unsere DGB-Jugend-Hochschulgruppe an der Uni und der OTH Regensburg, der sich für eine



Gruppenbild der DGB-Jugend Neumarkt
Foto: DGB Oberpfalz

Verbesserung der Studienbedingungen einsetzt. 2020 haben wir eine Umfrage zur Studiensituation während der Corona-Pandemie durchgeführt. Die daraus abgeleiteten Forderungen haben wir mit der Leitung der Universität und dem Sprecher*innen-Rat diskutiert, die unsere Anregungen inzwischen teilweise umgesetzt haben.

Zudem ist die DGB-Jugend Oberpfalz in den zehn Stadt- und Kreisjugendringen und im Bezirksjugendring vertreten, im Stadtjugendring Regensburg und im Bezirksjugendring Oberpfalz sogar mit einem Vorstandsmandat. Die DGB-Jugend engagiert sich in den unterschiedlichsten regionalen Bündnissen gegen Rechts und initiiert Aktionen gegen Sexismus (z.B. Petition zum Verbot des Donaulieds), Nationalismus (z.B. szenische Lesung zum Heimatbegriff), Rassismus (z.B. Workshops gegen Rassismus im Betrieb für Auszubildende), Homophobie (z.B. Filmvorführung und Diskussion zum Mordanschlag auf Klaus Peter Beer), Antisemitismus (z.B. Bildungsveranstaltungen und Proteste gegen die Corona-Leug-



Die DGB-Jugend in Regensburg
Foto: DGB Oberpfalz

ner*innen) und jede andere Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Im Internationalen Gewerkschaftsrat Böhmen-Bayern (IGR BoBa) hat die DGB-Jugend Oberpfalz traditionell einen Posten im Vorstand inne. Zudem betreut die DGB-Jugend die Arbeitnehmer*innen-Bank des Berufsbildungsausschusses der IHK Regensburg für Oberpfalz/Kelheim.

5.7 Region Schwaben

Büros

- Augsburg (Sitz Regionsgeschäftstelle) und Kempten (bis 02/2019: Memmingen)

Kreisverbände und weitere ehrenamtliche Strukturen

- KV Augsburg (kreisfreie Stadt und Landkreise Augsburg, Aichach-Friedberg) / DGB-Senioren-, -Frauen und -Jugend im KV Augsburg
- KV Allgäu (Landkreise Unterallgäu, Ostallgäu, Oberallgäu, Lindau und kreisfreie Städte Kempten, Kaufbeuren, Memmingen) / DGB-Jugend im KV Allgäu
- KV Dillingen
- KV Donau-Ries
- KV Günzburg
- KV Neu-Ulm

Gewerkschaftsmitglieder in der Region

- 111.863

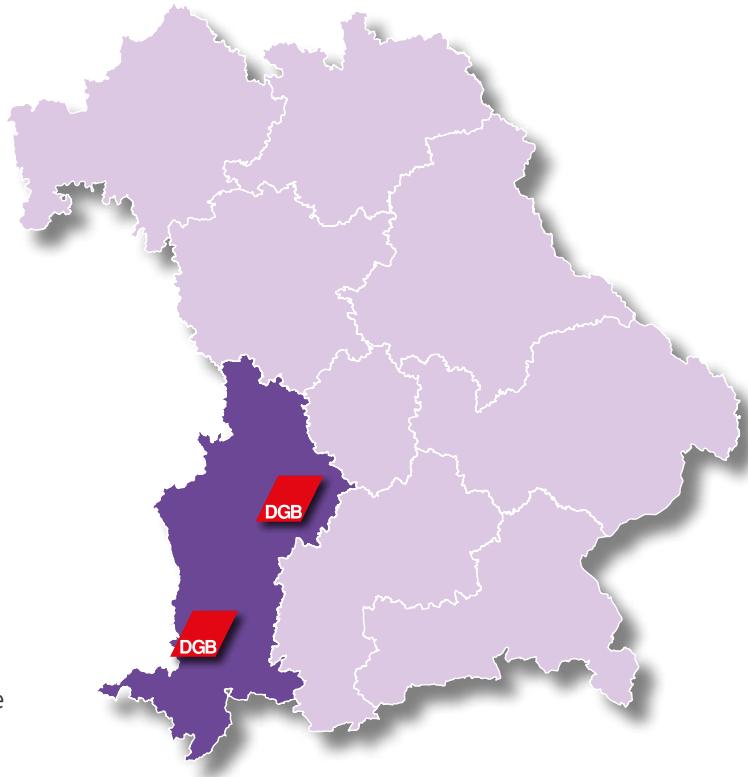
Personal

Büro Augsburg:

- Regionsgeschäftsführerin: Silke Klos-Pöllinger
- Gewerkschaftssekretär: Wolfgang Peitzsch
- Assistentinnen: Inge Trutt, Gabriele Mierzwa
- Jugendsekretär*in: Frederik Hintermayr (seit 03/2020), Marlene Roiser (04/2018 bis 11/2019), Anna Fauser (bis 03/2018),

Büro Kempten:

- Gewerkschaftssekretär: Ludwin Debong
- Assistentinnen: Maria Siegert, Aynur Vila



Prägende Branchen

Die DGB-Region Schwaben liegt zwischen den Metropolregionen Stuttgart und München. Der überwiegend ländliche Wirtschaftsraum Bayrisch-Schwaben mit Bayerns drittgrößter Stadt Augsburg ist mit seiner Branchenvielfalt mittelständisch geprägt. Neben Handwerk, Tourismus und Landwirtschaft – insbesondere im Allgäu – finden sich trotz Strukturwandel noch knapp 40 Prozent der Arbeitsplätze im Produktionssektor. Schwerpunkte liegen in den Branchen Maschinenbau, Mechatronik, Luft- und Raumfahrt, Umwelttechnologie, Automobilzulieferer, Leichtbautechnologie, Chemie- und Chemiefaserindustrie sowie in der Lebensmittel- und Verpackungsindustrie. In den letzten Jahren gewachsen sind die Bereiche Verkehr und Logistik, Gesundheit sowie Forschung und Wissenschaft.

Politische Schwerpunkte

ARBEITSMARKT- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK

Sowohl im Allgäu als auch im Wirtschaftsraum Augsburg gibt es trotz guter Beschäftigungssituation einen weiter wachsenden Niedriglohnsektor. Augsburg ist nicht zuletzt deshalb die Großstadt in Bayern mit den niedrigsten Einkommen und Renten.

Die politische Durchsetzung und praktische Einführung sowie häufig auch eine von Arbeitgeberseite versuchte Umgehung des Mindestlohns waren und sind nach wie vor wichtige Themen. Die DGB-Region Schwaben macht sich weiterhin für Gute Arbeit und damit gegen prekäre Beschäftigung in den verschiedensten Erscheinungsformen stark.

Ein weiterer Schwerpunkt war die dramatisch nachlassende Tarifbindung. Hierzu fanden in den Kreisverbänden verschiedene Aktionen statt – ebenso wie zur Frage von Vergaberichtlinien in Kommunen, bei denen die Tarifbindung der Unternehmen ein Kriterium sein sollte. Hierzu hat die DGB-Region Schwaben beispielsweise mit der Stadt Augsburg Gespräche geführt, die zu einer städtischen Beschaffungsrichtlinie beigetragen haben.

Darüber hinaus hat sich die DGB-Region mit den Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt sowie auf die wirtschaftliche Entwicklung in Schwaben befasst.

SOZIALPOLITIK

In der Sozialpolitik prägt das Thema Rente weiter die Arbeit. So hat die IG Metall in Augsburg die „Allianz für gute Rente“ gegründet, der neben dem DGB auch die Stadt Augsburg, die Kirchen und Sozialverbände angehören. Im Juli 2019 veranstalteten diese Allianz und der DGB im Augsburger Rathaus eine Podiumsdiskussion unter dem Titel „Wie geht's weiter mit der Rente?“ – u.a. mit dem damaligen DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach. Am bundesweiten Pendleraktionstag zur Bundestagswahl war die DGB-Region mit acht Verteilaktionen an Bahnhöfen dabei.

GEWERKSCHAFTEN GEGEN RECHTS

Der DGB Schwaben ist – oft in verantwortlicher Position – an zahlreichen Bündnissen gegen Rechts beteiligt („Bündnis für Menschenwürde Augsburg“, „Bobingen ist bunt“, „Gersthofen ist bunt“, u.v.m.). Er organisiert Veranstaltungen, Infostände und Straßenaktionen. In den letzten Jahren hat dabei die Auseinandersetzung mit der AfD und deren Positionen an Bedeutung gewonnen. So war der DGB Augsburg eine treibende Kraft bei den Protesten gegen die AfD-Bundesdelegiertenkonferenz in Augsburg im Juli 2018 mit etwa 6.000 Gegendemonstrant*innen.



Gedenken zur Reichspogromnacht in Kaufbeuren
Foto: DGB Schwaben

„GEGEN DAS VERGESSEN“

Jeweils am 9. November finden unter Federführung des DGB Allgäu in Gedenken an die Opfer der Reichspogromnacht in Memmingen am Gedenkstein der ehemaligen Synagoge und in Kaufbeuren gemeinsam mit befreundeten Organisationen Gedenkveranstaltungen statt. Darüber hinaus findet jährlich im November gemeinsam mit DIG, KAB und Evangelischen Dekanat Neu-Ulm eine Gedenkveranstaltung in der ehemaligen Synagoge in Ichenhausen statt.



DGB-Neujahrsempfang 2020 in Memmingen: OB Manfred Schilder begrüßt Elke Hannack vom DGB-Bundesvorstand.
Foto: DGB Schwaben



Zum Internationalen Frauentag sangen die DGB-Frauen in Augsburg 2020 ein Medley. Foto: DGB Schwaben

Arbeitsfelder

KREISVERBÄNDE

Die sechs DGB-Kreisverbände beteiligen sich an bundesweiten Kampagnen und dem Zukunftsdialog, gestalten Mai-Kundgebungen und mischen sich vor Ort in die Politik ein. Ehrenamtliche Kolleg*innen sind auch weiterhin in Ortsverbänden aktiv. Im Kreisverband Allgäu die Ortsverbände Marktoberdorf, Kaufbeuren, Lindau; im Kreisverband Augsburg das Ortskartell Königsbrunn; im Kreisverband Donau-Ries die Ortskartelle Nördlingen, Wemding und Donauwörth. Allerdings hat die Corona-Pandemie die Zusammenarbeit in den meisten Kreis- und Ortsverbänden erschwert, weil die Lücken im Breitbandausbau gerade im ländlichen Bereich virtuelle Sitzungen be- und verhindern. Traditionell finden die Neujahrsempfänge in Nördlingen, Memmingen und Kaufbeuren und der jährliche Biergartentreff mit einem politischen Schwerpunktthema in Günzburg statt. Auch in Augsburg gab es 2020 und 2021 einen DGB-Empfang, der künftig jährlich wiederholt werden soll.

JUGEND

Das Jugendsekretariat Schwaben unterstützt und koordiniert die DGB-Jugend in den Kreisverbänden Augsburg und Allgäu. Im Mittelpunkt stehen die Planung der Berufsschultour, die Teilnahme an Ausbildungsmessen, Stellungnahmen zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und anderen jugendpolitischen Themen sowie die Arbeit in Stadt- und Kreisjugend-

ringen. Hinzu kommen die Teilnahme an Mai-Kundgebungen in Augsburg und Kempten sowie Aktionen zu aktuellen politischen Themen und gewerkschaftlichen Aktionstagen. Auch der Einsatz gegen Rechts ist ein elementarer Teil der gewerkschaftlichen Jugendarbeit.

FRAUEN

Der Weltfrauentag stellte auch in den Jahren 2018 bis 2021 das frauenpolitische Highlight dar, 2021 fand er aufgrund der Pandemie allerdings virtuell statt. Normalerweise führen die DGB-Frauen in Augsburg jeweils am 8. März eine größere Veranstaltung mit selbstgestalteten politischen, musikalischen und kabarettistischen Inhalten durch. In Dillingen und Wemding werden Verteilaktionen durchgeführt. Verstärkt wurde seit 2020 die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Augsburger Frauen und dem Equal-Pay-Day-Bündnis Augsburg.



Straßenaktion der DGB-Senior*innen in Augsburg zum Thema „Bezahlbarer Wohnraum“. Foto: DGB Schwaben

SENIOR*INNEN

Die DGB-Senior*innen Augsburg treffen sich mehrmals im Jahr, um Aktivitäten zu planen und umzusetzen. Jeden Sommer gibt es in der Augsburger Innenstadt Infostände zu Themen wie bezahlbarer Wohnraum, Rente und den verschiedenen Wahlen. Darüber hinaus sind Vertreter*innen des DGB im Seniorenbeirat der Stadt Augsburg aktiv und bestimmen die Seniorenpolitik entscheidend mit.

VERNETZUNG UND BÜNDNISARBEIT

Durch Vernetzung und Bündnisarbeit gelingt es, gewerkschaftlichen Forderungen Nachdruck zu verleihen, Interessen von Arbeitnehmer*innen in wichtige Politikfelder einzubringen sowie mehr Öffentlichkeit herzustellen. Neben den Bündnissen gegen Rechts, der Augsburger Armutskonferenz oder dem Nachhaltigkeitsbeirat ist die DGB-Region insbesondere im Bereich Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik vernetzt: im Wirtschaftsraum Augsburg im städtischen „Bündnis für Arbeit“ mit Stadt, HWK, IHK, vbw, Agentur für Arbeit sowie im Lenkungsausschuss Fachkräfte sicherung der Regio A³; im Wirtschaftsraum Allgäu in der Allgäu Initiativ Konferenz. In den Landkreisen Neu-Ulm und Günzburg ist der DGB Mitglied in den Wirtschafts- und Strukturbeiräten. In Dillingen ist der DGB bei ALG III (Arbeit, Leben, Glaube – drei, die zusammengehören) dabei. Mit KAB, KDA und ver.di engagiert sich der DGB in mehreren „Allianzen für den arbeitsfreien Sonntag“.

Im Interregionalen Gewerkschaftsrat Bodensee (Vorarlberg, Schweiz, Liechtenstein und Deutschland) werden gemeinsame Themen mit Gewerkschaftskolleg*innen aus den angrenzenden Ländern erörtert. Jährlich werden gemeinsame grenzüberschreitende Pressekonferenzen durchgeführt. Mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund Vorarlberg findet jährlich ein gemeinsamer Neujahrsempfang in Bregenz statt.

AUSSENVERTRETUNGEN UND SOZIALE SELBSTVERWALTUNG

Der DGB kümmert sich um die Vertretung der Arbeitnehmer*innen in der sozialen Selbstverwaltung sowie bei den Arbeits- und Sozialgerichten, wozu er auch Schulungsveranstaltungen organisiert. Ge-

werkschafter*innen engagieren sich in den Verwaltungsausschüssen der Agenturen für Arbeit, in den Berufsbildungsausschüssen von IHK und HWK Schwaben, in den Beiräten der Jobcenter und der örtlichen AOKs sowie in der DRV Schwaben.



Kundgebung zum 1. Mai 2019 auf dem Augsburger Rathausplatz
Foto: DGB Schwaben

Aktionen und Aktivitäten

1. MAI

Höhepunkt des gewerkschaftlichen Kalenders ist der 1. Mai. Zahlreiche Veranstaltungen garantieren eine hohe Wahrnehmung in Presse und Öffentlichkeit. Im Berichtszeitraum haben neben der größten Veranstaltung in Augsburg auch Veranstaltungen in Dillingen/Lauingen/Höchstädt, Donauwörth, Günzburg, Kaufbeuren, Kempten, Königsbrunn, Krummbach, Lindau, Marktoberdorf, Memmingen, Neu-Ulm/Ulm, Nördlingen und Wemding stattgefunden.



Demozug am 1. Mai 2019 in Augsburg
Foto: DGB Schwaben



Tag der Arbeit 2021: Plakataktion in Krumbach

Foto: DGB Schwaben

Wegen der Pandemie waren Feierlichkeiten zum 1. Mai sowohl 2020 als auch 2021 fast nur in virtueller Form möglich. Dies tat der Presseberichterstattung jedoch keinen Abbruch.

ALLGÄUER GEWERKSCHAFTSTAG UND TREFFEN DER BETRIEBSRÄT*INNEN

Gelegenheiten für Betriebs- und Personalrät*innen, sich gewerkschaftsübergreifend auszutauschen und Problemfelder mit politischen Entscheidungsträger*innen zu erörtern, werden wichtiger. Beispiel



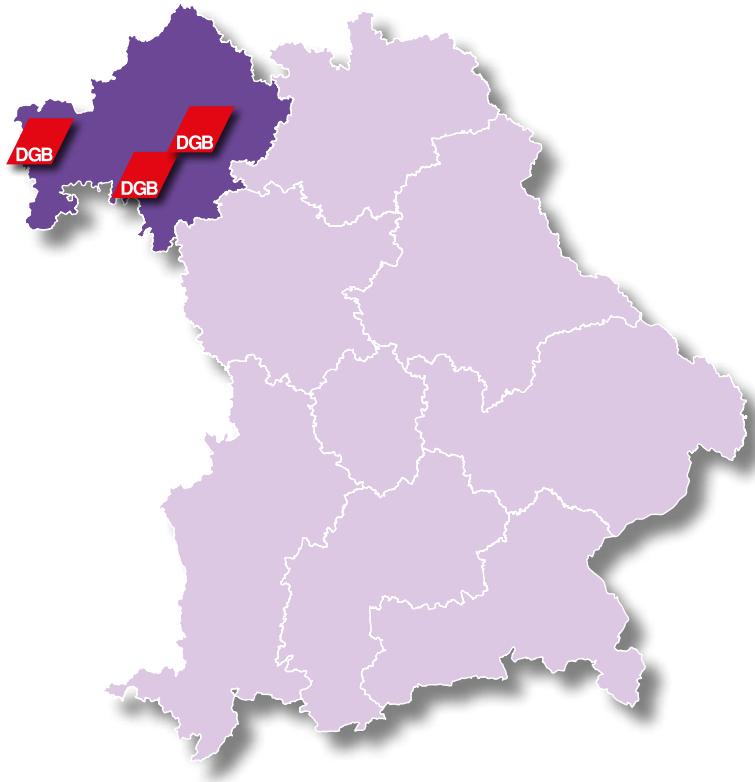
Allgäuer Gewerkschaftstag im Juli 2021: Podiumsdiskussion mit Bundestagswahl-Kandidat*innen. Foto: DGB Schwaben

hierfür ist der Allgäuer Gewerkschaftstag. Im Allgäu veranstalten DGB, ver.di, IG Metall und IG BCE ein jährliches Treffen von Betriebsrät*innen – verbunden mit einem Kässpatzen-Essen. Auch in Dillingen gibt es jeden Herbst ein Treffen der Betriebs- und Personalrät*innen. In den Landkreisen Augsburg, Dillingen und Günzburg laden die Landräte in Zusammenarbeit mit dem DGB zu einem Austausch ein.

„Ein- und Ausblick“

Im Berichtszeitraum ist das Zweigbüro Memmingen nach Kempten in ein neues gemeinsames Allgäuer Gewerkschaftshaus umgezogen, was die Zusammenarbeit erleichtert. Die Corona-Pandemie war Anlass, um für die DGB-Region Schwaben 2020 eine Facebook-Seite und 2021 einen YouTube-Kanal einzurichten. Dadurch konnte die DGB-Region Schwaben die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit stärken und neue Zielgruppen erreichen. Die Themen des DGB sind stärker ins öffentliche Interesse gerückt, was sich durch vermehrte Interview-Anfragen zeigt. Der Einsatz für Gute Arbeit, für ein gerechtes gesetzliches Rentensystem, für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratie werden weiter Leitlinien für die politische Arbeit sein. Regional- und strukturpolitische Themen werden wichtiger, um die Rahmenbedingungen für Beschäftigte noch besser zu gestalten. Dabei spielen die Begleitung der sozial-ökologischen Transformation sowie bezahlbares Wohnen eine wichtige Rolle.

5.8 Region Unterfranken



Büros

- Schweinfurt (Sitz Regionsgeschäftsstelle und Jugendsekretariat), Aschaffenburg und Würzburg

Kreisverbände und weitere ehrenamtliche Strukturen

- KV Aschaffenburg-Miltenberg
- KV Bad Kissingen/Rhön-Grabfeld
- KV Haßberge
- KV Kitzingen
- KV Main-Spessart
- KV Würzburg
- KV Schweinfurt
- OV Höchberg
- OV Maßbach-Poppenlauer
- OV Ramsthal

Gewerkschaftsmitglieder in der Region

- 97.985

Personal

Büro Schweinfurt:

- Regionsgeschäftsführer: Frank Firsching
- Jugendsekretärin: Anna-Katrin Guck
(Elternzeit bis 03/2022)
- Elternzeitvertretung: Hendrik Torner
(03/2021 bis 03/2022)
- Assistenz: Steffi Pfeuffer

Büro Aschaffenburg:

- Regionssekretär: Björn Wortmann
- Assistenz: Doris Hofmann

Büro Würzburg:

- Regionssekretär: Viktor Grauberger
- Assistenz: Ulrike Schulz

Wirtschaftsstruktur der Region Unterfranken

Der bayerische Untermain um Aschaffenburg ist Teil der Metropolregion Frankfurt. Wirtschaftlich vorherrschend ist hier die Metall- und Chemieindustrie. Dieser westliche Teil von Unterfranken prosperiert durch die Nähe zu Frankfurt. Die Menschen orientieren sich eher nach Hessen, ein Teil pendelt zur Arbeit in die hessische Metropole.

Durch den Spessart „getrennt“ mainabwärts geht es nach Mainfranken. So wird die Region Würzburg-Schweinfurt bezeichnet, die als Regiopolregion in Bayern gilt.

Während der Weinbau das Landschaftsbild am Main auch in Würzburg prägt, ist Schweinfurt das industrielle Zentrum Mainfrankens mit etwa 25.000 Industriearbeitsplätzen, überwiegend in der Metall- und Elektroindustrie. In der Universitätsstadt Würzburg dominieren der Dienstleistungssektor und die Verwaltung. Weitere industrielle Kerne finden sich traditionell in Kitzingen, Lohr am Main und Bad Neustadt, während sich Marktheidenfeld zum Industriestandort mausert. In der Rhön ist das Bäderdreieck Bad Kissingen – Bad Neustadt – Bad Bocklet als Gesundheitsregion etabliert und arbeitet weiter an seiner Entwicklung.

Der DGB Unterfranken ist regional- und strukturpolitisch in die Strukturen der beiden Entwicklungsgesellschaften Zentec GmbH (bay. Untermain) und der Mainfranken GmbH als Partner eingebunden.

Bildungsarbeit

Die DGB-Region Unterfranken leistet Bildungsarbeit für unterschiedliche Personenkreise. So bietet sie z.B. regelmäßig Wochenendseminare (WES) für ihre Kreis- und Ortsvorstände an. Die Themen der Wochenendseminare bestimmt die DGB-Region Unterfranken ebenso wie die gemeinsame Jahresplanung mit den KVs bei ihren alljährlichen Klausuren, die normalerweise zum Jahresende in Elfershausen stattfinden. Insgesamt hat die Region mit ihrer Bildungsarbeit im Berichtszeitraum rund 250 Teilnehmer*innen mobilisiert.



Klausur der unterfränkischen Kreisverbände in Elfershausen am 30.11. und 01.12.2018. Foto: DGB Unterfranken

Zukunftsdialog

Neben der Unterstützung der Kreisverbände organisiert die Region auch selbst Veranstaltungen und Aktionen im Rahmen des DGB-Zukunftsdialogs. Seit dem „Kick-Off“ des Zukunftsdialogs im November 2018 hat die Region 14 Gespräche mit Politiker*innen und analoge sowie digitale Veranstaltungen durchgeführt. In den Gesprächen mit Minister*innen sowie Bundestags- und Landtagsabgeordneten hat sie sich auf die Themen Digitalisierung, Transformation, Rente, Arbeitszeit und Tarifbindung konzentriert. In zwei größeren Veranstaltungen stellte sich



Was bedeutet es, Gewerkschafter zu sein? Diese Frage stand im Mittelpunkt zweier größerer Veranstaltungen.

Foto: DGB Unterfranken

Veranstaltung	Datum
WES „Arbeit der KV/SV“	02./03.03.2018
Klausur der Kreisverbände	30.11./01.12.2018
WES „Europawahlen 2019“	22./23.02.2019
Schulung Jobcenter-Beiräte	10.09.2019
WES „Kommunalwahl 2020“	13./14.09.2019
Klausur der Kreisverbände	22./23.11.2019
Online-Seminar „Ergebnisse der Rentenkommission“	21.09.2020
Schulung ehrenamtliche Arbeitsrichter*innen	02.10.2020
Schulung ehrenamtliche Sozialrichter*innen	17.10.2020
Online-Seminar „Gewerkschaftliche Positionen in der Rentenpolitik“	19.01.2021
Klausur der Kreisverbände	18.03.2021
Online-Seminar „Kurzarbeitergeld & Steuern“	26.04.2021

die Region gemeinsam mit den Kolleg*innen die Frage, was es eigentlich heute bedeutet, Gewerkschafter*in zu sein. Seit Beginn der Corona-Krise hat sie zudem ein regelmäßiges Online-Angebot mit monatlich wechselnden Themen und Referent*innen im Angebot.

Besondere Veranstaltungen: „Heiße Stühle“ und Konferenzen mit Minister*innen

Ein besonderes Highlight im Kalender der Region sind die „Heißen Stühle“ zu Bundestags- und Landtagswahlen. Zu diesen werden die Direktkandidat*innen der im jeweiligen Parlament vertretenen Parteien – mit Ausnahme der AfD – eingeladen. Die Reihenfolge der Befragungen wird ausgelost. Von Interesse sind die jeweiligen Parteiprogramme – fo-



Der „Heiße Stuhl“ zur Bundestagswahl hat in der Region Tradition – und feierte 2021 auch online eine gelungene Premiere.
Foto: DGB Unterfranken

kussiert aus gewerkschaftlicher Perspektive. Die Kandidat*innen müssen sich jeweils 15 Minuten durch die Moderator*innen und das Publikum befragen lassen. Die durchaus vehementen Nachfragen machen dieses Veranstaltungskonzept besonders interessant, da im Gegensatz zu anderen Podiumsdiskussionen nicht die Möglichkeit besteht, sich um die Beantwortung der Fragen zu drücken. An den acht „Heißen Stühlen“ zur Landtagswahl 2018 haben insgesamt etwa 750 Interessierte teilgenommen.

Der DGB-Kreisverband Aschaffenburg-Miltenberg und die IG Metall Aschaffenburg haben mit hunderden Teilnehmenden in Präsenz und zuletzt virtuell vier prominent besetzte Konferenzen in einem Zeitraum von 24 Monaten organisiert. Ziel war es, die Themen Transformation und Digitalisierung der Arbeitswelt aus dem Blickwinkel der Beschäftigten zu diskutieren. Dabei wurden mit Spitzenpolitiker*innen die Bereiche Innovation, Investition und Weiterbildung thematisiert. Mit Expert*innen vom „DGB Index Gute Arbeit“, der Hochschule und der Agen-

tur für Arbeit wurden die Auswirkungen der digitalisierten Arbeitswelt auf Beschäftigung besprochen. Das Thema Qualifizierung hat die Region im Jahr 2020 mit der Bayerischen Arbeits- und Sozialministerin Carolina Trautner vertieft. Mit der Bayerischen Staatsministerin für Digitales Judith Gerlach wurde im Frühjahr 2021 das Thema Innovation bearbeitet. Im Gespräch mit dem Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium Roland Weigert standen die Themen Investitionen und aktive Strukturpolitik in der Region im Mittelpunkt. Alle drei Themenbereiche hängen unmittelbar miteinander zusammen.



Über 50 Teilnehmer*innen haben an der dritten Konferenz „Digitalisierung der Arbeitswelt“ mit der Bayerischen Staatsministerin für Digitales Judith Gerlach teilgenommen.
Foto: DGB Unterfranken

Um neue Wertschöpfungsketten zu bilden und zusätzliche Beschäftigung entstehen zu lassen, sind Investitionen und eine kluge Strukturpolitik unabdingbar. Daraus entstehen ggf. neue Anforderungsprofile an Tätigkeiten und Beschäftigte. Aus allen vier Konferenzen sind konkrete Maßnahmen für eine erfolgreiche Transformation entwickelt worden. So wurde in der Region bayerischer Untermain die Stelle einer Weiterbildungsinitiatorin geschaffen, und es wird an konkreten weiteren Projektanträgen gearbeitet. Darüber hinaus wird ein Transformationsrat gegründet.



Seit 2017 ist der DGB Unterfranken auf Facebook aktiv.
Foto: DGB Unterfranken

1. Mai



Demonstrationszug am 1. Mai 2019 in Würzburg

Social Media

Seit September 2017 betreibt die DGB-Region eine Facebook-Seite („DGB Unterfranken“), um auch in den sozialen Medien Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Die Region informiert die aktuell rund 900 Abonnent*innen (Stand Juni 2021) über die laufende Arbeit, aktuelle Ereignisse, wie z.B. Streiks und Pressearbeit und ergänzt damit die Homepage „unterfranken.dgb.de“. Darüber hinaus werden Kampagnen von Bundesvorstand und Bezirk auch auf der Facebook-Seite abgebildet und zusätzlich regionale Veranstaltungen sowie Aktionen beworben. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Einstimmung auf den 1. Mai. Dazu werden jährlich spezielle Angebote entwickelt, wie z.B. Serien von Grußbotschaften von Personen des regionalen öffentlichen Lebens oder auch aus den Gewerkschaften selbst. Seit Frühjahr 2021 sind auch gelegentliche Livestreams Teil des Programms.



Der Tag der Arbeit 2019 in Schweinfurt



Demozug in Aschaffenburg
Alle Fotos: DGB Unterfranken



1. Mai in Haßberge



Die Rede zum 1. Mai 2019 in Poppenlauer hielt Christiane Kern, Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes der GdP Bayern.



Gemütlich ging es am Tag der Arbeit 2019 in Trimbach zu.



Regionsgeschäftsführer Frank Firsching beim Arbeitnehmer*innen-Empfang in Wörth.



Der 1. Mai in Lohr



Der 1. Mai in Wörth
Alle Fotos: DGB Unterfranken



Der 1. Mai 2019 in Neustadt a.d. Saale

Bündnisarbeit

Die DGB-Region Unterfranken und ihre Kreisverbände engagieren sich in vielfältiger Weise in zivilgesellschaftlichen Bündnissen. Dabei geht es um zeitlich befristete Bündnisse zu ausgewählten politischen Themen einerseits und fortwährende gesamtgesellschaftliche Herausforderungen andererseits.

Beispielhaft für eine erfolgreiche Bündnisarbeit steht das Bündnis für Demokratie und Toleranz

„Schweinfurt ist bunt“, das 2010 auf Einladung des DGB gegründet wurde. Dort sind 75 Organisationen, Verbände, Vereine, Kirchengruppen, Gewerkschaften und Parteien zusammengeschlossen, um die freiheitlich-solidarischen Werte unserer Demokratie insbesondere gegen Rechtsextremist*innen zu verteidigen. Am 8. Februar 2020 feierte das Bündnis im Rathaus der Stadt Schweinfurt unter beachtlicher medialer Aufmerksamkeit sein 10-jähriges Bestehen.



75 Organisationen sind Teil des Bündnisses „Schweinfurt ist bunt“, das 2020 sein 10-jähriges Jubiläum gefeiert hat.
Foto: Martin Müller

Bündnis	Mitgliedschaft
Fachkräfteallianz Mainfranken	DGB-Region Unterfranken
Fachkräfteallianz Bayerischer Untermain	DGB-Region Unterfranken
Schweinfurt ist bunt	DGB-KV Schweinfurt
Aschaffenburg ist bunt	DGB-KV Aschaffenburg-Miltenberg
Würzburger Bündnis für Zivilcourage	DGB-KV Würzburg
Sonntagsallianzen SW, WÜ, AB	DGB-Region Unterfranken
Würzburger Friedenspreis	DGB-KV Würzburg
Würzburger Ostermarsch	DGB-KV Würzburg
Würzburger Bündnis Mietenstopp	DGB-KV Würzburg
Würzburger Klimaallianz	DGB-KV Würzburg
Equal Pay Day-Bündnis Würzburg	DGB-KV Würzburg
Schweinfurter Arbeitsloseninitiative	DGB-KV Schweinfurt
Schweinfurter Friedensratschlag	DGB-KV Schweinfurt
Bürgerbegehren Bezahlbar Wohnen in SW, 2019–2021	DGB-KV Schweinfurt
Anti-TTIP-Bündnis Aschaffenburg	DGB-KV Aschaffenburg-Miltenberg

Zum Gedenken

Wir trauern um unsere (ehemaligen) Vorsitzenden, Mitglieder des DGB-Bezirksvorstandes, des DGB-Bezirksfrauenausschusses sowie hauptamtlichen DGB-Kolleginnen und -Kollegen:

JENA Matthias

Vorsitzender DGB Bayern von 2010 bis 2021

SCHÖSSER Fritz

Vorsitzender DGB Bayern von 1990 bis 2010

DEFFNER Jakob

Vorsitzender DGB Bayern von 1978 bis 1990

KUHR Dieter

Mitglied des DGB-Bezirksvorstandes

DINEV Brigitte

Mitglied des DGB-Bezirksfrauenausschusses

KOMISAR Evelyn

Mitglied des DGB-Bezirksfrauenausschusses

ARNOLD Annelore

Sekretärin Fürth

BEIKLER Gerda

Sekretärin Ingolstadt

BLASS Otto

Rechtssekretär München

BREIL Gisela

Abteilungsleiterin Bezirksverwaltung

ERNSTBERGER Maria

Sekretärin Schwandorf

HAHN Hans

Kreisvorsitzender Weilheim

HARTLÄNDER Luise

Sekretärin Augsburg

HÄUSLER Hildegard

Sekretärin Hof

KEHRER Edeltraud

Sekretärin Zwiesel

KELLNER Hildegard

Sekretärin München

KUNKEL Kurt

Kreisvorsitzender Aschaffenburg

POQUE Wilhelm

Rechtssekretär Augsburg

PRELL Anni

Sekretärin Hof

Zudem gedenken wir auch allen weiteren verstorbenen haupt- und ehrenamtlichen Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen.

REITBERGER Helmut

Referatssekretär Bezirksverwaltung

RICHTMANN Rosalinde

Sekretärin Weiden

SCHERP Renate

Buchhalterin Bezirksverwaltung

SCHIEDER Albert

Regionsvorsitzender Oberfranken-Ost

SCHMID Helmut

Regionsvorsitzender München

SCHMITT Helga

Sekretärin Dachau

SCHUMMI Josef

Kreisvorsitzender Hof

STEIDL Frieda

Sekretärin Marktredwitz

UMLAUF Rosemarie

Sekretärin Ingolstadt

WEIHMANN Gisela

Bibliothekarin

WEINIGER Harald

Regionsvorsitzender Mittelfranken

6.

Anhang

6.1

Außenvertretungen des DGB Bayern

Organisation/ Institution	Name, Vorname	Ausschuss/Gremium	Funktion	Gewerk- schaft	Zeitrahmen
AGABY	Günthner, Robert	Aktiv(ierende) Antidiskriminierungsarbeit in Bayern	Projektbeirat	DGB	ab 09/2020
Akademie für politische Bildung	Günthner, Robert	Beirat	Mitglied	DGB	
	Jena, Matthias	Kuratorium	Mitglied	DGB	bis 06/2021
Aktion Jugendschutz	Kroiß, Carlo		Mitglied	DGB	bis 03/2019
	Scholl, Andro		Mitglied	DGB	bis 04/2020
	Thelen, Svenja		Mitglied	DGB	ab 05/2020
AOK Bayern	Burger, Simone	Verwaltungsrat	Mitglied	DGB	
	Dietl, Christian	Verwaltungsrat	Mitglied	DGB	
	Eckardt, Mathias	Verwaltungsrat	Mitglied	DGB	
	Firsching, Frank	Verwaltungsrat	Alternierender Vorsitzender	DGB	ab 06/2021
	Fritsch, Daniel	Verwaltungsrat	Mitglied	DGB	ab 10/2021
	Ganterer, Lorenz	Verwaltungsrat	Mitglied	ver.di	
	Jena, Matthias	Verwaltungsrat	Alternierender Vorsitzender	DGB	bis 06/2021
	Schmid, Paul	Verwaltungsrat	Mitglied	IG BAU	
	Sichler, Franz Peter	Verwaltungsrat	Mitglied	IG BCE	
	Weidemann, Andreas	Verwaltungsrat	Mitglied	IG Metall	
Bayerische Handwerkskammern	Brugger, Paul	Schwaben	Vizepräsident	IG Metall	
	Ehrenfels, Dieter	Unterfranken	Vizepräsident	IG BAU	
	Haßelbeck, Markus	München und Oberbayern	Vizepräsident	NGG	
	Hofmann, Andreas	Mittelfranken	Vizepräsident	IG Metall	bis 07/2020
	Läpple, Christian	Niederbayern/Oberpfalz	Vizepräsident	IG Metall	ab 07/2020
	Nützel, Armin	Mittelfranken	Vizepräsident	IG BAU	ab 08/2020
	Sattler, Harald	Oberfranken	Vizepräsident	IG Metall	
Bayerischer Jugendring	Treitinger, Konrad	Niederbayern/Oberpfalz	Vizepräsident	ver.di	bis 06/2020
	Huber, Andrea	Landesvorstand Vollversammlung	Mitglied	DGB	bis 03/2021
	Klingner, Anja	Landesvorstand Vollversammlung	Mitglied	DGB	bis 03/2019
Bayerischer Landesfrauenrat	Thelen, Svenja	Landesvorstand Vollversammlung	Mitglied	DGB	ab 03/2021
	Büllesbach, Martha		Ord. Delegierte	DGB	
	Kern, Christiane		Ord. Delegierte	DGB	ab 10/2021
	Klos-Pöllinger, Silke		Ord. Delegierte	DGB	bis 10/2021
	Messinger, Bettina		Ord. Delegierte	DGB	
Bayer. Landeszentrale für neue Medien	Voigt, Christiane		Ord. Delegierte	DGB	bis 10/2021
	Günther, Timo	Medienrat	Mitglied	IG Metall	
	Hasenmaile, Christa	Medienrat	Mitglied	ver.di	

Organisation/ Institution	Name, Vorname	Ausschuss/Gremium	Funktion	Gewerk- schaft	Zeitrahmen
Bayerischer Rundfunk	Di Pasquale, Verena	Rundfunkrat	Mitglied	DGB	ab 09/2021
	Jena, Matthias	Rundfunkrat	Mitglied	DGB	bis 06/2021
	Klemens, Luise	Rundfunkrat	Mitglied	ver.di	
Bayer. Staatskanzlei	Günthner, Robert	Wertebündnis	Mitglied	DGB	
Bayer. Staatsregierung	Backmann, Astrid	Staatsministerium der Finanzen und für Heimat	Beirat Sondervermögen „Bayerischer Pensionsfonds“	DGB	
	Günthner, Robert	Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration	Begleitausschuss Europäischer Sozialfonds	DGB	bis 2018
	Fritsch, Daniel	Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration	Landesausschuss für Berufsbildung	DGB	von 02/2019 bis 09/2020
	Greil, Judith	Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration	Landesausschuss für Berufsbildung	DGB	von 09/2020 bis 07/2021
	Jena, Matthias	Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration	Expertenrat „Zukunft sozial gestalten“	DGB	bis 06/2021
	Joho, Katharina	Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration	Landesausschuss für Berufsbildung	DGB	bis 02/2019 ab 07/2021
	Maier, Ludwig	Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration	Tarifausschuss	DGB	
	Schmitt, David	Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration	<ul style="list-style-type: none"> Initiative „Ältere und Arbeitswelt“ AG Arbeitsmarktfonds Jury „JobErfolg“ Tarifausschuss Begleitausschuss Europäischer Sozialfonds 	DGB	ab 2018
	Di Pasquale, Verena	Staatsministerium für Gesundheit und Pflege	Bündnis für Prävention in Bayern	DGB	ab 07/2018
	Fritsch, Daniel	Staatsministerium für Unterricht und Kultus	Landesschulbeirat	DGB	ab 02/2019
Berufsförderungswerk München	Joho, Katharina	Staatsministerium für Unterricht und Kultus	Landesschulbeirat	DGB	bis 01/2019
	Jena, Matthias	Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie	Energieagentur „Energie Innovativ“ – Vollversammlung	DGB	bis 06/2021
	Maier, Ludwig	Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie	<ul style="list-style-type: none"> Begleitausschuss Europäischer Fonds für regionale Entwicklung Landesplanungsbeirat Energiebeirat Energiedialog 	DGB	

Organisation/ Institution	Name, Vorname	Ausschuss/Gremium	Funktion	Gewerk- schaft	Zeitrahmen
Berufsförderungswerk Nürnberg	Di Pasquale, Verena	Gesellschafterversammlung	Mitglied	DGB	
Bündnis für Toleranz	Günthner, Robert		• Plenum • Geschäftsführender Ausschuss	DGB	
	Adjan, Freddy	Regionaldirektion Bayern	Beirat	NGG	bis 11/2018
	Di Pasquale, Verena	Regionaldirektion Bayern	Beirat	DGB	ab 10/2021
	Horn, Johann	Regionaldirektion Bayern	Beirat	IG Metall	ab 12/2018
Bundesagentur für Arbeit	Jena, Matthias	• Regionaldirektion Bayern • Verwaltungsrat	• Beirat • Stellvertretendes Mitglied	DGB	bis 06/2021 bis 03/2021
	Klemens, Luise	Regionaldirektion Bayern	Beirat	ver.di	ab 12/2018
	Wechsler, Jürgen	Regionaldirektion Bayern	Beirat	IG Metall	bis 11/2018
	Adjan, Freddy	Mitgliederversammlung	Mitglied	NGG	bis 05/2019
	Bänsch, Jürgen	Mitgliederversammlung	Mitglied	IG Metall	von 06/2019 bis 01/2021
	Bartel, Daniela	Mitgliederversammlung	Mitglied	GdP	ab 06/2021
	Bauer, Karl	Mitgliederversammlung	Mitglied	IG BAU	
	Berger, Hans	Mitgliederversammlung	Mitglied	IG Metall	bis 05/2019
	Borgendale, Martina	Mitgliederversammlung	Mitglied	GEW	ab 06/2021
	Di Pasquale, Verena	Vorstand	Mitglied	DGB	ab 05/2021
	Doll, Stephan	Mitgliederversammlung	Mitglied	DGB	
	Frohwein, Nathalie	Mitgliederversammlung	Mitglied	IG BCE	ab 06/2019
	Günthner, Robert	Mitgliederversammlung	Mitglied	DGB	
	Hahn, Elke	Vorstand	Mitglied	GEW	
	Hammer, Harald	Mitgliederversammlung	Mitglied	EVG	ab 06/2019
	Hauenstein, Frank	Mitgliederversammlung	Mitglied	EVG	bis 05/2019
DGB Bildungswerk	Hinke, Robert	Mitgliederversammlung	Mitglied	ver.di	
	Jena, Matthias	Vorstand	Mitglied	DGB	bis 04/2021
	Kammermann, Jörg	Mitgliederversammlung	Mitglied	IG BCE	von 05/2017 bis 05/2019
	Lichtner, Dieter	Mitgliederversammlung	Mitglied	DGB BfW	bis 05/2019
	Öz, Mustafa	Mitgliederversammlung	Mitglied	NGG	ab 06/2019
	Peitzsch, Wolfgang	• Mitgliederversammlung • Revision	Mitglied	DGB	
	Ruckdäschel, Thomas	Vorstand	Mitglied	IG BAU	
	Salzbrunn, Anton	Mitgliederversammlung	Mitglied	GEW	bis 05/2021
	Schalk, Armin	Mitgliederversammlung	Mitglied	DGB BfW	ab 06/2019
	Schall, Peter	Mitgliederversammlung	Mitglied	GdP	bis 05/2021
	Schneider, Linda	Vorstand	Mitglied	ver.di	
	Specht, Johannes	Vorstand	Mitglied	NGG	bis 05/2019
	Thurl, Bettina	Mitgliederversammlung	Mitglied	IG Metall	ab 02/2021
	Wiedemann, Sebastian	Vorstand	Mitglied	NGG	ab 06/2019
Deutsches Jugendherbergswerk	Kroiß, Carlo		Mitglied	DGB	bis 03/2019
	Scholl, Andro		Mitglied	DGB	bis 04/2020
	Thelen, Svenja		Mitglied	DGB	ab 05/2020

Organisation/ Institution	Name, Vorname	Ausschuss/Gremium	Funktion	Gewerk- schaft	Zeitrahmen
DRV Bayern Süd	Brandhuber, Reinhard	Vertreterversammlung	Versicherten-vertreter	IG BCE	
	Di Pasquale, Verena	• Vorstand	• Alternierende Vorsitzende • Mitglied	DGB	
		• Gesellschafterversammlung Rechenzentrum Würzburg			
	Gold, Herbert	Vertreterversammlung	Versichertenvertreter	IG Metall	
	Gürtler, Wilhelm	Vertreterversammlung	Versichertenvertreter	IG Metall	
	Hiebl, Sibylle	Vorstand	Mitglied	IG Metall	
	Linsmeier, Monika	Vertreterversammlung	Versicherten-vertreterin	ver.di	
	Lotter, Juliane	Vertreterversammlung	Versicherten-vertreterin	IG BCE	
	Müller, Michael	Vertreterversammlung	Versichertenvertreter	IG BAU	
	Schenk, Hans-Dieter	Vorstand	Mitglied	DGB	bis 11/2018
	Schmal, Andreas	Vorstand	Mitglied	DGB	ab 11/2018
	Schneider, Linda	Vorstand	Mitglied	ver.di	
	Seifert, Karin	Vertreterversammlung	Versicherten-vertreterin	ver.di	
	Sträußl, Siglinde	Vertreterversammlung	Versicherten-vertreterin	ver.di	
DRV Nordbayern	Zellner, Günter	Vertreterversammlung	Alternierender Vorsitzender	DGB	
	Zitzelsberger, Thomas	Vertreterversammlung	Versichertenvertreter	IG Metall	
	Adam, Birgit	Vertreterversammlung	Versicherten-vertreterin	IG Metall	bis 09/2020
	Auerochs, Christian	Vertreterversammlung	Versichertenvertreter	IG Metall	ab 09/2020
	Doll, Stephan	Vorstand	Alternierender Vorsitzender	DGB	
	Göb, Susanne	Vertreterversammlung	Versicherten-vertreterin	ver.di	
	Haberbusch, Stefan	Vertreterversammlung	Versichertenvertreter	IG Metall	
	Harth, Harry	Vertreterversammlung	Alternierender Vorsitzender	ver.di	bis 11/2020
	Häußer, Helmut	Vorstand	Mitglied	IG BCE	
	Hilpert, Achim	Vertreterversammlung	Versichertenvertreter	IG Metall	
	Kuhn, Günther	Vertreterversammlung	Versichertenvertreter	IG BAU	
	Neidiger, Erwin	Vertreterversammlung	Versichertenvertreter	IG BCE	
	Ratzenböck, Werner	Vorstand	Mitglied	IG Metall	
	Rössler, Erika	Vertreterversammlung	Versicherten-vertreterin	IG BCE	
	Schmid, Paul	Vertreterversammlung	Versichertenvertreter	IG BAU	
	Schmidl, Martin	Vorstand	Mitglied	ver.di	
	Wirsing, Karin	Vertreterversammlung	Mitglied	IG Metall	
	Wortmann, Björn	• Vorstand • Vertreterversammlung	• Mitglied • Alternierender Vorsitzender	DGB	bis 11/2020 ab 11/2020

Organisation/ Institution	Name, Vorname	Ausschuss/Gremium	Funktion	Gewerk- schaft	Zeitrahmen
DRV Schwaben	Bicok, Viktoria	Vertreterversammlung	Mitglied	IG Metall	
	Debong, Ludwin	Vorstand	Alternierender Vorsitzender	DGB	
	Egger, Michael	Vertreterversammlung	Mitglied	ver.di	
	Flechsel, Detlef	Vertreterversammlung	Mitglied	IG BAU	
	Götz, Joseph A.	Vorstand	Mitglied	NGG	
	Hertle, Joachim	Vorstand	Mitglied	ver.di	bis 01/2020
	Höcherl, Claus	Vertreterversammlung	Mitglied	ver.di	
	Jung, Helmut	Vertreterversammlung	Mitglied	IG BAU	
	Leppek, Michael	Vorstand	Mitglied	IG Metall	
	Ogir, Franz	Vertreterversammlung	Mitglied	IG BCE	
	Poppel, Kurt	Vorstand	Mitglied	ver.di	ab 04/2020
	Reimann, Henning	Vertreterversammlung	Mitglied	ver.di	
	Ritsch, Oskar	Vertreterversammlung	Mitglied	IG Metall	
	Schabert, Elisabeth	Vertreterversammlung	Mitglied	IG Metall	
	Stengel, Johann	Vertreterversammlung	Mitglied	NGG	
DRV Bund	Di Pasquale, Verena	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesvorstand • Tarifgemeinschaft DRV • Mitgliederversammlung • Ausschuss für Rehabilitation 	<ul style="list-style-type: none"> • Mitglied • Mitglied • Mitglied 	DGB	
EURES Bayern/ Tschechien	Maier, Ludwig			DGB	
Europa-Region Donau/ Moldau (EDM)	Arnican, Petr	Wissensplattform Qualifizierte Arbeitskräfte – flexibler Arbeitsmarkt		DGB	
Evangelische Akademie	Jena, Matthias	Kuratorium	Mitglied	DGB	bis 06/2021
Forum Bildungspolitik e.V.	Fritsch, Daniel			DGB	ab 01/2019
	Joho, Katharina			DGB	bis 12/2018
IGR	Arnican, Petr	Koordinierungsaus- schuss beim EGB für IGR Böhmen-Bayern	Mitglied	DGB	
	Debong, Ludwin	Bodensee	Präsidiumsmitglied	DGB	
	Fiedler, Helmut	<ul style="list-style-type: none"> • Böhmen/Bayern • TiSOBA Bayern/Österreich 	<ul style="list-style-type: none"> • Präsident/ Vize-Präsident • Präsidiumsmitglied 	DGB	
	Maier, Ludwig	Böhmen/Bayern	Präsidiumsmitglied	DGB	
	Zellner, Günter	TiSOBA Bayern/Österreich	Präsident/ Vize-Präsident	DGB	

Organisation/ Institution	Name, Vorname	Ausschuss/Gremium	Funktion	Gewerk- schaft	Zeitrahmen
IHK Berufsbildungs- ausschuss	Birkner, Martin	Niederbayern	Alternierender Vorsitzender	DGB	
	Eckardt, Mathias	Oberfranken/Coburg	Alternierender Vorsitzender	DGB	
	Kaschel-Arnold, Karl-Heinz	München/Oberbayern	Alternierender Vorsitzender	ver.di	
	Kießling, Denise	Mittelfranken	Alternierende Vorsitzende	DGB	
	Meyer, Claas	Schwaben	Alternierender Vorsitzender	DGB	
	Schmid, Alexander	Oberpfalz	Alternierender Vorsitzender	IG Metall	
	Woite, Egbert	Schweinfurt-Würzburg	Alternierender Vorsitzender	IG Metall	
	Wortmann, Björn	Aschaffenburg	Alternierender Vorsitzender	DGB	
Jugendgästehaus Dachau	Kroiß, Carlo		Stiftungsbeirat	DGB	bis 03/2019
	Scholl, Andro		Stiftungsbeirat	DGB	bis 04/2020
	Thelen, Svenja		Stiftungsbeirat	DGB	ab 05/2020
Kolping-Bildungswerk Bayern e.V.	Fritsch, Daniel		Beirat	DGB	von 04/2019 bis 08/2020
	Greil, Judith		Beirat	DGB	von 09/2020 bis 07/2021
	Joho, Katharina		Beirat	DGB	bis 04/2019 ab 09/2021
Landesausschuss für Berufliche Bildung	Böckl, Reinhard		Alternierender Vorsitzender	IG Metall	
LAG Mali e.V.	Büllesbach, Martha		Stv. Vorsitzende	DGB	
Landeskoordinie- rungsstelle gegen Rechtsextremismus	Kroiß, Carlo	Beratungsnetzwerk		DGB	2017-2019
	Scholl, Andro	Beratungsnetzwerk		DGB	2019-2020
	Thelen, Svenja	Beratungsnetzwerk		DGB	ab 05/2020
Landessynode der Evangelisch-Luth. Kirche in Bayern	Jena, Matthias	Landessynode	Mitglied	DGB	bis 06/2021
Mit dem Rad zur Arbeit	Fritsch, Daniel			DGB	ab 01/2019
	Schmitt, David			DGB	bis 12/2018
Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Bayer. Wirtschaft e.V.	Maier, Ludwig	Bildungsträger	Vorstandsmitglied	DGB	
RIAS Bayern (Recher- che- und Informations- stelle Antisemitismus Bayern)	Günthner, Robert		Beirat	DGB	ab 01/2021
Soziales Netz Bayern	Schmitt, David		Geschäftsführung	DGB	
Stiftung Bildungspakt	Fritsch, Daniel			DGB	ab 01/2019
	Joho, Katharina			DGB	bis 12/2018

Organisation/ Institution	Name, Vorname	Ausschuss/Gremium	Funktion	Gewerk- schaft	Zeitrahmen
Stiftung Bayer. Gedenkstätten	Günthner, Robert	Kuratorium	Mitglied	DGB	
Telekolleg	Fritsch, Daniel		Beirat	DGB	ab 01/2019
	Joho, Katharina		Beirat	DGB	bis 12/2018
Verbraucherzentrale Bayern	Maier, Ludwig	Mitgliederversammlung	Mitglied	DGB	

6.2

Auszüge aus den Tagesordnungen der DGB-Bezirksvorstandssitzungen

Jede Sitzung beginnt mit dem „Bericht zur aktuellen Lage“ sowie dem Punkt „Aktuelles aus den Gewerkschaften“.

41. Sitzung am 16.10.2017

- Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden Ludwig Hartmann und Katharina Schulze sowie der Landesvorsitzenden Sigi Hagl und Eike Hallitzky von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Themen:
 - Rückblick Bundestagswahl – Themen möglicher Koalitionsverhandlungen
 - Vorschau Landtagswahlen
- 21. Ordentliche DGB-Bezirkskonferenz am 26./27.01.2018
 - Vorschläge zur Wahl der Regionsgeschäfts-führer*innen
 - Vorschläge für die Wahl der Revisions-kommission (namentlich)
 - Besetzung Präsidium, Mandatsprüfungs- und Wahlkommission (namentlich)
 - Vorschlag einer Tagesordnung
- Umgang mit der AfD
- Sozialwahlen 2017 – AOK-Beiräte
- Neubenennung BBA IHK Aschaffenburg

42. Sitzung am 20.11.2017

- 21. Ordentliche DGB-Bezirkskonferenz am 26./27.01.2018
 - Vorschlag einer Geschäfts- und Wahlordnung
 - Beschlussfassung Leitanträge
 - Erledigungsvermerke der Beschlüsse der 20. Ordentlichen Bezirkskonferenz
- Berufung Beirat Sondervermögen „Bayerischer Pensionsfonds“
- Berufung Landespersonalausschuss gem. Art. 112 BayBG

43. Sitzung am 18.12.2017

- 21. Ordentliche DGB-Bezirkskonferenz am 26./27.01.2018
 - Mandatsprüfungs- und Wahlkommission/ Benennung EVG
 - Revisionskommission/Benennung Ver.di
- Resolution „Für einen breiten Zusammenhalt in der Gesellschaft und im DGB“

44. Sitzung am 15.01.2018

- Personelle Veränderungen im DGB-Bezirk Bayern/Vorstellungen von Ellen Diehl, DGB-Bezirk Bayern, Abt. Jugend seit 01.01.2018
- Herbert Hartinger, DGB-Bezirksverwaltung, Abt. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, für die Dauer der Elternzeit von Daniel Fritsch (23.02. bis 22.10.2018) seit 01.12.2017
- Neubenennung BBA IHK Schwaben (Vorlage)

1. Sitzung am 27.01.2018

- 21. Ordentliche DGB-Bezirkskonferenz 26./27.01.2018 in Regensburg
 - Beratung der Anträge/Beschlüsse (nur mit den stimmberechtigten Mitgliedern)

2. Sitzung am 19.02.2018

- Gespräch mit Natascha Kohnen, Landesvor-sitzende der BayernSPD und stellvertretende SPD-Vorsitzende zu den Themen Positionierung der bayerischen SPD zur Landtagswahl und Stand der Koalitionsverhandlungen in Berlin
- Pakt für berufliche Weiterbildung
- Brief an die Landtagsabgeordneten zum Thema Weiterbildung

3. Sitzung am 19.03.2018

- DGB Rechtsschutz – aktueller Stand und Entwicklung
Bericht von Stephan Sartoris, Regionalleiter Bayern/Hessen
- 1. Mai 2018 – Referent*innen
- Mitgliederstatistik 2017
- Haushalt – Abschluss 2017 und Planung 2018

4. Sitzung am 16.04.2018

- Ralf Holtzwart, Vorsitzender der Geschäftsführung der BA, Regionaldirektion Bayern
Bericht zur Arbeitsmarktlage in Bayern und Zukunft der beruflichen Weiterbildung

5. Sitzung am 07.05.2018

- Tarifflucht in Bayern – Leiter Dr. Thorsten Schulten, WSI Tarifarchiv, sowie Dr. Reinhard Bispinck, WSI Tarifarchiv
- 1. Mai 2017 – Rückblick
- Benennung Agentur für Arbeit, VA Landshut-Pfarrkirchen und Schwandorf

6. Sitzung am 18.06.2018

- Polizeiaufgabengesetz aus Sicht des Datenschutzbeauftragten
Prof. Dr. Thomas Petri, Bayerischer Landesbeauftragter für den Datenschutz
- Vorstellung Judith Greil, Referatssekretärin in der Abteilung Jugend des DGB Bayern
- Bayerische Eisenbahngesellschaft – Vertretung des DGB im Beirat
- BBA-Benennungen bei der IHK Nürnberg für Mittelfranken
- Neubenennung Beirat bei der AOK-Direktion Straubing
- Sitzungstermine DGB-Bezirksvorstand 2019

7. Sitzung am 16.07.2018

- Gespräch mit Markus Blume, Generalsekretär der CSU, zu den Themen Wirtschaft und Arbeit der Zukunft
- Benennung Landesausschuss Berufsbildung für die 14. Amtsperiode
- Vorschlag zur Wiederberufung zum Landespersonalausschuss gem. Art. 112 BayBG

8. Sitzung am 17.09.2018

- Antifaschismus als Grundpfeiler der Gewerkschaften
- Gemeinsames Energiepolitisches Papier DGB Bayern/BUND Naturschutz e. V.
- Fusion DGB-KV Bad Kissingen mit DGB-KV Rhön-Grabfeld
- Wahl des Ausschusses der ehrenamtlichen Richter*innen beim BayLSG
- Neubenennungen Berufsbildungsausschüsse

9. Sitzung am 15.10.2018

- Rückblick/Auswertung der Landtagswahl in Bayern
- Gesellschaftspolitischer Zukunftsdialog, Antrag A001 DGB-Bundeskongress
- Vorstellung Andro Scholl, Leiter der Abteilung Jugend des DGB Bayern für die Dauer der Elternzeit von Carlo Kroiß
- 22. Ordentliche DGB-Bezirkskonferenz – Termin und Ort
- Neubenennung AOK-Beiräte Landsberg, Neumarkt und Amberg

10. Sitzung am 19.11.2018

- Gesellschaftspolitischer Zukunftsdialog, Auftaktveranstaltung am 09./10.11.2018
- Neubenennung Deutsche Rentenversicherung Bayern Vorstand/Vertreterversammlung
- Neubenennung für den Beirat der Regionaldirektion Bayern
- Neubenennung für den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Traunstein
- Neubenennung für den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Fürth
- Neubenennung für den Berufsbildungsausschuss IHK Aschaffenburg
- Neubenennung eines ehrenamtlichen Revisors beim DGB Bayern

11. Sitzung am 17.12.2018

- Vorstellung Rentenreport
- Jahresplanung DGB Bayern
- Neubenennung für den Tarifausschuss – BayStMin für Familie, Arbeit und Soziales
- Neubenennung Berufsbildungsausschuss

12. Sitzung am 21.01.2019

- Aktueller Stand gesellschaftspolitischer Dialog (A 001)
- Vorbereitung DGB-Bezirksvorstand 18.02.2019 – Gespräch BayStMin Kerstin Schreyer zu den Themen: Arbeitsmarktpolitik, Tarifreue, zunehmende Armut in Bayern (z.B. Rente), Bayerisches Gleichstellungsgesetz
- Europawahl 2019
- Neubenennung für den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit, Würzburg
- Neubenennung für den Tarifausschuss – BayStMin für Familie, Arbeit und Soziales

13. Sitzung am 18.02.2019

- Gespräch BayStMin Kerstin Schreyer zu den Themen: Arbeitsmarktpolitik, Tarifreue, zunehmende Armut in Bayern (z.B. Rente), Bayerisches Gleichstellungsgesetz
- Neubenennung für den Landesausschuss Berufsbildung
- Neubenennung Berufsbildungsausschuss IHK München und Oberbayern
- Neubenennung Tarifausschuss – BayStMin für Familie, Arbeit und Soziales

14. Sitzung am 18.03.2019

- Gespräch mit Wolfgang Anlauf, ffw Gesellschaft für Personal- und Organisationsentwicklung Themen: Weiterbildungspakt, Möglichkeiten der/des Weiterbildungskoordinators
- Demo am 19. Mai 2019 in München „Ein Europa für alle“ – Beteiligung DGB Bayern
- Neubenennung Arbeitsagentur Deggendorf
- Neubenennung DRV Bayern Süd

15. Sitzung am 08.04.2019

- Bericht Stephan Sartoris, DGB Rechtsschutz, Regionalleiter Bayern/Hessen „Aktueller Stand und Entwicklung“
- Haushalt – Abschluss 2018 und Planung 2019
- Mitgliederstatistik
- 1. Mai 2019 – Referent*innen
- Benennung Landesplanungsbeirat
- Neubenennung Berufsbildungsausschüsse IHK
- Neubenennung Verwaltungsausschuss Arbeitsagentur München

16. Sitzung am 20.05.2019

- Gespräch mit Dr. Ludwig Spaenle, Beauftragter gegen Antisemitismus – Diskussion/Beschluss des Positionspapiers „DGB Bayern gegen Antisemitismus“
- 1. Mai – Rückblick
- Verleihung der Hans-Böckler-Medaille
- Benennung Beirat Bayerischer Pensionsfonds
- Neubenennung Berufsbildungsausschüsse IHK München/Obb. und IHK Aschaffenburg
- Neubenennung Beirat AOK München
- Neubenennung Verwaltungsausschuss Arbeitsagentur Donauwörth

17. Sitzung am 24.06.2019

- Resolution Soziale Selbstverwaltung
- Neubenennung für den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit München
- Neubenennung für den Tarifausschuss BayStMin für Familie, Arbeit und Soziales
- Sitzungstermine 2020

18. Sitzung am 15.07.2019

- Gespräch mit Peter Eder, ÖGB-Landesvorsitzender Salzburg und Präsident der Arbeiterkammer Salzburg Themen: Rechtsruck Europa, Änderungen Arbeitsrecht und Zerstörung der Sozialversicherung in Österreich
- Berufsschultour
- Thesenpapier DGB/BUND zur Mobilität
- Neubenennung AOK-Direktion Schweinfurt
- Neubenennung Verwaltungsausschuss Agentur für Arbeit Rosenheim

19. Sitzung am 16.09.2019

- Rechtspopulismus und Gewerkschaften – Eine arbeitsweltliche Spurensuche Prof. Dr. Dieter Sauer, ISF Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung München Dr. Ursula Stöger, Uni Augsburg/ISF München
- Neubenennung Begleitausschuss EFRE-Programm (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung)
- Neubenennung Verwaltungsrat der AOK Bayern
- Neubenennung AOK-Direktionen Bamberg und Coburg
- Neubenennung Verwaltungsausschuss Agentur für Arbeit Passau
- Neubenennung Berufsbildungsausschuss IHK Schwaben

20. Sitzung am 21.10.2019

- Gespräch mit dem Bayerischen Staatsminister Dr. Hans Reichhart, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr Thema: Künftige Wohnungsbaupolitik
- Volksbegehren Mietenstopp
- 1. Mai Referent*innen
- DGB-Ehrenamtlichenkonferenz – Resolution zur Kommunalwahl
- Neubenennung Berufsbildungsausschuss IHK Schwaben

21. Sitzung am 18.11.2019

- Gespräch mit Robert Zucker, DRV Bayern Süd, Klinik Höhenried, Geschäftsführer zum Thema Prävention

22. Sitzung am 16.12.2019

- Jahresplanung DGB Bayern
- Neubenennung im Beirat der AOK-Direktion Ingolstadt
- Neubenennung BBA IHK Aschaffenburg
- Neubenennung für den Tarifausschuss BayStMin für Familie, Arbeit und Soziales

23. Sitzung am 21.01.2020

- Bericht von Ralf Holtzwart, Vorsitzender der Geschäftsführung der BA, Regionaldirektion Bayern zu den Themen Aktuelle Arbeitsmarktlage in Bayern, Auswirkung Brexit auf Bayern und den bayerischen Arbeitsmarkt, Weiterbildung (Umsetzung des Qualifizierungschancengesetzes, LBB, Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0)
- 21. Ordentliche DGB-Bezirksfrauenkonferenz 2021 Termin, Ort, Mittelbereitstellung, Festlegung der Delegiertenzahl
- Neubenennung für den Tarifausschuss – BayStMin für Familie, Arbeit und Soziales
- Neubenennung für den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Schwandorf
- Neubenennung für den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Weiden

24. Sitzung am 18.02.2020

- Zukunftsdialog, aktueller Stand – Planungen
- Aktivitäten zu den Kommunalwahlen aus den DGB-Regionen Mittelfranken, München und Oberbayern
- Resolution zum Haus der Bayerischen Geschichte
- Neubenennung AOK-Direktionsbeirat Kempten-Allgäu

25. Sitzung am 17.03.2020

- Mitgliederstatistik
- Haushalt – Abschluss 2019 und Planung 2020
- Neubenennung Berufsbildungsausschuss IHK Schwaben
- Neubenennung Landesplanungsbeirat

26. Sitzung am 21.04.2020

- Bericht Elke Hannack, stellvertretende Vorsitzende des DGB-Bundesvorstandes
- 01. Mai 2020
- Neubenennung DRV Schwaben
- Neubenennung AOK-Direktion Amberg
- Neubenennung Arbeitsagentur Bayreuth-Hof
- Neubenennung Berufsbildungsausschuss IHK Schwaben

27. Sitzung am 19.05.2020

- Bericht Stephan Sartoris, DGB Rechtsschutz, Regionalleiter Bayern/Hessen
Aktueller Stand und Entwicklung
- Vorstellung Svenja Thelen, Leiterin der Abteilung Jugend des DGB Bayern
- 1. Mai 2020 Rückblick
- Neubenennung im Berufsbildungsausschuss der IHK Aschaffenburg
- Neubenennung für den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Aschaffenburg

28. Sitzung am 16.06.2020

- Bericht Ralf Holtzwart, Vorsitzender der Geschäftsführung der BA, Regionaldirektion Bayern zu den Themen Überblick Arbeitsmarkt, Kurzarbeit, Ausbildungsmarkt
- Resolution zu den Anti-Corona-Demos in Bayern
- Sitzungstermine 2021

29. Sitzung am 21.07.2020

- Bericht Elke Hannack, stellvertretende Vorsitzende des DGB-Bundesvorstandes
- Bericht Robert Feiger, Bundesvorsitzender der IG BAU Mindestlohnkommission
- Gemeinsames Papier vbw/DGB zur Energiewende
- Neubenennung Berufsbildungsausschuss IHK Nürnberg für Mittelfranken
- Berufung zum Landespersonalausschuss

30. Sitzung am 15.09.2020

- Gespräch Wolfgang Anlauf, ffw Gesellschaft für Personal und Organisationsentwicklung – Thema: Weiterbildungspakt
- Vorstellung Judith Greil, Abteilungsleiterin Berufliche Bildung im DGB-Bezirk Bayern seit 01.08.2020, für die Dauer der Arbeitszeit-reduzierung von Daniel Fritsch
- Neubenennung für den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Weilheim und Donauwörth
- Neubenennung DRV Nordbayern – Vorstand und Vertreterversammlung
- Neubenennung für den Beirat der AOK-Direktion Würzburg
- Neubenennung Berufsbildungsausschuss IHK München und Oberbayern, IHK Oberfranken Bayreuth und Coburg
- Neubenennung Landesausschuss Berufsbildung

31. Sitzung am 20.10.2020

- Gespräch mit Thomas Kreuzer, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, zu den Themen:
 - a) Tarifbindung, Tariftreue- und Vergabegesetz
 - b) Armut und Reichtum in Bayern: Anhebung Minijobgrenze, Altersarmut
 - c) Corona-Krise: Belebung der Innenstädte, besondere Betroffenheit von Frauen
 - d) Weiterbildung/Qualifizierung: substantielle Aufstockung Arbeitsmarktfonds
 - e) Novellierung Hochschulgesetz – Nachfrage nach dem Stand der Dinge
 - f) Vereinbarung Grenzgänger*innen
- Gemeinsames Papier DGB/vbw zum bayerischen Konjunkturprogramm
- „#MitGewerkschaftBesser“
 - Forderungspapier DGB Bayern
 - Bericht Herbert Hartinger über Aktionen in den sozialen Medien
- Neubenennung im Berufsbildungsausschuss der IHK Mittelfranken

32. Sitzung am 17.11.2020

- Gespräch mit Horst Arnold, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, zu den Themen:
 - a) Armut in Bayern: Niedriglohn – Einschätzungen und Initiativen
 - b) Tarifbindung und Vergabe: Parlamentsinitiativen der SPD (und unsere Planungen bzw. Vorhaben)
 - c) Schlachthöfe: Werkverträge und Leiharbeit, gute Arbeit
 - d) Corona: Demokratie und Beteiligung des Landtags
 - e) Novellierung Hochschulrahmengesetz
- Neubenennung DRV Vertreterversammlung Nordbayern
- Neubenennung DRV Vertreterversammlung Bayern Süd
- Neubenennung AOK Bayern Verwaltungsrat
- Neubenennung AOK Beirat Freising
- Neubenennung Landesausschuss Berufsbildung

33. Sitzung am 15.12.2020

- Report „Tatort Niedriglohn“
- Gespräch mit den Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN-Landtagsfraktion musste kurzfristig abgesagt werden wg. Landtagsplenum zu den aktuellen Corona-Maßnahmen
- Jahresplanung DGB Bayern
- Informationen aus den KV/SV, Stand und Vorbereitung Orga-Wahlen
- 22. Ordentliche Bezirkskonferenz des DGB Bayern am 28./29.01.2022
 - Reisekostenregelung
- Neubenennung Verwaltungsausschuss Agentur für Arbeit Traunstein
- Neubenennung Berufsbildungsausschuss IHK für München und Oberbayern

34. Sitzung am 19.01.2021

- Gespräch mit Florian Streibl, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler, zu den Themen:
 - a) Armut in Bayern: Niedriglohn – Einschätzungen und Initiativen
 - b) Tarifbindung und Vergabe: Parlamentsinitiativen der FW (und unsere Planungen bzw. Vorhaben)
 - c) Schlachthöfe: Werkverträge und Leiharbeit, gute Arbeit
 - d) Corona: Demokratie und Beteiligung des Landtags
 - e) Ladenöffnungszeiten – Sonntagsarbeit
 - f) Novellierung Hochschulrahmengesetz
 - g) Bildungszeitgesetz
- 22. Ordentliche Bezirkskonferenz des DGB Bayern am 28./29.01.2022
 - Wahl der Regionsgeschäftsführungen
- 21. Ordentliche DGB-Bezirksjugendkonferenz 2021
 - Termin, Ort, Mittelbereitstellung sowie Festlegung der Delegiertenzahl und des Delegiertenanteils der DGB Jugend
- Stellungnahme des DGB Bayern zum geplanten Bayerischen Hochschulinnovationsgesetz
- Neubenennung AOK Direktion Garmisch-Partenkirchen
- Neubenennung AOK Direktion Straubing
- Neubenennung AA Weiden
- Neubenennung BBA IHK Niederbayern

35. Sitzung am 23.02.2021

- Gespräch mit Martin Hagen, Fraktionsvorsitzender der FDP, zu den Themen:
 - a) Armut in Bayern: Niedriglohn – Einschätzungen und Initiativen
 - b) Tarifbindung und Vergabe: Parlamentsinitiativen der FDP (und unsere Planungen bzw. Vorhaben)
 - c) Schlachthöfe: Werkverträge und Leiharbeit, gute Arbeit
 - d) Corona: Demokratie und Beteiligung des Landtags
 - e) Ladenöffnungszeiten – Sonntagsarbeit
 - f) Novellierung Hochschulrahmengesetz
 - g) Bildungszeitgesetz
- Rentenreport des DGB Bayern
- 22. Ordentliche Bezirkskonferenz des DGB Bayern am 28./29.01.2022
 - Antragsfrist, Festlegung Antragsschluss
 - Benennungen der IG/G für die Antragsberatungskommission
- Neubenennung Vorstand DRV Nordbayern
- Neubenennung Berufsbildungsausschuss

36. Sitzung am 16.03.2021

- 1. Mai 2021 – Stand der Planungen
- 22. Ordentliche Bezirkskonferenz des DGB Bayern am 28./29.01.2022
 - Wahlvorschlag Geschäftsführender Bezirksvorstand
 - Meldeschluss für die Delegierten zur Bezirkskonferenz/Delegiertenschlüssel
- Haushalt – Abschluss 2020 und Planung 2021
- Neubenennung im Beirat AOK-Direktion Deggendorf
- Neubenennung Berufsbildungsausschuss für IHK München und Oberbayern

37. Sitzung am 20.04.2021

- DGB-Kampagne „Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch“
- 22. Ordentliche Bezirkskonferenz des DGB Bayern am 28./29.01.2022
 - Festlegung der Delegiertenzahl der KV/SV-Konferenzen
 - Festlegung Motto
- Mitgliederstatistik
- 1. Mai – Veranstaltungen/Referent*innen
- Neubenennung Tarifausschuss
- Neubenennungen in den Beiräten der AOK-Direktionen Weiden/Cham/Bayreuth-Kulmbach
- Neubenennung im Verwaltungsausschuss der Arbeitsagentur Augsburg
- Neubenennung im Berufsbildungsausschuss der IHK München und Oberbayern

38. Sitzung am 18.05.2021

- DGB Rechtsschutz, Aktueller Stand und Entwicklung
Bericht Stephan Sartoris, DGB Rechtsschutz, Regionalleiter Bayern/Hessen
- 1. Mai – Rückblick
- Positionspapier „Impfen im Betrieb“
- 22. Ordentliche Bezirkskonferenz des DGB Bayern am 28./29.01.2022
 - Erste Zwischenmeldung des Bezirksvorstandes zu den Wahlvorschlägen der Regionsgeschäftsführer*innen
- Neubenennung BBA IHK Schwaben

39. Sitzung am 15.06.2021

- Gespräch mit Elke Hannack, stellvertretende Vorsitzende des DGB-Bundesvorstandes
- Bericht AK KV/SV – Zwischenstand Organisationswahlen
- 22. Ordentliche Bezirkskonferenz des DGB Bayern am 28./29.01.2022
 - Antragsberatungskommission mit Stellvertreter*innen – namentliche Benennung
- Verleihung der Hans-Böckler-Medaille
- Neubenennung Berufsbildungsausschuss IHK Nürnberg für Mittelfranken und Berufsbildungsausschuss IHK Schwaben
- Sitzungstermine 2022

40. Sitzung am 20.07.2021

- Gespräch mit dem Fraktionsvorsitzenden Ludwig Hartmann sowie Eva Lettenbauer, Landesvorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag, zu den Themen:
 - a) Armut in Bayern: Niedriglohn, Gute Arbeit – Einschätzungen und Initiativen
 - b) Tarifbindung und Vergabe: Parlamentsinitiativen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (und unsere Planungen bzw. Vorhaben)
 - c) Corona: Demokratie und Beteiligung des Landtags
 - d) Ladenöffnungszeiten – Sonntagsarbeit
 - e) Novellierung Hochschulrahmengesetz
 - f) Bildungszeitgesetz
- 22. Ordentliche Bezirkskonferenz des DGB Bayern am 28./29.01.2022
 - Wahlvorschlag Bezirksvorsitz
 - Leitanträge Bezirksvorstand
 - Benennung Revisor*innen – namentliche Benennung bis 28.09.2021
- Fusion des DGB-KV Hof mit dem DGB-KV Wunsiedel
- Neubenennungen AOK-Direktionsbeiräte Bamberg und Coburg Berufsbildungsausschuss IHK München und Oberbayern, IHK Schwaben Landesausschuss Berufsbildung

41. Sitzung am 21.09.2021

- 22. Ordentliche Bezirkskonferenz des DGB Bayern am 28./29.01.2022
 - Besetzung IG/G: Präsidium, Mandatsprüfungs- und Wahlkommission – namentliche Benennung bis 29.09.2021
- Gespräch Oskar Brabanski, Faire Mobilität Standort Nürnberg, Regionalleiter Südost
- Neubenennung AOK Bayern Verwaltungsrat

